

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

18. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 13. Dezember 1979

Tagesordnung

Grüner Plan 1980

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980

Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Beratungsgruppe XIII: Bauten und Technik

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 1643)

Entschuldigung (S. 1643)

Ordnungsruf (S. 1720)

Geschäftsbehandlung

Vertagungsbeschluß (S. 1776)

Tatsächliche Berichtigungen

Dipl.-Ing. Riegler (S. 1658 und S. 1675)

Sandmeier (S. 1674)

Hietl (S. 1685)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 1643)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-23): Grüner Plan 1980 (165 d. B.)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 (170 d. B.)

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Berichterstatter: Haas (S. 1643)

Redner:

Dipl.-Ing. Riegler (S. 1646, S. 1658 und S. 1675),

Pfeifer (S. 1652),

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden (S. 1658, S. 1675, S. 1679 und S. 1685),

Ing. Murer (S. 1659),

Deutschmann (S. 1662),

Remplbauer (S. 1666),

Peter (S. 1670),

Sandmeier (S. 1674),

Ottlie Rochus (S. 1676),

Hietl (S. 1685),

Weinberger (S. 1686),
Dr. Jörg Haider (S. 1689),
Brandstätter (S. 1693),
Kriz (S. 1696),
Frodl (S. 1699),
Gärtner (S. 1703),
Gurtner (S. 1706),
Staatssekretär Schober (S. 1709),
Hagspiel (S. 1714),
Stögner (S. 1717),
Heinzinger (S. 1719) und
Josef Steiner (S. 1720)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe sowie die Förderung von wirtschafts- und strukturschwachen Regionen und Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit für die österreichische Landwirtschaft im Außenhandel (S. 1665) – Ablehnung (S. 1723)

Kenntnisnahme des Grünen Planes 1980 und Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 1723)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 (170 d. B.)

Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik

Spezialberichterstatter: Rechberger (S. 1723)

Redner:

Dr. Keimel (S. 1724),

Babanitz (S. 1731),

Dr. Jörg Haider (S. 1737),

Ing. Letmaier (S. 1743),

Schemer (S. 1747),

Bundesminister Sakanina (S. 1750),

Vetter (S. 1754),

Lehr (S. 1759),

Peter (S. 1761),

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer (S. 1762),

Breiteneder (S. 1765),

Elmecker (S. 1767),

Dr. Steger (S. 1769),

Ing. Url (S. 1772),

Dr. Fertl (S. 1773) und

Gföllner (S. 1775)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend die Verwendung der Mittel aus den für den Straßenbau durchgeführten Steuererhöhungen, bevor neue Belastungen den Autofahrern auferlegt werden (S. 1730) – Ablehnung (S. 1776)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Vetter und Genossen betreffend die Herstellung der Chancengleichheit in der Wohnungspolitik für Eigenheime und Eigentumswohnungen (S. 1757) – Ablehnung (S. 1776)

Annahme der Beratungsgruppe XIII (S. 1776)

1642

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Eingebracht wurden

0358

Antrag der Abgeordneten

0361

Ing. Murer, Peter und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Gewährleistung einer leistungsfähigen Landwirtschaft und zur Sicherung der Ernährung getroffen werden (Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz) (31/A)

0367

0372

0376

0382

0385

0387

Anfragen der Abgeordneten

0390

Egg, Dr. Reinhart, Dr. Lenzi, Weinberger, Wanda Brunner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schulbauten in Tirol (254/J)

0396

0402

0408

0412

0418

0423

0430

0437

0443

0448

0452

Dr. Marga Hubinek, Ottilie Rochus und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Aufstiegschancen der Frauen im öffentlichen Dienst (255/J)

Dr. Ermacora, Dr. Neisser, Dr. Blenk und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Berufungspraxis an österreichischen Universitäten (256/J)

Anfragebeantwortung

0453

0461

0467

des Bundesministers für Verkehr auf die Anfrage der Abgeordneten Vetter und Genossen (162/AB zu 156/J)

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

1643

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Anneliese Albrecht, Josef Schlager, Glaser und Schauer.

Entschuldigt hat sich der Abgeordnete Dr. Ludwig Steiner.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 162/AB eingelangt ist.

Die bereits als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich wie folgt zu:

Dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1950, das Gebührengesetz 1957 und das Arbeitsverfassungsgesetz geändert werden (160 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1950 geändert wird (161 der Beilagen), und

Bundesgesetz über die Zustellung behördlicher Schriftstücke und die Änderung zustellrechtlicher Vorschriften (Zustellgesetz) (162 der Beilagen).

Dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Scheidemünzengesetz 1963 geändert wird (169 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Vereinbarungsgemäß wird die Debatte über den auf der heutigen Tagesordnung stehenden Grünen Plan 1980 und die Beratungsgruppe VIII des Bundesvoranschlages zusammengefaßt werden.

Es wird daher zuerst der Berichterstatter seine zwei Berichte geben, sodann wird die Debatte über beide Gegenstände gemeinsam durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich – wie immer in solchen Fällen – getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? – Das ist nicht der Fall.

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung (III-23 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1980) (165 der Beilagen)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (170 der Beilagen)

Beratungsgruppe VIII

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den beiden Verhandlungsgegenständen, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

Grüner Plan und

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (170 der Beilagen), Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist der Herr Abgeordnete Haas. Ich ersuche ihn um seine beiden Berichte.

Berichterstatter **Haas:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erstatte den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1980) (III-23 der Beilagen)

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 9. Oktober 1979 gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976, den „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft (Grüner Plan 1980)“ vorgelegt. Der Bericht enthält neben den „Auswirkungen des Grünen Planes 1978“ die „Zusammengefaßten Ergebnisse aus dem Lagebericht 1978“. Dieser Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gemäß § 9 Abs. 1 des Landwirtschaftsgesetzes über die Lage der

Haas

österreichischen Landwirtschaft 1978 (III-18 der Beilagen) wurde dem Nationalrat bereits am 11. September 1979 zugeleitet und in seiner Sitzung am 24. Oktober 1979 zur Kenntnis genommen. Insbesondere enthält der Grüne Plan die „Finanziellen Erfordernisse für die in Aussicht genommenen Maßnahmen 1980“.

Unter Berücksichtigung der Empfehlung für die Förderungsschwerpunkte der Kommission gemäß § 7 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes wird vorgeschlagen, Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1980 im Sinne des § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes mit Bundesmitteln in der Höhe von 1 780,682 Millionen Schilling zu dotieren. Hierbei sind im Ansatz 1/603 1 045,682 Millionen Schilling und im Ansatz 1/602 für das Bergbauernsonderprogramm 735 Millionen Schilling vorgesehen. Im Konjunkturausgleichsvoranschlag für das Jahr 1980 sind beim Ansatz 603 in der Stabilisierungsquote 19 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 15 Millionen Schilling sowie beim Ansatz 602 (Bergbauernsonderprogramm) in der Stabilisierungsquote 15 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 25 Millionen Schilling vorgesehen.

Auf Grund des technischen Fortschritts und der steigenden Produktion haben sich aber die Einkommensverbesserungen in den verschiedenen Betriebsgruppen unterschiedlich entwickelt. Insbesondere in den von der Natur benachteiligten Gebieten konnten die Landwirte an der Entwicklung weniger teilhaben. Die Bergbauern- und Grenzlandförderung sowie die Verbesserung der Infrastruktur wird daher in der Agrarpolitik der Bundesregierung besonderen Vorrang haben und die kleinen Betriebe verstärkt fördern, wobei sich die Förderung auf alle Erwerbsarten zu erstrecken hat.

Die Zinsenzuschüsse für Investitionsdarlehen sind vor allem auf jene Anschaffungen zu konzentrieren, die ohne Störung des Marktausgleichgewichts der Verbesserung der Einkommenssituation des jeweiligen Betriebstyps dienen. Auch Kredite zur Anschaffung von Maschinen durch Maschinenringe in Bergbauerngebieten und in anderen Problemgebieten haben Vorrang. Für Investitionen zur Verbesserung der Marktstruktur sind AIK-Investitionen nur auf jene Betriebe zu beschränken, die mit der Vermarktung von besonders preismempfindlichen Agrarprodukten (z. B. Obst, Gemüse, Wein) befaßt sind oder bei denen es sich um kapitalschwache Neugründungen handelt.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 23. November 1979 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten

Dipl.-Ing. Riegler, Pfeifer und Ing. Murer sowie der Ausschußobmann Abgeordneter Deutschmann beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 299/1976 (Grüner Plan 1980) (III-23 der Beilagen), zur Kenntnis nehmen.

Weiters bringe ich den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen, Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII, Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 in seiner Sitzung am 23. November 1979 unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr in Verhandlung gezogen.

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Im Bundesvoranschlag 1980 sind für die Land- und Forstwirtschaft 4 783,9 Millionen Schilling veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich in 844,5 Millionen Schilling für den Personalaufwand, 1 005,5 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 605, 606 und 609) sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607), 23,9 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Titel 601), 735 Millionen Schilling für das Bergbauern-Sonderprogramm (Titel 602), 1 045,7 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603), 45 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds (Titel 604), 1 084,3 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erläutert.

Im Titel 600 mit einem Kredit von 494,2 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen Organisationen ein Betrag von

Haas

33,3 Millionen Schilling als Beitrag zum FAO-Welternährungsprogramm und für die Nahrungsmittelhilfekonvention 1971 ein Betrag von 140 Millionen Schilling vorgesehen.

Unter dem Titel 601 mit einem Kredit von 23,9 Millionen Schilling ist insbesondere für das landwirtschaftliche Beratungs- und Bildungswesen sowie für sozialpolitische Maßnahmen vorgesorgt.

Für die Durchführung des Bergbauern-Sonderprogramms sind unter dem Titel 602 735 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Mittel sollen dazu dienen, in den Berggebieten und den übrigen entsiedlungsgefährdeten Gebieten wirtschaftlich gesunde und gesellschaftlich und kulturell lebendige Räume zu erhalten.

Für den Grünen Plan (Titel 603), dem wichtigsten Investitionsinstrument der Land- und Forstwirtschaft, sind 1 045,7 Millionen Schilling präliminiert, die den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes in der geltenden Fassung zu dienen haben.

Unter dem Titel 604 sind Zuschüsse an den Weinwirtschaftsfonds in der Höhe von 45 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der Lehr- und Versuchsanstalten, der den Lehranstalten angeschlossenen Internate, der forstlichen Ausbildungsstätten, der sonstigen nachgeordneten Dienststellen sowie für den Ersatz der Besoldungskosten für die Landeslehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen sind insgesamt 1 288,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 1 151,9 Millionen Schilling präliminiert. In dem Kredit von 1 151,9 Millionen Schilling sind auch die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand für die einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 1 533,4 Millionen Schilling entfallen 983,2 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus den Interessentenbeiträgen zu Maßnahmen an Bundesflüssen und Mietgebühren im Rahmen der Bauhofgebarung, aus dem Verkauf von Anstaltserzeugnissen und der Einhebung von Gebühren bei der Qualitätskontrolle.

Darüber hinaus sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag für das Jahr 1980 bei Kapitel

60 in der Stabilisierungsquote 85 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote 96 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 62: Preisausgleiche.

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1980 sind für Preisausgleiche 3 180,9 Millionen Schilling veranschlagt, denen 860,7 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Die Ausgabenkredite verteilen sich wie folgt: 722,3 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich, 1 594,5 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich, 608,1 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten, 55 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich und 201 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Zu Kapitel 77 des Bundesvoranschlages 1980 „Österreichische Bundesforste“:

Im Voranschlag 1980 des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ sind die mit der Bewirtschaftung des 844 636 Hektar großen Bundesforstbesitzes – hievon 498 080 Hektar Wald – verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1 915 000 Festmeter Holz, vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 1 763,4 Millionen Schilling stehen Betriebs-einnahmen von 1 692,1 Millionen Schilling gegenüber, sodaß mit einem Abgang von 71,3 Millionen Schilling gerechnet werden muß. Hierbei wurde von der Erwartung ausgegangen, daß die Holzpreise des Jahres 1979 im Jahre 1980 eine Steigerung erfahren werden.

Im einzelnen entfallen von den für 1980 vorgesehenen Betriebsausgaben 1 163 Millionen Schilling auf den Personalaufwand, hievon wieder 1 075 Millionen Schilling auf den Aktivitätsaufwand und 88 Millionen Schilling auf den Pensionsaufwand. Der Personalaufwand ist damit um 29 Millionen Schilling höher veranschlagt als 1979. Der Sachaufwand ist mit 600 Millionen Schilling präliminiert und liegt um 9 Millionen Schilling über dem Voranschlag des Jahres 1979.

Im Sinne der forstgesetzlichen Bestimmungen wurden auf gesonderten Ansätzen 8 Millionen Schilling für die Schutzwaldsanierung veranschlagt. Hievon entfallen 6 Millionen Schilling auf Investitionen und 2 Millionen Schilling auf Aufwendungen.

Der Konjunkturausgleichsvoranschlag ist mit 36 Millionen Schilling dotiert. Diese Mittel sind für betriebsnotwendige Investitionen bestimmt.

Haas

Im Rahmen der Einnahmen entfallen 1 462 Millionen Schilling auf Erlöse aus dem Holzverkauf und 230 Millionen Schilling auf sonstige Einnahmen.

Bei Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von etwa 60 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einförstungsrechte zu Abgaben im Werte von rund 94 Millionen Schilling verpflichtet sind.

In der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, ergriffen die Abgeordneten Deutschmann, Ing. Murer, Pfeifer, Dipl.-Ing. Riegler, Rimplbauer, Ottilie Rochus, Hirscher, Hietl, Stögner, Ingrid Tichy-Schreder, Koller, Huber und Gärtner das Wort.

Die aufgeworfenen Fragen wurden durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden sowie durch den Staatssekretär Schober beantwortet.

Bei der Abstimmung am 30. November 1979 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VIII gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, dem Kapitel 62: Preisausgleiche, und dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste, samt den zu den Kapiteln 60 und 77 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 (80 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Soweit meine beiden Berichte.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Riegler.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Österreichische Volkspartei geht es bei der Diskussion um das Agrarbudget beziehungsweise um die Agrarpolitik nicht in erster Linie um einen Streit über Statistiken, um Auseinandersetzungen über Budgetziffern und Kennzahlen, sondern es geht in erster Linie um die Lebensbedingungen und um das Schicksal von Menschen.

Es geht um das Schicksal von Menschen, die beispielsweise jahrzehntlang in einem Berufsstand gearbeitet haben und denen es nicht mehr zumutbar ist, einen Wechsel in eine andere Berufstätigkeit vorzunehmen, und ich weiß, daß gerade diese Gruppe mit größten Schwierigkeiten und sozialen Problemen zu kämpfen hat.

Es geht um das Schicksal der Bäuerinnen, für die zum Teil heute in Österreich ganz selbstverständliche soziale Leistungen, wie etwa eine Hilfe in der Zeit der Mutterschaft, noch ein Fremdwort sind. Und es geht meines Erachtens auch und vor allem um das Schicksal der jungen Bauergeneration, junger Menschen, die gut ausgebildet sind, die bestrebt sind, etwas zu leisten, und wo die politische Verantwortung darin liegt, diesen Menschen auch eine Chance in ihrem Beruf zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es geht aber in diesem Zusammenhang vor allem auch bei der Behandlung dieses Kapitels um die Sicherheit aller Österreicher. Es geht um die Frage der Sicherheit und der Qualität in der Versorgung mit Lebensmitteln sowie um die Frage der Pflege und Gestaltung unseres Erholungsraumes. Gerade in dieser aktuellen Situation sollten wir auch die Frage eines Beitrags zur größeren Sicherheit Österreichs in der Energieversorgung aufzeigen.

Ich glaube, daß wir unter diesem Blickpunkt auch die vorliegenden Budgetziffern und die agrarpolitischen Entscheidungen, die dahinter stehen, überlegen müssen. Ich meine daher, daß das, was wir heute diskutieren, nicht nur 350 000 Bauernfamilien betrifft, sondern letztlich alle 7 Millionen Österreicher. Wir würden daher gut daran tun, die Probleme, um die es geht, in die Öffentlichkeit zu bringen, weil das die Voraussetzung für das Verständnis notwendiger Maßnahmen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der heutigen Debatte über das Kapitel Land- und Forstwirtschaft ist ein einmaliges Verwirrungsspiel mit Zahlen vorausgegangen. In der „Agrarwelt“, einer mit Steuermitteln bezahlten Zeitung des Landwirtschaftsministeriums, steht unter der Schlagzeile „Bauernbudget 1980“ folgende Aussage: Landwirtschaft insgesamt 7 965 000 000 S. Der Finanzminister ist noch weiter gegangen. Er hat in seinen Budgetgraphiken 8,3 Milliarden Schilling ausgewiesen und unter anderem in die Ausgaben für die Bauern die Gesamtausgaben, die für die Österreichischen Bundesforste vorgesehen sind, einfach miteinbezogen.

Ich glaube, daß wir damit der Sache keinen guten Dienst erweisen. Wofür sind diese 7,9 Milliarden Schilling an Ausgaben vorgesehen? Es sind 1,85 Milliarden Schilling an Personal- und Sachaufwand für das Ministerium.

Dipl.-Ing. Riegler

Das ist meines Erachtens kein Bauerngeld. Es sind 1,1 Milliarden Schilling an Mitteln für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung vorgesehen, das heißt, Aufwendungen im Dienste der Allgemeinheit sowie der allgemeinen Sicherheit und kein Bauerngeld. Die echten Förderungsmittel betragen 1,85 Milliarden Schilling, einschließlich der Förderung des Weinwirtschaftsfonds.

Eine ähnliche Problematik stellt sich im Kapitel „Preisausgleiche“. Dort wurden 3,18 Milliarden Schilling an Ausgaben ausgewiesen und beispielsweise unter dem Titel „Milchpreisausgleich“ 1,6 Milliarden Schilling an Ausgaben verzeichnet, ohne daß dazugesagt wird, daß diese Mittel in einer Höhe von 347 Millionen Schilling von den österreichischen Konsumenten und in einer Höhe von 456 Millionen Schilling von den österreichischen Bauern durch ihre eigenen Beiträge finanziert werden. Sie arrogieren dies als Ausgaben des Staates, weil das eine größere Gesamtsumme ergibt.

Das ist eine unrichtige Information der Öffentlichkeit, und ich halte es vor allem deshalb für problematisch, weil damit der optische Eindruck erweckt wird, als würden die Bauern riesige Milliardensummen erhalten, die zum Teil einfach nicht stimmen und die sie zum Teil wieder selbst beitragen müssen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich halte daher sowohl die Vorgangsweise des Finanzministers als auch die des Landwirtschaftsministers nicht nur für eine Irreführung der Öffentlichkeit, sondern in erster Linie auch für eine Zumutung gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung, weil hier Größenordnungen und damit letztlich auch Neidkomplexe provoziert werden sollen, die diese Menschen nicht verdient haben. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es werden vom Landwirtschaftsminister beziehungsweise von den Debatterednern der sozialistischen Fraktion wieder die großartigen Steigerungen in den Budgetausgaben dargestellt werden. Man bedient sich meistens der Methode, daß man zehn Jahre an Ausgaben zusammenrechnet, um entsprechende Größenordnungen hervorstellen zu können.

Ich möchte versuchen, zur Sachlichkeit der Diskussion einen Beitrag zu leisten. Wenn wir die Situation von 1970 bis 1980, die Entwicklung in der Landwirtschaft und die Entwicklung der Ausgaben aus dem Budget vergleichen, so hatten wir 1970 nach Abzug der Treibstoffverbilgung eine echte Förderungsaufwendung von 922 Millionen Schilling.

Wenn ich nun von diesen 922 Millionen

Schilling ausgehe und sie nach der Entwicklung der Investitionsausgaben in der Land- und Forstwirtschaft aufrechne, das heißt, nach dem Index für die Investitionsausgaben, die die Bauern zu tragen haben, so ergibt diese Steigerung der Investitionskosten für das Jahr 1979 einen notwendigen Budgetrahmen von 1 969 Millionen Schilling, wenn man gleichviel real fördern wollte. Der tatsächliche Aufwand im Förderungsbudget dieses Jahres betrug jedoch 1 734 Millionen Schilling, das heißt, es ergab sich ein Fehlbetrag von etwa 235 Millionen Schilling.

Ich sage das nicht, um anzuklagen, sondern ich sage es einfach als Feststellung, weil es meines Erachtens sachlich nicht gerechtfertigt ist, mit Steigerungen zu argumentieren, wenn sie mit der realen Entwicklung nicht in Zusammenhang stehen. Und das wollte ich damit beitragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine Besonderheit des nun vorliegenden Budgets liegt ja auch darin, daß im Vergleich zu den tatsächlichen Ausgaben im Bereich der Preisausgleiche zu den Budgetansätzen 1980 ein Fehlbetrag von 1,3 Milliarden Schilling herauskommt. Dem steht eine Aufstockung der Förderungsmittel von 72 Millionen Schilling gegenüber.

Ich glaube, daß man das auch aufzeigen muß, dieses Minus von 1,3 Milliarden Schilling auf der einen Seite, wobei ich bezweifle, daß Sie damit das Auslangen finden können. Das ist dann wieder ein Problem der Budgetwahrheit, daß man zu niedrig budgetiert und während des Jahres Nachtragsbudgets beschließen muß.

Was mir besonders wesentlich erscheint: Wir haben ein Förderungsbudget von 1,8 Milliarden Schilling. Und wenn man die neuen Belastungen, die allein in diesem Jahr der Landwirtschaft durch politische Entscheidungen der sozialistischen Regierung aufgelastet werden, in Betracht zieht, kommt man auf einen Betrag von etwa 2 Milliarden Schilling. Das heißt: auf der einen Seite 1,8 Milliarden Schilling Förderung, auf der anderen Seite in einem Jahr eine Mehrbelastung für eine Bevölkerungsgruppe von fast 2 Milliarden Schilling.

Ich halte das überhaupt für das Problem der sozialistischen Politik, nämlich daß zwar auf der einen Seite die Staatsausgaben in der politischen Propaganda großartig herausgestellt werden, aber auf der anderen Seite ein Mehrfaches davon als Belastungen der gesamten Bevölkerung aufgebürdet wird.

Vielleicht klingt es überraschend, wenn ich sage – und ich sage das in Übereinstimmung mit den Bauern, denn ich weiß das aus sehr, sehr vielen Diskussionen –, uns wäre es am liebsten,

Dipl.-Ing. Riegler

wenn wir auf Budgetmittel überhaupt verzichten könnten, uns wäre es am liebsten, wenn wir ausreichende Preisgestaltungen in der Landwirtschaft hätten, die es ermöglichen, selbst die notwendigen Leistungen zu bewältigen, und uns wäre es am liebsten, wenn wir keine Preisausgleiche, keine Absatzförderungen brauchen würden, sondern einen wettbewerbsgerechten Zugang zu den europäischen Märkten hätten. Dann brauchen wir keine Budgetmittel und dann brauchen wir sie uns auch in der Öffentlichkeit nicht vorhalten zu lassen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wir sind gerne bereit, auf Budgetmittel zu verzichten, wenn Sie uns jene Kostenbelastungen ersparen, die wir als Folge Ihrer politischen Maßnahmen zu tragen haben. Das ist, glaube ich, ein entscheidender Punkt. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun einige Worte zur wirtschaftlichen Situation, wie sie sich derzeit in der Landwirtschaft abzeichnet.

Wir haben vor einigen Wochen den Grünen Bericht 1978 diskutiert. Das ist letztlich Vergangenheit. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie sieht die Situation im nun zu Ende gehenden Jahr 1979 aus? Herr Minister, Sie verfügen ja mindestens über so viele Zahlen, wie ich Informationen haben kann, das heißt, auch Ihnen muß bekannt sein, wie sich die Entwicklung der Landwirtschaft in diesem Jahr abzeichnet, und auch Ihnen muß bekannt sein, daß das Jahr 1979 kein gutes, sondern ein schlechtes Bauernjahr werden wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin.

Nun ist es nicht so, daß wir sagen, das ist die Schuld der Regierung. Wir haben in diesem Jahr Probleme gehabt, die witterungsbedingt sind, es gab riesige Ernteaufälle im Bereich der Getreidewirtschaft, und, Herr Abgeordneter Pfeifer, für das Wetter machen wir Sie nicht verantwortlich, weil Sie das einmal gemeint haben. Für so allmächtig halten wir die sozialistische Regierung nicht. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Aber wofür wir Sie verantwortlich machen und verantwortlich machen müssen, das sind die Auswirkungen des politischen Wettersturzes nach dem 6. Mai, der auf die Bauern herniedergegangen ist. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich nenne nur einige Maßnahmen; das waren politische Entscheidungen der sozialistischen Regierung, der sozialistischen Parlamentsmehrheit: die Kürzung der Absatzförderungen, die Verteuerungen des Dieselölpreises, die Erhöhung der Einheitswerte, die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, um nur einige der ganz großen Belastungsbrocken zu nennen, die

seit dem 6. Mai als politische Maßnahmen den österreichischen Bauern aufgebürdet worden sind.

Wir wissen, das ist eben kein Zufall, daß nach den vorläufigen Berechnungen im Jahr 1979 für die österreichischen Bauern wahrscheinlich reale Einkommensverluste entstehen werden. Die Anzeichen lassen das vermuten. Es ist daher so, daß nach dem Jahr 1977 im Jahr 1979 neuerlich reale Einkommensminderungen in einer Berufsgruppe hingenommen werden müssen, und ich frage mich: Wer kann sich das in Österreich gefallen lassen? Jede andere Berufsgruppe würde sich mit Recht aufregen und würde mit Recht versuchen, für eine soziale Gleichstellung in der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu kämpfen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich halte diese Entwicklung für ein hartes Urteil über die Agrarpolitik Ihrer Regierung, vor allem aber für eine harte Tatsache für die davon betroffenen Menschen.

Ich möchte mich ganz kurz nun mit einigen der Ursachen für diese Entwicklung befassen, denn ich verstehe eine Budgetdebatte nicht so, daß wir uns gegenseitig Standpunkte vorrechnen, sondern so, daß wir fragen, wo die Probleme liegen, und daß wir uns bemühen, auch Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung der politischen Vorgangsweise zu finden.

Wenn wir die Ursachen überlegen, stellt sich zunächst das ungelöste Problem des Agraraußenhandels. Herr Bundesminister! Es hilft gar nichts, wenn Sie mit Prozentvergleichen und mit Deckungsquoten den Nachweis zu erbringen versuchen, daß die Situation ohnehin in Ordnung sei. Für uns bleibt die Tatsache bestehen, daß wir in den Jahren 1977 bis einschließlich 1979 ein Agrarhandelsdefizit von 12 bis 14 Milliarden Schilling haben, und das ist doppelt soviel wie jenes, das wir vor fünf Jahren gehabt haben. Über diese Tatsache kann nichts hinwegtäuschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dabei anerkenne ich durchaus, daß es eine Reihe von Detailbemühungen und auch gewisse Detailerfolge gibt – selbstverständlich. Wir haben zahlenmäßige Steigerungen bei den Viehexporten. Was nicht stimmt, ist der Preis, der erlöst wurde. Wir haben eine beachtliche Entwicklung des Getreideexportes – das anerkennen wir. Das Hauptproblem aber ist, daß nach wie vor die Entwicklung des gesamten Agraraußenhandels insgesamt zu Lasten der österreichischen Landwirtschaft vor sich geht.

Wir wollen daher – das kann nur die Bundesregierung machen, das kann niemand an ihrer Stelle tun –, daß es ein außenpolitisches Engagement Österreichs für diese ungelösten Probleme des Agraraußenhandels gibt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Riegler

Nur zum Beispiel: Es wäre für uns selbstverständlich, daß wir verlangen: Soviel Engagement des Bundeskanzlers in Brüssel, wie sein Engagement für die Sozialistische Internationale ausmacht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, daß wir mit Recht fordern können: Statt des Engagements der österreichischen Außenpolitik für Kuba das Engagement für die österreichischen Bauern in Brüssel! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist meines Erachtens einfach unverständlich, daß es bei der vorhandenen Entwicklung, die ja nicht von heute stammt, sondern die bereits jahrelang festzustellen ist, weder der Integrationsminister Dr. Staribacher noch der Bundeskanzler seit der Unterzeichnung des EWG-Vertrages 1972 der Mühe wert gefunden haben, sich in Brüssel für diese Probleme einzusetzen. Das ist einfach unverständlich. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Natürlich wissen wir, daß diese Probleme des Außenhandels schwierig sind. Natürlich wissen wir, daß Verhandlungen mühsam und langwierig sind. Aber es gibt doch Beispiele, wie man etwas erreichen kann. Es gibt das Lomé-2-Abkommen von diesem Jahr, in dem die Staaten Afrikas und der Karibik sehr wohl Zugeständnisse der Europäischen Gemeinschaft erhalten haben. Das war natürlich eine außenpolitische Lösung. Es gibt die Beispiele Griechenland, Spanien, Portugal, Jugoslawien, die sehr wohl außenpolitische Zugeständnisse seitens der Europäischen Gemeinschaft erhalten konnten.

Wir müssen uns fragen: Soll auf Grund der mangelnden Aktivität der österreichischen Außenpolitik die Landwirtschaft in dieser Auseinandersetzung unter die Räder kommen?

Ein zweites Problem, und ich halte es für eine wesentliche Ursache, daher möchte ich bei dieser Debatte etwas ausführlicher darauf eingehen. Ich halte für eine der Ursachen für die Probleme auch die Agrarpolitik „Marke Haiden“. Ich glaube, daß die Art der Ressortführung keine Privatangelegenheit des Bundesministers ist, sondern etwas, das die österreichische Landwirtschaft und die österreichische Öffentlichkeit angeht. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich möchte diese Agrarpolitik „Marke Haiden“ mit der Überschrift „Mißtrauen statt Partnerschaft“ versehen. Das ist nämlich ein grundlegendes Problem, und viele Probleme, die wir haben, sind auf diese Art und auf diesen Stil der Agrarpolitik des derzeitigen Landwirtschaftsministers zurückzuführen. Es ist eben nicht so, daß Sie erklären können: Lassen Sie mich das Ressort führen, wie ich will. – Das ist keine Privatangelegenheit, sondern das ist eine

Aufgabenstellung, die Sie im Interesse der Republik Österreich zu tragen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Obwohl er nicht hier im Saal anwesend ist, möchte ich mich in diesem Zusammenhang an den Bundeskanzler wenden. Als Regierungschef trägt er ja die Letztverantwortung für die Bestellung seiner Minister und auch für die Art der gesamten Regierungspolitik.

Herr Bundeskanzler! Wir sind nicht in allem und jedem gegen die Agrarpolitik Ihrer Regierung. Natürlich anerkennen wir, daß eine Reihe von Maßnahmen gesetzt und fortgeführt werden, die wir für richtig halten, die wir vielleicht um Nuancen anders sehen wollten; das ist gar keine Frage. Wir anerkennen auch die politischen Realitäten. Wir anerkennen, daß Sie die Regierungsverantwortung von der Sozialistischen Partei zu stellen haben. Aber wir sind ganz massiv gegen die kleinkarierte Vorgangsweise Ihres Landwirtschaftsministers. Das möchte ich in aller Deutlichkeit herausstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vor der Nationalratswahl 1975 haben Sie, Herr Bundeskanzler, erklärt, Sie möchten einen „Kirchschläger für die Bauern“. Nun, nach einigen Jahren Erfahrung mit Minister Haiden müssen wir feststellen: Von einem „Kirchschläger für die Bauern“ sind Sie meilenweit entfernt, Herr Bundeskanzler.

Wenn Ihnen, Herr Bundeskanzler, dieses Wort vom „Kirchschläger für die Bauern“ wirklich einmal ernst gewesen ist, dann haben Sie den Herrn Minister Haiden bei der Regierungsumbildung einfach vergessen. Anders kann man das nicht bezeichnen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Und zwar vergessen zum Schaden der Beamten im Ressort und zum Schaden einer gemeinsamen Verantwortung für die Agrarpolitik. Das muß letztlich doch auch Ihnen, Herr Bundeskanzler, etwas wert sein, nämlich ob es uns gelingt, bei allen politischen Gegensätzlichkeiten ein vernünftiges Verhandlungsklima zu haben, oder ob wir ständig in Spannungen und Auseinandersetzungen agieren müssen, die ja letztlich niemandem etwas bringen, sondern nur zu Lasten einer konstruktiven Agrarpolitik gehen.

Herr Bundeskanzler! Ist Ihnen bekannt, daß es am Stubenring das Schlagwort vom „Archipel Haiden“ gibt?

Ist Ihnen bekannt, was ein Beamter des Ressorts auf die Auseinandersetzung in einer Fragestunde geschrieben hat? Er schrieb – ich zitiere das wörtlich –:

„Jeder Reporter, der am Stubenring Fakten

Dipl.-Ing. Riegler

über Haidens Politik sammeln wollte, wird bei Gesprächen feststellen: Hier herrscht Unsicherheit bis Angst."

Das sind doch keine Dinge, die man einfach übergehen kann. Das sind Alarmzeichen, die nicht nur den Minister betreffen, sondern die den Regierungschef etwas angehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Landwirtschaftsminister! Es hilft nicht, wenn Sie hier auf der Regierungsbank aufstehen und sagen: Ich stelle mich vor meine Beamten. Die Tatsachen sind anders. Ich nenne nur einige Beispiele.

Wir haben wiederholt über Ihre einseitige parteipolitische Vorgangsweise bei Personalentscheidungen diskutiert. Wir werden wahrscheinlich noch weiter darüber diskutieren müssen.

Sie setzen sich über Bestimmungen hinweg. Vor allem aber leidet die fachliche Qualifikation, und damit leidet die agrarpolitische Arbeit Ihres Ressorts! Das ist der Hauptpunkt unserer Kritik. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das ist ja geradezu zwingend in einem Ressort mit dauernden Personalfragen, wo ständig herumgerührt wird, wo ständig Unsicherheit herrscht, wo Entscheidungen mit Gewalt getroffen werden, statt ein harmonisches Ineinandergreifen bei Personalabläsen vorzunehmen.

Es geht um die Qualität und es geht um die Leistungsfähigkeit des Landwirtschaftsressorts! Daher werden wir diese Vorgangsweise bei jeder Gelegenheit immer wieder herausstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist einfach eine Tatsache, daß Ihre Vorgangsweise gekennzeichnet ist vom Mißtrauen gegen die eigene Beamtenschaft.

Es gibt zum Beispiel einen neuesten Erlaß von Ihnen, der der Sektion II vorschreibt, jede kleinste Anweisung, die hinausgeht, dem Minister vorzulegen. Ja so etwas gibt es ja überhaupt nirgends in der Republik, nämlich daß über eine 9 000-S-Entscheidung nicht mehr der Abteilungsleiter befinden kann, sondern daß das dem Minister vorgelegt wird. Sie haben doch Ihre Beamten unter Kuratel gestellt! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Sie zerstören ja jede schöpferische Aktivität Ihrer Beamten, wenn sie jeden Tag vor den Kopf gestoßen werden. Es ist meines Erachtens – da das nicht im Interesse der österreichischen Agrarpolitik liegt – schade um die Qualität der Beamten. Es ist schade um die geistige Kapazität des Ressorts, wenn sie nicht im Interesse einer konstruktiven Arbeit zur Entfaltung kommen kann.

Kleinkariert, Herr Minister, ist auch die Handhabung Ihrer Agrarpolitik. Es gehen keine großzügigen Lösungen davon aus. Es gibt keinen Optimismus. Es gibt keine Offenheit. Es sind kleinliche Auseinandersetzungen, die wir führen müssen. Wir tun das ja nicht gerne, sondern es wäre uns lieber, wenn man versuchen könnte, zu großzügigen, zukunftsorientierten Lösungen zu kommen.

Damit hängt auch das Problem der Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftskammern, mit den Bundesländern zusammen.

Der Bundeskanzler hat in Polen erklärt, die österreichische Beratung sei ein Musterbeispiel und er empfehle, daß man dieses Beispiel in Polen auch zur Nachahmung bekanntmacht.

Herr Minister! Sie tragen ja nicht allein die Verantwortung für die Agrarpolitik. Es ist eine Verantwortung, die in den Bundesländern, in den Kammern wahrzunehmen ist. Sie brauchen auch diese Zusammenarbeit. Sie brauchen auch das Miteinanderwirken. Aber Zusammenarbeit kann doch nicht so geschehen, daß man zwar die Aufgaben und die Belastungen dem anderen überträgt, aber es auf der anderen Seite unmöglich macht, eine konstruktive gemeinsame Arbeit zu finden.

Zusammenarbeit kann nicht so geschehen, daß Sie Förderungserlässe von irgendwelchen weltfremden oder praxisfremden Theoretikern entwickeln lassen, dann den Beratern in der Kammer die Aufgabe stellen, mit diesen Erlässen etwas anzufangen, und nachher kritisieren, daß Probleme nicht gelöst werden können. So kann eine gemeinsame Arbeit im Interesse der Bauern nicht vor sich gehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundeskanzler! Wir wissen, daß es in Ihrer Partei Gepflogenheit ist, Minister, die in öffentliche Kritik geraten, abzumauern, nicht zum Vorteil der Republik. Die Beispiele Lütgendorf und Leodolter zeigen das.

Herr Bundeskanzler! Ich würde Ihnen empfehlen, vielleicht denken Sie doch einmal nach über das Verhältnis der Ressortführung und deren Auswirkung auf die Gesprächssituation der österreichischen Agrarpolitik.

Eines auch noch zum Abschluß dieses Bereiches: Wir haben versucht, in einigen Verhandlungen mit der Bundesregierung dringende Fragen der österreichischen Bauernschaft zu lösen. Das Maß an Unverständnis, das hier zutage getreten ist, muß einen sehr nachdenklich stimmen, und zwar nachdenklich stimmen im Interesse der Probleme, um die es geht, aber auch nachdenklich stimmen im Interesse der innenpolitischen Entwicklung, um die es geht.

Dipl.-Ing. Riegler

Ich möchte das ganz deutlich und mit aller Zurückhaltung hier festhalten.

Ich hoffe, daß man bereit ist, über diese Zusammenhänge nachzudenken, und daß man bereit ist, auch auf die vorliegenden Probleme einzugehen. Wir kommen ja nicht aus Mutwillen, wir kommen, weil wir von 85 Prozent der Bauern eine Verantwortung übertragen bekommen haben, im Interesse dieser Bauern, und wir haben daher zu erwarten, daß die Probleme auch ernstlich behandelt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eine letzte der Ursachen möchte ich noch kurz anführen. Das ist die Frage der zukunftsorientierten Konzepte und Lösungen.

Ich nenne nur zwei Stichworte.

Zunächst das Stichwort „Forschung“. Wir haben im Agrarbudget nach der Auskunft im Ausschuß 16 Millionen Schilling für die Forschung vorgesehen. Ich glaube, daß das geradezu ein lächerlicher Betrag ist im Verhältnis zum Budget insgesamt und vor allem im Verhältnis zu den Aufgabenstellungen. Denn die Forschung ist eine Investition in die Zukunft. Wenn man nicht bereit ist, diese Investition vorzunehmen, dann werden wir den Nachteil in fünf und zehn und zwanzig Jahren zu tragen haben, noch dazu in einer Zeit, in der es um so gewaltige Weichenstellungen geht.

Ich nenne nur die Energiepolitik, ich nenne die Frage der biologischen und der Umweltprobleme. Ich nenne die Frage der Neuentwicklung von Grundstoffen. Hier stellt sich eine Aufgabe, der in keiner Weise mit dem vorliegenden Budget Genüge getan wird.

Das zweite: Es fehlt an einer umfassenden agrarpolitischen Konzeption. Die Regierungserklärung brachte das sicher nicht.

Wir haben Programme vorgelegt, die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung, das Konzept zur Sicherheit der Ernährung in Österreich, das Programm des Bauernbundes für die Politik im ländlichen Raum, wo wir uns bemüht haben, in einer praktischen Sicht die Probleme aufzuzeigen.

Ich behaupte nicht, daß das der Weisheit letzter Schluß ist. Ich behaupte nicht, daß das alles ist, was hier drin steht. Aber ich glaube, wenn sich Hunderte Menschen, Praktiker und Fachleute, Gedanken gemacht haben, dann kann man doch das nicht einfach vom Tisch wischen, dann kann man es doch nicht ablehnen, im Ausschuß darüber zu diskutieren.

Wir stellen das zur Diskussion. Wir sind bereit, auch die Kritiken hinzunehmen. Wir sind bereit, Überlegungen darüber anzustellen, was übernommen werden kann und was nicht.

Ich halte es für eine Überheblichkeit, wenn man glaubt, allein die Wahrheit gepachtet zu haben, und wenn man glaubt, mit der absoluten Mehrheit auch die absolute Weisheit zu haben. So ist es eben leider nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir setzen uns natürlich mit Ihren Programmen auseinander, wir setzen uns auseinander, wenn seitens der Freiheitlichen Vorschläge eingebracht werden. Selbstverständlich!

Es geht doch darum, daß wir im Interesse der österreichischen Bevölkerung, daß wir im Interesse der österreichischen Bauernschaft zu Lösungen kommen.

Zum Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß die Agrarpolitik eine für mich ganz entscheidende soziale Komponente hat. Ich glaube, daß gerade die neue soziale Frage ganz weitreichend in den Problemkreis der Land- und Forstwirtschaft hineingeht.

Hier möchte ich einige Fragen an Sie stellen. Als Sozialisten müßten Sie doch eigentlich Verständnis haben für soziale Probleme, für Fragen der Gerechtigkeit. Oder haben Sie das in neun Jahren Alleinherrschaft schon verlernt?

Ich frage daher: Wie stehen Sie zum Problem der Pendler und zum Problem der Nebenerwerbsbauern? Warum ist Ihre Arbeitsmarktpolitik nicht auf diese Gruppe ausgerichtet?

Ich frage Sie: Wie stehen Sie zum Problem der Existenzsicherung der Kleinbauern?

Wir haben eine ganze Reihe von Vorschlägen über Spezialkulturen, über den Weinbau, den Obstbau gemacht, um diesen kleinen Bauern die Existenz zu sichern. Wir haben uns bemüht, Maßnahmen gegen die Entwicklung der Massentierhaltung zu treffen.

Wir haben bei Ihnen Widerstände gefunden. Wir haben nicht das Verständnis gefunden, das wir erwarten durften.

Wie stehen Sie zum Problem der Bäuerin? – Es ist meines Erachtens ungeheuerlich, daß der Bauernkrankenkasse 350 Millionen Schilling, die für ein Mutterschaftsgeld angespart wurden, einfach weggenommen worden sind, statt daß man sich bemüht, eine Lösung zu finden.

Ich frage: Wie stehen Sie zum Problem der kinderreichen Familien? – Die Vorgangsweise der Frau Staatssekretär Karl geht genau gegen diese Gruppe: Die Familie mit einem Kind wird gefördert und die Familie mit vier Kindern wird benachteiligt werden. Das ist keine soziale, keine auf die Probleme ausgerichtete Politik, die hier gemacht wird.

Ich frage: Wie stehen Sie zum Problem der Bergbauern? – Hier haben Sie, Herr Landwirt-

Dipl.-Ing. Riegler

schaftsminister, in den Verhandlungen ein sehr hartes Wort getroffen. Als wir beantragten, eine Hilfestellung für die Bergbauern zusätzlich zu geben, haben Sie gesagt: Es ist eine Illusion, wenn Sie glauben, daß Sie einen zusätzlichen Schilling für diese Gruppe bekommen! – Das ist ein Wort, das mich hart getroffen hat, weil es auf Verständnislosigkeit gegenüber den Problemen dieser Gruppe schließen läßt.

Ihre Art der Bergbauernpolitik, zu sagen: Ja, wir versprechen einer Gruppe irgend etwas, aber bezahlen müssen es die anderen!, die halte ich für unseriös, die halte ich auch für sozial ungerecht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zum Schluß festhalten, daß für die Österreichische Volkspartei die Frage der Zukunft einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft das Hauptproblem der Agrarpolitik darstellt, weil wir mit einer bäuerlichen Landwirtschaft die größte Gewähr für eine gesicherte Ernährung haben, weil wir dadurch unser Land kultiviert erhalten und weil die Bauern in Mitteleuropa Jahrhunderte hindurch dieses Land gepflegt und an die jeweils nächste Generation weitergegeben haben. Das ist etwas Einmaliges in der kulturellen Entwicklung.

Ich glaube, daß man gerade heute, da über die Alternativen diskutiert wird, da man sich fragt, welche neuen Wege unsere Gesellschaft finden soll, diese geistige, diese ideelle Kraft des Bauerntums gar nicht stark genug herausstellen kann, nicht nur für den Sektor der Land- und Forstwirtschaft, sondern für unsere Gesellschaft überhaupt.

Zum Schluß ein Zitat, Herr Abgeordneter Pfeifer, das stammt nicht von mir, was ich sage, sondern das stammt von einem Gastredner – es war der berühmte Ökonom John Galbraith –, der Anfang der siebziger Jahre bei einem Ihrer Parteitage gesagt hat – ich zitiere –:

„Die Ausgebeuteten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind nicht mehr die Arbeiter, sondern die Bauern. Der Hunger in der Welt wird dieser Ausbeutung ein Ende setzen.“

Ich zitiere das, weil ich glaube, daß bei aller Härte dieser Formulierung Anlaß für uns alle gemeinsam besteht, darüber nachzudenken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In elf Tagen ist Weihnachten. Mein Vorredner hat sehr ruhig gesprochen, ich werde das ebenfalls tun.

Es ist verständlich, daß, wenn es um

landwirtschaftliche Probleme geht, es natürlich verschiedene Standpunkte gibt. Ich möchte nun, Hohes Haus, den Standpunkten, wie sie vom Kollegen Riegler für die Volkspartei vertreten wurden, die Gegen-Standpunkte der sozialistischen Fraktion entgegensetzen.

Herr Kollege Riegler! Sie haben damit begonnen zu sagen, daß Sie bei dieser Budgetdebatte keinen Streit um Zahlen ansagen wollen. Ich habe dafür Verständnis. Ihnen geht es selbstverständlich so wie uns um die Menschen. Sie haben aber dann in der Debatte sofort festgestellt, daß man keine Vergleiche mit Dingen, die zehn Jahre zurückliegen, bringen soll. Sofort im nächsten Satz haben Sie aber den Vergleich zwischen dem Jahr 1970 und dem Jahr 1979 angestellt.

Sie werden gestatten, daß auch ich einige Vergleiche anstelle, weil Sie das auch getan haben.

Sie haben dann gemeint, daß – mit einem Wort – Ihnen die Firma Haiden nicht gefällt. Das ist ja nichts Neues, das wissen wir, daß Ihnen das nicht gefällt. Ein Landwirtschaftsminister, der mit seiner Landwirtschaftspolitik, mit seinem Staatssekretär und mit seiner Fraktion erfolgreich ist, darf Ihnen ja nicht gefallen. Das ist ja keine Frage. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Anton Schlager: Kollege Pfeifer, Sie sind leicht zufriedengestellt!)*

Herr Kollege Schlager! Es ist ein bißchen früh am Morgen mit den Zwischenrufen. Aber wenn Sie wollen, gehen wir's halt einmal wieder an! Wir sind ja da nicht zimperlich.

Ich habe zuerst versucht, eine ruhige Stimmung weiter beizubehalten. Wenn Sie sie stören wollen und es anders haben wollen – wir können's ja auch anders. Wie Sie wollen.

Aber, meine Damen und Herren, eines steht fest: Wenn Sie nun die Auffassung vertreten, daß in der Landwirtschaftspolitik – so ist es doch durchgeklungen – nur ein Verwirrungsspiel mit Zahlen betrieben wird, mit einem Wort: so nichts weitergeht oder weitergegangen ist, dann muß man Ihnen halt sagen, daß Sie mit dieser Argumentation – Sie wissen es ja selber auch – sicher unrecht haben, denn die Zahlen und die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache.

Es ist unverständlich, daß sich der Kollege Riegler hierherstellt und davon redet, daß in der Bergbauernpolitik nichts weitergegangen sei und dieser Minister verständnislos für die Bergbauernfrage sei.

Nahmen Sie wirklich im Ernst an, daß Ihnen jemand dieses Argument bei den klaren Fakten, die vorhanden sind, abnimmt? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Pfeifer

Ich weiß schon, daß Sie das nicht gerne hören – aber darf ich doch noch einmal daran erinnern: Ich glaube, am Tag genau ist es ein Jahr, damals hat uns der damalige Sicherheitssprecher Generalsekretär Lanner als erster Redner gesagt, wie schlecht die sozialistische Agrarpolitik sei und wie er draußen in seinen Bauernversammlungen praktisch bestürmt werde, wo die Leute ja schon sagten: Jetzt dauert es ja nicht mehr lang – hat er uns erklärt –, jetzt kommt ja der große Wechsel.

Und da hat er sie in weiser Voraussicht in Hinsicht auf eine ÖVP-Politik, die Gott sei Dank nicht gekommen ist und nicht kommt, sofort beruhigt: Ja, Freunde – hat er gesagt –, ich kann euch gar nichts versprechen, denn diese sozialistische Agrarpolitik, diese acht Jahre, die Sie da durchstehen mußten – sagte er damals hier am Pult –, die sind ja leider Gottes so fürchterlich gewesen! Und wenn sich das jetzt alles umdreht, dann steht ja fest, daß die ÖVP das nicht sehr rasch verändern kann.

Meine Damen und Herren! Sie wissen: Die nächsten vier Jahre wird es so weitergehen wie die acht Jahre vorher: mit mehr Erfolg. (*Abg. Graf: Das ist aber kein wörtliches Zitat!*) Sie haben halt geglaubt, daß Sie die Wahlen gewinnen, aber Sie haben sie zum vierten Mal verloren! Das steht ja fest. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und ich möchte Ihnen sagen, meine Damen und Herren von der rechten Seite: Wir sind nicht so vermessen, zu glauben, daß wir die Weisheit gepachtet haben (*Abg. Graf: Ach, nicht?*) Aber nehmen Sie zur Kenntnis: Wahrscheinlich haben Sie sie auch nicht gepachtet (*Abg. Graf: Hat der Riegler aber ausdrücklich gesagt!*), denn die Landwirtschaftspolitik ist eben eine große problematische, mit Schwierigkeitsgraden behaftete Politik, und man wird sie so wie bisher im Rahmen der gemeinsamen Diskussion lösen müssen.

Und was heißt es denn, wenn uns hier gesagt wird, mit diesem Minister Haiden könne man nicht reden? Auch dazu eine ganz klare Aussage. Es mutet schon ein wenig eigenartig an, wenn man so die letzten Wochen und Monate die Zeitungen gelesen und das verfolgt hat, wenn man die Medienberichte vernommen hat. Da hieß es immer wieder: Der Herr Minkowitsch redet mit dem Herrn Haiden nicht. Der Herr Präsident Minkowitsch hat gesagt, nicht mit dem Minister Haiden, er redet mit dem Haiden nicht, denn es freut ihn nicht. – Bitte, das ist seine Sache.

Aber wissen Sie, eigenartig ist eines, und ich glaube, zum Unterschied von der sehr rasch in Vergessenheit geratenen ÖVP-Regierung ist doch eines eine unleugbare Tatsache: Wenn Bauern mit dem Regierungschef, mit dem

Bundeskanzler reden wollen, dann redet er – zum Unterschied von Ihrer Zeit – mit den Bauern. Und wenn sich der Herr Präsident Minkowitsch anmeldet, dann kommt die halbe Regierung zu diesem Gespräch beim Bundeskanzler und steht ihm zur Verfügung. (*Zwischenruf des Abg. Deutschmann.*)

Aber eines ist sonderbar, wissen Sie. Da hat man damals... (*Ruf bei der ÖVP: Auf das Wie kommt es an!*) Wollen Sie das Gespräch überhaupt nicht mehr? Dann sagen Sie es freimütig heraus. (*Abg. Graf: Ist das eine Drohung? – Abg. Dr. Fischer: Streitet nicht, Kinder!*) Wir können uns ja danach richten, meine Damen und Herren. Wir haben die Hand zum Gespräch immer geboten.

Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen doch erkennen und längst erkannt haben, daß die Bauern immer mit der Regierung reden müssen, weil sie immer Forderungen haben und weil sie das Gespräch ganz einfach brauchen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und da kommt... (*Ruf bei der ÖVP: Da werden wir ein Bittgesuch einreichen! Was?*) Vielleicht darf ich das zu Ende sagen, was ich mir vorgenommen habe! Nicht? (*Abg. Graf: Hält Sie ja niemand ab!*) Die Zwischenrufe verlängern meine Redezeit. Das wissen Sie ja. (*Abg. Graf: Sie müssen erstens nicht darauf eingehen, und zweitens kann man Zwischenrufe machen, wann man will!*) Selbstverständlich! Also machen wir ein gemeinsames Plauscherl, Herr Kollege Graf? Mit Zwischenrufen? Oder machen wir es später? Wie Sie es wollen! (*Abg. Graf: Das muß ich mir überlegen! Da muß ich zuerst nachdenken, ob ich das will!*) Eben. Ich brauche eigentlich nicht nachzudenken. Wissen Sie, was ich jetzt tue? – Ich rede weiter, ob Sie wollen oder nicht! (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Na hoffentlich! Endlich!*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Was die Gesprächsbasis Minkowitsch-Haiden in der Berichterstattung der Medien betrifft, ist doch eines sonderbar. Da gibt es das Gespräch für unseren Bundeskanzler mit der halben Regierung, weil Sie das so wünschen, wir stehen zur Verfügung mit der Regierung, und nun kommt eines heraus: Da sagt der Herr Präsident Minkowitsch, er hat das eigentlich, was da so in den Zeitungen gestanden ist, gar nicht so gemeint, und das stimmt ja eigentlich alles nicht. – Mit einem Wort, die Journalisten haben dann die Schuld. Der Herr Präsident Minkowitsch, man höre und staune, ist mißverstanden worden.

Ich glaube, die Journalisten werden ja gerade in so heiklen Dingen mitgeschrieben haben, sie werden ja mitstenographiert haben, und wenn

Pfeifer

es dann nicht mehr gut zurückgeht, dann sagt man: Die Presse, die Journalisten sind schuld.

Das ist meiner Meinung nach schon ein wenig billig und einfach, und ich glaube, auch das scheint mir für die kommenden notwendigen Diskussionen nicht sehr zielführend zu sein. Meine Damen und Herren! Wenn heute mein Vorredner auch davon gesprochen hat, daß auch für die Bäuerinnen nichts geschehe, und, mit einem Wort, beim Mutterschaftsgeld sei ja auch nichts vorangegangen, diese 350 Millionen Schilling, so beklagt man hier, das ist jetzt wieder weggekommen, das Mutterschaftsgeld hätten die Bäuerinnen so dringend gebraucht: Wenn es nach dieser Seite des Hauses ginge in dieser Frage (*zeigt zu seinen Parteifreunden*), da könnten ja schon Zehntausende Bäuerinnen das Mutterschaftsgeld bekommen!

Nur eines müssen Sie erkennen: So wird es nicht gehen, daß Sie herkommen und sagen, die Bäuerinnen haben wir jetzt auch in unserer erfolglosen Oppositionsrolle entdeckt, der Bund soll die ganze Länge zahlen, sonst kommt nichts in Frage!

So wird es auch für die Zukunft, in den achtziger Jahren nicht gehen. Man wird sich zusammensetzen müssen, man wird Standpunkt auf Standpunkt setzen müssen, gemeinsam diskutieren müssen und dann wird man – wie das in der Landwirtschaftspolitik eigentlich gang und gäbe ist in wichtigen Fragen – halt wieder einmal einen Kompromiß finden müssen. Wenn Sie das wollen – wir sind bereit dazu.

Sie sagen einfach: Wir fordern, die Regierung muß das erfüllen, denn den Bäuerinnen geht es so schlecht. – Frage: Zu Ihrer Zeit? Haben Sie ein bißcherl nachgedacht über die Bäuerinnen zu Ihrer Zeit? Sie haben nicht lange Zeit gehabt, nur vier Jahre, dann waren Sie ja weg, aus den bekannten Gründen, weil Sie sich nicht gekümmert haben.

Meine Damen und Herren! In der Frage des Mutterschaftsgeldes für die Bäuerinnen sind wir selbstverständlich jederzeit Gesprächsbereit. Es ist ja schon vieles diskutiert worden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Johann Haider.*) Sie haben das abgelehnt. Schauen Sie, mit dem Argument „Geht ja nicht“ wird man nicht weiterkommen. Man wird diskutieren müssen, man wird also Annäherungsstandpunkte setzen müssen, und dann können, glaube ich, nur jene praktisch froh sein, die heute noch kein Mutterschaftsgeld haben, wenn man hier gemeinsam einen Weg für eine Art der Verbesserung der Situation der Bäuerin neu findet.

Und dann, meine Damen und Herren, Hohes Haus, wurde vom Kollegen Riegler auch noch von der Irreführung der Öffentlichkeit gespro-

chen. Angeblich macht die „Firma Haiden“, wie er meinte, die Irreführung der Öffentlichkeit perfekt.

Er hat dann von der Zumutung gesprochen, es sei eine Zumutung für die Bauern, was hier geschehe.

Er hat sich dann sogar noch ein wenig mit den Budgetzahlen beschäftigt; daß er nicht lange darüber redet, verstehe ich. Meine Freunde, die nach mir zum Budgetkapitel Stellung nehmen werden, werden dann aus der speziellen Sicht der Kapitel zum Budget reden.

Aber, meine Damen und Herren, gestatten Sie doch eines: Was heißt es denn, daß hier „schon wieder“ 1,3 Milliarden Schilling fehlen? Er hat uns gesagt und konzidiert und wollte mir das gleich vorwegnehmen, daß der Minister an schlechten Ernten nicht schuld ist, weil ich ihm das ja das letzte Mal sagen mußte, Ihnen das sagen mußte, und weil Ihnen ja, das haben Sie in der Zwischenzeit auch gemerkt, das niemand abnimmt, daß auch dafür der Minister schuld ist. Daher hat er gleich gesagt: Bitte, an den schlechten Ernten ist ausnahmsweise diesmal nicht der Minister schuld.

Meine Damen und Herren! Erkennen Sie doch eines: Natürlich wissen wir sehr wohl, was eine schlechte Ernte für Bauern bedeutet. Aber Sie wissen sehr wohl, daß Ernteauffälle weder zu Ihrer Zeit noch zu unserer Zeit, zu keiner Zeit, voll abgegolten werden können. Ich glaube, da sind wir doch alle miteinander zu viel Praktiker, als daß wir darüber vielleicht auch noch streiten müssen.

Meine Damen und Herren! Was das Budget 1980 betrifft, glaube ich, muß man doch sehen, daß wir die Förderungsmaßnahmen nach wie vor sichergestellt haben. Wir haben weit mehr als 500 Millionen Schilling Zinsenzuschüsse im Grünen Plan präliminiert und haben daher wieder ein Kreditvolumen auf dem Agrarinvestitionskreditsektor von rund 2½ Milliarden Schilling für die Landwirtschaft möglich gemacht.

Wir haben, meine Damen und Herren, auch – das ist ein kleiner oder sehr bescheidener Vergleich, wenn Sie wollen, aber ein richtiger Vergleich – die Mittel des Grünen Plans seit Ihrer Zeit um mehr als 1 Milliarde Schilling aufgestockt. Auch das muß bei der Budgetdebatte gesagt werden, und meine Freunde, die nach mir reden, werden noch besonders darauf zu sprechen kommen.

Es ist der Außenhandel angezogen worden, und auch hier mußte der Kollege Riegler – weil es ja gar nicht anders geht – sagen, daß doch gewisse Erfolge da sind. Daß wir alle noch gerne eine Verbesserung hätten, ist unbestritten. Aber

Pfeifer

Sie kennen genauso wie wir die Schwierigkeiten, die sich stellen, und ich glaube, auch hier ist eines wohl eine Selbstverständlichkeit, nämlich daß diese Bundesregierung vom Regierungschef angefangen bis zu den ressortzuständigen Ministern alles tut, um gerade die schwierige Situation des Außenhandels im Rahmen der bekannten Probleme so gut wie möglich zu gestalten.

Und wenn Sie uns vorhalten, meine Damen und Herren, daß der Bundeskanzler und der Handelsminister zu wenig in Brüssel seien, dann muß ich sagen, Ihrer Meinung nach müßten also Kreisky und Staribacher eigentlich jetzt unterbrochen in Brüssel sein.

Ich darf nur in aller Bescheidenheit daran erinnern, wie das zu Ihrer Zeit war. Da gab es sehr viele Delegationen, damals waren der Herr Vizekanzler Bock und der Handelsminister Mitterer immer im Vorzimmer der EG anwesend, er war so lange im Vorzimmer der EG anwesend, bis er plötzlich nicht mehr dort war, sondern auf der Straße draußen gewartet hat. Sie haben nichts weitergebracht, Sie wissen ganz genau, daß wir erst unter der sozialistischen Bundesregierung gemeinsam diese Verträge unterschrieben haben. Das muß man hier auch bitte einmal sagen. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Mag. Minkowitsch: Wie ist es in Südtirol? Wir sind nicht so primitiv, daß wir sagen, in Südtirol habt ihr nichts weitergebracht!)*

Herr Präsident, ich habe hier klare Fakten genannt. Ich habe hier repliziert auf die Wortmeldung des Kollegen Riegler, der uns vorgeworfen hat, daß nichts weitergeht, Staribacher und Kreisky seien viel zu viel in Österreich und viel zu wenig in Brüssel.

Ja, meine Damen und Herren, nehmen Sie zur Kenntnis, so viel wie wir in Brüssel den Umständen entsprechend, die Ihnen ja bekannt sind und immer schwieriger werden, weitergebracht haben für die Landwirtschaft, haben Sie in Ihrer Zeit in keiner Weise zustandegebracht. Das muß auch gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Kollege Riegler hat sich auch mit den Fragen des Personals befaßt, er hat gemeint - man muß sich das ja vorstellen, wie er das hier dargelegt hat -, man müßte direkt Angst haben, wenn man in diesem Ministerium Beamter ist. Ich komme auch sehr oft ins Ministerium, ich kenne sehr viele Beamte, aber von Angst hat mir noch niemand etwas gesagt. Und niemand hat mir mitgeteilt, daß er vor den Sozialisten und vor den Ressortchefs Angst hätte.

Diese Angstparole, meine Damen und Herren, haben Sie zu Ihrer Zeit lange genug auf anderer

Ebene gepredigt. Die Ergebnisse kennen Sie. Ich würde Ihnen gut raten, daß Sie, wenn Sie sich mit unserer Politik befassen, die Angst aus dem Spiel lassen, sonst werden Sie noch viel länger auf den Oppositionsbänken sitzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und dann, meine Damen und Herren, auch das möchte ich hier sagen, weil der Kollege Riegler auf die Personalfragen hingewiesen hat: Da wird uns vorgeworfen - vor allem dem Herrn Bundesminister -, wie dieser Mann Personalpolitik betreibt, das ist für die Volkspartei ganz einfach ein rotes Tuch.

Frage: Haben Sie schon ein bißl nachgeschaut, was da so unter der sozialistischen Regierung auf dem Personalsektor aufgenommen wurde durch sozialistische Bundesminister, durch die zuständige Abteilung, durch die dafür Verantwortlichen? Ich habe mich mit diesen Dingen sehr genau beschäftigt. Da werfen Sie dem Herrn Minister Haiden vor, daß er nur Sozialisten bevorzuge und jene, die Ihrer Partei zugehörig sind, schwerstens benachteilige.

Wie schaut es denn wirklich aus? Ich habe da - es waren ja Personalvertretungswahlen, Sie werden sich daran noch erinnern - so ein Plakat, auf dem viele Ihrer Funktionäre abgebildet sind, die, wie es sich gehört, Wahlwerbung machen. Und da habe ich mir jene, deren Namen auf dem Plakat stehen, die also profilierte Funktionäre der Volkspartei sind, ein wenig näher angesehen. Im ÖAAB und in der Fraktion Christlicher Gewerkschafter hat man hier nun die Namen der Leute gefunden, die für Sie kandidieren, und da haben wir uns angeschaut, wann denn diese Funktionäre aufgenommen worden sind.

Wenn Ihr Argument stimmen würde, was wir immer sofort bestreiten, wenn Sie uns diese Dinge vorhalten, dann gäbe es ja eigentlich nach Ihrer Argumentation seit 1970 durch diese fürchterliche Personalpolitik - wie Sie immer sagen - eine echte Notsituation.

Wie schaut es aber aus? Der Rat Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Kudjelka ist am 1. 7. 1970 im Ministerium aufgenommen worden. Er ist ein prononcierter Funktionär Ihrer Partei. Warum soll er das nicht sein? Er ist in unserer Zeit aufgenommen worden.

Der Oberkommissär Dr. Dietrich Hunger ist am 3. 1. 1972 aufgenommen worden. Roland Kernstock, Kontrollor, ist am 1. 9. 1972 aufgenommen worden. Alles Funktionäre von Ihnen. Hannelore Lehner, Vertragsbedienstete, ist ebenfalls am 1. 10. 1975 in den Dienst des Ministeriums getreten, Herbert Lohr, Revident, hat am 21. 10. 1974 den Dienst angetreten, Rat Dipl.-Ing. Johann Raith am 1. 9. 1970. Und jetzt: Rat Dipl.-Ing. Fritz Roithner ist am 1. 9. 1977

Pfeifer

aufgenommen worden. Wer das ist, wissen Sie ja, Sie kennen ja die Leute. Und da kommen Sie her und reden von der fürchterlichen Personalpolitik, die dieser unser Bundesminister Ihrer Meinung nach betreibt.

Ich habe Ihnen jetzt einmal einiges zitiert, wie die Dinge wirklich sind. Und wissen Sie, was sich unlängst ereignet hat? Da kommt bei einer der letzten Debatten Dr. Zittmayr, stellt sich hierher und wirft dem Bundesminister vor, daß er diese Personalpolitik bis zum Exzeß treibe. Er spricht von einer Handelsschülerin, da nennt Dr. Zittmayr auch noch den Namen und qualifiziert sie – man muß sich das nur vorstellen – hier am Pult in aller Öffentlichkeit und sagt: Hier hat aber der Herr Bundesminister etwas ganz Fürchterliches getan. Er hat eine ganz andere bevorzugt, die abgeblüht viel schlechtere Qualifikationen gehabt hat als jene, die Zittmayr genannt hat.

Ja, meine Damen und Herren, was heißt denn das? Da kommt der Herr Zittmayr und beschuldigt den Herrn Bundesminister, es gibt dann später im Finanzausschuß eine Diskussion, und als der Herr Bundesminister dem Kollegen Dr. Zittmayr klar antwortet, ihn außerdem mit dieser Frage aus seiner Sicht echt konfrontiert, da sagt der gleiche Abgeordnete: Na ja, bitte, der Sandmeier hat mir da etwas erzählt, und das habe ich halt weitergegeben. Mit einem Wort so nach dem typischen System: reden wir nur fest, blasen wir das ganze auf, ein bisserl etwas wird schon hängen bleiben.

Sehen Sie, das ist Ihre Taktik. Dabei hat der Kollege Dr. Zittmayr auch vom Herrn Bundesminister, glaube ich, einen Brief bekommen. Ich möchte Ihnen ganz offen sagen: So wird es ja bitte nicht gehen, daß man sich hier herstellt, unwahre Behauptungen vertritt, dem Herrn Bundesminister in aller Öffentlichkeit vorhält, daß er hier eine ganz schlechte Personalpolitik betreibt, ihm Vorwürfe macht, die gar nicht stimmen, und dann nicht mehr darüber redet, dann sind die Dinge erledigt. Wichtig ist, daß die Öffentlichkeit informiert wurde, falsch informiert wurde von Ihnen, daß der Herr Bundesminister Leute favorisiert, wo also die Dinge, Ihrer Meinung nach, nicht in Ordnung sind.

Ich sage Ihnen ganz offen, der Herr Bundesminister hat sich mit dieser Frage ganz genau auseinandergesetzt, und ich glaube, der Herr Kollege Dr. Zittmayr würde gut tun, wenn er sich zumindest in dieser Frage entschuldigen würde. Denn so wird es nicht gehen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt, Hohes Haus, vielleicht auch noch zu einigen Fakten, die speziell die Landwirtschaft

auf dem Produktionssektor betreffen. Es ist heute schon gesagt worden, daß die Getreideernte 1979 schlecht war. Das wissen wir, meine Damen und Herren. Aber vielleicht auch eine kurze Replik zur allgemeinen Situation auf diesem Sektor. Sie wissen, daß der Weltgetreidemarkt in den letzten Jahren weiter labil geblieben ist, daß für 1979 insbesondere für die Weltweizenernte mehrere Prognosen revidiert wurden, und nach neuesten Angaben des Internationalen Weizenrates ist heuer mit einer Weltweizenernte von 405 Millionen Tonnen zu rechnen. Das wären um fast 9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Weltweizenhandel dürfte sich allerdings nach Ansicht von Experten 1979 bis 1980 auf 76 Millionen Tonnen einpendeln und würde damit um 7 Prozent höher sein als 1978/79.

Ich glaube, jeder weiß, daß der große Fortschritt in der Züchtung, Bodenbearbeitung und Düngung in der heimischen Getreidewirtschaft zu einem beachtlichen Produktivitätsfortschritt geführt hat. So haben sich die Hektarerträge bei Weizen von 2 940 Kilo im Jahr 1970 auf 4 200 im Jahre 1978 erhöht. Bei Gerste stiegen im gleichen Zeitraum die Erträge von 3 150 Kilo auf 4 000 Kilogramm pro Hektar. Auch hier eine kurze Replik: mußten 1965 noch fast 900 000 Tonnen Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais importiert werden, waren sowohl 1978 als auch 1979 beträchtliche Getreideexporte – das möchte ich unterstreichen – möglich. Allein aus dieser Situation erkennt man schon, wie die Dinge sind. Die Brotgetreidebedarfsdeckung machte im Jahre 1978/79 bei Weizen bereits 178 Prozent und bei Roggen 161 Prozent aus.

Es war daher, wie wir meinen, äußerst vordringlich, zu verzichten, neben dem Milchmarkt in langen gemeinsamen Verhandlungen auch den Getreidemarkt in Ordnung zu bringen und so zu reformieren, daß der Qualitätsweizenanbau gefördert und der Anbau nicht mahlfähiger Sorten eingedämmt wird. Es wurde ein dynamisches Exportmodell zwischen Landwirtschaftsministerium und Sozialpartnern vereinbart, welches, ich möchte das besonders unterstreichen, den gezielten Anbau exportfähiger Mahlweizensorten und die Ausdehnung des Qualitätsweizenanbaues auf 120 000 Hektar und eine Exportfinanzierung zwischen Bund und Produzenten vorsieht.

Auch hier ein Vergleich mit einigen Zahlen: 1970/71 hatten wir, was die Fläche betraf, bei den Kontraktweizen 55 531 Hektar, 1979/80 werden wir auf Grund der gemeinsamen Verhandlungen und Vereinbarungen 120 000 Hektar haben, bei Durumweizen 6 701 im Jahr 1970/71 und 10 000 Hektar im Jahr 1979/80.

Meine Damen und Herren! Wir haben also,

Pfeifer

gerade was den Getreidemarkt und das Getreideproblem betrifft, versucht, hier einen gemeinsamen Weg zu finden und haben, ich darf das wiederholend sagen, den Getreidemarkt genauso wie den Milchmarkt unter der Minister-schaft unseres Freundes Haiden in Ordnung gebracht, und es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir auch in der Zukunft über diese Probleme gemeinsam reden müssen.

Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen jetzt noch sehr lange über die Entwicklung der Getreidepreise referieren. Sie kennen die Dinge, Sie wissen, wie sie zu Ihrer Zeit waren, und Sie wissen auch, wie wir auf diesem Sektor vorgegangen sind.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! An der Schwelle der achtziger Jahre, wenn wir allmählich die siebziger Jahre verlassen, sollte man eine, wie ich meine, wichtige Entwicklung erkennen und sollte auch heute, am Tag, wo das Landwirtschaftsbudget verhandelt wird, darüber reden.

Sie wissen, daß es seit Wochen und Monaten auf dem Energiesektor weltweit, nicht nur hier in Österreich, die Diskussion um die Alternativ-energien gibt. Ich glaube, gerade auf dem Energiesektor hat die Landwirtschaft eine wichtige Funktion zu erfüllen, und auch hier wird es notwendig sein, daß man so wie bisher in den achtziger Jahren gemeinsam Lösungsvor-schläge erarbeitet. Im Jahre 1979 hat sich stärker als je zuvor gezeigt, daß die Landwirtschaft einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Lösung zukünftiger Energieprobleme leisten kann. Sie wird mittel- und langfristig zwar nicht in der Lage sein, die Energieprobleme Österreichs zu lösen, wohl aber wesentlich dazu beitragen können, Schwierigkeiten abzuschwächen und das Energiedefizit zu verringern.

Österreich muß rund 68 Prozent des Gesamt-verbrauches an Energie einführen. Das waren zum Beispiel 1978 fast 10 Millionen Tonnen Erdöleinheiten. Von den 30 Millionen Tonnen Biomassen werden etwa 15 Millionen Tonnen in der Nahrungsmittelproduktion und 5 Millionen Tonnen von der Holzindustrie verarbeitet. Etwa 10 Millionen Tonnen verbleiben als verfügbarer Überschuß.

Das Bundesministerium für Land- und Forst-wirtschaft hat gut daran getan, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um Entscheidungs-grundlagen für Energiealternativen zu erarbei-ten beziehungsweise chancenreiche Projekte zu unterstützen. Im besonderen möchte ich hier hervorheben die Intensivierung der Beratung in Richtung sinnvoller Energieverwendung und unter besonderer Berücksichtigung von Energie-einsparmöglichkeiten durch die Herausgabe der

Beratungsschrift „Energiesparen in der Land-wirtschaft“; Untersuchungen über die Verwend-barkeit von Ersatztreibstoff, Pflanzenöl zum Beispiel, die in der Bundes-Versuchs- und Prüfanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte gute Ergebnisse gebracht haben; die Untersuchungen über die Erzeugung von Biogas und Förderung der Biogaserzeugung durch Gewährung von Zinsenzuschüssen zu Agrarin-vestitionskrediten; die Prüfung und Weiterent-wicklung von Strohverbrennungsanlagen und Förderung von Pionieranlagen auf diesem Gebiet.

Diese Arbeiten, Hohes Haus, wollen wir in den achtziger Jahren, speziell aber im kommen-den Jahr, verstärkt fortführen, und wir hoffen, daß es gelingt, gemeinsam realistische und praktikable Lösungsvorschläge zu erstatten und dann dementsprechend auch auszuarbeiten.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zum Budget 1980 möchte ich nur festhalten, wie sich die Opposition verhält: Sie sind wieder, wie seit 1970, gegen das Budget, Sie haben keine echten Argumente dagegen; das Zahlenspiel, haben Sie gleich gesagt, wollen Sie nicht mitspielen. Sie reden nicht viel von den Zahlen, weil Sie sie kennen und weil diese Zahlen im Bereich der bekannten Schwierigkeiten Zahlen sind, wo man ruhig vor die Bauern, vor die Landwirt-schaft, vor die Konsumenten und Produzenten hintreten und sagen kann: Wir bilden uns nicht ein, daß wir allein immer in der Lage sind, das Beste zu geben. Aber eines, glaube ich, können wir sagen: Wir haben uns bemüht in diesen vergangenen allmählich zehn Jahren – von 1970 bis 1979 –, das Los der bäuerlichen Bevölkerung entsprechend zu verbessern.

Ich möchte jetzt nicht von der Sozialpolitik reden. Sie wissen, daß wir eben durch Verhand-lungen, durch gemeinsame Verhandlungen das Los der Bauern auf dem sozialpolitischen Sektor besser wie je zuvor gestalten konnten. Wir waren es, die die Mittel herbeigeschafft haben, um die Umwandlung der Zuschußrenten in die Bauernpensionen möglich zu machen. Ich glaube, auch hier war das Gespräch, das ja zu Beginn nicht sehr erfolgversprechend begonnen hat, schließlich erfolgreich für die Menschen im ländlichen Raum, für die Bauern.

Politik, Agrarpolitik der Sozialistischen Par-tei, der sozialistischen Bundesregierung, meine Damen und Herren, ist Agrarpolitik für den ländlichen Raum. Ich glaube, daß wir alles tun sollen, um auch in den achtziger Jahren diesen Weg fortzusetzen, daß wir auf beiden Seiten versuchen sollten, die Gesprächsbasis zu erwei-tern und die schwierigen Probleme gemeinsam zu diskutieren. Wir von seiten der Sozialisti-schen Partei bieten Ihnen, meine Damen und

Pfeifer

Herren, jederzeit die Hand für sachliche und wichtige Gespräche auf diesem Sektor.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade auch das Budget 1980, dem wir die Zustimmung geben werden, zeigt, daß wir im Rahmen des Möglichen auch für die Landwirtschaft, für die Menschen im ländlichen Raum alles getan haben, daß es ein Garant dafür ist, die Situation dieser Menschen zu verbessern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Die siebziger Jahre waren ein gutes Jahrzehnt für die österreichische Landwirtschaft. Die Bilanz ist – allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz – positiv. Wir werden die Herausforderung des neuen Jahrzehnts annehmen und den erfolgreichen Weg der siebziger Jahre den Erfordernissen der achtziger Jahre anpassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichterstattung hat sich der Herr Abgeordnete Riegler gemeldet. Fünf Minuten Redezeit.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat Bezug genommen auf eine Diskussion im Finanz- und Budgetausschuß zum Problem der Einstellung einer Bürokraft in der forstlichen Lehranstalt Orth.

Die Auskunft, die im Ausschuß gegeben wurde, war unvollständig und damit auch unrichtig. Auch die Feststellungen, die hier getroffen wurden, entsprechen nicht den Tatsachen. Es geht daher nicht um eine Entschuldigung des Abgeordneten Zittmayr, sondern es geht darum festzustellen, daß wir in dieser Frage nicht richtig informiert worden sind.

Folgende Fakten sind aufzuzeigen: Von der Leitung der betreffenden Schule wurde dem Ressort mitgeteilt, daß eine bestimmte Kraft für die Aufnahme vorgesehen ist. Es wurde im Ressort bei Dr. Kastner angefragt, ob diese Aufnahme vorgenommen werden kann. Die Auskunft war: Es ist dagegen nichts einzuwenden, sie soll anfangen.

Am 5. November wurde die betreffende Kraft in der Früh zum Dienstbeginn an der Schule eingeladen. Es wurde wieder an Dr. Kastner die Meldung erstattet, daß diese Kraft nun da ist und ob die Aufnahme in Ordnung gehe. Daraufhin wurde dann zurückgerufen, daß eine Intervention dazwischengekommen ist und daß sie wieder nach Hause gehen soll. Interveniert wurde für eine andere Bewerberin, die die Nichte eines Stadtrates in Gmunden ist.

Das sind die Fakten, wie sie sich hier abgespielt haben. Das war das Problem, das vom

Abgeordneten Zittmayr aufgezeigt wurde. Die betroffene Familie hat sich an den Abgeordneten Sandmeier um Unterstützung in dieser Angelegenheit gewendet. Das hat dazu geführt, daß dieses Problem hier dargelegt wurde.

Es ist daher nicht richtig, wenn im Brief des Bundesministers steht, es habe keine Intervention – weder bei ihm noch bei der Leitung der Schule – stattgefunden. Das stimmt. Aber die Intervention hat im Ressort bei Dr. Kastner stattgefunden, und auch die Konsequenzen sind daraus gezogen worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Meine Damen und Herren! Diese Darstellung in der tatsächlichen Berichterstattung ist unrichtig. *(Widerspruch bei der ÖVP.)* Es wurde in keiner Weise verfügt, daß die Kraft aufzunehmen sei. Es wurde in keiner Weise veranlaßt, daß die Kraft, die in dieser Anstalt nachfragte, ob sie nun beginnen kann, wieder zu entlassen sei.

Es ist ständige Regelung im Ressort, daß bei mehreren Aufnahmegesuchen diese dem Präsidium vorzulegen sind. Das Präsidium war noch nicht befaßt damit. Daher ist weder eine Aufnahme erfolgt *(Abg. Kern: Hat sie um 8 Uhr angefangen oder nicht?)*, noch ist die Weisung erfolgt, daß sie zu entlassen sei.

Es wurde nicht interveniert. Die Information, die heute dem Parlament gegeben worden ist, stimmt nicht. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Das scheint mir aber gar nicht das so sehr Bedenkliche zu sein. Ich persönlich, meine Damen und Herren, finde es unerträglich, daß eine junge Handelsschülerin, die den ersten Posten sucht, unter Namensnennung hier im Plenum herabqualifiziert wird. Selbst wenn sie nicht geeignet wäre, ist das unzulässig! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wenn sich ein Dienstgeber von einem Mitarbeiter trennt und ein Dienstzeugnis ausstellt, ist der Dienstgeber nicht berechtigt – selbst bei einem Dienstverhältnis, das bestanden hatte –, negative Bemerkungen in dieses Dienstzeugnis aufzunehmen. *(Rufe bei der ÖVP: Reden wir von etwas anderem!)*

Dieses junge Mädchen ist ausgezeichnet qualifiziert *(Abg. Hietl: Das wissen wir eh!)*, es gab im Test nicht, wie behauptet wurde, wesentliche Unterschiede *(Abg. Hietl: Und wurde trotzdem entlassen!)*, und dieses Mädchen hat das wesentlich bessere Zeugnis.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Ein junger Staatsbürger wurde von einem Abgeordneten hier unter Namensnennung auf eine Art und Weise behandelt, die ich für meinen Ressortbereich nicht akzeptieren kann. *(Beifall bei der SPÖ. – Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. – Abg. Dr. Leitner: Einen jungen Staatsbürger hat man hinausgeworfen! – Abg. Kern: Nach drei Stunden wurde die Betreffende nach Hause geschickt! – Abg. Dr. Leitner: Sie wurde entlassen! – Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Das ist eine Unwahrheit, Herr Abgeordneter Leitner! – Abg. Dr. Leitner: Hat das Mädchen nicht gearbeitet? – Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Murer.

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Verehrter Herr Präsident! Ich werde heute versuchen, als Bauer dieses Agrarbudget, dieses Bauernbudget ein wenig zu durchleuchten. Ich möchte an dieser Stelle gleich zu Beginn sagen, daß es mich wundert, Herr Bundesminister, daß Sie auf eine Anfrage antworten, wo weder der Bauer A noch der Bauer B etwas davon hat, ob ein Beamter so oder so eingestellt worden ist. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der „AZ“ vom 8. Dezember gelesen, daß der Herr Staatssekretär Schober eigentlich nicht so sehr begeistert ist von einer zukünftigen Agrarpolitik, die sich irgendwie mehr mit der Preispolitik im grundsätzlichen beschäftigt, und zwar aus den Gründen, die Sie genannt haben. Ich habe weiter daraus entnommen, Herr Staatssekretär, daß Sie von einem langfristigen Agrarkonzept reden. Ich weiß bitte nicht, was Sie unter „langfristig“ verstehen. Es ist, glaube ich, ein langfristiges Agrarkonzept der Sozialisten nicht vorhanden. Wenn es doch vorhanden sein sollte, dann bitte ich, mir dieses auch einmal zugänglich zu machen.

Herr Staatssekretär! Sie haben gesagt, langfristig sei es sicher nicht richtig, wie das Institut für Agrarpolitik behauptet, daß die Schere zwischen bäuerlichen Einkommen und den Einkommen der Beschäftigten in der Industrie sich weiter öffnet, sofern das stimmt, was hier geschrieben worden ist.

Herr Staatssekretär! Sie haben dann gesagt, daß sich das etwas zugunsten der Bauern entwickelt hat. Vielleicht könnten Sie mir auch erklären, was „etwas“ heißt, denn mit diesem „etwas“ fangen wir Bauern nur sehr wenig an.

Tatsache, Herr Staatssekretär, ist aber – ich habe dies anlässlich der Debatte zum Grünen

Bericht und anlässlich der Debatte zur Erhöhung des Einheitswertes sehr klar und deutlich festgestellt –, daß natürlich in den letzten zehn Jahren etwas geschehen ist, das kann man nicht abstreiten. Es würde wirklich nicht die richtige Optik geben, wenn man einfach sagt: Da ist gar nichts passiert. Natürlich ist etwas passiert, aber das Was und Wie und Wann und Wo, mit dem müssen wir uns beschäftigen, und das müssen wir halt heraussuchen.

Tatsache ist weiters auch, Herr Staatssekretär und Herr Bundesminister, daß sich die Einkommenskluft zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaft erweitert hat. Das können Sie nicht abstreiten, das bestätigen einfach die Daten und die Fakten.

Zweitens: Die Einkommenskluft innerhalb der Landwirtschaft wird mit Riesenschritten immer größer, trotz Grünem Plan und trotz der Bergbauernbeihilfe, Herr Bundesminister. Man müßte eigentlich sagen, der Grüne Plan und die Bergbauernförderung haben nicht richtig gegriffen, denn sonst dürfte das nicht passieren.

Drittens: Die Bergbauerneinkommen im Alpengebiet – das ist halt traurig, das muß ich Ihnen wirklich sagen – weisen nicht einmal eine prozentuelle Steigerung auf. Es wird zwar überall gesagt, so viel Geld mehr und so viele Steigerungen, in Wirklichkeit nicht einmal eine prozentuelle Steigerung in diesen Gebieten, in denen die Menschen wirklich zu den Benachteiligten dieser Gesellschaftsgruppe in Österreich gehören. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Was mich aber am meisten schreckt, das muß ich halt auch sagen, ist, daß viertens in diesen zehn Jahren etwas passiert ist, was anscheinend sozialistisch ist, nämlich daß sich trotz hohem Einsatz von Kapital innerhalb der Landwirtschaft keine Verzinsung ergibt. Das heißt, daß wir keinen Reinertrag mehr erzielen können, daß es innerhalb dieser zehn Jahre, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, nicht möglich war, eine Politik einzuleiten, welche für die Bauern einen Reinertrag bringen kann! Und da reden die Herren immer: Na ja, die größeren Bauern verdienen ja so viel, die kleineren weniger, und in Wirklichkeit schaut es so aus, daß wir von allen acht Produktionsparten der österreichischen Landwirtschaft nur in zweien einen bescheidenen Reinertrag erwirtschaften haben können. Bitte, woher nehmen Sie denn diese Ziffern und Zahlen, wenn es nicht stimmt?

Ich möchte als Bauer hier feststellen, Herr Bundesminister: Vom Bergbauern bis zu den Weinbauern Schwierigkeiten über Schwierigkeiten, Krisengroschen über Krisengroschen, das sind die Fakten zehnjähriger Agrarpolitik der Sozialisten. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

1660

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Ing. Murer

Hohes Haus! Lassen Sie mich nun als Bauer aus bäuerlicher Sicht dieses Agrarbudget einmal durchleuchten.

Als der Herr Finanzminister Ende Oktober gesagt hat: 8 Milliarden mehr für die Bauern, da habe ich mir gedacht – kurz überschlagen und durchgerechnet –: 2,5 Prozent vom ganzen Budget, nicht schlecht. Gibt es das überhaupt in der sozialistischen Politik, daß auf einmal so viel Geld kommt? Dann habe ich mir aber gedacht, da ist vielleicht irgend etwas verwechselt worden. Aber der Minister kann doch auch nicht so leicht die Budgetkapitel verwechseln. Dann habe ich vermutet, die Sozialisten hätten vielleicht nach zehn Jahren ihr Herz für die Bauern entdeckt. Dann habe ich mir aber gedacht, das kann eigentlich gar nicht sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dann ist mir als Bauer das Märchen von der Frau Holle mit der Gold-Marie eingefallen. Ich habe schon gesehen, wie die Schneeflocken in Form von Geld herunterschneien. Aber dann habe ich mir gedacht, für die Bauern ist es nicht so einfach wie für die Experten, sich durch das Sammelsurium dieser Finanzansätze durchzustudieren. Ich habe mir ein Kreuzwortlexikon beschafft und bin diese Finanzansätze halt einmal durchgegangen, weil ich ganz genau wissen wollte, was da wirklich drinnensteht. Ich habe bei diesem Budgetkapitel 60, Land- und Forstwirtschaft, nach kurzem Überfliegen festgestellt, daß das kein homogener Block ist, sondern diese Finanzansätze stehen irgendwie, irgendwo, mehr oder weniger lose, aber meist recht weit entfernt von der Landwirtschaft zueinander.

Was hat der Finanzminister gemacht, meine Damen und Herren? – Der Herr Finanzminister hat da wieder einmal sehr gut gemischt, sehr gut gemixt und hat eine Budgetkosmetik vorgenommen, die man Gott sei Dank doch dann hat herausfinden können, er hat nämlich die Mittel des Grünen Planes, die Beamtengehälter des Landwirtschaftsministeriums, die Mittel für Preisausgleiche und andere Posten mehr wie Äpfel, Rosinen und Erdbeeren addiert.

Meine Damen und Herren! Das interessante bei diesem Agrarbudget ist: Steigen die Beamtengehälter, so steigt witzigerweise das Agrarbudget auch mit. Und das hat mich eigentlich schon ein wenig stutzig gemacht. Aber es gibt da ein schönes Sprichwort, Herr Minister, das auf die Regierungspolitiker teilweise zutrifft, nämlich, daß Sie sagen, der Opposition soll man stets einen Knochen zum Nagen lassen.

Der Knochen ist aber mit einem fremden Fleisch umwickelt, das ist keine Kost für uns Freiheitliche. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bauernbudget an und für sich ist in den Kapiteln 601 bis 604 enthalten. Die Förderung des Land- und Forstwirtschafts- und Ernährungswesens mit rund 24 Millionen Schilling, das Bergbauern-Sonderprogramm mit 735 Millionen Schilling, Grüner Plan mit über einer Milliarde, die Zuschüsse für Wein und Forstwirtschaft mit 45 Millionen Schilling. Diese Kapitel kann man als primäres Agrarbudget absolut gelten lassen.

Aber, meine Damen und Herren, eine gewissenhafte und vor allem eine glaubwürdige Debatte hier im Hohen Haus über dieses Bauernbudget muß meines Erachtens ganz klar von dem Empfängerprinzip ausgehen, das heißt, was die Bauern und ihre Familien tatsächlich erhalten. So denke ich mir das als Bauer. Ich schaue das so an, das ist meine Meinung. Wenn Sie anders denken, ist das Ihr Kaffee.

Herr Bundesminister: Ich habe beim Grünen Plan schon die Fakten, die positiv sind, genannt. Ich möchte hier sicherlich auch das Bergbauern-Sonderprogramm im besonderen nennen, möchte auch den Zinsenzuschuß mit 570 Millionen Schilling nennen, das sind sicherlich Fakten, die man anerkennen muß.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang sagen, daß eine Politik, die statt Preispolitik Zinspolitik bringt, auch keine Lösung ist. Denn wenn man – und wir haben es in der Debatte zu den Reinerträgen doch besprochen – feststellt, daß kein Reinertrag mehr in der Wirtschaft drinnenliegt, sind meines Erachtens – Herr Bundesminister, Sie wissen es, wir haben schon oft darüber geredet – vier Prozent Zinsen für diese Bauern bei weitem zu hoch.

Die Kapitel 605 bis 607, Herr Bundesminister, beschäftigen sich mit dem Lehr- und Ausbildungswesen. Ich gebe natürlich zu, und ich bin froh darüber, daß wir in Österreich ein so großes und qualifiziertes Lehr- und Ausbildungswesen haben. Hier ist so viel getan worden, und wir freuen uns, daß wir alle diese Schulen haben besuchen können. Aber, Herr Bundesminister, ich würde sagen, diese 1 021 Millionen müßte man eigentlich als indirektes oder sekundäres Agrarbudget oder als sekundären Agrarposten in diesem Budget sehen, denn sonst müßte man bei den anderen Budgets, die hier in den letzten Tagen vorgelegt worden sind, auch dieses Budget, welches in diesem Zusammenhang steht, etwas deutlicher herausbringen oder sagen, wo sich diese Kapitel befinden.

Aber schon etwas weiter entfernt von dem Bauernbudget steht der Titel 608 mit Schutzwaserbau und Lawinenverbauung. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß das weder primär noch sekundär im Agrarbud-

Ing. Murer

get genannt werden kann. Diese 1,1 Milliarden Schilling kommen doch allen Österreichern zugute, denn im ländlichen Raum, meine sehr Verehrten, leben doch immerhin 3,5 bis 4 Millionen Menschen, aber nur 600 000 sind der agrarischen Bevölkerung zuzurechnen. Daher würde ich sagen, diese Kosten gehören eher als allgemeine Katastrophenschutzsubvention bezeichnet, aber niemals in das primäre Agrarbudget. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundesminister! Weit weg und in sehr krassem Widerspruch steht das Kapitel 609 mit 267 Millionen, wo die Ausgaben für sonstige nachgeordnete Dienststellen aufscheinen, zum Beispiel die Spanische Hofreitschule, diverse Bauhöfe und so weiter. Herr Bundesminister! Bitteschön, ich würde mich schon freuen, wenn Sie zugeben würden, daß das wirklich mit den Bauern nicht viel oder gar nichts zu tun hat, denn ich würde eher sagen, wenn man das Verhältnis zu den Bauern heute bringt, steht es genauso im Widerspruch wie eine Kaffeebohne zu einem Wasserhydranten. Herr Bundesminister! Das kann man nicht glaubwürdig vertreten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber noch viel weiter oder genauso weit entfernt ist der Titel 600, nämlich die Beamtengehälter, die Zentralstelle, die Hochburg der Agrarbürokratie, mit beinahe 500 Millionen in diesem Budget. Herr Bundesminister! Niemand bestreitet, daß wir gut ausgebildete Beamte brauchen, daß wir gut bezahlte Beamte haben sollen, das ist gar keine Frage. Wenn aber, Herr Bundesminister, jemand Beamter wird, bitte, wird er es doch höchstwahrscheinlich zuerst deswegen, um dort seinen Lebensunterhalt zu finden. Aber doch niemals deswegen, daß er die Bauern fördert. Das doch ganz sicher nicht. *(Zustimmung bei der FPÖ.)* Und daher, Herr Bundesminister, zäumen wir nicht das Pferd beim Schwanz auf, das würde wirklich nicht gehen und auch nichts bringen. Wir müssen der Optik wegen der Öffentlichkeit sehr klar und deutlich sagen, wie die Dinge aussehen, denn es heißt ja die ganze Zeit, ihr Jammerer, was wollt ihr denn, einen Haufen Millionen, alles kriegt ihr von uns, in Wirklichkeit aber stimmt das nicht. Daher, Herr Bundesminister, der Optik wegen doch sehr klar die Dinge auf den Tisch zu legen.

Und nun kommen wir zum Kapitel 62, das sind die Preisausgleiche mit 3,2 Milliarden Schilling. Herr Bundesminister! Das Institut für Wirtschaftsforschung hat im Jahr 1970 schon errechnet, daß eigentlich die Hälfte den Konsumenten zuzurechnen wäre, etwa ein Viertel, nämlich 732 Millionen sind aber bereits wieder durch Einnahmen gedeckt. Viele Menschen haben mich in den letzten Wochen gefragt, wie

ist denn so etwas möglich, daß der Bauer bei der Milchpreiserhöhung 20 Groschen mehr kriegt und der Konsument bald einen Schilling mehr zahlen muß? Ja sind das die Genossenschaften oder wo sind die Teufel, die das Geld einkassieren? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundesminister! 570 Millionen sind bei der Milchpreisstützung abgebaut worden – im ganzen Westen gibt es so etwas nicht. Es gibt kein Land im Westen, wo keine Agrarpreisstützungen gegeben werden. *(Abg. Kern: Die Schweiz gibt 4 Milliarden!)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man dann noch betrachtet, daß im Durchschnitt die Arbeitnehmer 4 Prozent Lohn-erhöhung bekommen haben, daß die Molkerei-arbeiter aber dann 6 Prozent bekommen haben, dann müßte man eigentlich zu dem Schluß kommen, daß der Kassier Dr. Androsch heißt und daß hier keine Agrarpreispolitik gemacht wird, sondern eine Gesellschafts- und Parteipolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)* Aber bitteschön, auch das würde ich mir gefallen lassen, wenn es nicht gegen die Bauern wäre, Herr Bundesminister.

Witzig ist vor allem auch eines, und das ist mir in den letzten Monaten aufgefallen, vor allem bei den Preisverhandlungen ... *(Abg. Brandstätter: Witzig ist das nicht!)* Es ist schon witzig irgendwo, das möchte ich schon betonen, denn wenn der Herr Finanzminister Geld braucht, dann spielen die vielen armen Mutterln in diesem Land und da spielen diese vielen Mindestrentner überhaupt keine Rolle. Wenn es aber um die Preisverhandlungen bei den Bauern geht, ja wie schaut es denn dort aus? Dann heißt es, sieben Groschen sind leicht genug für euch. Dort wird dann nach dem Motto vorgegangen: Darf es ein bißl mehr oder darf es ein bißl weniger sein, grad, was halt an Geld da ist, was belastbar ist und so weiter. Das ist ein Doppelspiel, Herr Bundesminister, das wir nicht gutheißen können. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Und nun, Herr Bundesminister, stellen wir einen Vergleich Agrarbudget – Gesamtbudget auf. Auch das ist sicher einer Betrachtung wert. 1971 – also ich nehme jetzt die zehn Jahre her, denn der Herr Finanzminister und auch Sie rechnen immer mit zehn Jahren Förderungsmitteln, das schaut natürlich recht schön aus, und ich habe mir gedacht, da nehme ich auch immer die zehn Jahre –, 1971 waren es 2 531 Millionen, das waren in Prozenten des Gesamtbudgets 2,24 Prozent, 1980 sind es anerkennenswerterweise 4 965 Millionen, das waren aber in bezug zum Gesamtbudget nur mehr 1,64 Prozent. Also für 10 Prozent der Berufstätigen in der Landwirtschaft, Herr Bundesminister, haben Sie nur mehr 1,6 Prozent Budgetmittel zur Verfügung. Das ist wahrlich traurig. Und das, obwohl sie 70 Stun-

Ing. Murer

den im Schnitt arbeiten, keinen Sonn- und Feiertag haben, kein Mutterschaftsgeld haben, 20 Prozent Selbstbehalt bei den Krankenkassen und so weiter, Herr Bundesminister, man könnte da alles aufzählen, aber wo kämen wir da hin.

Herr Bundesminister! Ich habe mir da eine Graphik gemacht, sodaß man das sehr deutlich sehen kann. Meine Damen und Herren, Sie sehen, die rote Linie ist das Gesamtbudget, von 113 Milliarden auf 302 Milliarden, eine Steigerung von 1970 bis 1979/80 um 167 Prozent. (*Abg. Remplbauer: Das ist eine falsche Tabelle!*) Nein, die Tabelle stimmt schon, Herr Kollege. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Wenn man nun die grüne Linie anschaut – schauen Sie sich die einmal an, Herr Kollege –, diese Steigerung beträgt nur 96 Prozent. (*Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Eine gute Entwicklung am Schluß!*) Auch hier eine Disparität, Herr Bundesminister, wie sie in allen Bereichen der Landwirtschaft unter der sozialistischen Bundesregierung vorhanden ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einkommensunterschiede überall, trotz der Intensivierung und trotz der Rationalisierung in der Landwirtschaft, trotz Spezialisierung, trotz ständigen Mehrarbeitens und trotz der ganzen Beratung sind wir nicht weit von der Stelle gekommen. Krisengroschen über Krisengroschen, Herr Minister, vorher war nie ein Milchkrisengroschen, jetzt haben wir bereits zwei, und ich fürchte, daß sich in Zukunft ein ganzes Spinnennetz über die Landwirtschaft breiten wird und uns mit Krisengroschen beglücken wird.

Herr Bundesminister! Ich frage Sie – weil es der Herr Staatssekretär ja auch angezogen hat in der Zeitung –: Haben Sie ein agrarpolitisches Langzeitkonzept? Dann, bitte, teilen Sie uns das mit! Aber ich fürchte, daß nach folgenden Überlegungen in die Zukunft gewirtschaftet wird: Wir wissen zwar nicht, was wir wirklich wollen, aber das mit ganzer Kraft! (*Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit. – Abg. Peter: Aber so geht es schon 20 Jahre dahin!*) Leider Gottes.

Ich möchte nun zusammenfassend sagen, warum wir das Agrarbudget heute ablehnen. Ein wesentlicher Teil des Budgets entpuppte sich bei der Durchsicht als eine taube Nuß, wie ich es vorher bezeichnet habe. Die Relation zwischen Gesamtbudget und Agrarbudget klappt astronomisch weit auseinander, und mir fehlt, Herr Bundesminister, in der Gesamtheit gesehen, das Landwirtschaftsverständnis, das wir zur Fortentwicklung brauchen würden. Was wir brauchen, ist ein neues Land- und Forstwirtschaftsgesetz,

ein neues Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz, das ich heute hier eingebracht habe und das folgende Punkte enthält:

Die Neuformulierung, die Erweiterung und Konkretisierung des Zielkatalogs im Landwirtschaftsgesetz, die gesetzliche Verankerung des Begriffes Paritätseinkommen, die gesetzliche Verankerung der Bergbauernzuschüsse sowie der Grenzlandhilfen, die Versachlichung der Agrarpreisfestsetzung durch eine betriebswirtschaftlich ausgerichtete Preiskalkulation, die Straffung des zeitlichen Ablaufes bei Erstellung des Grünen Berichtes, die gesetzliche Verankerung des Rechtsanspruchs auf Förderungsmittel und die Anhörung und Mitsprache der politischen Bauernorganisationen im Sinne einer Demokratisierung des Agrarbereiches.

Herr Bundesminister! Es wäre sicher ein echtes Weihnachtsgeschenk für die Bauern, wenn auch nur drei oder vier von diesen Punkten erfüllt werden könnten. Dann, meine Damen und Herren, könnte man das Landwirtschaftsgesetz wirklich als eine Grüne Magna Charta bezeichnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hohes Haus! Ich glaube, unsere Bauern hätten sich so eine Magna Charta wirklich verdient. Ich glaube, die Bauern müssen wieder befreit werden, die Bauern sollen und müssen in der Zukunft in der sozialen Gemeinschaft einen festen Platz haben, einen festen Platz finden und nicht wie jetzt Wasserträger für die anderen sein.

Freiheitliche Agrarpolitik, meine Damen und Herren, heißt Eingliederung der Bauern in die Sozialgemeinschaft Österreichs! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Deutschmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Deutschmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alljährlich treten im Rahmen der Agrardebatte Abgeordnete zum Rednerpult, um die Probleme und die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft verständlich zu machen. Meine Vorredner haben schon zum Teil aufgezeigt, worum es geht, und auch ich muß darauf hinweisen, daß verschiedenes nicht voll und ganz unseren Vorstellungen entspricht.

Gerade dem Kollegen Pfeifer möchte ich sagen: Das Verwirrungsspiel mit Zahlen geht lustig weiter fort; aber nicht die Opposition betreibt dieses Spiel, sondern die Regierungspartei!

Herr Landwirtschaftsminister, ich bedanke mich für die Zusammenfassung Grüner Plan und

Deutschmann

Kapitel Landwirtschaft, möchte Sie aber doch bescheiden danach fragen, ob ein neues Ministeriengesetz beschlossen worden ist. Denn in diesem Buch hier befassen Sie sich ja auch mit dem Sozialbudget. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Zur Information!)*

Herr Landwirtschaftsminister, ich nehme das zur Kenntnis. Aber der Außenstehende muß doch annehmen, jetzt habe der Landwirtschaftsminister eine Kompetenzerweiterung bekommen, weil die Sozialansätze der Landwirtschaft auch in diesem Budget mitverhandelt werden. Herr Landwirtschaftsminister, wir sollten versuchen, im Interesse der Redlichkeit die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte den Kollegen Pfeifer auf noch etwas hinweisen. Herr Kollege Pfeifer, es hätte mich gefreut, wenn einer der sozialistischen Sprecher bei Einbringung der Entschließungsanträge zum Mutterschaftsgeld zum Rednerpult gegangen wäre und die gleiche Aussage gemacht hätte: Wir sind bereit zu verhandeln! Aber was tut man, meine sehr geehrten Damen und Herren? Man lehnt das ohne Kommentar ab und erledigt das somit in der Form, wie wir es leider Gottes in den letzten Jahren immer wieder von Ihrer Seite erlebt haben. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Pfeifer: Unseren Standpunkt kennen Sie!)*

Das können wir nicht zur Kenntnis nehmen! Auch deshalb nicht, Herr Kollege Pfeifer, weil wir gerade im Zusammenhang mit den Sozialgesetzen wissen, welche Belastungen auf uns zukommen und daß der Sozialminister uns 300 Millionen Schilling weggenommen hat. Hier wäre eine echte Basis gewesen, im Interesse der Bäuerinnen etwas Gemeinsames zu tun. Wir sind nicht so überheblich zu sagen: Wir fordern und wir werden es alleine durchsetzen! - Wir brauchen Sie.

Ich möchte auf noch etwas hinweisen, Herr Kollege Pfeifer und Herr Bundesminister, Sie sagen das ja auch immer wieder. Wir bieten sachliche Gespräche an, wir diskutieren stundenlang über Probleme, die uns unter den Nägeln brennen, stundenlang. Wenn es dann aber heißt, wie die Finanzierung aussieht, dann kommt es zu eisiger Stille, und man erklärt, man sei nicht in der Lage, für diese Maßnahme auch nur einen einzigen Schilling zusätzlich vom Budget hier zu erreichen.

Eine stundenlange Diskussion über bäuerliche Probleme, die wir beide sehen, Herr Landwirtschaftsminister, Sie wie ich. Im Gipfgespräch mit dem Herrn Bundeskanzler haben wir unsere Probleme doch auf den Tisch gelegt, und, Herr Kollege Pfeifer, der Herr Bundeskanz-

ler hat erkannt, daß er den Forderungen des Bauernbundes letzten Endes näher treten muß, weil diese Forderungen ja nicht dem Bauernbund dienen, sondern den österreichischen Bauern. Das müssen wir im Auge behalten; es haben alle meine Vorredner gesagt, wir wollen im Interesse unserer Bauern wirken. Und das, Herr Landwirtschaftsminister, müssen wir doch gemeinsam in den Vordergrund stellen.

Ich habe dem Kollegen Pfeifer noch etwas zu sagen, damit die Werte in das richtige Lot kommen. Der Kollege Riegler hat nicht erklärt, der Bundeskanzler sei zuviel in Österreich. Nein, der Kollege Riegler hat erklärt, es wäre angebracht, daß sich der Herr Bundeskanzler mit der gleichen Intensität für die Probleme der Landwirtschaft wie für die der Internationale bemüht. Das liegt in unserem Bestreben, das ist unser Ersuchen an den Herrn Bundeskanzler *(Beifall bei der ÖVP)*, und ich glaube, das können wir doch von einem Bundeskanzler erwarten. *(Abg. Pfeifer: Er hat ergänzend gesagt, daß er Staribacher und Kreisky mehr in Brüssel sehen will!)* Na selbstverständlich!

Herr Kollege Pfeifer, Sie haben erklärt, Herr Vizekanzler Bock und Herr Handelsminister Mitterer seien bei den EG im Vorzimmer gestanden. Aber ich frage: Wo befinden wir uns denn heute agrarpolitisch, und wie ist das mit dem Mindestpreisabkommen bei Käse und den Schwierigkeiten, die uns allgemein ins Haus stehen?

Herr Kollege Pfeifer! Herr Minister Haiden erkennt diese Schwierigkeiten, er weiß um diese Schwierigkeiten. *(Abg. Pfeifer: Er tut ja auch etwas!)* Aber er hat bis zum heutigen Tag nichts erreicht, meine sehr Geehrten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das sind die Dinge, die uns tief bewegen, und so sind wir eben in die Situation gekommen, eine breite Basis der Diskussion für die Bauern in Österreich zu suchen.

Dem Kollegen Murer möchte ich im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftsgesetz sagen: Wir freuen uns, daß man die Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung des Bauernbundes, der Präsidentenkonferenz, die wir eingebracht haben, jetzt auch in Ihrem Bereich bereit ist zu unterstützen. Sie werden, glaube ich, einen Partner finden.

Wir werden uns, Herr Landwirtschaftsminister, gerade in den kommenden Monaten des neuen Jahres mit der Marktordnung sehr intensiv auseinandersetzen müssen. Ich hoffe, daß es uns doch gelingen wird - und es muß uns gelingen, Herr Bundesminister -, im Interesse der Bauernschaft einen Weg zu gehen, der uns die Sicherheit gibt, daß wir in weiterer Folge

Deutschmann

auch unsere Höfe in allen Lagen erhalten können.

Herr Bundesminister! Wenn ich im Budgetausschluß schon darauf verwiesen habe, daß wir mit dem Budget nicht zufrieden sind, so vor allem deshalb – ich will hier nicht mit Zahlen spielen, Herr Kollege Pfeifer –, weil der jetzige Weg nicht der richtige ist. *(Abg. Pfeifer: Ich habe Verständnis dafür!)*

Nein, das ist nicht der richtige Weg. Es ist doch bekannt, meine sehr geehrten Damen und Herren, und der Minister weist es in der Zusammenfassung aus, in welchen Bereichen weniger für die Landwirtschaft ausgegeben wird. Dieses Buch weist das doch aus! Wir wissen ganz genau, daß schon im Jahr 1979 die Budgetansätze zu niedrig waren, daß man nur über die Budgetüberschreitungs Gesetze in der Lage war, dann all das zu reparieren, was notwendig gewesen ist.

Wir sehen auch heuer wieder, Herr Landwirtschaftsminister, daß Sie bei der gleichen Entwicklung mit den Budgetansätzen speziell in der Exportförderung nicht zu Rande kommen werden. Ich möchte auch ganz offen erklären, Herr Landwirtschaftsminister, denn ich glaube, wir haben da nichts zu verheimlichen: Es ist richtig, daß wir um rund 40 000 Stück Rinder mehr exportiert haben als im Vorjahr. Ich möchte das in aller Offenheit sagen, meine sehr Geehrten. Nur eines müssen wir in diesem Zusammenhang wissen, nämlich daß sich die Einkommenssituation nicht zugunsten der Bauern verändert hat. Wir sind zum Teil unter dem Preis von 1978 geblieben. Und das ist eine Frage, die sich jedem einzelnen Bauern stellt.

Wir alle wissen ganz genau, Herr Bundesminister, daß sich gerade im Zusammenhang mit der Neuordnung auf dem Milchsektor in weiterer Folge noch einiges tun wird. Hier ergibt sich aber die Notwendigkeit, Mittel mobil zu machen, damit der Absatz im kommenden Jahr gesichert ist.

Herr Bundesminister, wir fordern diese Mittel, einen gerechten Ansatz hierfür nicht nur im Interesse der Bauern, sondern auch in Ihrem Interesse. Wenn Sie Exportzusagen tätigen, haben Sie immer die Schwierigkeit vor sich, daß im Budget nichts vorgesehen ist. Sie brauchen wieder den Finanzminister, der Ihnen die Zusicherung gibt. Sie brauchen jemanden, Sie können selbst nicht frei entscheiden, weil die Mittel nicht vorhanden sind. Aus diesem Dilemma wollen wir Sie endlich herausbringen. Es ist doch nicht nur für die Kammerpräsidenten in den einzelnen Bundesländern eine peinliche Angelegenheit, daß man bitten gehen muß, um die notwendigen Stützungsmittel zu bekommen.

Auch für Sie, Herr Minister, ist das doch keine sehr günstige Situation.

Kollege Riegler hat schon darauf hingewiesen, daß sich die Einkommensverhältnisse im Jahr 1980 – so wird jetzt die voraussichtliche Entwicklung gesehen – nicht verbessern, sondern verschlechtern werden. Dazu kommen noch – Herr Landwirtschaftsminister, Sie wissen das selbst – die Belastungen, die auf uns zukommen. Es sind ja in diesem Haus in letzter Zeit, und zwar gerade in den letzten Monaten, Gesetze beschlossen worden, die die Landwirtschaft belasten. Ich erinnere etwa an die Erhöhung der Einheitswerte, ich erinnere an die Sozialversicherung, ich erinnere im Zusammenhang mit den Betriebsmittelverteuerungen insbesondere an die Dieselmotorkraftstoffpreiserhöhung.

Die Bauern müssen ihre Felder mit Traktoren bearbeiten. Ich weiß, Herr Landwirtschaftsminister, Sie verweisen immer wieder auf die Mineralölsteuerrückvergütung: 746 Millionen Schilling; eine Summe, die sich sehen läßt. Ich sage es Ihnen ganz offen: Jawohl, wir sind „dankbar“! Wissen Sie, wie das aussieht? Die heutige Dieselmotorkraftstoffverteuerung hat die Bauern eine Milliarde Schilling gekostet. Eine Milliarde! Das sind um 300 Millionen Schilling mehr, als Sie den Bauern über die Rückvergütung zukommen lassen. Ja da muß doch das Einkommen sinken!

Ich glaube, daß wir hier doch letzten Endes versuchen müssen – das war auch gestern Gegenstand der Beratungen des Agrarpfils –, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Ich bitte Sie, Herr Bundesminister: Als „Ackerbauminister“, wie der Herr Handelsminister Staribacher sagt, sind Sie ja verpflichtet, mit uns in einer Linie zu stehen, mit uns für die Bauern zu kämpfen, und zwar für verbesserte Ansätze im Budget und für Zuwendungen über das Budget, damit die Einkommen nicht schmälern, sondern größer werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! In diesem Zusammenhang gibt es noch ein anderes Problem: die Preisgestaltung. Da sind wir immer wieder schockiert. Wenn die Verhandlungen, egal über welche Produkte, in Angriff genommen werden, versucht man, verschiedene Berechnungsarten zu studieren. Ich weise darauf hin: Bei der Milch gab es einen Preisantrag von 52 Groschen seitens der Präsidentenkonferenz. Dann hat die Kommission 44 Groschen als gerecht anerkannt. In der Endphase erklärte man schließlich, nur 20 Groschen seien volkswirtschaftlich vertretbar. Herr Minister, ich möchte Sie wirklich fragen: Was heißt das eigentlich: „volkswirtschaftlich vertretbar“? Kennt man dieses Argument in anderen Bereichen auch? *(Ruf bei der SPÖ: Beim*

Deutschmann

Dieselöl zum Beispiel!) Ja kennt man denn dieses Argument in anderen Bereichen auch?

Ich habe im Zusammenhang mit der Debatte zum Grünen Plan hier erklärt: Man hat von der E-Wirtschaft gehört, es solle bis zu 30 Prozent Strompreiserhöhung geben. Wo hörte man das Wort: „volkswirtschaftlich vertretbar“? Es trifft dort genauso wie bei den Agrarprodukten auch den Letztverbraucher. Man hat nichts gehört, man muß einfach zur Kenntnis nehmen, man könne eben nicht anders.

Ich sage Ihnen noch etwas, Herr Bundesminister: Dieses Argument wird von uns nicht zur Kenntnis genommen, weil wir wissen, daß der Verbraucher gegenwärtig für Ernährungszwecke nur 26 Prozent Anteil zahlt beziehungsweise aufwenden muß. Es gibt eine Studie, die darauf hinweist, daß es im Jahre 1985 nur mehr 22 Prozent sein werden. Das heißt, daß die Agrarmittelpreise aus der gesamten Situation heraus gesehen ja nicht mehr die gleiche Stellung einnehmen wie früher, als man vom Lohn oder Gehalt 50 oder 60 Prozent für Ernährungszwecke ausgeben mußte.

Deshalb bin ich der Auffassung, Herr Bundesminister, man soll sich nicht immer wieder hinter den Konsumenten stellen und glauben, der Konsument sei nicht bereit, den Bauern etwas mehr zu geben. Es gibt Umfragen – Herr Minister, Sie kennen sie auch –, wonach die Konsumenten, Gott sei Dank, erklären: Wir sind interessiert, österreichische Produkte zu kaufen. Wir sind auch bereit, für österreichische Produkte, die den Qualitätsnormen entsprechen, mehr zu bezahlen!

Das ist uns allen bekannt. Aber von seiten der Regierung tut man so, als sei nicht die Regierung, sondern letzten Endes der Konsument oder der Letztverbraucher daran schuld, daß es in der Preisregelung für die Bauern nichts geben kann.

Herr Bundesminister! Wir hören auch immer wieder, man solle qualitätsbezogen produzieren. Ich glaube, Sie wissen selbst, daß österreichische Waren in allen Bereichen den internationalen Qualitätsnormen entsprechen. Wir bekommen für die Produkte der Milchwirtschaft und auch in anderen Bereichen immer wieder Auszeichnungen, sodaß das qualitätsbezogene Erzeugen sicher nur noch eine gewisse Randschicht berührt, aber nicht allgemein Gültigkeit hat.

Ich habe mich daher gewundert, Herr Bundesminister, als ich in einer Studie des Gewerkschaftsbundes wieder lesen mußte, man müsse qualitätsbezogen produzieren zu angemessenen Preisen.

Herr Bundesminister! Ich hätte gesagt: qualitätsbezogen ja, aber zu gerechten Preisen, die der Bauer braucht, damit auch sein Einkommen gesichert ist!

Und da hätte ich erwartet, daß der zuständige Landwirtschaftsminister, der ja auch Gewerkschafter ist – das ist selbstverständlich keine negative Aussage –, dann sagt: Meine Bauern erzeugen Qualität, sie sind aber auch preislich so zu bedienen, daß sie letzten Endes diese Qualität abgegolten bekommen!

Und ich sage Ihnen noch etwas: Man versucht auch, in manchen Bereichen zu erklären, man müsse leistungsbezogen orientiert produzieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für jene, die nicht wissen, wie sich die Strukturen in Österreich verändert haben, nur ganz kurz folgendes: Im Jahr 1951 hat eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft Nahrungsmittel für vier Personen erzeugt. Im Jahr 1961 hat die gleiche Arbeitskraft Nahrungsmittel für acht Personen erzeugt, im Jahr 1971 für 15 Personen, und im Jahr 1985, auch darüber gibt es eine Studie, wird eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft für 28 Personen Nahrungsmittel erzeugen müssen.

Daran, Herr Landwirtschaftsminister, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß man doch erkennen, welche Stellung die Landwirtschaft nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft haben muß, damit diese 28 Personen von einer Arbeitskraft in der Landwirtschaft versorgt werden können. Das dürfen wir, glaube ich, nicht vergessen.

Wir zitieren immer wieder das Landwirtschaftsgesetz, und darin heißt es, das Gesetz verfolge den Zweck, einen wirtschaftlich gesunden, leistungsfähigen Bauernstand in einem funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten. Herr Minister! Das ist ein Gesetzesauftrag, und diesem Gesetzesauftrag muß jeder einzelne nachkommen.

Um Ihnen, Herr Bundesminister, das zu erleichtern, möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann, Brandstätter und Genossen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Agrarpolitik so auszurichten, daß die Wirtschaftskraft der bäuerlichen Familienbetriebe gestärkt wird und diese damit in die Lage versetzt werden, die Sicherheit der Ernährung der Bevölkerung, die Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft und die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes zu garantieren.

Deutschmann

Insbesondere die wirtschafts- und strukturschwachen Gebiete – wie die Berg- und Grenzregionen – sollen durch leistungsbezogene Förderungsmaßnahmen für die bäuerlichen Familienbetriebe gestärkt werden.

Durch handelspolitische und gesetzliche Maßnahmen sind Voraussetzungen für alternative Produktionsmöglichkeiten zu schaffen. Insbesondere soll dadurch ein Beitrag zur Existenzsicherung von Kleinbauern in strukturschwachen Regionen geleistet werden.

Weiters sind zur Herstellung der Chancengleichheit der österreichischen Landwirtschaft mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaften unverzüglich insbesondere folgende Maßnahmen zu setzen:

Die durch den Beitritt Griechenlands zur EG gefährdeten Absatzmärkte sind für die österreichische Landwirtschaft zu erhalten bzw. ist durch geeignete Maßnahmen ein entsprechender Ausgleich herzustellen.

Das Mindestpreisabkommen für Käse muß dem österreichischen Preisniveau angepaßt werden, um die österreichische Milchwirtschaft vor Dumpingimporten zu schützen.

Die Rinderexporte sind so abzusichern, daß ein kostenorientiertes Preisniveau vor allem im Interesse der Bergbauern gewährleistet ist.

Die nach dem Viehwirtschaftsgesetz für Rinder und Schweine festzusetzenden Preisbänder müssen rechtzeitig an die gestiegenen Produktionskosten angepaßt und durch marktpolitische Maßnahmen gesichert werden.

Zum Schutz und zur Förderung des Exportes von österreichischen Weinen besonderer Lesart ist eine praxisnahe und genaue, aber möglichst unbürokratische Kontrollmöglichkeit einzuführen.

Durch geeignete handelspolitische Maßnahmen wie insbesondere die wirkungsvolle Anwendung des Vidierungsverfahrens bei Gemüse und die Umstellung des Wertzollens auf Gewichtszoll bei Blumen ist Dumpingimporten entgegenzuwirken.

Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ich habe hier einen Entschließungsantrag eingebracht, und ich möchte, im Sinne des Herrn Kollegen Pfeifer, die Bundesregierung, die Mehrheitspartei und auch die Freiheitliche Partei ersuchen, sie auffordern, hier echte Verhandlungen aufzunehmen, damit die Schwierigkeiten von unserem bäuerlichen Berufsstand genommen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Der soeben vorgelesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler, Deutschmann, Brandstätter und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Remplbauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist verständlich, daß bei der Diskussion des Agrarbudgets die Meinungen hart hier im Hohen Haus aufeinanderprallen. Aber für mich und für meine Fraktion ist es zumindest eine Stilfrage, auf welche Art und Weise diese Argumente artikuliert werden. Harte Kritik in der Sache – ein uneingeschränktes Ja, persönliche Angriffe, Herr Kollege Riegler –, ein entschiedenes Nein seitens unserer Fraktion. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Vorwurf der Personalpolitik möchte ich nur einen Satz sagen. Die Mitgliedschaft zur ÖVP oder zum CV ist noch lange kein Leistungsnachweis. *(Abg. Dr. Mock: Das ist eine intelligente Bemerkung!)* Und es gibt unter den Beamten, die sich zur Regierungspartei, zur Politik der Regierungspartei, zur SPÖ bekennen, mindestens so viele Beamte, die mindestens so leistungsorientiert sind wie andere. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Riegler! Sie haben die Politik unseres Landwirtschaftsministers als kleinkariert bezeichnet. Die Politik der ÖVP während Ihrer Regierungszeit, es ist Gott sei Dank für die österreichische Bauernschaft schon fast zehn Jahre her, war so großkariert, daß die Kleinen, die Nebenerwerbslandwirte und die Schwächeren in der Landwirtschaft, bei der Förderung durchgefallen sind.

Und, Herr Kollege Riegler, zu Ihrer Qualifikation Agrarpolitik Marke Haiden darf ich sagen und ergänzen: Das ist Qualitätspolitik, Qualitätsmarke. Unser Landwirtschaftsminister zählt zweifelsohne zu den hervorragendsten Ministerpersönlichkeiten in der Geschichte unserer Republik im Agrarwesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber nun zu unserem Budget. Kurz im Telegrammstil, was bringt das Agrar- und Sozialbudget der österreichischen Bauernschaft?

Es wurde von meinem Kollegen Pfeifer schon angeführt, daß im Grünen Plan nahezu 1,8 Milliarden Schilling an Förderungen vorgesehen sind, davon allein für das Bergbauern-Sonderprogramm im Jahre 1980 735 Millionen Schilling, für Marktordnungsausgaben – für die Preisausgleiche – fast 3,2 Milliarden Schilling, für Milch, für Schlachttiere, für tierische Produkte, Brotgetreide und Futtermittel beträchtliche Beträge.

Remplbauer

Und dazu, meine Damen und Herren, kommen Sozialausgaben von 6,878 Milliarden Schilling.

Allein das Agrarinvestitionskreditvolumen wird im kommenden Jahr 2½ Milliarden Schilling ausmachen.

Meine Damen und Herren! Keine Regierung zuvor hat so hohe Finanzmittel der österreichischen Bauernschaft zur Verfügung gestellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch nie konnte die österreichische Bauernschaft so viel investieren, und noch nie ist es der österreichischen Bauernschaft in der Mehrheit so gut gegangen wie heute!

Ich möchte mich im heutigen Debattenbeitrag mit zwei Fragenkreisen kurz beschäftigen: mit der Einkommenssituation und mit dem agrarischen Außenhandel.

Zur Einkommenssituation in der Landwirtschaft: Wir alle haben vor wenigen Wochen gemeinsam den Grünen Bericht diskutiert. Er weist eine deutliche Einkommenserhöhung von 11 Prozent aus.

Das landwirtschaftliche Einkommen ist selbstverständlich von Gunst- und Ungunstlagen, also von den Produktionsbedingungen, abhängig. Es ist heute schon festgestellt worden, daß es eben ein schlechtes oder ein gutes Bauernjahr gibt, wenn es eben eine schlechte oder eine gute Ernte gibt. Daher kann man Einkommensvergleiche nur auf einen größeren Zeitraum beziehen, um auch echte Vergleiche anstellen zu können.

Eines darf ich auch heute hier feststellen: Ich glaube, daß es auch ein bißchen an der entsprechenden Solidarität innerhalb der Landwirtschaft fehlt.

Die ÖVP hat ja schließlich 25 Jahre lang die Hauptverantwortung für die Agrarpolitik in unserem Staate getragen.

Der Unterschied zwischen ÖVP-Agrarpolitik und SPÖ-Agrarpolitik liegt im wesentlichen darin, daß die ÖVP zwar viel geredet hat, daß sie nach dem Gießkannenprinzip Förderung vor allem für die Großen gegeben hat und daß die SPÖ nun darangegangen ist, dieses Förderungsprinzip zu ändern. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Riegler.)* Herr Kollege Riegler! Halten Sie mich nicht auf! Ich habe wirklich nur 20 Minuten Zeit und habe bessere Argumente vorzutragen, als auf Ihre Zwischenrufe Antwort zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein wesentlicher Unterschied liegt eben darin, daß diese sozialistische Bundesregierung mit unseren Bundesministern sofort nach Übernahme der Regierungsverantwortung einen

ersten Schritt mit gezielten staatlichen Förderungsmaßnahmen für die Bergbauern gesetzt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich verweise nur – meine Kollegen werden das im Detail ausführen – auf das erste Bergbauernprogramm.

Herr Kollege Riegler! Nicht in zehn Jahren – ich vergleiche nicht mit zehn Jahren –, in sechs Jahren hat diese sozialistische Bundesregierung 2 630 Millionen Schilling für die Bergbauern zur Verfügung gestellt, und das zweite Sonderprogramm für die Bergbauern wird innerhalb von vier Jahren, bis zum Jahr 1983, 4 Milliarden Schilling an Beihilfen für die Bergbauern bringen.

Das ist eine Agrarpolitik, die sich sehen lassen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das ist ein echter Schritt sozialistischer Agrarpolitik auch zur Verringerung der Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft, vor allem zum Vorteil unserer Bergbauern, die auch eine wesentliche Kulturfunktion zu übernehmen haben.

Ein zweiter Schritt wurde von dieser Bundesregierung mit der Grenzlandförderung für benachteiligte Regionen gesetzt. 1974 begannen im Bundesland Niederösterreich, ausgedehnt auf Oberösterreich, Kärnten, Burgenland und die Steiermark.

Ich frage Sie – Herr Kollege Riegler, Sie haben doch von der kleinkarierten Politik gesprochen –: Ist es Kleinpoltik, wenn den schwachen Regionen, den Grenzlandregionen, den Bergbauern von uns eine besondere Förderung zuteil wird? *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Die Einkommen anschauen!)*

Nun gleich zum landwirtschaftlichen Gesamteinkommen. Sie wissen genauso gut wie ich: Es setzt sich aus dem landwirtschaftlichen Einkommen, aus außerbetrieblichen Einkommen, aus öffentlichen Zuschüssen und aus dem Sozialeinkommen zusammen.

Hier ist der dritte Ansatzpunkt sozialdemokratischer Agrarförderung, nämlich eine Einkommensverbesserung im sozialen Bereich. Die familienpolitischen Maßnahmen, die diese Regierung gesetzt hat, sind echt zum Vorteil der Bauernschaft und zum Vorteil der Bevölkerung im ländlichen Raum geworden. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich verweise auf die Einführung der Gratis-schulbücher, selbstverständlich auch auf die Schülerfreifahrt. Ich weiß als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde im Agrarland: 500 000 S werden hier allein vom Staat den Eltern zur Verfügung gestellt, damit die Schüler zur Schule befördert werden können. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Remplbauer

Ich könnte Ihnen hier die Schul- und Heimbeihilfen aufzählen.

Ich nenne nur noch die Änderung bei der Familienbeihilfe. Durch die Umstellung der Freibeträge auf Direktauszahlung haben gerade die bäuerlichen Familien, die kinderreich sind, selbstverständlich den größten Vorteil gehabt. Das ist Förderung der Bauernschaft! Hebung des Sozialeinkommens, das im Durchschnitt je Betrieb und Jahr derzeit 26 000 S erreicht hat. *(Abg. Dr. Schüssel: Was ist mit dem Karenzgeld? - Abg. Hietl: Was ist mit dem Mutterschaftsgeld für die Bäuerin?)*

Herr Kollege! Niemand möchte auf diese sozialpolitischen Maßnahmen verzichten. Fragen Sie doch die Bäuerinnen draußen! Seit es die Regierung Kreisky gibt, ist auch Geld in die Hände der Bäuerinnen gekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein vierter Ansatz zur Agrarförderung, zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens, ist die bäuerliche Altersversorgung.

Nach der Einführung der Ausgleichszulage, der Einführung des Hilflosenzuschusses, der Umwandlung der Zuschußrenten in eine echte Bauernpension hat nun die Regierung im Budget 1980 auch dafür Vorsorge getroffen, daß es zu einer völligen Gleichstellung mit den ASVG-Pensionen kommt. *(Abg. Hietl: Sieben Jahre dauerte es!)*

Wenn Sie sagen, sieben Jahre haben wir gebraucht, so muß ich sagen: In 25 Jahren, einem Vierteljahrhundert Regierung, haben Sie nichts übrig gehabt als Geld für eine Tabakpfeife. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)* Das war das Taschengeld, das ihnen vorenthalten wurde. Auch bei der Übergabe. Ich könnte Ihnen Verträge zeigen, ich könnte Ihnen Fakten aufzeigen. *(Abg. Hietl: Wer hat es beschlossen?)* Herr Kollege Hietl! Halten Sie mich nicht auf! Ich sage Ihnen genau das gleiche. Ich habe noch ein paar wesentliche Argumente zu bringen.

Mit dieser letzten Etappe der Angleichung der Bauernpensionen hat die Regierung Kreisky neuerlich bewiesen, daß es ihr mit der Verwirklichung der Verbesserung der bäuerlichen Einkommen ernst ist.

Die Bauernpensionisten sind nun nicht mehr, wie zur Zeit der ÖVP-Regierung, auf das Geld für den Pfeifentabak angewiesen. Das war kleinkarierte ÖVP-Agrar- und -Familien- und -Pensionspolitik.

Erstmals in Österreich gibt es seit der Regierung Kreisky auch Geld in den Händen der Bauernpensionisten, die oft nicht einmal, wie gesagt, ein Taschengeld besessen haben.

Heute trägt das Pensionseinkommen in sehr vielen Familien dazu bei, daß es den Jungen besser geht, und die Altbauern anerkennen diese Leistungen.

Einen fünften Schritt darf ich Ihnen auch noch kurz anführen: das ist die aktive Preispolitik, von der heute schon die Rede war.

Ich nehme hier nur zum Beispiel die letzte Einigung, die 20 Groschen pro Kilogramm Milch für die Milchbauern gebracht hat. Wenn jemand 200 kg Milchlieferteistung pro Tag hat, so sind das 40 S am Tag. Das sind 1 200 S Einkommensverbesserung für einen Milchbauern mit einer Milchlieferteistung von 200 kg. Sollte es die Hälfte sein, dann sind es immer noch 600 S.

Weil Sie so gerne mit den Löhnen der Industriearbeiter vergleichen, frage ich Sie: Wo und wann hat es einen Lohnabschluß im heurigen oder im vorigen Jahr gegeben, der einem Industriearbeiter eine Nettoeinkommensverbesserung von 1 200 S gebracht hätte?

Zu den Stützungen... *(Abg. Brandstätter: Sie verwechseln brutto mit netto!)*

Zum Stützungsabbau darf ich Ihnen sagen: Er geht nicht zu Lasten der Bauernschaft. Es waren insgesamt etwa 82 Millionen Schilling an Exportbelastung aus dem Abbau der staatlichen Milchpreisstützung aus dem Jahre 1979 und dazugerechnet das Jahr 1980.

Die Abgeltung des Bundes für diese Maßnahme beträgt, durch die Erhöhung des Bundesanteils von 15 Prozent auf 16 Prozent, 53 Millionen Schilling, durch die Erhöhung des Milchauszahlungspreises durch den umsatzsteuerpflichtigen Anteil aus der früheren staatlichen Milchpreisstützung etwa 47 Millionen Schilling und in der zweiten Etappe 45 Millionen Schilling. Das sind zusammen etwa 145 Millionen Schilling und um 63 Millionen Schilling mehr als zuvor.

Ich möchte übergehen zu den Fragen des Agrarexportes und zum agrarischen Außenhandel. Wir haben hier Erfolge aufzuweisen, wie es sie in den Vorjahren kaum gegeben hat. Es ist heute schon der großartige Erfolg auf dem Sektor des Rinderexportes angezogen worden.

Ich möchte zum Käseimport und -export heute ganz kurz sagen, daß ich am Montag im Maximarkt in Linz einkaufen war und mir die Preise und die Angebote auf diesem Sektor angesehen habe. Ich mußte mit Erstaunen feststellen, daß dort mehr ausländische Produkte ausgewiesen sind als inländische Produkte. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich habe auch nicht gemerkt, Herr Kollege, daß diese ausländischen Produkte im Maximarkt

Remplbauer

billiger gewesen wären als die österreichischen Qualitätserzeugnisse. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Riegler.)* Ohne Frage, aber Herr Kollege Riegler, darf ich Ihnen sagen, wem der Maximarkt gehört? Das ist die oberösterreichische Warenvermittlung, die im vollen Besitz des Raiffeisenverbandes ist. *(Rufe bei der SPÖ: Hört! Hört!)* Es ist daher völlig unglaublich – ich möchte das hier heute im Hause vor dem Parlament und vor aller Öffentlichkeit sagen – und ein Doppelspiel, eine scheinheilige Argumentation, zu sagen, wir gefährden den Käseexport, der tatsächlich großartig ist – zuletzt ein hervorragendes Abkommen mit den Vereinigten Staaten –, aber Sie, die Bauernbundfunktionäre – es sitzt doch kein Roter in diesen Genossenschaften drin –, führen den Käse ein, machen das Geschäft.

Sie werden sicher mit der Frage kommen: Wie schaut es beim Konsum aus? – Der Konsum, die Konsumgenossenschaft, führt keinen Käse ein, sondern bekommt ihn im Inland geliefert von den Molkereien, von den Genossenschaften, wo Sie, die Bauernbundfunktionäre, drinnen sitzen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie machen also das Geschäft mit unseren Konsumenten. Das steht vollkommen außer Frage.

So könnte ich Ihnen auf dem Exportsektor noch wesentliche Erfolge aufzeigen. Ich möchte mich kurz fassen, darf Ihnen aber noch aus der Sondernummer 2 der Zeitschrift „Im Blickfeld der KG“ zitieren:

„Auf dem Dauerbackwarenssektor wurden 27 Sorten aus Deutschland und Holland gezählt“ – das ist nicht nur auf den Käse beschränkt –, „26 Artikel auf dem Schoko-Sektor, die aus der benachbarten Schweiz stammen, 62 Artikel bei Obst- und Gemüsekonserven und 50 Sorten Käse aus Frankreich und Deutschland.“

Im Maximarkt, in einem Großkaufgeschäft, das dem Raiffeisenverband gehört, habe ich Sorten aus Italien, aus der Bundesrepublik Deutschland, aus der Schweiz, aus Holland, aus Dänemark, aus Frankreich und so weiter gezählt. Ich wollte Ihnen das auch heute noch gesagt haben.

Ein kurzes Zitat aus derselben Mitteilung: „Anstelle den heimischen Handel mit voll konkurrenzfähigen Produkten hinsichtlich Qualität, Verpackung und Styling optimal zu versorgen, sehen die landwirtschaftlichen Genossenschaften scheinbar ihre Aufgabe darin, selbst Verbrauchermärkte zu führen. Soweit sie nur heimische Produkte im Sortiment hätten, wäre dagegen kein Einwand zu erheben, denn wir bekennen uns zum freien Wettbewerb, in dem sich immer der Tüchtigere und Leistungsfähigere durchsetzt.“ Ob das gerade von Lei-

stungsfähigkeit und Tüchtigkeit spricht, daß man importiert und das große Geschäft macht und die Regierung dann verantwortlich macht dafür, daß der Exportausgleich im Agrarbereich nicht hergestellt werden kann in der Art und Weise, wie es möglich und notwendig wäre, das ist eine doppelbödige Moral, das ist eine doppelbödige Argumentation, die der österreichische Konsument nicht zur Kenntnis nehmen kann! *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen!)* Herr Kollege! Beruhigen Sie sich! Aufregung ist nicht gut, tut niemandem gut!

Im Lichte dieser Erfolge unserer Agrarpolitik gestatten Sie mir aber abschließend noch ein paar persönliche Bemerkungen.

In vielen Kontakten mit der Bauernschaft konnte ich die Überzeugung gewinnen, daß unsere Bauernschaft mit der Agrarpolitik der Regierung und unseres Ministers zufrieden ist *(Beifall bei der SPÖ)* und keine Verschlechterung des agrarpolitischen Klimas wünscht, egal, zu welcher politischen Partei sich der eine oder andere bekennen mag.

Meine Damen und Herren! Die österreichische Bauernschaft will eine gute Gesprächsbasis mit der Bundesregierung und mit dem Herrn Bundesminister. Die Verschlechterung des agrarpolitischen Klimas, wie es sich momentan vielleicht darstellen mag, nützt wirklich niemandem, am allerwenigsten aber den betroffenen Bauern, den kleinen, den Bergbauern, den schwächeren, den Nebenerwerbslandwirten.

Dies alles sollten die verantwortlichen bäuerlichen Interessenvertreter bedenken, auf kraftvolle Verbalakte verzichten und die Probleme der österreichischen Landwirtschaft am Verhandlungstisch zu lösen versuchen. Die letzten Verhandlungen, an denen auch Präsident Lehner teilgenommen hat, sind dafür eigentlich ein gutes Beispiel. *(Ruf bei der ÖVP: Weil nichts dabei herausgekommen ist!)* Halten Sie, Herr Kollege Deutschmann, Herr Kollege Riegler und alle Bauernbundfunktionäre, in den nächsten Wochen Einkehr! Herr Kollege Pfeifer hat Ihnen das ja auch schon empfohlen. Überdenken Sie doch bitte Ihre Haltung!

Es war möglich, die Einkommenssituation trotz der auch weiter bestehenden Disparitäten – das sei durchaus zugegeben – zu verbessern und insbesondere durch Direktförderungen und Sondermaßnahmen einen sozialen Ausgleich herzustellen.

Meine Damen und Herren! Das Agrarbudget 1980 enthält die erforderlichen Ansätze, um diese erfolgreiche Landwirtschaftspolitik fortsetzen zu können.

1670

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Remplbauer

Die Politik der Direktauszahlungen wird auch künftig ein Weg sein, im bäuerlichen Bereich mehr soziale Gerechtigkeit zu finden.

Niemand von uns kann an den Problemen der Landwirtschaft vorbeigehen.

Besonders für unsere Bauern in Ungunstlagen, in Kleinbetrieben ist es sicher ein schwieriges Problem, ist es sicher ein wirtschaftliches Problem und ist es sicher ein im höchsten Maße soziales und menschliches Problem. Daher sollten wir bei allen gegensätzlichen Auffassungen die Fragen der Landwirtschaft gemeinsam im guten Verhandlungsklima zu lösen versuchen. Wir Sozialisten und unser Bundesminister waren und sind dazu jederzeit bereit.

Meine Damen und Herren! Mit dem Budget 1980 sorgt die sozialistische Bundesregierung für die Fortsetzung der erfolgreichen Agrarpolitik in unserem Lande. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir stellen mit unserer Zustimmung zum Agrarbudget 1980 unseren tüchtigen und fleißigen Bauern jene Finanzmittel zur Verfügung, die sie brauchen, um ihre Aufgaben gegenüber allen unseren Mitbürgern im Rahmen unserer Volkswirtschaft erfüllen zu können. Wir werden dem Budgetkapitel „Landwirtschaft“ gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die freiheitliche Fraktion hat heute neuerlich einen Initiativantrag für ein Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz eingebracht. Ich betone „neuerlich“, denn dieser Antrag lag bereits in der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vor.

Diese Entstehungsgeschichte veranlaßt mich, auf eine Feststellung des Herrn Abgeordneten Deutschmann einzugehen.

Der Herr Abgeordnete Deutschmann gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Freiheitlichen bei diesem Initiativantrag sozusagen vom Bauernbund und seinem Programm abgeschrieben haben. *(Abg. Deutschmann: Das habe ich nicht gesagt!)* Oder daß wir die ÖVP-Forderungen übernommen hätten; jetzt interpretiere ich Sie präziser.

Um einer Legendenbildung vorzubeugen, sei in diesem Zusammenhang festgehalten: Es gab eine Reihe von Bauernbundprogrammen. In diesem Zusammenhang eine Bitte: Vielleicht könnten Sie uns von der freiheitlichen Fraktion

mit diesen Programmen künftig beehren, wir nehmen sie mit Interesse zur Kenntnis.

Ich kann daher auf die Entstehungsgeschichte von Bauernbundprogrammen nicht präzise eingehen, habe aber festgestellt, daß Sie das letzte, glaube ich, im Jänner 1979 beschlossen haben.

Wenn ich davon ausgehe, dann kann man uns bei der Wiederholung unseres schon Jahre alten Initiativantrages sicher nicht den Vorwurf des Abschreibens oder den Vorwurf der Übernahme von Bauernbundforderungen machen, was mich an und für sich überhaupt nicht stören würde, sondern ich komme zu etwas viel Präziserem, Herr Deutschmann.

Was uns Freiheitlichen namens der Bauern besonders am Herzen liegt, ist, daß das Paritätseinkommen für die österreichische Landwirtschaft gesetzlich statuiert wird.

Nun bitte ich Sie, mir in einem Ihrer Bauernbundprogramme die Seite aufzuschlagen, wo ich die Forderung des ÖVP-Bauernbundes nach dem Paritätseinkommen im Sinne der Schweiz finde. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Herr Abgeordneter! Es gibt einen Initiativantrag betreffend eine Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung vom 2. Februar 1978! Sie können es genau nachlesen! Er ist im Parlament eingebracht worden!)*

Gut! Dann, bitte, frage ich Sie, Herr Abgeordneter Riegler, und frage ich Sie, Herr Abgeordneter Deutschmann, die Sie heute einen Entschließungsantrag zur Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Förderung der bäuerlichen Familie eingebracht haben, warum diese Forderung nach dem Paritätseinkommen – eine der entscheidendsten für die Existenz der Landwirtschaft – in diesem Antrag wieder nicht enthalten ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden diesen ÖVP-Antrag dennoch mit den freiheitlichen Abgeordneten unterstützen. Ich halte aber neuerlich fest, daß überall dort, wo es um die Frage des Paritätseinkommens der österreichischen Landwirtschaft geht, die Repräsentanten des Österreichischen Bauernbundes schweigen, schweigen und wieder schweigen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen werden mit allem Nachdruck, so wie wir es heute im Initiativantrag wieder getan haben, dieses paritätische Einkommen für die österreichische Landwirtschaft nach dem Muster der Schweiz fordern.

Alljährlich ist festzustellen, wie sich die Einkommensgrundlagen in der Eidgenossenschaft verändert haben. Gemäß diesen Veränderungen wird das Einkommen der Landwirtschaft in der Schweiz nach dem Durchschnittseinkommen des Eidgenossen angehoben.

Peter

Wir Freiheitlichen werden nicht ruhen und rasten, bis dieses Prinzip auch im österreichischen Landwirtschaftsgesetz statuiert ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber noch einmal zum Thema. Herr Abgeordneter Deutschmann! Unterstützung von freiheitlichen Agrarforderungen durch den ÖVP-Bauernbund beziehungsweise durch die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern.

Der freiheitliche Abgeordnete Murer hat sich außerordentlich bemüht, bei der amtlichen Preiskommission den Hartkäsezuschlag zu erhöhen. Er forderte eine Erhöhung von 10 Groschen pro Liter Milch.

Interessanterweise verharteten die Repräsentanten der Präsidentenkonferenz nach dem Bericht unseres Kollegen Murer wieder in Schweigen. Abgeordneter Murer stand allein auf weiter Flur. Er hat diese Forderung in der amtlichen Preiskommission vertreten, und ich stehe nicht an, Herr Bundesminister, Ihnen namens der freiheitlichen Fraktion dafür zu danken, daß wenigstens eine Kompromißlösung dahin gehend zustande gekommen ist, daß der Hartkäsezuschlag um 5 Groschen je Liter von 40 auf 45 Groschen erhöht wurde, was für die Landwirtschaft einen Mehrertrag von insgesamt 15 Millionen Schilling ergibt.

Die Frage an die Abgeordneten des ÖVP-Bauernbundes lautet: Warum haben Sie diese freiheitliche Forderung nicht unterstützt, beziehungsweise hätten Sie diese freiheitliche Forderung von 10 Groschen unterstützt, dann wäre vielleicht mit dem Gewicht des ÖVP-Bauernbundes diese FPÖ-Forderung zum Beschluß erhoben worden, und die Bauern bekämen nicht 15, sondern 30 Millionen Schilling mehr im nächsten Jahr.

Nun zur Gesamtsituation der österreichischen Landwirtschaft.

Der Ruf der Bauern nach dem Staat, nach staatlicher Förderung und nach staatlicher Unterstützung ist angesichts der gegebenen schwierigen wirtschaftlichen Situation der österreichischen Landwirtschaft verständlich. Aber der Ruf der Bauern nach dem Staat kann natürlich im Ohr des Liberalen keinen guten Klang haben.

Warum? – Die Erfahrungswerte lehren: Zuviel Staat ergibt zuviel Abhängigkeit des einzelnen Bürgers vom Staat und seinen Machtapparaten. Mit zuviel Staat und zuviel Abhängigkeit ist noch niemand gut gefahren, auch nicht der österreichische Bauer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Ruf nach mehr Staat ist von den Agrariern etwa Anfang der dreißiger Jahre erhoben worden, als sich die ersten strukturellen Agrar-

überschüsse ergeben haben. Er war in der damaligen Zeit verständlich.

Dieses Prinzip ist von der konservativen Agrarführung nach Gründung der Zweiten Republik solange aufrechterhalten worden, solange die konservative Agrarführung das Landwirtschaftsministerium in Händen hatte. Das war bis zum Jahre 1970.

Der Ruf nach mehr staatlichem Engagement ist in den zehn Jahren der sozialistischen Alleinregierung leider nicht leiser geworden. Daraus ergab sich eine immer größere Abhängigkeit des Bauern vom Staat, von den Landwirtschaftskammern und auch von seiner Standesvertretung.

Die Schaffung von Marktordnungen ist heute unerlässlich. Das Operieren mit überalterten Marktordnungen ist nicht mehr zu verantworten. Marktordnungen sollen eben in Überschußbereichen einen Ausweg finden, Marktordnungen sollen eine ausgleichende Funktion wahrnehmen.

Durch staatliche Marktordnungen – so sehr sie ihre Berechtigung haben – büßt der Bauer immer mehr seine Unabhängigkeit ein. Staatliche Förderungspolitik sichert aber den Bauern keinen Rechtsanspruch – wir beklagen das –, staatliche Förderungspolitik schafft nur noch größere Abhängigkeiten des Bauern.

Aus liberaler Sicht ist das Ausmaß dieser Abhängigkeiten völlig unbefriedigend. Ein mündiger Bürger an der Schwelle der achtziger Jahre kann nicht im Zwinger so großer Abhängigkeiten verbleiben, wie das beim Bauern heute der Fall ist.

Herr Bundesminister, an Sie ist von den freiheitlichen Abgeordneten die Frage zu richten, wie Ihre Vorstellungen von mehr Unabhängigkeit des Bauern vom Staat und seinen Machtapparaten aussehen.

Ich komme wieder auf jenes Anliegen zurück, das in der Agrargesetzgebung des Jahres 1960 keine Berücksichtigung erfahren hat, weil die Bewußtseinsbildung damals noch nicht so ausgeprägt war, wie es nunmehr der Fall ist, nämlich die Statuierung der Sekundäraufgaben der Landwirtschaft im Rahmen des Landwirtschaftsgesetzes.

Die Primäraufgaben hat das Landwirtschaftsgesetz von 1960 geordnet, allerdings nach einem mühevollen, nach einem dornenreichen Weg der damaligen Abgeordneten des Verbandes der Unabhängigen Hartleb und Scheuch. Dieser Weg dauerte sechs Jahre, von 1954 bis 1960, bis die damalige ÖVP-Agrarführung bereit war, das Landwirtschaftsgesetz zu beschließen! *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Peter

Der verstorbene Bundesminister Eduard Hartmann verwies in einer Reihe von Aufsätzen immer wieder darauf, warum das Landwirtschaftsgesetz von 1960 in seinem Inhalt so eng begrenzt wurde – es beinhaltet, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, nur 12 Paragraphen –: einfach deswegen, weil Hartmann meinte, die flankierenden Maßnahmen haben in einem entsprechend zeitgemäßen und modernen Marktordnungsinstrumentarium zu bestehen. Das wurde dann beschlossen, ist aber heute meiner Meinung nach so veraltet, daß es genauso reformbedürftig ist wie das Landwirtschaftsgesetz selbst.

Nun wollen wir mit unserem freiheitlichen Initiativantrag für ein Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz unter anderem bewirken, daß in dieser Gesetzgebungsperiode nicht nur über all diese Dinge geredet und verhandelt wird, sondern daß eben ergänzende, zielführende und richtungsweisende Maßnahmen für die achtziger Jahre beschlossen werden.

Dazu gehört nach freiheitlicher Auffassung die Ergänzung der Primäraufgaben durch die Sekundäraufgaben im Landwirtschaftsgesetz. Einfach deswegen, weil der Bauer heute nicht nur die Bevölkerung ernährt, sondern ebenso eine eminent wesentliche gesellschaftspolitische Funktion erfüllt durch Pflege und Erhaltung der Kultur-, Erholungs- und Fremdenverkehrslandschaft. Aus dieser ideellen wie materiellen Tätigkeit erwachsen den Bauern nicht nur moralische, sondern auch finanzielle Ansprüche, über die leider auch in der Zeit der sozialistischen Alleinregierung bis heute nicht geredet wurde.

Der Bauer nimmt die Pflege der Kulturlandschaft in Grünlandgebieten wahr.

Der Bauer erhält die Freiflächen.

Der Bauer trägt zur Verhinderung von Bodenerosionen in Teilen der Alpen bei.

Der Bauer fördert die Sauerstoffproduktion durch die Pflege der Nutzpflanzen.

Der Bauer trägt zur Luftfilterung im Rahmen der Pflege des Waldes bei.

Der Bauer trägt zur Aufrechterhaltung der Besiedlungsdichte des ländlichen Raumes bei.

In der Hand des Bauern liegt die Erhaltung der ländlichen Sozialstruktur als Ergänzung und nicht als Gegenpol zur städtischen Gesellschaft, die den Kontakt mit dem Land als Ausgleichsfunktion heute mehr denn je sucht und braucht.

All diese Funktionen bedürfen nicht nur einer verbalen Bewertung, sondern einer finanziellen Abgeltung und Anerkennung.

Meines Erachtens ist es heute unwidersprochen, daß die Landwirtschaft damit vielfältige Sozialfunktionen für die Allgemeinheit wahrnimmt und daß sich daraus ein allgemeiner und spezifischer Nutzen für die Gesellschaft ergibt. Dieser Nutzen für die Gesellschaft ist dem Bauern gesetzlich gesichert finanziell abzugelten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich stehe nicht an, Herr Bundesminister, festzuhalten, daß es einige Maßnahmen in diese Richtung gibt, wie etwa die staatlichen Bergbauernzuschüsse in Form von „Erschweriszulagen“, die von der Betriebsgröße unabhängig und also leistungsungebunden sind. Aber nicht nur die Bergbauernbereiche der Zonen III und II leisten in diesem Sinne „Sekundäres“ – unter Anführungszeichen! –, sondern auch die Talbauern im Alpengebiet oder in den Übergangslagen erfüllen ebenso gesellschaftspolitisch bedeutende Funktionen.

Auch die Bewirtschaftungsprämien und die Alpungsbeiträge der Länder, leistungsungebunden nach der Hektarzahl und nach den Stück-Vieheinheiten, erfüllen einen ähnlichen Zweck.

Aber weder auf staatliche Bergbauernzuschüsse noch auf Bewirtschaftungsprämien noch auf Alpungsbeiträge haben die Bauern einen Rechtsanspruch. Es sind Förderungsinstrumente, die den Bauern aus seiner Abhängigkeit leider nicht herausbringen. Die Beseitigung dieser Abhängigkeiten und die Beseitigung dieser Unmündigkeit durch gesetzliche Statuierung von Rechtsansprüchen ist daher die Forderung, die wir Freiheitlichen erheben!

Nun zu einem anderen Thema. Ich mache der österreichischen Agrarführung, ganz gleich, ob sie damals in der Hand der ÖVP gelegen ist oder heute in der Hand der Sozialisten liegt, einen schwerwiegenden Vorwurf, nämlich daß die Aufgabenstellung der österreichischen Landwirtschaft immer nur eingengt als „Ernährerin des Volkes“, als Sicherer der Ernährung der Bevölkerung gesehen wurde.

Diese eingengte Sicht läßt sich zum Beispiel an einer Meinungsäußerung, die Eduard Hartmann im Jahre 1958 getan hat, beweisen. Er führte aus:

„Die Ernährung eines jeden Volkes ist am besten durch die heimische Erzeugung gesichert. Wir haben daher alles daranzusetzen, daß die österreichische Landwirtschaft ihre hohe Aufgabe, Ernährerin des Volkes zu sein, weiterhin in bewährter Weise erfüllen kann...“

Man kann dem Bundesminister Hartmann nicht den Vorwurf machen, daß er 1958 nicht umfassend genug gedacht hätte. Es war eben die

Peter

Bewußtseinsbildung vor mehr als 20 Jahren nicht in dem Maß gegeben, wie es heute der Fall ist. Aber nach Hartmann kam Schleinzer, nach Schleinzer kam Weihs, nach Weihs kam Haiden, und unter Haiden steht diese Einseitigkeit der Aufgabenstellung der Landwirtschaft nach wie vor primär im Raum.

Wir diskutieren jetzt, Herr Bundesminister, gemeinsam schon einige Jahre die Ergänzung der Sekundäraufgaben, sind aber noch keinen Schritt weitergekommen, weil Sie meinen, die Schwierigkeiten, die zu überwinden wären, wären zu groß. Hier ist die Frage berechtigt: Wie wurde die Umstellungs- und Umgruppierungsphase der österreichischen Landwirtschaft in den letzten 20 Jahren gelöst? Wie gut? Wie schlecht? – Das wäre die Antwort, die die derzeit verantwortliche Agrarführung geben sollte.

Ich knüpfe wieder bei Eduard Hartmann an, der 1962 sagte:

„Die vor uns liegenden Jahre der Umgruppierung und Neuorientierung in der europäischen Landwirtschaft stellen die Agrarpolitik vor schwierige Aufgaben und verantwortungsvolle Entscheidungen ...“

Ich glaube, daß Sie dieser Forderung Hartmanns in den letzten 20 Jahren im Interesse der österreichischen Landwirtschaft nicht in befriedigendem Maße gerecht zu werden vermochten.

Ebenso offen ist in der österreichischen Agrarpolitik – es ist aber nicht nur ein Problem der Agrarpolitik, das sei nachhaltig unterstrichen – die Frage der Erneuerung des Dorfes und der Neuorientierung des ländlichen Raumes.

Ich komme immer wieder namens der freiheitlichen Fraktion auf dieses Thema zurück, weil das Dorf und weil der ländliche Raum auch in der pluralistischen Gesellschaft eine bedeutende Rolle und einen hohen Stellenwert einnehmen.

Statt der Erneuerung des Dorfes sind wir mit einer verstärkten Industrialisierung in den Ballungsräumen konfrontiert.

Statt der Erneuerung des Dorfes haben wir eine verstärkte Abwanderung aus dem ländlichen Raum zu verzeichnen.

Statt der Erneuerung des Dorfes sind wir mit weitestgehenden gesellschaftspolitischen Umschichtungen belastet.

750 000 Menschen des landwirtschaftlichen Bereiches sind in den letzten 25 Jahren abgewandert. Das mag aus der Sicht der Sozialistischen Partei befriedigend sein, weil die Sozialistische Partei im letzten Jahrzehnt aus diesem Umschichtungspotential der Bevölke-

rung reiche Wählerstimmen geschöpft hat. Das ist aber aus der Sicht einer liberalen Partei völlig unbefriedigend. Daher werden wir immer wieder der Erneuerung des ländlichen Raumes in diesem Hohen Hause das Wort reden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Erneuerung des Dorfes bedeutet Sanierung des ländlichen Raumes. Erneuerung des Dorfes bedeutet Sicherung, Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur.

Neuordnung des ländlichen Raumes bedeutet aber auch Planung über größere Zeitabschnitte hinweg; ohne diese Planung wird die Aufgabe nicht positiv zu erfüllen sein.

Die funktionsfähige kleinere Dorfeinheit wurde zum Beispiel in den letzten Jahren durch großräumige Gemeindezusammenlegungen in einigen Bundesländern zerschlagen, zum Beispiel in Niederösterreich, zum Beispiel in der Steiermark, aber auch in Kärnten. Was mich wundert, ist diese Zerschlagung des Dorfes in Bundesländern, in denen die Österreichische Volkspartei den Landeshauptmann stellt. *(Abg. Deutschmann: In Kärnten noch nicht!)* Kärnten ist ein sozialistisches Bundesland, das habe ich daher in diesem Zusammenhang nicht mehr angeführt. Aus sozialistischer Sicht verstehe ich es, Herr Deutschmann. Aus der Sicht der Österreichischen Volkspartei verstehe ich die Zerschlagung der kleinen Gemeinden ganz und gar nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das Bundesland Oberösterreich ist jederzeit in der Lage, den Beweis zu erbringen, daß das Subsidiaritätsprinzip auch im Dorf heute noch voll und ganz funktioniert. In Oberösterreich denkt niemand daran, die Gemeinden zusammenzulegen und aus 445 kleineren und größeren Gemeinden Großeinheiten zu machen. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf des Abg. Gurtner.)* Herr Kollege, der, der daran gedacht hat, hat diese Idee längst dem Papierkorb überantwortet. Ich glaube, da werden Sie mir zustimmen.

Der Gedanke des Hauptdorfes spielte ja bei diesen Gemeindezusammenlegungen eine große Rolle. Der Mittelpunktort sollte der Zentralpunkt der dörflichen Gemeinschaft im ländlichen Raum werden. Wieviel kulturelle Werte uns dabei jetzt schon verlorengegangen sind und in den nächsten Jahrzehnten verlorengehen werden, daran hat keiner jener Landeshauptmänner gedacht, die diese Gemeindezerschlagungen vorgenommen haben.

Uns Liberalen geht es eben darum, daß ein Prinzip in der Demokratie hochgehalten werden soll und muß: Was die kleine Gemeinschaft bewältigen kann, das soll nicht einer Großformation übertragen werden. Denn je größer die Gemeinde ist, umso teurer und schwieriger ist

1674

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Peter

ihre Verwaltung. Je größer die Gemeinde ist, umso unüberschaubarer wird der demokratische Lebensbereich des einzelnen.

Eigentlich könnten die Großgemeinden im Zeitalter der Transparenz ja ganz und gar nicht in sozialistische Zielvorstellungen hineinpassen, und trotzdem wird das Dorf zerschlagen. Hier Zentralisten gegen die Gemeinden auf sozialistischer Seite und dort Zentralisten gegen die Gemeinden auf Seite der Österreichischen Volkspartei. Also bleiben wir Liberalen die Wahrer des ländlichen Raumes, der kleinen demokratischen Einheit in der Republik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und nun zu den „Gesundschumpfungskuren“, welche die jeweilige Agrarführung in den letzten 20 Jahren der österreichischen Landwirtschaft verordnet hat. Es gibt drei Phasen für diese „Gesundschumpfungskuren“. Die längste Kur war die der großen Koalition bis 1966. Leider Gottes hat auch die ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 der Landwirtschaft eine „Gesundschumpfungskur“ verordnet. Leider setzt auch die sozialistische Agrarführung seit dem Jahr 1970 das fort.

Herr Bundesminister, nun ist doch die Frage an Sie zu richten: Gibt es ein sozialistisches Konzept zur Erneuerung des Dorfes, zur Neuordnung des ländlichen Raumes und zur Erhaltung jenes Bevölkerungspotentials in der Landwirtschaft, das heute noch vorhanden ist, oder wird das „Gesundschumpfen“ in den achtziger Jahren fortgesetzt? Ich erbitte also namens der Freiheitlichen ein Konzept zur Sicherung des Bestandes der bäuerlichen Bevölkerung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich komme zum Schluß, damit ich die Zeit nicht allzusehr überschreite. ÖVP-Bauernbund und ÖVP-Agrarführung sind der Landwirtschaft vieles schuldig geblieben. *(Abg. Steiner: Konzepte – jede Menge!)* Die Sozialistische Partei ist der Landwirtschaft im gleichen Maße allzuviel schuldig geblieben. Die freiheitliche Fraktion hat stets und immerdar gemäß ihrer Stärke mehr für die Landwirtschaft getan als die Österreichische Volkspartei mit ihrem Gewicht in 20 Jahren. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf der Abg. Ottilie Rochus.)*

Frau Rochus! Wenn die beiden großen Parteien ihrer Aufgabe der Landwirtschaft gegenüber gerecht geworden wären, dann hätten einfach nicht 750 000 Menschen in 25 Jahren abwandern können. Für eine einseitige Beweisführung können Sie mich nicht haben: daß ich für das Abwandern der 750 000 Bauern allein und ausschließlich der Sozialistischen Partei die Schuld gebe. Ich bitte um Entschuldigung, schuld sind beide großen Parteien an

dieser Entwicklung und an diesem negativen Ergebnis. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bauernstand und Landwirtschaft werden stets einen hohen Stellenwert in einer liberalen Partei einnehmen.

Liberales Ziel ist die Erhaltung eines wettbewerbsfähigen Bauernstandes.

Liberales Ziel ist die Erhaltung des bäuerlichen Vollerwerbsbetriebes mit angemessener Ertragskraft.

Liberales Ziel ist die endliche Anpassung der Marktordnung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die Erfordernisse des europäischen Marktes.

Ein freies Europa braucht auch in Zukunft einen freien Bauernstand, und für diesen freien Bauernstand werden wir Freiheitlichen uns immer mit allem Nachdruck in diesem Parlament einsetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Sandmeier zum Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Sandmeier** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers Dipl.-Ing. Dr. Haiden in der Angelegenheit der Aufnahme einer Handelsschülerin in die forstliche Ausbildungsstätte in Gmunden-Orth veranlassen mich, eine tatsächliche Berichtigung vorzubringen. Um nicht die Fünf-Minuten-Zeit zu überziehen, werde ich das in punktueller Form machen.

Sie haben, Herr Bundesminister, laut Stenographischem Protokoll gesagt: „Es wurde in keiner Weise verfügt, daß die Kraft aufzunehmen ist.“

Ich muß Sie hier berichtigen. Es wurde dem Mädchen einige Tage vor dem 5. November gesagt, daß es aufgenommen sei, daß es am 5. November zu arbeiten beginnen könne. Dieses Mädchen ist dann am 5. November gekommen und hat die Arbeit angetreten. Es hat bereits die Schlüssel für ihren Arbeitsbereich bekommen und war der Meinung, daß es nunmehr in den Dienst der forstlichen Ausbildungsstätte in Gmunden aufgenommen ist.

Herr Bundesminister! Eine Rückfrage beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, und zwar bei Herrn Dr. Kastner, hat ergeben, daß er damit einverstanden ist, daß dieses Mädchen am 5. November beginnt. Das bedeutet für dieses Mädchen, das bedeutet für

Sandmeier

uns, daß es den Dienst im Bereich Land- und Forstwirtschaft angetreten hat.

Zweitens: Sie haben gesagt, Herr Bundesminister, es wurde in keiner Weise veranlaßt, daß die Kraft wieder zu entlassen sei. Um ½11 Uhr kam ein Beamter der Schule zu dem Mädchen und hat ihm mitgeteilt, daß er es leider wieder entlassen muß, es müsse wieder heimgehen, weil in der Zwischenzeit eine Intervention im Landwirtschaftsministerium erfolgt sei, und zwar zugunsten eines Mädchens, das nun einmal die Nichte eines sozialistischen Stadtrates ist.

Wenn Sie zum dritten sagen, daß dieses Mädchen das beste sei, dann darf ich Sie dahingehend berichtigen, daß dieses Mädchen das vierte in der Testfolge und das andere Mädchen, das Sie nach Hause geschickt haben, das erste war. Wenn Sie meinen, daß dieses Mädchen das wesentlich bessere Zeugnis hatte, dann mag das vielleicht vom Volksschulzeugnis her stimmen – das kenne ich nicht –, aber beim Test war es das erste. Das ist die Wahrheit und nichts anderes. (*Abg. Dr. Mock: Eine fescche Partie! – Zwischenruf des Abg. Remplbauer.*)

Sie können mir die fünf Minuten nicht nehmen! Herr Bundesminister! Wenn Sie den Mut gehabt und gesagt hätten, jawohl, hier ist etwas passiert, und ich werde dafür sorgen, daß das nicht mehr vorkommt, dann wäre es gut gewesen. Wenn wir daraus den Schluß ziehen könnten, Herr Bundesminister, daß sich Derartiges in Ihrem ministeriellen Bereich nicht wiederholt, dann war das Aufzeigen dieses Falles nicht umsonst. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden**: Auch diese Darstellung in dieser Berichtigung entspricht nicht den Tatsachen. (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Ich kann diese Art der Darstellung aus folgenden Gründen nicht zur Kenntnis nehmen (*Abg. Dr. Johann Haider: Ist sie nach Hause geschickt worden oder nicht?*):

Der Rechnungsführer der forstlichen Ausbildungsstelle Orth hat am 5. November bei der zuständigen Fachabteilung telephonisch angefragt, ob die sofortige Aufnahme möglich ist. Das war die erste konkrete Anfrage. (*Abg. Sandmeier: Das ist wahrheitswidrig!*) Er erhielt die Auskunft ... (*Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich habe das genau prüfen lassen. (*Abg. Sandmeier: Wir auch!*) Sie dürfen mir glauben, daß ich das genau habe prüfen lassen.

Wenn Sie das behaupten, dann sagen Sie, daß meine Beamten mir eine falsche Auskunft gegeben haben. (*Abg. Dr. Mock: Nein, daß Sie eine falsche Auskunft gegeben haben!*) Das muß ich zurückweisen! (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.* – *Abg. Kern: Sie geben eine falsche Auskunft!*) Er erhielt die Auskunft, daß vorher alle Bewerbungen, wie das selbstverständlich üblich ist, an das Präsidium einzureichen sind. Das darf ich auch feststellen. Erst dann wird entschieden. (*Abg. Kern: Ist sie heimgeschickt worden oder nicht?* – *Abg. Dr. Johann Haider: Wurde sie heimgeschickt oder nicht?*)

Daher, Herr Abgeordneter: Dieses Mädchen wurde nicht entlassen, weil es nie aufgenommen worden war. (*Heftiger Widerspruch und anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Nun noch eine Feststellung: Das Zeugnis ist das Abgangszeugnis von der Fachschule, von der Handelsschule. Ich bin gern bereit, Ihnen vertraulich die beiden Zeugnisse zu zeigen. (*Abg. Sandmeier: Test!*) Mehr möchte ich nicht tun.

Aber ich bleibe dabei: Es ist unerhört, daß ein junger Staatsbürger unter Namensnennung hier disqualifiziert wird! (*Beifall bei der SPÖ.* – *Anhaltende Rufe bei der ÖVP: Unerhört von Ihnen!* – *Abg. Dr. Mock: Unerhört ist Ihr Benehmen!* – *Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch** (*das Glockenzeichen gebend*): Man kann sich ja nacheinander genügend oft zu Wort melden.

Jetzt hat sich jedenfalls zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung Herr Dipl.-Ing. Riegler zu Wort gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Herr Präsident! Sie, Herr Abgeordneter Peter, haben in Ihren Ausführungen erklärt, daß der Antrag des Abgeordneten Murer betreffend Verbesserung des Silo-Verzichtszuschlages nicht mitvertreten worden sei.

Ich darf dazu folgendes feststellen: Es gab den Antrag des Abgeordneten Murer, es gab einen Antrag der Landwirtschaftskammer Salzburg, es gab einen Antrag der Landwirtschaftskammer Tirol, und es gab ein persönliches Ersuchen von mir an den Obmann des Milchwirtschaftsfonds in der Frage Verbesserung des Silo-Verzichtszuschlages.

Diese Anträge sind in den Preisverhandlungen von der Präsidentenkonferenz mitvertreten

Dipl.-Ing. Riegler

worden genauso wie der Antrag des Abgeordneten Murer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Ottilie Rochus. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Ottilie **Rochus** (ÖVP): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Berichtigung des Herrn Abgeordneten Sandmeier war eigentlich eindeutig. Aber, Herr Minister: Sie sind uns die Antwort darauf schuldig geblieben, ob dasjenige Mädchen, das jetzt nicht aufgenommen worden ist, die beste beim Test war *(Zwischenrufe bei der SPÖ)* und ob das Mädchen aufgenommen wurde, das die vierte beim Test war. *(Abg. Dr. Mock: Genauso war es!)* Diese Antwort sind Sie uns schuldig geblieben, denn es kommt nicht auf das Zeugnis, sondern auf den Test an. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Peter hat sehr redewaltig festgestellt, daß die Freiheitliche Partei nicht ruhen und rasten wird, bis sie ihre Ideen durchgebracht hat, um den Bauern zu helfen. Aber, Herr Abgeordneter Peter, Sie dürften folgendes vergessen haben *(Zwischenruf des Abg. Peter)*:

Als das erste Mal das Karenzgeld für die Bäuerinnen zur Abstimmung gekommen ist, sind Sie mit Ihrer Fraktion sitzen geblieben. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Peter.)* Das ist ein zwiespältiges Verhalten. Einmal ja, einmal nein! - Das möchte ich nur in Erinnerung gebracht haben. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Remplbauer.)*

Herr Abgeordneter Remplbauer! Sie haben so viel von der Einkommenssteigerung gesprochen. Vor allem haben Sie hervorgehoben, daß das soziale Einkommen gestiegen ist. *(Abg. Remplbauer: Ganz richtig!)* Sie sind ein Gewerkschafter! Was würden Ihre Kollegen meinen, wenn Sie einem Lehrer sagen: Dein soziales Einkommen ist gestiegen, darum braucht das andere Einkommen nicht mehr zu steigen?

Das ist kein Argument. Das kann man den Bauern nicht sagen. Denn das ist bei allen Österreichern gestiegen, und nicht nur bei unseren Bauern. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf des Abg. Remplbauer.)*

Sie haben auch Stellung genommen zu Import- und Exportfragen. Es ist erschreckend, wie uninformatiert Sie waren. Gerade hier im Hohen Haus können Sie das nicht machen. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Remplbauer.)*

Nun zu meinen eigentlichen Ausführungen.

Ich darf gleich mit einem Zitat beginnen. Es heißt:

Der Bauernstand ist für die Existenz eines Volkes und eines Staates unabdingbar notwendig, und das nicht nur vom wirtschaftlichen Standpunkt. Er ist die Kraftquelle und kulturelle Basis, ein Regulativ in einer allzu stürmischen Entwicklung.

Das hat der Herr Bundespräsident Kirchschrägger vor kurzem in der Steiermark erklärt. Er sagte auch weiters:

Wir können glücklich und froh sein, wenn wir uns mit Problemen der landwirtschaftlichen Überproduktion auseinandersetzen müssen und nicht damit, daß zuwenig erzeugt wird oder sich die Bevölkerung nicht ausreichend Lebensmittel kaufen kann.

Diese Feststellung müssen alle Österreicher hören und auch Sie - besonders von der linken Seite - wissen das *(Beifall bei der ÖVP)*, denn der bäuerliche Familienbetrieb ist durch die sozialistische Landwirtschaftspolitik existenzgefährdet. Wenn der Herr Abgeordnete Pfeifer sagt, daß er nirgends hört, daß die Leute Angst vor der Zukunft haben, dann muß ich sagen: Er redet offenbar mit keinem Bauern. *(Zwischenruf des Abg. Pfeifer.)* Denn wenn ich mit Bauern draußen rede, muß ich immer wieder hören: Was wird sein? Wie wird es weitergehen? Was sollen wir in Zukunft tun? *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Der Absatz der Produkte ist auf jeden Fall schlecht, und die Preise liegen unter den Gestehungskosten. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Widerspruch bei der SPÖ.)*

Der Herr Landwirtschaftsminister spricht immer vom guten Einkommen der Bauern. Er hat heute auch hervorgehoben, wie gut das Einkommen ist. In Wirklichkeit ist es so - und das möchte ich Ihnen jetzt klipp und klar an Hand von Zahlen sagen -, daß 1978 das landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft und Monat 3 350 S beträgt und daß das vergleichbare Einkommen eines Industriebeschäftigten beim Doppelten liegt, nämlich bei 6 600 S. *(Abg. Remplbauer: Schon wieder der Brutto-Netto-Vergleich!)* Die Verbrauchsausgaben liegen auch beim bäuerlichen Haushalt um 1 400 S niedriger als bei den städtischen Haushalten. *(Abg. Remplbauer: Wieviel Prozent beträgt die Steigerung?)*

Jetzt kommen wir zu der Arbeitszeit, Herr Kollege. Da ist es nämlich eklatant.

Die Arbeitszeit eines Bauern beträgt in einem gemischtwirtschaftlichen Betrieb 70 Stunden pro Woche. Das muß man auch einmal sagen. Zur Beschäftigung der Frauen; 71 Prozent der Bäuerinnen arbeiten ganzjährig im Stall und auf dem

Otilie Rochus

Feld mit. – Von den anderen Berufstätigen sind es 45 Prozent der Frauen, die mitarbeiten müssen, daß das Einkommen gesteigert werden kann und besser ist.

Die Steuerbelastungen werden für unsere Bauern immer höher. Das ist etwas, was keine neue Feststellung ist, sondern das ist ja hier im Haus von Ihnen beschlossen worden. Die Existenzangst der Bauern ist also auch vorhanden.

Der Einkommensabstand – und das haben wir heute schon gehört – zwischen Bauern und anderen Beschäftigten wird immer größer. Im Grünen Bericht haben wir aber noch nie einen Vergleich zwischen den Einkommen der Bauern und denjenigen anderer Berufssparten gesehen. Das möchten wir gern haben. Denn der Herr Minister vergleicht immer im Grünen Bericht die Einkommen der verschiedenen Produktionsparten in der Landwirtschaft. Das ist keine richtige Vergleichsbasis, Herr Landwirtschaftsminister! Dadurch spielen Sie eine Produktionsparten gegen die andere aus, und es räumt auf keinen Fall die Probleme weg, die hier im Raum stehen. Oft hat man das Gefühl, Sie sind bestrebt, so ein bisserl Neid untereinander zu säen und nicht Partnerschaft. (Abg. Hietl: Genau!)

Ein Kollege von mir hat schon den amerikanischen Wissenschaftler zitiert, der sagte, daß die Ausgebeuteten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr die Arbeiter, sondern die Bauern sind. Und: Der Hunger in der Welt wird aber dieser Ausbeutung ein Ende setzen.

Ich stelle fest und unterstreiche noch einmal, daß es die österreichischen Bauern sind, die 91 Prozent der Ernährung unseres Volkes sichern. Das müssen wir immer wieder unterstreichen! (Beifall bei der ÖVP.)

Umso wichtiger ist es, dies festzustellen in dieser Zeit, in der wir leben. Wir wissen, was es heißt, in der Energiesparte von anderen Ländern abhängig zu sein. Es wird gerade bei der Landwirtschaft immer so viel von Überproduktion gesprochen. Nun frage ich mich, was man dafür tut, daß diese Überproduktion verkauft, abgesetzt und exportiert werden kann.

Ich habe noch nirgends gesehen, daß es einen Ernährungsplan für Krisenzeiten gibt. Die sozialistische Regierung hat keine geplanten Einlagerungsmaßnahmen vorgesehen. Und jetzt etwas, was Ihnen von der linken Seite vielleicht weh tun wird: Nur die ÖVP hat in ihrer umfassenden Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung dieser Krisenvorsorge gedacht. Das, glaube ich, muß man feststellen, denn das ist von sozialistischer Seite noch nie geschehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky war vor kurzer Zeit in einem Ostblockstaat, und als er nach Hause gekommen ist, hat er sich sehr wohlwollend über die gepflegte Landschaft in Österreich geäußert, es war wohltuend für ihn. Dazu möchte ich sagen: Es ist die Leistung der bäuerlichen Familienbetriebe (Beifall bei der ÖVP), daß wir eine schöne Heimat haben, daß wir eine gesunde Umwelt haben und daß unsere Heimat attraktiv für Fremde ist, denn damit kommen auch Devisen herein. Das muß auch einmal ganz besonders betont werden.

Nun komme ich zum Kernpunkt meiner Ausführungen. Dr. Kreisky stellte auch bei seinem Besuch in den Ostblockstaaten fest, daß unser Beratungssystem ganz vorbildlich ist. Trotzdem, Herr Bundesminister, wollen Sie dieses Beratungssystem aushungern, verunsichern und diskriminieren. Sie schieben die Kompetenz auf die Länder ab. Sie lassen praktisch diese Förderungsmaßnahme fallen.

Die Beratung kommt ja nicht von ungefähr. Sie ist gewachsen, sie ist vorbildlich für ganz Europa und auch für Amerika. Viele kommen zu uns, um diese Beratung zu studieren. Diese Beratung hat sich Ziele gesetzt, diese möchte ich hier vortragen, damit all jene, die sich damit noch nicht befaßt haben, auch wissen, was diese Beratung beinhaltet.

Die Ziele der Beratung sind: Den bäuerlichen Familien bei der Lösung wirtschaftlicher Probleme zu helfen, sie bei der Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben zu fördern, zur Bildung der Persönlichkeit des bäuerlichen Menschen beizutragen, damit er seine Aufgaben im Beruf und in der Gemeinschaft bewältigen kann.

Diese Ziele haben natürlich Folgemaßnahmen, die auch Geld kosten, aber in erster Linie steckt bei dieser Beratungsarbeit der menschliche Kontakt dahinter. Damit wird die Gemeinschaft gepflegt – wir haben auch heute schon so viel von der Dorfgemeinschaftspflege gehört –, es wird Bildung vermittelt, es wird Weiterbildung geboten. Der ländliche Raum wird durch diese Beratungsarbeit zu einer Einheit, die Menschen verstehen sich dadurch auch besser, weil die Interessen in diesen Räumen koordiniert werden.

Was tun sie? Die Beratungskräfte – das, glaube ich, werden Sie ja feststellen können – arbeiten mit Fleiß und Ausdauer und sehr viel Idealismus. Ich kenne meine Kollegen und Kolleginnen sehr gut und weiß, mit wieviel Einfühlungsvermögen hier gearbeitet wird. Auch diese Berater kennen keine 40-Stunden-Woche, sie kommen sehr oft in Konfliktsituationen bei der jetzigen schwierigen Lage der Landwirtschaft.

Ottillie Rochus

Die Beratungskräfte, Herr Landwirtschaftsminister, sind es, die die Maßnahmen vermenschlichen, die das Bindeglied zwischen Bund, Land, den Kammern und den Bauern darstellen. Trotzdem werden sie immer wieder diskriminiert und verunglimpft. Ich denke da etwa an Ihre Schriftenreihe, die Sie herausgeben, in der immer wieder sehr viel Nachteiliges steht über diesen Beratungsdienst und über diese Männer und Frauen, die sich das bei Gott nicht verdient haben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Meinung ist, Herr Landwirtschaftsminister: Sie wissen gar nicht, was diese Beratungsleute leisten, und zwar besonders für Sie, aber natürlich auch in hohem Maße für unsere Bauern. Der Idealismus dieser Männer und Frauen wird durch Sie einer sehr, sehr starken Zerreißprobe unterworfen. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht das Geld die Ursache ist, daß man diesen Beratungsstand so verunsichert, sondern daß Sie ideologische und gesellschaftspolitische Überlegungen anstellen, damit die Bauern weniger Chancen auf Bildung haben und damit sie mit ihren Problemen alleingelassen werden. Ich glaube, das steckt dahinter und nicht die Geldfrage! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich wäre keine Burgenländerin, sagte ich nicht auch einiges zu den Weinbauproblemen. Ich habe heute beim Herrn Abgeordneten Pfeifer vermißt, daß er auch nur ein Wort zum Weinbau gesagt hätte. *(Abg. Dr. Zittmayr: Den freut ja die Arbeit daheim nicht mehr!)*

Der Absatz des Weines und die Preise für den Wein stagnieren bekannterweise. Es ist so, daß der Absatz zu wünschen übrigläßt und die Preise weit unter den Gestehungskosten liegen. Die burgenländischen Bauern haben sich zu einer Solidaritätskundgebung zusammengeschlossen, um einer Katastrophe, einem Preisverfall entgegenzuwirken. Sie haben Mindestpreise für Most und Trauben festgelegt.

Ihr Einkommen ist natürlich nicht preisgeregelt. Sie sehen daher auch eine Chance in der Erzeugung von Qualitätsweinen. Sie haben sich schon zwei Jahre, das heißt zwei Lesen hindurch, freiwilliger Kontrolle unterzogen und möchten nun haben, daß die Prädikatsweinkontrolle bereits 1980 so durchgeführt wird, wie sie sich das vorstellen.

Herr Minister! Sie waren vor einigen Tagen in Donnerskirchen, haben den Weltmeister-Wein getauft, haben natürlich Gespräche mit den Weinexperten geführt und dort festgestellt: Die Weingesetz-Novelle wird vor 1981 nicht über die Bühne gehen können. Mir ist nicht begreiflich warum, aber Sie haben es gesagt.

Mit der Prädikatsweinkontrolle möchten die

Weinproduzenten die Qualität beweisen. Ich möchte die Forderung dieser Bauern hier anbringen und Sie ersuchen, doch aktiv zu werden, um durch die Qualität der Weine den Export zu sichern und natürlich auch den Absatz und um dadurch vor allem höhere Einkommen zu erzielen.

Es gäbe noch viele Probleme bezüglich der Weinkrise, wie etwa die Gewährung von Zinsenzuschüssen für Lombardkredite und Sperrlager-Aktionen. Aber das würde zu weit führen, meine Damen und Herren, ich möchte sie hier nur anführen.

Nun zu Ihnen, Herr Staatssekretär. Im Finanzausschuß hat Herr Bundesminister Haiden gesagt, Sie wären der beste Staatssekretär, den sich ein Landwirtschaftsminister wünschen kann. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Ich habe mir das durch den Kopf gehen lassen, weil Sie unmittelbar mit Fragen der Bäuerin befaßt sind, und in der Oktober-Ausgabe der „Agrarwelt“ über Ihr Bäuerinnen-Komitee gelesen. Ich muß sagen, Herr Staatssekretär: Diese ehrenwerten Frauen, die sich zur Verfügung stellen, um mit Ihnen zu arbeiten und fachliche Probleme zu lösen, haben Sie zu einer Stammtischrunde degradiert. Da tut einem ja das Herz weh, wenn man sieht, was aus diesem Bäuerinnen-Komitee geworden ist. Sie müßten ernste Probleme mit ihnen besprechen.

Sie haben sich ein eigenes Bäuerinnen-Komitee eingebildet. Es gibt zwar den Landfrauen-Arbeitskreis bei der Präsidentenkonferenz, der sich schon jahrelang mit den einschlägigen Problemen befaßt, es gibt Referentinnen der Hauswirtschaftsberatung, die sich auch schon sehr lange mit diesen Problemen befassen, wo Sie sich auch Anregungen und Vorschläge holen könnten.

Sie glauben, neue Ideen gefunden zu haben, den Bäuerinnen zu helfen, Herr Staatssekretär: In meinen Augen ist das ein alter Hut. Wir haben schon vor zehn Jahren gefordert, was da drinnensteht, nur haben Sie es jetzt ausgegraben. *(Abg. Remplbauer: Jetzt kriegen Sie's ja!)* Vom Kriegen kann gar keine Rede sein, jetzt sind Sie in meiner Gasse, Herr Remplbauer, ich wollte nämlich sagen: Da verlangen Sie das Karenzgeld für die Bäuerin, und bei der Abstimmung sind alle sitzen geblieben, das ist es, meine Herrschaften! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das haben wir gefordert. Bei Ihnen ist es nur ein Lippenbekenntnis, auch Ihre Frauen sind alle schön sitzen geblieben, und zwar samt der Staatssekretärin, und haben nicht mitgestimmt, wie es um die Forderung gegangen ist, den Frauen in der Landwirtschaft zu helfen. *(Zwi-*

Ottillie Rochus

schenruf des Abg. Dr. Zittmayr. - Abg. Remplbauer: Reden Sie lieber vom Käse!)

In der Oktober-Nummer der „Agrarwelt“, Herr Staatssekretär, um nicht von Ihnen abzuschweifen, haben Sie versprochen, jetzt jeden Monat einen Artikel über und für die Bäuerinnen zu bringen. Im November habe ich diesen Artikel schon gesucht, weil ich neugierig war, was Sie schreiben würden. Siehe da: Versprochen und nicht gehalten. Es war kein Artikel für die Bäuerinnen in der „Agrarwelt“ zu finden.

Diese „Agrarwelt“ kostet 7 Millionen Schilling, erscheint in einer Auflage von 280 000 Stück und wird verschenkt. Sie ist natürlich ein Organ des Landwirtschaftsministers mit entsprechendem politischen Schwergewicht. Wir haben eine Landjugend und auch eine Zeitung namens „Landjugend“. Die Landjugend muß sich ihre Zeitung selbst kaufen. Sie kostet 13 S pro Monat oder 140 S im Jahr. Die Zeitschrift „Landjugend“ ist eine echte Fachzeitschrift zur Weiterbildung. Die Landjugend muß das finanzielle Opfer bringen, um sich weiterbilden zu können.

Diese Landjugend ist es auch, die in den letzten Jahren das Ansehen der österreichischen Landwirtschaft derart gehoben hat, sodaß die ganze Welt über uns spricht. Sie wissen es ja genau: Wir haben einen Weltmeister im Pflügen, und wir stehen ständig bei vielen Wettbewerben und Berufsentscheiden in Europa und in aller Welt an erster Stelle. Den „Goldenen Pflug“ hat unsere Landjugend errungen, und der Herr Staatssekretär hat sich auch mit den feschen Burschen photographieren lassen, denn sie sind ja wirklich ganz tüchtig. Wir können auf diese bäuerlichen jungen Menschen stolz sein. *(Abg. Remplbauer: Warum nicht?)*

Sie kommen schon wieder mit dem, was ich hören will. Das, was ich sagen will, fragen Sie mich immer. Jetzt geht es um die Weltmeisterschaft, und jetzt müssen die armen Burschen, die so tüchtig, die fachlich so tüchtig sind, betteln gehen, damit ihnen jemand die Überfahrt dorthin bezahlt, wo sie antreten sollen, um ihre Tüchtigkeit zu beweisen.

Ich möchte auf folgendes hinaus: Auf der einen Seite werden für diese Zeitung „Agrarwelt“ 7 Millionen Schilling aufgebracht, und auf der anderen Seite ist kein Geld vorhanden, die Burschen dorthin zu schicken, wo sie dem Namen der österreichischen Agrarwirtschaft alle Ehre bereiten könnten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Jetzt komme ich wieder zurück zu meiner Beratung, Herr Minister. *(Abg. Kern: Pharisäer! - Abg. Pfeifer: Haben Sie gehört, Herr Präsident, Pharisäer hat er gesagt! - Abg. Kern:*

Stimmt ja!) Sie wollen die Beratung finanziell aushungern mit der Behauptung, Sie hätten kein Geld. Sie sagen, das sei Landeskompetenz, und immer wieder hören wir, daß wir kein Geld für diese Beratungskräfte haben. Der hohe Stand an Bildung unserer bäuerlichen Jugend hängt eng mit der Beratung und mit den Beratungskräften zusammen. Mit viel Aufopferung und Idealismus haben sich diese Leute mit der Jugend zusammengesetzt, haben dieser Jugend Bildung geboten, und nun wollen Sie auch die Geldquelle abdrehen und sagen: Wir brauchen keine Beratung! Damit lassen Sie auch die Landjugend allein.

Wo ist da die Chancengleichheit, wenn man den jungen Menschen im ländlichen Raum diese Chancen nimmt, nämlich sich fachlich weiterzubilden und den Anschluß an andere Bevölkerungsgruppen zu finden? *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Aus- und Weiterbildung - das wissen Sie genauso gut wie wir alle - wird der Schlüssel für die Zukunft unserer Bauernschaft sein, und zwar vor allem für ihre Selbstbehauptung.

Bei allen agrarpolitischen Überlegungen darf man den bäuerlichen Menschen nicht vergessen und die Tausende von Familien mit ihrem Schicksal, das eng mit der Agrarpolitik verbunden ist.

Der bäuerliche Familienbetrieb wird daher für uns auch in Zukunft das gesellschaftspolitische Leitbild sein. Wir Österreicher sollten unseren Bauern für ihr Beharrungsvermögen, für ihren Fleiß, für ihre Ausdauer und für ihre Treue zur Scholle danken, und wir müssen alles tun, um ihnen jede Unterstützung, Hilfe und Anerkennung zugute kommen zu lassen. Und, Herr Minister und Herr Staatssekretär, das möchte ich besonders Ihnen ins Stammbuch schreiben. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei diesem Budget für das Jahr 1980 geht es in der Tat um das Schicksal fleißiger bäuerlicher Familien, um die Lebensbedingungen dieser Menschen, die letztlich für die Ernährung der Bevölkerung sorgen, die die Kulturlandschaft in Ordnung halten, die Leistungen für die Allgemeinheit erbringen, und nicht um Streit über Statistiken, Herr Abgeordneter Riegler, das stimmt. Nur soll man halt die Statistiken nicht dann wegschieben, weit wegschieben, wenn sie unwiderlegbar nachweisen, daß wir doch in wichtigen Bereichen einen Schritt weitergekom-

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

men sind. Das soll man nicht tun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich gebe gerne zu, man wird Statistiken und Zahlen unterschiedlich kommentieren können, aber die Zahlen an sich müßten doch außer Streit sein. Und deshalb habe ich einer alten Tradition folgend, ich habe das von meinem Vorgänger, dem Herrn Bundesminister Weihs, übernommen, diese Bilanz vorgelegt.

Ich glaube, wir sollten uns über diese Bilanz freuen, weil sie doch zeigt, daß wir in vielen Bereichen auch 1979 wieder einen tüchtigen Schritt zum Wohle der bäuerlichen Familien vorangekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß diese Debatte trotz der Trennung der Debatte über den Grünen Bericht von der Budgetdebatte immer wieder einmündet in die Einkommensdebatte, das liegt in der Natur der Sache, ist gar keine Frage.

Nur hat sich die Position sonderbarerweise geändert. Herr Abgeordneter Riegler! Wenn Sie die Debatte aus dem Vorjahr nachlesen, nicht über den Grünen Bericht 1978, sondern über das Budget vor einem Jahr, damals haben Sie nur vom Jahr 1977 gesprochen, damals ... *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Damals habe ich gar nicht gesprochen! - Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Das stimmt, Herr Abgeordneter Riegler, damals durften Sie nicht sprechen, das hat Lanner übernommen, das stimmt. Aber die Argumentation war die gleiche, die Bauernbund-Argumentation war die gleiche. Sie haben nur vom Jahr 1977 gesprochen, und als ich sie darauf aufmerksam gemacht habe, daß wir ja nicht die Einkommensentwicklung getrennt sehen könnten von der Rohertragsentwicklung, daß das Einkommen ja eine logische Folge auch des Rohertrages ist, da wollten sie, ich meine die Bauernbund-Abgeordneten, das nicht wahrnehmen.

Meine Damen und Herren! Ich habe damals schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Jahr 1978 doch eine ausgezeichnete Einkommensentwicklung bringen wird, und das ist auch eingetreten.

Wir haben ja über den Grünen Bericht schon diskutiert, ich möchte das wirklich jetzt nicht neuerlich aufrollen, aber die 10prozentige Einkommenserhöhung beim landwirtschaftlichen Einkommen je Familienarbeitskraft, 6 Prozent real, war doch sehr beträchtlich.

Sie haben bei der Debatte über den Grünen Bericht eingewendet: Ja die bergbäuerlichen Einkommen sind schlechter weggekommen.

Ja im Vergleich zu dem 16prozentigen

Realeinkommenszuwachs im nordöstlichen Flach- und Hügelland durch die Rekordgetreideernte stimmt das schon. 1977 war zwar ein schlechtes Durchschnittseinkommen, real ein geringer Einkommensverlust, in diesem Jahr sind die bergbäuerlichen Einkommen aber wirklich in einer Weise gestiegen, über die wir uns gemeinsam eigentlich freuen sollten.

Und nun zum Jahr 1979. Ich weiß schon, und das möchte ich in keiner Weise bagatellisieren, daß durch die schlechte Getreideernte bei Weizen, Roggen und Gerste viele Betriebe in einer sehr, sehr schwierigen Situation sind. Aber es ist halt auch heuer so gewesen, wie immer in solchen Fällen, wenn wir das Gesamtergebnis haben, schaut das Bild bei weitem nicht so aus, wie man ursprünglich befürchtet hat.

Heuer ist es ja so, daß durch die wirklich gute Maisernte, wir haben bei Mais um 15,5 Prozent mehr, doch einiges wieder ausgeglichen werden konnte.

Und insgesamt schaut es beim Getreide mit Mais heuer so aus, daß wir etwa 14 Prozent weniger haben gegenüber dem Rekordjahr 1978. Das ist nicht erfreulich, das ist gar keine Frage. Aber auf der anderen Seite stehen natürlich insgesamt bei der Beurteilung zu Buche - ich habe es schon gesagt - die gute Maisernte, eine gute Hackfruchternte, beim Wein zweifellos ein erfreuliches Ernteergebnis, jedenfalls was die Qualität betrifft, und wir haben beim Holz einen regelrechten Holzboom, was den Absatz und was die Preisentwicklung betrifft.

Ich glaube daher, wir sollten da nicht voreilige Schlüsse ziehen. Nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden wir voraussichtlich - das ist noch nicht sehr abgesichert, ich möchte damit nicht in eine Pressekonferenz gehen, wie es andere getan haben, weil das zuwenig abgesichert ist - ungefähr damit rechnen können, daß die Einkommen um etwa 1,9 oder 2 Prozent steigen, daß die Arbeitskräfte etwa 3,3 Prozent weniger werden, und das wird voraussichtlich insgesamt eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens von etwa 5 Prozent bedeuten. Ich gebe zu, keine sehr starke Erhöhung des Realeinkommens, aber eine Erhöhung des Realeinkommens dürfte - Gott sei Dank, sage ich - auch 1979 zustande kommen.

Aber Sie haben ja richtig gesagt: Für die Ernte können weder die Landwirtschaftskammern noch der Landwirtschaftsminister verantwortlich gemacht werden. Das Wetter macht - Gott sei Dank - noch ein anderer, und das ist auch gut so. Aber dann können Sie mich auch nicht verantwortlich machen und sagen: Schon wieder ein Mißerfolg der Agrarpolitik, weil der Rohertrag weniger erfreulich ist. Also das geht

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

sicher nicht. *(Abg. Kern: Aber für den Dieselölpreis schon! – Abg. Hietl: Für die Preisgestaltung auf alle Fälle!)*

Meine Damen und Herren! Nun doch zu einer – wie mir scheint – sehr wichtigen Frage. Auch der Herr Abgeordnete Peter hat so in den Raum gestellt: Ja, wo ist das Konzept? Wie soll es denn weitergehen?

Ja das Konzept sind natürlich die Regierungserklärungen und das, was in den Perioden realisiert wird. Ich darf daran erinnern, daß in der Regierungserklärung vom 5. November 1975 der einfache Satz gestanden ist:

„Zur Verwirklichung ihrer agrarpolitischen Zielsetzungen wird die Bundesregierung auch der weiteren Modernisierung der Agrarmarktordnung unter Berücksichtigung der Aufnahmefähigkeit des nationalen Marktes und des Weltmarktes ein besonderes Augenmerk zuwenden.“

Was haben wir seither gemacht? Der Milchmarkt ist reformiert. Wir haben das gemeinsam zu verantworten. Wir haben es gemeinsam bewältigt. Und wir können doch mit Fug und Recht heute vor die Öffentlichkeit hintreten und auch vor die Bauern und sagen: Das, was wir uns zum Ziel gesetzt haben, haben wir erreicht, es sind die Bauern jedenfalls besser dran als vorher; das läßt sich ja nachweisen. Es gab noch Anfangsschwierigkeiten, das wissen wir. Es waren nicht alle Härten bewältigt; die Gründe sind auch bekannt. Und das haben wir in den letzten Tagen auch, wie ich glaube, zu einem guten Abschluß gebracht, und wir haben damit eine Frage gelöst, die in den Europäischen Gemeinschaften noch sehr, sehr große Sorgen bereitet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die überlegen sich jetzt, den Krisengroschen de facto einzuführen. Denn nichts anderes ist es, was man dort jetzt will. Der Krisengroschen, meine sehr verehrten Damen und Herren, war doch nichts anderes als ein Instrument zur Finanzierung der Exporterfordernisse, ohne daß damit das Mengenproblem bewältigt worden ist, denn bei steigendem Krisengroschen ist halt mehr erzeugt worden.

Und außerdem war es ein sozial doch etwas bedenkliches Instrument, es war doch eine Umverteilung zu Lasten der schwächeren und zugunsten der expandierenden, potenten und leistungsfähigen Betriebe.

Das war ja das Krisengroschensystem, und das haben wir doch weitgehend geändert.

Vor der Einführung des Richtmengensystems hat der Auszahlungspreis für die Milch 3,26 S betragen, bei einem Krisengroschen von 38 Groschen. Und wenn wir nun den 1. Dezember

dazurechnen, sind wir doch schon nahezu bei 4 S, bei einem allgemeinen Absatzförderungsbeitrag von 11 Groschen, und das wäre zweifellos nicht annähernd möglich gewesen ohne Änderung des Systems.

Ich möchte allerdings jetzt schon darauf hinweisen, damit es nicht so unausgesprochen im Raum stehenbleibt: Die Milchlieferung ist wieder gestiegen, und den zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag werden wir ab 1. Jänner ganz sicher wieder beträchtlich erhöhen müssen.

Es zeigt sich jedenfalls, daß für das Wirtschaftsjahr 1978/1979 im Vergleich zum Krisengroschensystem unsere Bauern um 416 Millionen Schilling weniger entrichten mußten als damals beim anderen System, wenn man das vergleicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Riegler! Weil Sie so in den Raum gestellt haben: kein Verständnis für die Bergbauern: Das Bergbauern-Sonderprogramm braucht sich wirklich nicht zu verstecken. Das hat es vorher nicht gegeben, auch wenn Sie hundertmal behaupten, es hat auch vor 1970 eine Bergbauernpolitik gegeben. Und ich bin eigentlich enttäuscht darüber, daß es nicht möglich war, die Bergbauern der Zone III von den Absatzförderungsbeiträgen zu befreien, daß Sie nicht zugestimmt haben. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Sie haben erklärt, das geht nicht!)*

Ja, bei einer Abgabenbefreiung zu sagen, der Staat soll die Differenz bezahlen, das gibt es bei keiner Abgabenbefreiung! Eine Abgabenbefreiung heißt, daß derjenige, der sonst zur Abgabe verpflichtet wäre, diese Abgabe nicht entrichten muß. Das ist alles. Und dem haben Sie halt nicht zugestimmt. Da kann man also nichts ändern. Was soll man machen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns vorgenommen – das ist in der Regierungserklärung heuer gestanden, nach der Nationalratswahl –, wir müßten alles unternehmen, daß wir den Getreidemarkt ändern, weil es einfach kein Zustand sein kann, daß wir nur eine riesige Lagerhaltung haben und mit dem vergällten Weizen, der qualitativ nicht entspricht, dann die Gerste konkurrenzieren und dann nicht einmal exportieren können, weil die Qualität nicht stimmt.

Wir haben das Problem gelöst, und es funktioniert wunderbar. Ich gebe schon zu, die etwas weniger erfreuliche Getreideernte hat die Situation von dieser Seite her entlastet. Aber wir haben keine offenen Probleme. Es ist alles bereinigt in dieser Frage. Obwohl wir uns geeinigt haben am Freitag, dem 13. Juli, es funktioniert, weil wir sehr gründlich verhandelt haben und wirklich alles ausgeräumt haben, was zu klären war. Es ist keine Frage

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

offengeblieben, und ich glaube, so kann man nur verhandeln! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben weitere Aufgaben vor uns. Ich stimme mit allen überein, die gemeint haben: Wie geht es beim Weinmarkt weiter? Natürlich müssen wir diesen Bereich auch ändern und reformieren, weil doch alle in Österreich wissen, daß wir so nicht weiterkönnen. Und ich war kürzlich – die Frau Abgeordnete Rochus hat das dankenswerterweise erwähnt – im Burgenland unten, es waren alle denkbaren burgenländischen Weinpächter dort beisammen, und es gab ja keine Meinungsdivergenz darüber, daß wir qualitätsorientiert erzeugen müssen, daß wir Flächenaufnahme brauchen, denn es ist ja unhaltbar, daß uns das Statistische Zentralamt mitteilt: 56 000 Hektar, und in Wirklichkeit schätzen Fachleute – genau wissen wir es nicht – über 70 000 Hektar. Wie soll man denn die richtigen Maßnahmen treffen, wenn wir nicht Inventur schaffen? Ich bin froh darüber, daß mit den zuständigen Agrarlandesräten Übereinstimmung darüber besteht, daß wir das tun müssen.

Und es ist ja auch der Widerstand gegen die Flächenbeschränkung geringer geworden. Ich habe den Eindruck, daß wir auch diese Frage bewältigen können. Natürlich müssen da die Bundesländer tätig werden. Der Bund kann nicht, weil ihm die Kompetenz dazu fehlt.

Daß wir ein besseres, ein aggressiveres Marketing im Weinbereich brauchen, das sagen ja alle, die damit zu tun haben. Herr Abgeordneter Riegler, jetzt sage ich Ihnen wirklich eines: Wahrhaft kleinkariert ist die Einstellung, die sagt, so wie wir es bisher gehabt haben, bleibt es, und wenn irgend etwas fehlt, zahlt es der Staat, und das Problem ist gelöst. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Wer sagt das?)* So geht es nicht. Man braucht die Bereitschaft mitzutun. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Frau Abgeordnete Rochus, ich werde mich sehr bemühen, daß wir das Weingesetz so rasch als möglich bekommen. Aber jetzt muß ich Sie fragen, in welcher Situation bin ich? *(Abg. Ottilie Rochus: Das weiß ich ja nicht!)* Ungefähr zwei Monate dauert die Begutachtung. Vorher habe ich zugesagt, daß wir nicht in die offizielle Begutachtung gehen, ohne daß wir uns vorher abgesprochen hätten. Wir verhandeln also mit allen denkbar möglich Interessierten, auch mit der Produktion. Jetzt sagen Sie, das muß so bald als möglich geschehen, womöglich schon im Herbst. Im Frühjahr geht es ja sicher nicht. Wenn ich jetzt sage, da kann ich halt nicht verhandeln, machen wir eine kurze Begutachtungsfrist und dann gehen wir in die Regierung und ins Plenum, dann werden Sie sagen, der Minister Haiden will mit dem Schädel durch die Wand, der ist nicht konsensbereit. Jeden

Konsens, jede Bereitschaft in allen Bereichen und auch hier, aber bitte, Frau Abgeordnete, das braucht halt dann mehr Zeit. So ist es und nicht anders, und ich bitte, diese Situation auch zu verstehen. *(Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Agrarhandel. Ja, Herr Abgeordneter Riegler, so leicht kann man es sich ja nicht machen, daß man sagt, das Defizit beim agrarischen Außenhandel hat sich in der und der Zeit verdoppelt, und nominell ist es das höchste, das wir je gehabt haben. Das ist kein sehr redliches Argument, das muß ich Ihnen schon sagen, denn es hat sich natürlich auch der Export in einem Maße erhöht wie noch nie zuvor. *(Beifall bei der SPÖ.)* Natürlich haben wir nominell den höchsten Export. Nominell würde das gar nichts aussagen, weil ja alles nominell steigt, weil natürlich die Geldwertverdünnung international gegeben ist, weil natürlich die Tendenz zum höherwertigen Produkt, zum höherpreisigen Produkt vorhanden ist. Nominell steigt alles! Die Frage ist, wie die Relation aussieht.

Nun sagen Sie, Zahlenspieler, vom Deckungsbeitrag wollen Sie nichts wissen. Was ist der Deckungsbeitrag, Herr Abgeordneter Riegler? Ja doch nichts anderes, als daß wir prüfen, inwieweit die Importe wertmäßig durch unsere agrarischen Exporte gedeckt sind. Sind diese Importe sehr nieder gedeckt, haben wir ein schlechtes Ergebnis, sind sie hoch gedeckt, haben wir logischerweise ein gutes Ergebnis, und wenn sie zu 100 Prozent gedeckt sein werden, wird das heißen, daß wir gleichviel wertmäßig einführen als wir ausführen. Das muß doch ein akademisches Argument sein. Entweder sind Sie in einem Argumentationsnotstand, na gut, dann kann ich Ihnen nicht helfen, oder wir diskutieren das aus, wir diskutieren das redlich und vernünftig aus.

Wie schauen nun die Deckungsquoten aus? Wir haben 1960 23,2 Prozent gehabt, also wertmäßig waren nur 23,2 Prozent der Importe durch Exporte gedeckt, 1970 37,6 Prozent, 1978 38,6 Prozent, 1979, in den ersten neun Monaten, 43,6 Prozent. Das bedeutet: Überhaupt noch nie zuvor haben wir unsere Importe in einem so hohen Ausmaß durch Agrexporte wertmäßig abdecken können. Jetzt rechne ich Ihnen gar nicht das Holz vor, denn wenn wir das Holz auch einbeziehen, dann stehen wir wesentlich besser da; aber bleiben wir bei den rein agrarischen Produkten.

Nun sagen Sie, die Rinderexporte sind gestiegen. Das wird so am Rande erwähnt. Ja warum haben wir denn die hohen Quoten bei den Rinderexporten erreicht? Weil wir jährlich ungefähr eine halbe Milliarde Schilling an

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Stützungsmitteln aufwenden. Ich gebe gerne zu, ein Teil kommt aus den Abschöpfungen herein, aber vor 1970 waren das Größenordnungen von 10 Millionen, 20 Millionen oder 80 Millionen, unter 100 Millionen jedenfalls. Das ist der Unterschied! Ich weiß schon, es ist auch die Situation eine andere. Wenn diese Mittel nicht notwendig wären, würden wir sie nicht aufwenden. Wir machen das ja, weil wir sie brauchen.

Nun zu den Rinderexporten. Wir haben in den ersten zehn Monaten 171 000 Stück Rinder exportiert (*Beifall bei der SPÖ*) und werden heuer etwa 190 000 Stück erreichen. Meine Damen und Herren! So viel haben wir überhaupt noch nie exportiert, denn normal waren es 100 000 bis 130 000. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Weil die Frage der Käseimporte und -exporte gestern auch bei unserem Gespräch eine Rolle gespielt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, man ist halt nicht in der angenehmsten außenhandelspolitischen Situation, wenn wir im Jahr 1978 eine Ausfuhr von fast 38 000 Tonnen gehabt haben und 7 600 Tonnen importierten. Da ist man nicht in der allerbesten Situation! (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Gegenüber wem?*) 1978 Einfuhr-Ausfuhr, 37 800 Tonnen Ausfuhr, 7 600 Tonnen Einfuhr, 1978! (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Wohin ist das gegangen?*) Und jetzt 1979. Weil Sie sagen, es habe sich erheblich verschlechtert. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Sie können nicht die Exporte insgesamt mit denen in die EG-Länder gleichsetzen!*)

Da sind wir schon bei der EG, Herr Abgeordneter Riegler. Ich hätte Ihnen die anderen Zahlen gesagt, aber bleiben wir bei der EG. Wir haben folgende Einfuhren gehabt: 1976 6 400 Tonnen, 1977 5 400 Tonnen, 1978 4 600 Tonnen. Wir haben also Jahr für Jahr die Importe reduziert, natürlich auch durch das vielgeschmähte und, wie ich gerne zugebe, adaptierungsbedürftige Mindestpreisübereinkommen mit der EG. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Ist die Situation jetzt besser?*)

Wie sehen die Ausfuhren aus? Lassen Sie sich das sagen. Ausfuhren 1976 14 000, 1977 14 387, 1978 14 465 Tonnen. Stark rückläufigen Importen stehen also schwach steigende Exporte in die EG gegenüber. 1979 die gleiche Entwicklung. Bei den Einfuhren haben wir eine Zunahme, leider, gebe ich zu, von ganzen 153 Tonnen in den ersten sechs Monaten und bei den Ausfuhren in die EG eine Steigerung von 528 Tonnen. Also bitte, man soll die Perspektiven nicht aus dem Auge verlieren. Die Größenordnungen müssen schon auch ein bißerl etwas gelten.

Nun zum Wein. Meine Damen und Herren!

Ich höre, daß der Präsident Maus die Auffassung vertritt, im sogenannten Globalkontingent müßte das Accordino beinhaltet sein. Ich sage Ihnen jetzt schon, das ist nicht möglich, das entspricht nicht unseren vertraglichen Bedingungen. Bitte, meine Damen und Herren, wir sollten doch zur Kenntnis nehmen, daß der grenzüberschreitende Handel keine Einbahn sein kann. Doch jetzt zu den Weinexporten konkret.

Von 1961 bis 1969, in diesem Fastdezennium: 174 000 Hektoliter; 1977, in einem Jahr, 174 000 Hektoliter, 1978 247 000 Hektoliter und heuer, von Jänner bis Oktober, 363 000 Hektoliter. Eine großartige Bilanz, freuen wir uns darüber!

Herr Abgeordneter Riegler, diese Bemerkung muß ich machen – seien Sie mir nicht böse, daß ich das so freimütig sage –: Ich beschwöre Sie, bringen Sie nicht wieder das Argument mit dem Lomé-II-Übereinkommen. Wir werden doch in der ganzen Welt schallend ausgelacht oder bemitleidet, wir werden die Leute verärgern, wenn wir uns in Mitteleuropa bei doch sehr guten gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen mit jenen Staaten vergleichen, in denen die Menschen hungern oder verhungern. Das ist kein gutes Beispiel! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Nun zum Budget. Ich glaube, es ist eine müßige Diskussion, wenn man jetzt fragt: Welche Mittel kommen den Bauern direkt zugute? Welche Mittel sind indirekt für die Bauern wirksam? Oder: Welche Posten gehören auch zum land- und forstwirtschaftlichen Budget, ohne daß man sagen kann, daß Auswirkungen für die Bauern da sind? Das ist eine müßige Diskussion.

Ich glaube, wir sollten uns einig darüber sein, daß das Förderungsbudget reines Bauernbudget ist. Da haben wir immerhin 1 780 Millionen Schilling, um 80 Millionen mehr im nächsten Jahr als heuer.

Herr Abgeordneter Riegler, die Rechnung, die Sie gemacht haben, stimmt ja hinten und vorne nicht, weder von den Valorisierungsindizes noch von der Sicht her, daß Sie auf die Anzahl der bäuerlichen Betriebe umlegen müssen. Natürlich müssen Sie das auch tun.

Dann verbleibt das politische Argument. Ja, ich weiß schon, die Fläche ist gleichgeblieben, auch wenn es weniger Betriebe sind. Diese Argumente haben wir ja schon hundertmal ausgetauscht. Aber, Herr Abgeordneter Riegler, wenn Sie so urteilen, dann muß ich Sie fragen: Ja wie beurteilen Sie denn dann die Entwicklung des Grünen Planes von 1965 bis 1970? 1965: 675 Millionen, 1969: 762 Millionen – in diesem Zeitraum 10 Prozent mehr, real ganz entschied-

1684

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

den weniger. Das müssen Sie doch auch sehen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Murer! So ist es ja nicht, daß man beim Förderungsbudget für die Bauern sagt, alles andere gehe die Bauern nichts an und es gebe keine Rückwirkung. Unsere Schulen, unsere wissenschaftlichen Versuchsanstalten erbringen doch Leistungen für die österreichische Landwirtschaft.

Noch eine Bemerkung: Gut, die Bezüge der Beamten kann man hier nicht gleichsetzen. Wenn wir Personalkosten für die Berater bezahlen, die wichtige und gute Arbeit leisten, so ist – seien Sie mir nicht böse – für uns, für mich als Ressortchef die Leistung meiner hochqualifizierten Beamten zumindest gleichwertig mit der Leistung der Kammerbeamten. Das darf ich schon sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube sehr wohl, daß es ein Schritt vorwärts ist, wenn wir im 2. Bergbauern-Sonderprogramm 735 Millionen Schilling haben, also um 35 Millionen Schilling mehr als heuer. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen ja die Entwicklung sehen. 1978, also im Vorjahr, waren es 453 Millionen Schilling. Wir haben ja von 1978 auf 1979, also vom Vorjahr auf heuer, einen Riesensprung getan: statt 453 Millionen schon 700 Millionen Schilling. Und das soll unwichtig sein?

Nun gebe ich wieder zu: Den Bauern draußen sagen die Millionen überhaupt nichts. Für die Bauern ist folgendes wichtig: Wie schaut es konkret für sie aus? Wenn die Bergbauernzuschüsse 1976 in der Zone 3 3 000 S und 2 500 S betragen haben und im Jahre 1980 – es wird um 500 S erhöht; ich habe das schon angekündigt – 6 000 S und 5 000 S betragen werden, so bedeutet das in dieser kurzen Zeitspanne eine Verdoppelung der Zuschüsse. Diese Politik werden wir im Rahmen des 2. Bergbauern-Sonderprogramms ganz konsequent weiterverfolgen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Herrn Abgeordneten Peter nur eine Bemerkung: Mir ist schon klar, daß es um mehr geht als nur um die Primärausgaben für die Landwirtschaft und daß Fragen des Fremdenverkehrs eine Rolle spielen. Der Herr Minister Weihs hat ja den Versuch unternommen, und ich habe mich sehr, sehr dafür engagiert, daß wir weit über das Agrarische hinaus im Förderungsbereich eine Gesamtsicht zustande bringen und die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen. Das Berggebieteentwicklungsgesetz, das schon seinerzeit in die Begutachtung gegangen ist, scheiterte an der Verfassung, weil wir, wenn wir in diesen Bereich gehen, einfach mit Landeskompetenzen in Konflikt kommen, ob das jetzt Raumordnungskompetenzen oder andere sind.

Das ist die Problematik. Das bitte ich auch zu sehen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch aus meiner Sicht – das werden Sie mir erlauben – zu den Personalfragen ein paar Bemerkungen. Wir haben erst Wahlen gehabt. Ich bin hergegangen – das war gar nicht schwierig – und habe mir ausgerechnet, wie es in Dienststellen aussieht, wo es jetzt nach zehn Jahren möglich war, daß auch eine sozialistische Liste kandidiert. Wie schaut es aus in jenen Dienststellen, wo es nach zehn Jahren noch nicht möglich war, eine sozialistische Liste zustande zu bringen? Das sind immerhin 15 Anstalten: Franzisco-Josefinum, Klosterneuburg, Sitzenberg, Raunberg, Ursprung und so weiter, Sie kennen sie ja alle. Das sind immerhin 15 Anstalten mit ungefähr 900 Bediensteten, also kein kleines Sample, da ist schon etwas da. Das schaut so aus, daß der ÖAAB 1975 92,31 Prozent und 1979 93,48 Prozent gehabt hat. Ich stelle die Frage: Will er 105 Prozent haben?

Ich muß wirklich folgende Frage stellen: Was war denn das für eine Personalpolitik vor 1970? Was war denn das für eine Personalpolitik?! Da steht dann in den Zeitungen: neun von zehn Neobeamten wählen SPÖ, sagte der ÖAAB, der Arbeiter- und Angestelltenbund. – Ich darf dazu bemerken: Die sozialistischen Stimmen in diesen 15 Anstalten sind von 58 auf 50 zurückgegangen, und seit 1976 haben wir 170 Angestellte aufgenommen. So schaut es aus. Und jetzt schreiben Sie das bitte auch. Das ist die Situation. Ich gebe gerne zu, daß Sie die Hose verloren haben, dort, wo erstmalig eine sozialistische Liste kandidierte. Dort haben Sie die Hose verloren.

Jetzt muß ich noch etwas sagen: In dieser Situation wird dann polemisiert. Dann kommen offenbar nicht gut recherchierte Presseberichte. Da steht: „Weniger spaßig war dann allerdings ein weiterer Fall, bei dem Haiden für einen seiner treuen Diener sorgte. Die Besetzung des Direktorpostens der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft in Gainfarn mit einem SPÖ-Freund war langsam, aber konsequent eingefädelt worden.“

Meine Damen und Herren! Für mich gibt es kein Berufsverbot für Sozialisten. Wenn er SPÖ-freundlich wäre, ja was soll es? Welches Argument spricht dagegen, wenn er qualifiziert ist? Das muß man auch einmal sagen. Ja welches Argument gibt es dagegen, wenn er qualifiziert ist? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Dann geht es los. Dann wird polemisiert gegen diesen Mann. Dann muß sich in der gleichen Zeitung der ÖAAB namens der

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

1685

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Dienststellengruppe des ÖAAB melden: „Dieser Mann ist nicht SPÖ-nahe.“ Er muß es ja wissen, sonst könnte er nicht dementieren.

Und dann schreibt die Zeitung in zwei Minispalten: „Tatsächlich sollte es VP-nahe heißen.“ Das ist dann die ganze Korrektur: „Tatsächlich sollte es VP-nahe heißen.“

Zuerst wird auf einer ganzen Seite polemisiert, ich setze einen ausgezeichnet qualifizierten Beamten dorthin, der wahrlich der Regierung nicht nahesteht, sondern bei den anderen eingeschrieben ist, der bestens qualifiziert ist, der dort Ordnung hält, und dann wird mir diese Postenbesetzung mit einem ÖAABler als Machtmißbrauch und weiß Gott was sonst angekreidet.

Meine Damen und Herren! Sie werden bei mir nicht erreichen... *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Riegler, ich weiß, Sie sind verärgert, denn vor der Wahl sind Sie in eine große Konferenz ins Raiffeisenhaus gegangen, wo der ganze Arbeiter- und Angestelltenbund meines Hauses versammelt war. Da haben Sie schon gesagt, wie Sie die Personalpolitik machen wollen. Daß es kein Köpferollen gibt, haben Sie freundlicherweise dort zuerkannt, obwohl Sektionschefs, die keine Sozialisten waren, vor 1970 abgehalftert worden sind, nur weil sie nicht genehm waren. Das hat es seit 1970 in keinem Ressort gegeben, das von Sozialisten verwaltet wird. *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Wer war das?)* Ganz konkret: Das war der vorletzte Forst-Sektionsleiter in meinem Ressort. Ich kenne ihn sehr gut, er war ein Vorarlberger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das nur zur Personalpolitik.

Ein anonymes Pamphlet hätte ich hier an Ihrer Stelle nicht zitiert. Das soll man nicht ins Parlament bringen, noch dazu, wenn Sachen drinnenstehen, die sich ja von selbst qualifizieren. Das hätten Sie nicht tun sollen, das ist nicht der Stil, der üblich ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte folgendes sagen: Unsere Bauern arbeiten fleißig, sie sind leistungsbereit und leistungswillig, und ich sage Ihnen, sie sind auch bereit mitzugehen, wenn es darum geht, notwendige Umstellungen vorzunehmen. Ich glaube, als Ressortchef ist es meine selbstverständliche Verpflichtung, daß ich den Bauern, die diese Bereitschaft mitbringen, wenn nicht zu viele Bremsklötze da sind, den Dank des Ressortchefs zum Ausdruck bringe. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte nur noch eine Bemerkung machen: Nur zu jammern und bei Erfolgen, die sich nicht bestreiten lassen, alles grau in grau zu malen, ist aus einem psychologischen Grund nicht gut.

Unsere bäuerliche Jugend ist prachtvoll, gar keine Frage. Wenn wir ihr jeden Mut nehmen, durch diese Art der Darstellung, tun wir der bäuerlichen Jugend wahrlich keinen guten Dienst. Wir tun auch der gesamten Land- und Forstwirtschaft damit keinen guten Dienst.

Ich kann Ihnen sagen, ich bin froh, daß wir für 1980 dieses Budget haben werden. Wir werden die erfolgreiche Arbeit fortsetzen können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Thalhammer: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Hietl gemeldet. Ich mache auf die 5-Minuten-Redezeitbegrenzung aufmerksam.

Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundesminister wurde heute schon mehrmals berichtigt, ich muß leider hier fortsetzen.

Herr Minister! Sie haben festgestellt, daß angeblich Präsident Mauß verlangt hat, daß die im Accordino vereinbarte Regelung bezüglich des Importes von Weinen ins Globalkontingent eingeschlossen werden muß.

Ich möchte berichtigen, daß der Präsident des Bundesweinbauverbandes im Interesse des österreichischen Weinbaues verlangt hat, daß eine Gesamtimportregelung so zu gestalten ist, daß sie für den österreichischen Weinbau in keiner Weise schädlich ist.

Zweitens: Sie haben hier behauptet, daß erst seit Ihrer Ministerzeit Bestrebungen für den österreichischen Weinexport gemacht wurden. Dieses Bücherl – heute vorgefunden – von Herrn Bundesminister Dipl.-Ing. Günter Haiden, also sicherlich für Sie unbestechlich, sagt eindeutig aus, daß im Jahre 1960 897 000 hl in Österreich geerntet wurden – wesentlich weniger als der Verbrauch –, daß 1969 2,2 Millionen Hektoliter geerntet wurden – ungefähr der Verbrauch – und daß 1978 3,3 Millionen Hektoliter geerntet wurden. Und da hat sich die österreichische Weinwirtschaft sehr angestrengt, entsprechende Exporte durchzuführen, weil die Situation so ist. Das wäre früher überhaupt nicht möglich gewesen.

Bitte mit Ihren Äußerungen immer der Wahrheit zu entsprechen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Thalhammer: Das Wort hat noch einmal der Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden: Ich kann Ihnen wirklich nicht helfen, aber diese tatsächliche Berichtigung stimmt nicht.

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Der Herr Präsident Mauß hat beim Sektionsleiter Steiner interveniert und bei ihm massiv die Vorstellung erhoben, daß das Accordino im Globalkontingent enthalten sein müßte.

Bitte, Herr Abgeordneter Hietl, ich weiß nicht, ob Sie dabei waren. Wenn Sie nicht dabei waren, können Sie natürlich schwer dazu Stellung nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist nun der Herr Abgeordnete Weinberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Weinberger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte bisher, darf ich so formulieren, heiter bis wolkig, mit leichten Niederschlägen. Ich hoffe, es kommt kein Sturm auf. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, war seit vielen Tagen und Wochen Diskussionsthema Nummer eins: beginnend mit dem Grünen Bericht hier im Hohen Haus über die Landwirtschaftsausschußsitzungen bis zum Bauerngipfel und bis zu den Beiträgen vom heutigen Tag. Was ist herausgeklungen bis jetzt? – Heftige Kritik an der Regierung, vor allem an unserem Herrn Bundesminister. Und auch die Zeitungen, die Medien haben sich eingeschaltet und haben verschiedene Schlagzeilen gebracht wie: „Bauern drängen auf Problemlösung“, „Verhandlung nur mit Kreisky“, „Minkowitsch will härtere Gangart“, „Kein Gespräch mehr mit Haiden“.

Es ist aber Gott sei Dank, möchte ich sagen, doch dazu gekommen, daß diese Gespräche geführt wurden. Das darf ich einleitend nur feststellen.

Bevor ich auf das Budget für 1980 eingehe, einige grundsätzliche Bemerkungen.

Seit zehn Jahren, meine Damen und Herren, gibt es eine gute Agrarpolitik durch die SPÖ, es gibt aber auch zehn Jahre hindurch Ablehnung, Kritik durch die ÖVP. Wir haben sicher nicht alles erreicht – das wurde auch vom Herrn Bundesminister gesagt –, was wir uns vorgenommen, was wir uns vorgestellt haben. Wir können – und wir möchten das auch tun – auf eine gute und stolze Bilanz der siebziger Jahre hinweisen, auf eine Bilanz des wirtschaftlichen Aufstieges, der sozialen Sicherheit und vor allem auf den sozialen Frieden in Österreich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Heute, nach zehn Jahren sozialistischer Regierung, gibt es in Österreich nicht nur niedrige Arbeitslosenraten, eine niedrige Inflationsrate, sondern es gibt auch einen hohen Beschäftigten-

stand. Vor allem aber ist in Österreich die Armut fast beseitigt worden.

Ich darf wiederholen, was westliche Journalisten in diesem Zusammenhang geschrieben haben, was westliche Staatsmänner über dieses Österreich gesagt haben. Sie stellen dieses verhältnismäßig kleine Land Österreich als Vorbild für die westlichen Industriestaaten hin.

Die zehnjährige Arbeit der sozialistischen Bundesregierung für Österreich brachte nicht nur der Republik viel Ansehen, sondern sie kam vor allem in hohem Maße den Österreichern zugute. Bei den Wahlen haben dies auch die Österreicherinnen und Österreicher immer mehr und mehr bestätigt.

Auch im Bereich der Landwirtschaft, meine Damen und Herren, gilt das soeben Gesagte. Wir können auf Erfolge einer sozialistischen Regierung hinweisen, auch wenn natürlich die Oppositionsparteien dies immer wieder in Abrede stellen.

Als einer jener Abgeordneten, die aus einem Bergland kommen, aus Tirol, möchte ich ganz besonders meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß es ausgerechnet eine sozialistische Bundesregierung war, die das Bergbauern-Sonderprogramm im Jahre 1972 eingeführt hat, daß wir jetzt schon beim 2. Bergbauern-Sonderprogramm angelangt sind und es nicht mehr aus der österreichischen Agrarwirtschaft wegzudenken wäre. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf auch – das sind ja keine leeren Worte – auf die Regierungserklärung verweisen, von der heute schon die Rede war. In der Regierungserklärung 1979 ist wiederum die Feststellung enthalten, daß die Bundesregierung einer leistungsfähigen und gesunden Landwirtschaft größte Bedeutung zumißt.

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Die Bedeutung der Landwirtschaft für unsere heutige Gesellschaft erschöpft sich nicht in ihrem Beitrag zum Sozialprodukt, sondern Agrarpolitik ist auch ein wichtiges Stück Gesellschaftspolitik.

Von der Landwirtschaft werden heute unersetzbare Leistungen erbracht, die weder in Statistiken noch in irgendeiner Gesamtrechnung aufscheinen. Hier gebührt der Land- und Forstwirtschaft unser Dank, denn ich denke hier im ganz besonderen an die Leistungen im Bereiche der Landwirtschaft, des Naturschutzes, des Umweltschutzes, aber auch im besonderen zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Deshalb unsere Bemühungen, diese Leistungen, die da vollbracht werden, zu unterstützen.

Soviel in kurzen Worten zu grundsätzlichen

Weinberger

Überlegungen zur Agrarpolitik der achtziger Jahre und der siebziger Jahre.

Ich darf mich nun dem Kapitel Landwirtschaft für das Budgetjahr 1980 zuwenden.

Bei der Behandlung im Budgetausschuß kam sicher sehr viel Kritik von seiten der ÖVP. Es redeten so wie auch heute Abgeordneter Riegler und Kollegen darüber, daß die Sozialversicherungsbeiträge angehoben wurden. Man sprach vom Abbau der Milchpreisstützung, von der Dieselpreiserhöhung und dergleichen mehr.

Es ist sicher richtig, daß diese Bereiche dem einen oder anderen wehtun. Doch der Finanzminister schaut, daß das Budget halt in Ordnung geht, Sie verlangen ja immer weniger Schulden und trotzdem Mehrausgaben. Da möchte ich also feststellen: Die Erstellung des Budgets war sicher nicht leicht.

Sie wissen genauso wie unsere Fraktion, daß dieses Budget auch als „Sparbudget“ angesprochen wurde, und trotzdem stehen in diesem Sparbudget wiederum mehrere Milliarden für die Landwirtschaft zur Verfügung, im Bereiche des Bergbauern-Sonderprogramms zum Beispiel 1 780 Millionen Schilling.

Beim Bergbauern-Sonderprogramm werden die einen oder anderen sagen: Wir haben nur 5 Prozent dazubekommen. Wir haben also nur von 700 auf 735 Millionen aufstocken können. – Ich darf aber feststellen: Von 1978 auf 1979 haben wir um rund 50 Prozent aufgestockt. Hier war das Summenverhältnis 453 zu 700 Millionen Schilling.

Ich freue mich ganz besonders, daß die Bergbauernzuschüsse wieder erhöht worden sind. Sie werden im Bereich der Zone 3 auf 6 000 S angehoben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da mehrere Kollegen nach mir sprechen werden, darf ich es mir ersparen, die einzelnen Positionen anzuführen. Wir haben ja heute den Bericht des Bundesministers bekommen, in dem auch die Ansätze für den Bergbauernbereich für 1980 stehen.

Insgesamt stehen also für das Budgetjahr 1980 7 965 Millionen zur Verfügung. Das sind immerhin um 319 Millionen Schilling mehr als im heurigen Jahr.

Ich möchte aber ganz kurz doch auch auf das Einkommen eingehen. Frau Kollegin Rochus hat hier verschiedene Ausführungen gemacht, die man nicht unbeantwortet lassen kann. Ich möchte jetzt keine Einkommensdebatte inszenieren. Aber wenn Sie genauso wie Ihre Kollegen schon früher gemeint haben, daß Verarmung, ein Rückschritt oder überhaupt eine schlechte Entwicklung eingetreten ist, so

möchte ich jetzt gar nicht mit dem Durchschnittsprozentsatz hausieren gehen und sagen: 11 Prozent waren es im Jahr 1978, und es ist, wie wir gehört haben, auch das Einkommen im heurigen Jahr ebenfalls in dieser Größenordnung. Ich möchte jetzt auch gar nicht vergleichen: Hochalpengebiet, Flachgebiete und so weiter.

Ich will aber auf das zu sprechen kommen, was Kollegin Rochus gemeint hat. Sie hat gesagt: Davon redet die linke Seite nicht, was das bäuerliche Einkommen ist. Sie redet nur von dem Sozialeinkommen.

Werte Kollegin Rochus – sie ist jetzt nicht hier im Plenum –, ich muß doch eine Feststellung treffen: Auf das landwirtschaftliche Einkommen auf dem Bauernhof hat die Bundesregierung aber schon wirklich keinen Einfluß, auf die sozialen Einkommen hat die Bundesregierung Einfluß. Ich möchte mich ganz gern damit ein bißchen beschäftigen. *(Abg. Gurtner: Über die Preisbildung hat sie sehr wohl Einfluß! – Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.)* Ja, Herr Kollege Leitner, Ihnen fällt natürlich nichts Besseres ein, als das als „Blödsinn“ hinzustellen. Ich werde Ihnen dann sagen, ob das ein Blödsinn ist, was ich Ihnen jetzt vorzutragen habe. *(Abg. Dr. Leitner: Wir haben doch gebundene Preise bei vielen Produkten!)*

Es ist festzustellen, Kollege Dr. Leitner als Tiroler, daß so rasch und umfassend für eine Berufsgruppe wie gerade für die Berufsgruppe der Bauern noch niemals zuvor so viel in kurzer Zeit geschehen ist wie in den letzten zehn Jahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich werde heute nicht Ihre Zeitung zitieren, aber ich muß sagen, da nützen auch Aussagen nichts, wenn da von der Benachteiligung der Familie mit Kindern die Rede ist. Das ist dem Dr. Leitner natürlich immer ein Anliegen. Es heißt hier, die Benachteiligung besonders der Mehrkinderfamilien müsse endlich aufhören. Weiters steht da, die Altersversorgung der Bauern liege beim Großteil am Existenzminimum.

Ich darf Ihnen sagen: Aus den ehemaligen Zuschußrentnern der Bauern sind Bauernpensionisten geworden. Es sind über 173 000.

Die Entwicklung zeigt: 1970 standen 949 Millionen Schilling für diese Zuschußrentner zur Verfügung. Im Jahr 1979 beträgt diese Zahl 6,13 Milliarden Schilling, also eine Steigerung um 550 Prozent! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben, Werte Kollegen von der rechten Seite, diese Steigerungen bei den anderen Berufsgruppen nicht. *(Abg. Josef Steiner: Gott sei Dank noch untergebracht!)*

Weinberger

Im selbständigen Gewerbe sind es 304 Prozent, bei den Arbeitnehmern 186 Prozent.

Der Staat, Herr Kollege Leitner, hat hier hohe Zuschüsse leisten müssen und leistet nach wie vor hohe Zuschüsse. Warum, werde ich Ihnen auch sagen: Weil die Pensionisten zu den Erwerbstätigen ansteigen.

Ich darf Ihnen auch hiezu nur drei Ziffern nennen; ich möchte nicht gern mit Ziffern lang herumtun. Wir haben bei den Arbeitnehmern 478 Pensionisten auf 1 000 Erwerbstätige, bei den Gewerbetreibenden 770 und bei den Bauern 947 auf 1 000 Beschäftigte. Das sagt natürlich schon alles, warum diese Zuschüsse gewährt werden.

Wir gönnen den Pensionisten diese Zuschüsse des Staates. *(Abg. Josef Steiner: Der Finanzminister wirft sie uns immer vor!)*

Ich möchte meinen Kollegen die Gelegenheit geben, nach mir die Möglichkeit zu haben, auch noch 15, 20 Minuten zu sprechen. *(Abg. Graf: Ein guter Mensch!)* Daher haben Sie Verständnis, wenn ich nicht auf alle Zwischenrufe eingehe. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* 15 haben wir ausgemacht, okay! Ich darf also fortfahren.

Die Österreicher tun auch für die Bergbauernkinder etwas. Ich lese in allen Zeitungen, die österreichische Gesellschaft „Rettet das Kind“ führt auch heuer wieder eine Weihnachtsaktion für bedürftige Bergbauernkinder durch. Die Aktion – ich muß Ihnen das sagen – ist sicher sehr zu begrüßen.

Aber diese Bundesregierung hat in den letzten Jahren nicht nur Weihnachtsaktionen durchgeführt, sondern sie hat Taten gesetzt ... *(Abg. Graf: Hoffentlich, hoffentlich! Die Bundesregierung ist ja nicht „Rettet das Kind“! Sie verwechseln Äpfel mit Birnen, Herr Abgeordneter, ich bitte Sie!)* Moment einmal, Herr Kollege Graf, ich möchte das nur anführen, denn das hat die Kollegin Rochus in Abrede gestellt. Sie hat gesagt: Reden Sie doch nicht immer vom Sozialeinkommen! *(Abg. Graf: Die Rochus hat vollkommen recht!)*

Ich möchte Ihnen sagen: Diese Bundesregierung hat in den letzten Jahren in diesem Bereich gerade für die bäuerlichen Familien am meisten getan. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Graf: Wer soll denn was tun, wenn nicht die Regierung?)*

Sie hören das nicht allzu gerne. Das wurde schon von meinem Vorredner gesagt. *(Abg. Graf: Vergleiche zu ziehen zwischen „Rettet das Kind“ und der Bundesregierung ist zum Weinen!)* Wenn wir hier zu Ausführungen kommen, dann gefällt es Ihnen nicht, doch ich werde es wiederholen:

Ich darf daran erinnern, daß gerade den Bergbauern, diesen Ärmsten, die freien Schulfahrten, die freien Schulbücher, die Schul- und Heimbeihilfen, Studienbeihilfen besonders zugute gekommen sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich erwähne auch die Einführung des Mutter-Kind-Passes mit den 16 000 S, Kollege Steiner! Auch darauf muß man hinweisen. Und diese Hilfen kamen gerade jenen zugute, die nicht allzu reich sind.

Vor allem möchte ich aber auf die ständig erhöhten Familienbeihilfen hinweisen. Schon der Kollege Remplbauer hat gesagt, durch die Umstellung der Absetzbeträge auf Kinderbeihilfe seien gerade im Bereich der Bauern diese besonders zum Tragen gekommen. Denn, wie Sie wissen, die Kollegin Rochus hat die Frage angeschnitten, wieviel Steuern die Bauern zahlen. Ich könnte es Ihnen jetzt sagen. Es ist aber gar nicht notwendig, es steht auch nicht zur Debatte. Nur: Einen großen Vorteil hat diese Familienbeihilfe gehabt.

Die Umstellung hat seit damals rund 500 Prozent ergeben. Ich weiß nicht – man ist natürlich leicht vergeblich –, aber ich darf Ihnen auch die Zahlen nennen. Wir haben vor zehn Jahren 180 S Beihilfe gehabt, jetzt sind es 910 S. Die Frau Staatssekretär Karl hat schon gesagt, sie wolle für jedes Kind 1 000 S einführen. Das heißt, wenn jemand auf einem Bergbauernhof eine Dreikinderfamilie hat, dann wird er in absehbarer Zukunft 36 000 S allein an Familienbeihilfe beziehen.

Woran ich in aller Eile noch erinnern möchte: Auch die Beihilfen für behinderte Kinder gehen unter. Aber es war diese Regierung, die hier eine echte Hilfe geschaffen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Vieles ist in den letzten neun Jahren geschehen. Ich habe mir erlaubt, auf einige dieser Leistungen hinzuweisen. Meine Kollegen werden sicher die eine oder andere Frage noch anschneiden.

Ich darf aber abschließend feststellen, daß die Leistungen auch allgemein gutgeheißen und anerkannt werden. Bei Gesprächen anlässlich der letzten Wahlen draußen in meiner Heimat ist das auch zum Tragen gekommen, was man aus den Wahlergebnissen ersieht.

Darf ich daher abschließend feststellen. Die SPÖ-Fraktion dieses Hohen Hauses hat gemeinsam mit der Bundesregierung in den siebziger Jahren ausgezeichnet gearbeitet und ihr Bestes gegeben.

Die Leistungen der ÖVP und der FPÖ waren im gleichen Zeitraum hingegen zum Teil unsachliche Kritik, Jammerei, Verdächtigungen.

Weinberger

Ich möchte jetzt ganz vorsichtig aussprechen: Heute wurde der Bundesminister als kleinkariert bezeichnet – bitte. Aber ihn als „Terrorminister“ zu bezeichnen und das dann auch noch auf verschiedene Tageszeitungen auszuweiten, wo man die Gründe sucht, warum man ihn als Terrorminister bezeichnet hat, meine Damen und Herren, dazu kann ich nur sagen: Der Abgeordnete Pfeifer hat eingangs seiner Feststellungen heute schon gesagt: Denken wir daran: in 11 Tagen ist Weihnachten, und wir sollen auch wirklich daran denken, meine Damen und Herren der ÖVP!

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir Sozialisten werden uns so wie bisher auch in den achtziger Jahren bemühen, der bäuerlichen Bevölkerung bei ihrer sicher nicht leichten Aufgabe behilflich zu sein. Wir werden so wie bisher eine gute und fruchtbare Politik zum Wohle unserer österreichischen Landwirtschaft auch in Zukunft fortführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Jörg **Haider** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es hat vorhin bei der Rede unseres Kollegen Abgeordneten Murer – ich glaube, es war der Abgeordnete Lehr – ein Redner gemeint, das sei ja schon so wie im Falle des Joseph Filser bei Ludwig Thoma. *(Ruf bei der SPÖ: Den lese ich gern!)*

Das, meine lieben Freunde, ehrt uns. Denn der Joseph Filser des Ludwig Thoma wird als eine volksverbundene Persönlichkeit dargestellt. Darauf sind wir Freiheitlichen stolz, daß wir mit Ausnahme und zum Unterschied von den beiden anderen Fraktionen keine Agrartechnokraten bei uns sitzen haben, sondern noch einen echten Bauern, der hier wirklich die Vertretung der Bauernschaft besorgt. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Natürlich freuen Sie sich nicht darüber, meine Damen und Herren. Aber der Vollständigkeit halber sollte man vielleicht doch den Herrn Bundeskanzler selbst zitieren, der ja gesagt hat, er habe keinen echten Bauern als Landwirtschaftsminister, sondern das sei eigentlich mehr ein Asphaltbauer, wie er den Herrn Landwirtschaftsminister persönlich bezeichnet hat. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Sie müssen sich bei ihm beschweren, wenn Ihnen das nicht paßt. Es war ja auch nachzulesen in vielen Publikationen.

Das, was heute in dieser Debatte mehr wiegt, ist wohl die Tatsache – ich freue mich, daß sich der Herr Abgeordnete Reinhart bereits eingefunden hat, um vielleicht wieder in einen Dialog einzutreten –, das, was diese Debatte heute

bestimmt hat... *(Abg. Graf: Der erste Mensch, der sich freut, wenn der Reinhart ihm zuhört!)* Ich würde sagen, er war durch seine Einsprüche ein geeignetes Objekt der Darstellung freiheitlicher Politik.

Wir haben heute feststellen müssen, daß gerade die Vertreter der Regierungsfraktion eher in die Rolle von Beschwichtigungshofräten geschlüpft sind, indem sie versucht haben, alles zu glorifizieren, was hier an Leistungen und Nichtleistungen in den letzten Jahren im Bereich der Agrarpolitik angefallen ist. Das hat ja gerade der letzte Redner sehr deutlich unterstrichen.

Das, glaube ich, ist eine Aufgabe, die durchaus legitim ist, wenn sie von einer Regierungspartei besorgt wird.

Was mich ein bißchen ernst stimmt, ist die Tatsache, daß ich das Gefühl habe, Sie glauben wirklich an das, was Sie hier alles sagen. Sie glauben tatsächlich daran, daß es den Bauern noch nie so gut gegangen ist wie in dieser Zeit.

Meine Damen und Herren! Das heißt doch, die Augen vor der Realität verschließen. Sicher gibt es Bereiche von Großbauern, die keine Probleme haben. Aber wir wissen, daß die Einkommensentwicklung der österreichischen Bauern, vor allem der Kleinbauern und Bergbauern, sich im letzten Jahr nicht positiv gestaltet hat. Das können Sie ja an der Disparität der Einkommen sehr deutlich ablesen.

Es ist ja auch wiederholt schon zum Ausdruck gekommen, daß wir 1970 – um Ihnen das noch einmal in Erinnerung zu rufen – eine Disparität zwischen dem durchschnittlichen Industriearbeiterlohn und jenem des Bauern, der Arbeitskraft am Bauernhof, von 2 300 S gehabt haben. Im Jahre 1978 – jetzt passen Sie auf, Herr Kollege! – sind wir bereits bei 5 500 S Unterschied. Das kann doch nicht eine Politik sein, von der man sagt, es sei den Bauern noch nie so gut gegangen wie heute. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daher meinen wir, daß viele Menschen in unserer Landwirtschaft heute im Schatten dieses Wohlfahrtsstaates stehen.

Warum auch ich mich hier zu Wort gemeldet habe? Weil ich glaube, daß man richtigstellen muß, daß hier keine Schönfärberei betrieben werden soll. Sicherlich sind Leistungen auch vom Ressort des Landwirtschaftsministers erbracht worden. Das stellt doch niemand in Abrede. Die Frage ist ja nur: Mit welchem Ziel wird die Politik auch in den künftigen Phasen sich entwickeln?

Hier muß man auch sagen, daß ja gerade wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben, daß 60 000 Arbeitskräfte in der Landwirt-

1690

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Dr. Jörg Haider

schaft heute miteinander soviel verdienen, wie 1 300 Großgrundbesitzer in Österreich einkassieren. Hier ist also auch die innere Disparität innerhalb der Landwirtschaft sehr stark angestiegen. Man kann das auch daran sehen, daß in Österreich rund 40 Prozent der Nebenerwerbsbauern jährlich nicht mehr als 10 000 S Einkommen aus ihrem Betrieb erwirtschaften. Das ist um 50 Prozent weniger, als ein Regierungsmitglied an steuerfreien Wohnungskosten pro Monat bezieht, meine Damen und Herren. Daran kann man ermessen, wie hart und wie schwer es heute den Leuten gemacht wird, in vielen Bereichen ihrer landwirtschaftlichen Produktion selbst bei großem Arbeitseinsatz wenigstens halbwegs etwas zu erwirtschaften. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vielleicht kann man an das anschließen, was gestern auch im Rahmen der Bildungsdebatte immer wieder vorgebracht worden ist. Das Recht auf Bildung für alle. Der Schlüssel, meine Damen und Herren, zur Lösung der Bildungsprobleme und der Chancengleichheit liegt selbstverständlich auch in der Einkommensentwicklung. Denn solange wir Bevölkerungsschichten haben, die in bezug auf ihr Einkommen starke Differenzen nach unten aufweisen, ist auch die Bereitschaft dieser Familien natürlich nicht vorhanden, in einem erheblichen Maße eine längerfristige Ausbildung zu finanzieren. Das wissen Sie sehr genau, und ich glaube, hier liegt ein wesentlicher Ansatz, warum vielleicht auch die Bildungschancen der Jugend im ländlichen Raum noch nicht so gegeben sind. *(Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Wille: Daß Sie die bäuerlichen Einkommen an Ihrem Einkommen messen und nicht am Einkommen von Regierungsmitgliedern, das ist ja auch interessant zu hören!)*

Ja, Herr Abgeordneter Wille, man soll immer die Transparenz auch in bezug auf die Großverdiener sehen *(weitere Zwischenrufe des Abg. Wille)*, ich glaube, Sie hätten ja durchaus die Gelegenheit gehabt, hier die Darstellung eines langjährigen Abgeordneten zu geben und zu sagen, wie die Einkommensentwicklung ist. Ich glaube, daß über diese Frage hier im Hohen Hause ohnedies noch diskutiert werden muß, denn jener Wille zu einer gerechten Einkommenspolitik ist ja gerade bei Ihnen nicht vorhanden. Denn wir haben ja gesehen, wie Sie sich die Privilegien auch gerade bei Ihrer Regierungspartei und seitens der Regierungsfraktion organisiert haben und jetzt plötzlich anfangen, vielleicht zwischendurch... *(Abg. Wille: Sie haben die Privilegien nicht? Die haben nur die Minister?)* Ich glaube, daß ein Wohnungspauschale von 14 000 S, das steuerfrei gewährt wird, ein Unterschied ist zu 30 S, die ein normaler Sterblicher oder auch ein Abgeordneter pro Monat bezieht und jeder andere hat. Man

sollte halt ehrlich bleiben in der Argumentation, meine Damen und Herren, denn wenn Sie über diese Dinge reden wollen *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, dann reden wir darüber, Herr Kollege!

Ich werde Ihnen nämlich eines sagen: Sie haben doch nicht den Mut, hier die Dinge... *(Abg. Wille: Sagen Sie uns lieber die Gehälter Ihres Abgeordneten Götz, ...! - Zwischenrufe.)* Herr Kollege, warum machen Sie dann einen Zwischenruf, wenn Sie mit mir nicht reden wollen? *(Zwischenruf des Abg. Wille.)* Nicht Sie, Herr Abgeordneter Wille! Bitte, zwei...

Präsident Thalhammer: Bitte, das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Haider! *(Abg. Wille: ... ist einer von denen, die das wirklich genossen haben! - Präsident Thalhammer gibt wiederholt das Glockenzeichen.)*

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (fortsetzend): Herr Kollege Wille! Sie brauchen sich nicht aufzuregen *(Zwischenrufe)*, Herr Kollege Wille, Sie brauchen sich nicht aufzuregen! Ich werde Ihnen eines sagen: Als ich vor einem Jahr gesagt habe, daß ich es ablehne, daß Politiker von sich aus, die also hier als Gesetzgeber wirken, sich eine 50prozentige Steuerfreiheit gegenüber der Bevölkerung herausnehmen, war der Sturm der Entrüstung gerade Ihrer Kollegen in Kärnten - Fröhbauer, Wagner und Konsorten - am allergrößten. Und heute wollen Sie darüber rechten? *(Abg. Wille: Ich möchte, daß Sie die bäuerlichen Einkommen am Einkommen des Bürgermeisters Götz messen!)* Machen Sie doch hier eine Ordnung! Sie haben die Mehrheit hier im Haus! Machen Sie Ordnung, die sie heute fordern! *(Beifall bei der FPÖ.)* Wir sind ja nur eine Minderheitsfraktion, wir können nur beitragen, daß es gerechter wird. *(Abg. Wille: Messen Sie die bäuerlichen Einkommen am Einkommen des Bürgermeisters Götz! Dann sind Sie gut beraten!)* Ja dann messen wir sie nicht nur am Einkommen des Bürgermeisters Götz, sondern auch an jenem des Finanzministers Androsch! Dann messen wir sie an jenem des Bundeskanzlers, jedes einzelnen Regierungskollegen! *(Abg. Wille: Am eigenen Einkommen messen Sie einmal und nicht am Einkommen der anderen!)*

Präsident Thalhammer (das Glockenzeichen gebend): Bitte, ich würde jetzt wirklich vorschlagen, daß der Abgeordnete Haider seine Ausführungen fortsetzt! Es ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, Zwischenreden zu halten, sondern nur Zwischenrufe!

Das Wort hat der Abgeordnete Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (fortsetzend): Das ist durchaus möglich, und ich glaube auch,

Dr. Jörg Haider

daß es für Sie unangenehm ist (*Abg. Wille: Für Sie ist es unangenehm!*), wenn man Ihnen deutlich macht, daß Sie immer von einer Sozialpolitik reden, daß aber in Wirklichkeit viele Bevölkerungsgruppen heute noch im Schatten dieses Wohlfahrtssystems stehen.

Und ich meine, Herr Abgeordneter Wille: Auch in der Politik ... (*Abg. Wille: Sie sollen keinen Demagogen spielen, sondern vom eigenen Einkommen reden und nicht vom Einkommen anderer! - Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Herr Abgeordneter Wille, es ist ja nicht meine Absicht, Sie so zu erregen (*Heiterkeit*), denn ich glaube, Sie debattieren heute über das falsche Thema, denn ein freiheitlicher Mandatar, der setzt sicherlich sein Einkommen um durch seine vielfältigen Aktivitäten, die er im ganzen Bundesland entfaltet (*Beifall bei der FPÖ*), aber viele Hinterbänkler der anderen Fraktionen verdienen sicherlich die Einkommen nicht, die sie heute beziehen! Das sollte man vielleicht auch einmal hier sagen. (*Abg. Wille: Wenn Sie mit Götz geredet haben, dann reden Sie wieder mit uns!*)

Sie brauchen bei mir gar keine Hoffnung zu haben, daß ich etwa große Einkommensbezieher unter Einschluß ehemaliger Parteiobmänner hier verteidigen werde. Ich habe hier meine eigene Position, daher regen Sie sich völlig umsonst auf! (*Abg. Wille: Das ist schon besser!*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aber jetzt zurückkehren, denn der Herr Abgeordnete Wille wird uns wahrscheinlich dann selbst einen Vortrag halten, wie er die Probleme ... (*Abg. Graf: Aber nur einen Zwischenruf: Das mit den Hinterbänklern war keine parlamentarische Feststellung, die Sie ehrt!*) Ich glaube, es gibt Leistungsprinzipien, die man sicherlich einmal prüfen müßte, und darüber sollte man offen reden ... (*Zwischenruf des Abg. Graf.*) Aber man darf eine offene Meinung äußern, Herr Abgeordneter Graf! (*Abg. Graf: Ich fühle mich zwar nicht betroffen, aber ich meine, ...!*) Ich hoffe nicht, daß Sie sich betroffen fühlen, Sie sitzen eh schon sehr weit vorne! (*Abg. Graf: Na was soll ich machen!*)

Jedenfalls zurück zu jenen Problemen, zu denen wir eigentlich hier Stellung nehmen sollten.

Der dritte Bereich, der sicherlich heute noch ungelöst ist im Bereich der Sozialpolitik, das ist die Frage der Behandlung der Frau in der Landwirtschaft, und hier muß ich doch sagen, meine Damen und Herren, daß es nicht verständlich ist, warum in den verschiedensten Bereichen der öffentlichen Diskussion, in den Parteiprogrammen so viel - gerade auch von der

Regierungspartei - von der Solidarität die Rede ist, aber wenn es um ein Karenzgeld für die Bäuerin geht, dann will man von der Solidarität nichts mehr wissen und sagt sofort: Zahlt zuerst, dann machen wir etwas für euch!

Ich bin der Meinung: Solange man den Bauern gerechte Produktionspreise verweigert, kann man auch nicht verlangen, daß sie volle geldliche Leistungen zur Finanzierung ihrer eigenen Ansprüche erbringen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und wenn nun der Herr Abgeordnete Pfeifer vorhin gemeint hat: Untersuchen wir also die Lage der Bauern und der Bäuerinnen in der Zeit der ÖVP!, ja dann muß ich sagen, ich frage mich: Ist die Fraktion der Regierungspartei schon so im Argumentationsnotstand, daß sie die ÖVP vorschieben muß, um wenigstens mit ihren Leistungen nicht ganz so schlecht abzuschneiden?

Hier gibt es einen echten Nachholbedarf, weil halt einmal die Frauen nicht unterschiedlich zu betrachten sind, weil Mütter einen einheitlichen Anspruch auf Versorgung und Grundversorgung haben. Ich darf Ihnen einen bezeichnenden Spruch von Eugen Roth zitieren, der, glaube ich, sehr treffend etwas formuliert hat, was für die Situation der Verteidiger der Regierungspolitik gelten könnte, wenn er meint - in Abwandlung -:

Eine Partei, die spürt, wenn auch verschwommen,

sie müßte sich genau genommen im Grunde ihres Herzens schämen,

zieht vor, es nicht genau zu nehmen. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Genausowenig haben Sie es heute genau genommen bei der Erörterung der wirklichen Probleme von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen.

Wir glauben, daß wir Freiheitlichen daher immer wieder dazu Stellung nehmen (*Zwischenruf des Abg. Wille*) und fordern werden, eine Lösung herbeizuführen, Herr Abgeordneter Wille. (*Abg. Wille: Mit Ihrer Demagogie!*)

Herr Abgeordneter Wille, ich möchte nicht untersuchen, wieweit Ihre Argumentation von gestern in bezug auf die Bildungspolitik nicht demagogisch gewesen wäre. Aber eines ist klar: daß es Möglichkeiten gäbe, gerade die Fragen etwa des Karenzgeldes, des besseren sozialrechtlichen Schutzes der Bäuerin einer wirklichen Lösung zuzuführen, im Sinne der Solidarität.

Denn wer sagt denn, daß man nicht eine Solidaritätsaktion aller Frauen bewerkstelligen

Dr. Jörg Haider

könnte und daß man nicht sagen könnte: 16 000 S Geburtenbeihilfe werden jedermann gewährt, wir können im Bereich der Sozialversicherung die heute noch mehr oder weniger ohnedies unter Ausschluß der Öffentlichkeit vergebenen Entbindungsgelder dafür verwenden, daß wir sie den Bäuerinnen ab sofort zur Finanzierung ihres Karenzurlaubsgeldes zur Verfügung stellen!

Das wäre genau jener Betrag, den wir im Jahresschnitt bräuchten, um wirklich eine vertretbare Gerechtigkeit hinsichtlich dieser benachteiligten Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten. Ich habe wirklich das Gefühl, daß die Solidarität der Frauen in Österreich untereinander wahrscheinlich größer ist als die Solidarität dieser Regierung mit den Bäuerinnen.

Meine vage Hoffnung war ja doch, daß wenigstens der Herr Staatssekretär Schober, der ja vor nicht allzulanger Zeit auch einmal in anderen politischen Lagern gestanden ist, ein bißchen etwas vom freiheitlichen Gemeinschaftsdenken mit sich herübergenommen hat, um hier den Gedanken der Solidarität in der Regierung deutlich zu machen, aber offenbar hat er die letzten Eindrücke in der Sauna herausgeschwitzt, sodaß also auch nicht viel übriggeblieben ist. *(Heiterkeit.)*

Ein zweiter Bereich, der uns hier zweifelsohne belastet, ist die Frage der pensionsrechtlichen Sicherstellung. Auch hier muß man sagen, daß die Finanzierung und die Problematik des Pensionsschutzes im bäuerlichen Bereich besonders gravierend sind.

Die Frage des Ausgedinges, der fiktiven Ausgedingsberechnung ist ein altes Thema, das wiederholt schon aufgeworfen wurde und wo jeder bisher Absichtserklärungen abgegeben hat.

Das, was aber im Moment als besonders ungerecht empfunden werden muß, ist die Tatsache, daß eine verwitwete Bäuerin, wenn sie nach ihrem Gatten eine Altersversorgung beziehen soll, einer tatsächlichen Ausgedingsberechnung unterworfen wird, die wirklich sachlich nicht gerechtfertigt ist.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel dazu, das ich selbst geprüft habe.

Eine Bäuerin aus dem Raum Spittal an der Drau, eine Witwe, hat nach ihrem Gatten eine neue Berechnung ihres Ausgedinges durchführen müssen. Sie hatte eine Ausgedingsleistung von einer Milchkuh, die ihr gewährt wurde, die wurde mit 16 Liter Milchleistung pro Tag veranschlagt, das ist also schon fast eine Superkuh, für zwölf Monate, was es nirgendwo

gibt, weil eine Kuh niemals zwölf Monate, das wird jeder Landwirt bestätigen können, im Jahr durchgängig eine so große Menge Milch gibt. Und diese Literzahl wurde nicht zu den Produktionspreisen, die man den Bauern gewährt, berechnet, sondern zu den Konsumentenpreisen in Rechnung gestellt.

Das, glaube ich, ist eine ungeheuerliche Beeinträchtigung der bescheidensten Einkommen, die dieser Kreis der Bevölkerung hat. Und es wäre angebracht, wenigstens in einem ersten Schritt hier eine Korrektur zu erreichen.

Es war nett, wenn der Kollege Weinberger gemeint hat: Ja wir gönnen den Bauernpensionisten ihre Pensionen! – so großzügig hingesprochen!

Ich würde sagen, ich gönne es jedem, einmal mit dem Einkommen leben zu müssen, das man den Bauernpensionisten in vielen Bereichen und gerade bei solchen Beispielen, wie ich sie aufgezählt habe, heute für das Leben zumutet.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, der Gesundheitsbereich, der ebenfalls noch zu den Problembereichen in der Landwirtschaft zählt, weil wir wissen, daß seit 13 Jahren ein vertragsloser Zustand mit den Zahnärzten besteht und die gesundheitliche Vorsorge bei der bäuerlichen Bevölkerung ganz erheblich hinter der allgemeinen gesundheitlichen Vorsorgeentwicklung der Bevölkerung nachhinkt, daß es also hier Sanierungsmaßnahmen geben müßte und daß man zweitens in einem Bereich wenigstens ernsthaft eine Reform einleiten könnte, das ist die Forderung, das Barzahlungsprinzip bei der Krankenversicherung endlich einmal zu ändern. Denn jetzt ist es ja so, daß der Bauer, der eine Arztleistung in Anspruch nimmt, bar eine Leistung erbringen muß, also voll beim Arzt zahlen muß, 20 Prozent sind Selbstbehalt, 80 Prozent kriegt er dann von der Bauernkrankenkasse vergütet.

Meine Überlegung wäre wohl die, daß man sagt, er zahlt 20 Prozent seines Selbstbehaltes, aber die 80 Prozent werden direkt zwischen dem Arzt und der Bauernkrankenkasse verrechnet, sodaß der Bauer mit seinem bescheidenen Einkommen die Zahlungen nicht ständig bevorschussen muß. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)*

Das, meine Damen und Herren, wäre ja auch, glaube ich, sinnvoll, weil es zu einer erheblichen Beschleunigung des Abwicklungsvorganges führen würde.

Nur meine ich auch, daß all diese Problembe-
reiche, die hier aufgerissen worden sind, von seiten der Regierung nicht ernsthaft gewürdigt werden, denn sonst hätten wir zumindest in diesen vordringlichen Bereichen schon längst Reformen.

Dr. Jörg Haider

Aber viel wichtiger scheint es hier, ständig den Bauern das Mißtrauen auszusprechen, indem man versucht, alle möglichen Experimente mit Steuergeldern zu finanzieren, wie etwa dieses Experiment der Gruppe Longo Mai, von der gerade am vergangenen Montag in den Schweizer Zeitungen einschließlich der sozialistischen „Arbeiter-Zeitung“ in der Schweiz geschrieben worden ist, daß es sich hier um eine „gigantische Aktion von Schmarotzertum und Verschwendertum“ handelt, wo diese Kooperative, die auch vom Staat hier und mit Billigung des Bundeskanzlers bis zur heutigen Stunde alle Türen geöffnet erhalten hat, von Staats wegen Subventionen in Anspruch nehmen will, um eine neue Form der Agrarpolitik zu machen, indem man abgesiedelte Bergbauerngebiete wieder besiedelt.

Man könnte es jedermann empfehlen, hier nachzulesen, wie schlecht und wie verwerflich es ist, sich auf solche Experimente einzulassen, solange wir einen an sich leistungsbereiten und leistungsfähigen Bauernstand haben, der nur um eine Verbesserung wenigstens seiner minimalen Rechtspositionen in diesem Staate gegenüber den anderen Staatsbürgern kämpft.

Und ich glaube, daß es sich hier nicht um polemische Feststellungen handelt, sondern einfach um den Anspruch, für einen Teil unserer Bevölkerung grundlegende Bedürfnisse gleichberechtigt – auch für diesen Bereich unserer Bevölkerung – endlich Wirklichkeit werden zu lassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Sie haben gemeint, wir sollen nicht immer nur jammern, das sei nicht richtig. Ich darf Ihnen eines sagen: Das ist nur wieder einmal Ihre Art, von den Problemen abzulenken, man könnte es auch anders sagen, Ihre Art, die Tatsachen zu verdrehen.

Es hat nämlich niemand von meinen Kolleginnen und Kollegen hier gejammert, es wurde Ihnen nur ein Spiegel vorgehalten, es wurde Ihnen nur Ihr tatsächliches Gesicht gezeigt. Das ist die Wahrheit. Es wurde Ihnen gezeigt, daß Sie nicht für die Bauern arbeiten, sondern daß Sie für den Finanzminister arbeiten, daß Sie dem Finanzminister sparen helfen.

Und allein die Tatsache, daß Sie sagen, Sie seien froh, daß Sie dieses Budget erreicht haben, ist bezeichnend für Ihre Einstellung, Herr Bundesminister. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie sagen, daß Sie froh sind, daß sich der Finanzminister wieder einmal 500 Millionen erspart hat bei der Milch, was eine reine Konsumentenstützung ist, bringt das umgekehrt aber für die Bauern natürlich einen schweren Nachteil, weil wir von den Bauern her natürlich nach dem Absatz unsere Lieferung ausrichten, und hier haben Sie uns dadurch einen Nachteil gebracht.

Man wollte bei den letzten Verhandlungen, weil Sie auch darauf hingewiesen haben, wieder von unseren Verhandlern durchsetzen, daß auch die Importe bei der Berechnung des Verbrauches mit eingerechnet werden. Auch hier haben Sie nicht zugestimmt. Das wäre eine Möglichkeit gewesen, wo Sie den Bauern hätten helfen können. Und auch das haben Sie nicht gemacht.

Also es wurde Ihnen gezeigt, wie Sie tatsächlich handeln, und das tut Ihnen weh.

Beim Außenhandelsdefizit ist es genauso. Herr Minister! Sie haben vom Jonglieren mit Zahlen gesprochen. Ich weiß nicht, wo Sie Ihre Zahlen herhaben. Aber es ist doch eine Tatsache, daß von 1970 bis 1978 die landwirtschaftlichen Importe um 10 Milliarden gestiegen sind, daß die Ausfuhren nicht einmal um 4 Milliarden gestiegen sind – das ist doch eine Tatsache, die Sie einfach nicht weglegen können – und daß das Defizit von 1970 bis 1978 beim agrarischen Außenhandel von nicht einmal 6 Milliarden auf über 12 Milliarden gestiegen ist, sich also mehr als verdoppelt hat.

Das sind also die Tatsachen, die man einfach nicht wegdiskutieren kann, Herr Minister.

Sie haben gesagt, daß man beim Außenhandel zu höherwertigen Produkten übergeht. Beim Käse ist genau das Gegenteil der Fall. Heute werden hier schon die Massenerzeugnisse importiert, obwohl wir selber die Spezialitäten haben.

Aber Sie lehnen unsere Agrar- und Ernährungswirtschaftsordnung ab, die wir vorgelegt haben, wo alle diese Dinge geregelt werden könnten, wo nämlich auch wir die Möglichkeit hätten, daß man hier Abschöpfungen macht, wie das im EG-Raum üblich ist. Hier sagen Sie einfach nein dazu. Sie sind ja die Nein-Sager.

Sie haben gesagt, der grenzüberschreitende Handel sei keine Einbahn. Hier würde ich Sie bitten, daß Sie sich den Kollegen Remplbauer doch einmal für Nachhilfestunden nehmen und daß Sie ihm erklären, wie das ist, weil er hier die Importe eben kritisiert hat. Er hat gesagt, die Genossenschaften importieren und sie verdienen daran. Ja, die Genossenschaften arbeiten für die Bauern, die arbeiten im Interesse der Bauern. Also ist er es uns neidig, daß für die Bauern

Brandstätter

etwas erreicht wird. Will er haben, daß nur andere Bereiche importieren und daß die Genossenschaften das nicht können? Also auch hier wäre es notwendig, daß Sie ihm einmal etwas sagen.

Und weil Sie die Rinderexporte wieder erwähnt haben, Herr Minister. Da muß ich Ihnen auch etwas dazusagen: Die Tatsache, daß wir so enorme Exporte noch leisten können, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Bauern heute ungefähr dieselben Rinderpreise haben, wie das 1972 gewesen ist. Wir haben alle Steigerungen bei unseren Betriebsmitteln eben selber getragen, und nur so ist es möglich, daß diese Exporte heute so hoch sein können. Das ist eine Leistung, die unsere bäuerlichen Betriebe, vor allem unsere bäuerlichen Familienbetriebe, erbracht haben und auch weiterhin erbringen. Die Regierung hat hier wirklich nur das Aller-, Allergeringste dazu beigetragen. Daß der Beitrag da ist, das ist ganz klar. Aber vergleichen Sie, was Sie oder Ihre Regierung in Österreich für diese Exporte leisten, und schauen Sie sich die Regelungen an in der EG, was dort geleistet wird. Dann werden Sie zu Ihren Leistungen nichts mehr sagen.

Sie haben von der Modernisierung der Agrarmarktordnung gesprochen, Herr Minister. Ja wenn Sie nur das endlich machen würden! Aber Tatsache ist, daß Sie sich nicht daran halten können. Der Vorwurf, daß Sie das Gesetz gebrochen haben, ist nach wie vor aufrecht, weil die Tatsache aufrecht ist, daß wir voriges Jahr, also im letzten Milchwirtschaftsjahr, die Jahresmilchmenge nicht erreicht haben, die Liefermenge nicht erreicht haben und unsere Bauern trotzdem 140 Millionen Schilling an Absatzförderungsbeiträgen bezahlen mußten. Sie haben das eingehoben. Es wäre eine Regelung möglich, die Sie jederzeit machen könnten, wenn Sie nur wollten.

Sie haben von den Bergbauern der Zone 3 gesprochen, Herr Minister. Bei den Verhandlungen haben Sie unseren Verhandlern, die das gefordert und gemeint haben, man soll selbstverständlich diese Gruppe besserstellen, gesagt: Das ist doch eine Illusion, wenn sie erwarten, daß der Finanzminister nur einen Schilling zusätzlich geben wird. – Das war Ihre Aussage.

Sie wollen haben, daß die anderen Bauern für die Zone-3-Bauern den Beitrag leisten. Da darf ich Ihnen eines sagen: Kommen Sie einmal zu uns hinaus nach Wimpassing. Dort müssen die Arbeiter vier Schichten gratis arbeiten für den Betrieb. Dann versuchen Sie und gehen Sie hinüber in das angrenzende Ternitz und sagen Sie den Ternitzern: Zahlt doch ein bißerl was, damit die Wimpassinger nicht so viel zahlen müssen! – Versuchen Sie das dort, und dann

werden Sie hören, was Ihnen diese Leute sagen. – Aber nur von den Bauern wollen Sie es haben.

Noch etwas: Sie haben von den Zahlen gesprochen und gesagt, daß die Zahlen stimmen. – Ihre Zahlen stimmen aber leider nicht! Sie wurden zwar vom Finanzminister herausgegeben. Aber der Finanzminister hat in einer Graphik angegeben, daß 3,45 Milliarden Schilling im Jahre 1970 für die Bauern ausgegeben wurden. In Wirklichkeit sind es 5,65 Milliarden Schilling gewesen. Also Sie können wirklich nicht sagen, daß die Zahlen stimmen.

Der Herr Abgeordnete Peter hat gesagt, daß die FPÖ immer für die Bauern da ist. Es wäre sehr schön, wenn das gestimmt hätte. 1970 wäre nämlich einmal die Möglichkeit gewesen, daß Sie für die Bauern hätten da sein können, als wir den Antrag gestellt haben, das gefärbte Dieselöl den Bauern zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie damals bereit gewesen wären, für die Bauern etwas zu tun, dann hätten wir heute keinen Dieselloilpreis, der schon fast 8 S ausmacht und der unsere Bauern natürlich ganz schwer belastet. Das ist ganz klar. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Peter: Man muß sich aber erinnern, was wir in dieser Zeit trotzdem für die Bauern erreicht haben auf einem anderen Gebiet!)* Ich erwähne das bitte, weil uns das heute noch weh tut und weil wir heute darunter leiden. Da können Sie eben nicht in Anspruch nehmen, daß Sie für die Bauern gearbeitet haben. *(Abg. Peter: Die Millionen, die wir damals der Regierung für die Bauern abgerungen haben, die nehmen wir in Anspruch!)* Das ist eine Behauptung, Herr Abgeordneter. *(Abg. Peter: Das ist eine Tatsache!)* Das kann man natürlich sagen. Aber das ist eine reine Behauptung! *(Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Peter: Das ist eine Tatsache! Sie wollen sie nur nicht zugeben!)* Ich brauche nichts zuzugeben. Ich kann nur sagen, daß Sie eben diese Leistung nicht erbracht haben.

Nun möchte ich doch ein paar Gedanken zur Forstwirtschaft sagen. Die Bedeutung der Forstwirtschaft nimmt ja immer mehr zu. Wenn in der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren die Erholungswirkung des Waldes besonders herausgestrichen wurde, so wird jetzt der Wert des Waldes als Energieträger besonders betont. Was vielleicht doch noch zu wenig bekannt ist, ist der große Wert, den die Forstwirtschaft als Exportfaktor bereits erbringt. Im Jahre 1978 ist immerhin Holz im Wert von 21 Milliarden Schilling exportiert worden. Das macht immerhin 12 Prozent des österreichischen Exportes aus.

In Zukunft wird die Bedeutung des Waldes, der Forstwirtschaft, der bäuerlichen Waldwirtschaft immer noch mehr zunehmen. Es gibt ernst zu

Brandstättler

nehmende Vorschauen, die sagen, daß das Europa des Jahres 2000 um 80 Prozent mehr Holz verwenden, brauchen wird, als das jetzt der Fall ist. Das ist eine durchaus erfreuliche Tatsache.

Es ist auch durchaus erfreulich, daß die Preise angestiegen sind, daß die Preise wieder angestiegen sind. Das nimmt der Herr Minister natürlich sofort zum Anlaß zu erklären, wie gut es den Waldbauern geht, sofort versucht er wieder nach der bekannten Methode, die Bauern vielleicht aufzuspalten: Wie gut es dem einen geht und wie schlecht es dem anderen geht.

Sie haben heute vom Holzboom gesprochen in Preis und Absatz. Dazu ist eine Klarstellung notwendig, Herr Bundesminister: Ich glaube, Sie wissen es gerade vom Forst her, daß wir heute Preise haben, die wir 1973/1974 gehabt haben. Es ist nur so, daß der katastrophale Preiserückgang, der dann sofort im Gefolge eingetreten ist, jetzt überwunden wurde. Das ist Tatsache!

Als Beweis möchte ich Ihnen nur eines sagen: Wenn ein Bauer im Jahre 1959 einen Traktor gekauft hat, dann mußte er 150 Festmeter Sägerundholz dafür verkaufen. Wenn er heute denselben Traktor kauft, dann muß er rund 200 Festmeter Sägerundholz verkaufen. Damit Sie mir nicht vielleicht wieder das Wort im Mund umdrehen: Ich möchte nicht jammern. Wir sind froh, daß wir die katastrophale Situation, die wir in den vergangenen Jahren gehabt haben, überwunden haben. Aber so zu tun, als ob jetzt das goldene Zeitalter hereingebrochen wäre, ist ganz sicher übertrieben.

Wenn man jetzt von der günstigeren Situation weiß, hört man aber sofort schon, daß wieder zusätzliche Belastungen für die Waldbauern erfunden werden sollen. Wir hören von einer Forstgesetz-Novelle, wo die einzelstammweise Auszeige in Naturschutzgebieten verlangt wird. Sie wissen, daß dies sicher schon sehr viele Gebiete sind. „Die Naturfeunde“ verlangen ein Bundesgesetz über Naturparks. Auch hier ist es so, daß das schon weite Teile Österreichs betrifft, für die das verlangt wird. Man möchte sich also über die Zuständigkeit der Länder hinwegsetzen und möchte zu den bereits sehr drückenden Steuer- und Soziallasten den Bauern zusätzliche Lasten aufbürden.

Die Bauern, und besonders die bäuerlichen Familienbetriebe, brauchen keine Zwangsmaßnahmen, sie brauchen die Möglichkeit, daß sie durch ihre Arbeit Devisen bringen, durch den Export Devisen bringen, daß sie mit ihrer Arbeit, mit ihrer schweren Arbeit – man kann das gerade von den bäuerlichen Familien sagen, wo die ganze Familie schwer arbeitet – die

Landschaft pflegen, daß sie damit die Erholung für unsere Mitbürger sicherstellen und daß sie vor allem aber auch die Voraussetzungen für unseren Fremdenverkehr schaffen. Und hier sind gesetzliche Schranken sicher nicht das richtige, vor allem, wenn sie womöglich in dieser Form kommen, wie wir es jetzt von Ihnen schon hören.

Herr Minister! Sie sprechen auch von der Förderung der Aufforstung, und zwar was jetzt die Energiewälder anlangt. Ich muß Ihnen eines sagen, Herr Minister: Wenn das sinnvoll sein soll, dann ist es unbedingt notwendig, daß das ganz starre Korsett, das bei den Rodungen derzeit ist, ganz entscheidend gelockert wird. Denn wenn mich ein Bauer derzeit fragt, ob er so etwas angehen soll, ob er irgendwelche Grenzertragsböden aufforsten soll, dann muß ich ihm zumindest derzeit noch abraten davon. Ich möchte das gleich hier entsprechend sagen, damit man hier den entsprechenden Weg geht. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Das habe ich aber auch gesagt!)* Ja. Aber nur, Herr Minister: Ich habe schon immer – das wissen Sie auch –, als wir über das Forstgesetz beraten haben, gesagt, daß der Begriff „Rodung im öffentlichen Interesse“ einfach zuwenig ist. Man müßte hier entscheidende Lockerungen vornehmen. *(Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden: Für diesen Zweck ja!)* Ja, ich weiß ja noch nicht, was Sie vorhaben, aber ich möchte früh genug darauf hinweisen, daß das notwendig sein wird, wenn das zusätzliche Wälder bringen soll.

Wir wissen, und zwar hat das Herr Univ.-Prof. Dr. Frauendorfer festgestellt, daß wir auf Sicht, wenn wir nämlich hier die Voraussetzungen schaffen, jährlich 300 000 Tonnen Erdöl einsparen könnten. Was das für einen großen Wert hat, das ist Ihnen sicher bekannt. Das sind alles längerfristige Lösungen. Es gäbe aber auch Maßnahmen, die sofort wirken. Der Herr Finanzminister hat ja schon gesagt, man müßte einen geordneten Rückzug aus dem Erdölsektor antreten. Das sind alles schöne Worte. In der Tatsache schaut es auch hier leider wieder anders aus.

Es gibt verschiedene steuerliche Begünstigungen für Energiesparmaßnahmen, nur die Holzdauerbrandöfen, die sind ausgenommen. Was das Naheliegendste wäre, daß man den Leuten draußen, zumindest auf dem Land, wieder sagt, überlege dir, ob du wirklich eine Ölheizung installieren mußt oder ob das nicht mit Holz sinnvoller ist, gerade diese Tatsache wird nicht berücksichtigt.

Was hier noch dazukommt, Herr Minister: Es sind im Budget keine Ansätze für Forschungen in dieser Richtung, also für forstliche Forsthungen, enthalten. Wenn Sie nur davon reden, dann

Brandstätter

ist das ganz entschieden zuwenig. Ich habe hier nämlich eine Befürchtung: Tatsache ist, daß wir heute sehr viel Holz exportieren, aber die Produkte daraus, Möbel und verschiedenes anderes importieren, also eine Entwicklung, die alles andere als gut ist. Meine Befürchtung ist daher, wenn wir nicht früh genug Forschungen betreiben, wenn wir nicht früh genug beginnen, dieser Entwicklung, die hier auf dem Energiesektor auf uns zukommt, Rechnung zu tragen, dann könnte es in Zukunft dazu kommen, daß wir womöglich das „Energieholz“ exportieren und die Energie importieren.

Wir wissen ja, daß wir heute bereits 56 Prozent der Energie aus dem Ausland importieren, und das sind die Fakten, die man eben sehen muß und wo man entsprechende Voraussetzungen schaffen muß, daß da wenigstens auf Sicht eine Änderung möglich ist. Es wird sehr viel vom Energiesparen geredet. Es wird auch sehr viel davon geredet, die Energie sinnvoll einzusetzen.

Herr Minister! Ich möchte Ihnen abschließend sagen, weil wir wissen, daß Sie ja sehr viel Ihrer Energie dafür aufwenden, um womöglich einen Keil in die Bauernschaft hineinzutreiben, um womöglich die Bauernschaft auseinander zu dividieren, den 2er-Bauern gegen den Bauern der Bergbauernzone 3 und alle diese Möglichkeiten, diese Energie, die Sie dafür aufwenden, ist ganz sicher nutzlos verschwendet. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn Sie mehr Energie aufwenden, um sich beim Herrn Finanzminister durchzusetzen, wenn Sie mit derselben Energie, mit der Sie für den Finanzminister eintreten, für die Bauern eintreten, dann ist das ein sinnvoller Energieeinsatz, dann ist das ein sinnvoller Einsatz für unsere Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Kriz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kriz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Mit den Ausführungen des Kollegen Brandstätter sich noch näher zu befassen, glaube ich, erübrigt sich. Er hat zumeist repliziert, und über die Forstwirtschaft wird ein anderer Kollege noch referieren.

Als einer der vielen Redner zu diesem Kapitel, das noch nie, seit ich dem Hohen Hause angehöre, meine Damen und Herren, zeitmäßig beim Budget zu kurz gekommen ist, kann ich mir jetzt schon ein Bild über den Aussagewert der Debatte von den Herren Bauernbundmandatären und den Herren von der kleinen Oppositionspartei machen. Wie ich feststellen kann, hat Ihre Offensive gegen den Minister und den Staatssekretär viel an Schlagkraft verloren. Sie

ist wieder einmal, so wie in den vergangenen Jahren, steckengeblieben. Die Bevölkerung und wir kennen doch Ihre Worttiraden zur Genüge. Alles, was Sie in der Vergangenheit am Agrarsektor an politischen Weissagungen von sich gegeben haben, ist nicht eingetroffen.

Aber Sie, meine Damen und Herren, rechnen immer wieder mit der Vergeßlichkeit der Menschen. Irgendwo, so denken Sie, werden diese oder jene Aussagen in der Hektik unserer Zeit untergehen. Ich werde aber nicht in den Fehler verfallen, im nachhinein alle Ihre Fehlkalkulationen und falschen Voraussagen ironisch zu zitieren. Aber einige Sätze müssen Sie sich doch sagen lassen. *(Zwischenruf des Abg. Graf.)* Herr Graf, Sie sind kein Bauer, Sie sind ein Herr Graf. *(Abg. Graf: Ich weiß gar nicht, wer mehr Grund hat, Sie oder ich! Ich könnte Ökonomierat oder Kammerrat sein!)*

Herr Landeshauptmann Maurer von Niederösterreich – ich höre es noch so deutlich – sagte einst mit einem Brustton der Überzeugung: Der Bauernbund ist auf die kommenden Wahlen, er meinte damit die Nationalratswahlen, bestens vorbereitet. Die Sozialisten, so sagte er, würden zunehmend nervöser, weil sie wüßten, daß die Weichen bereits im Herbst 1978 gestellt wurden. Ihr vor den Wahlen gekonnt zur Schau getragener Optimismus im Hohen Haus hat schnell einem Pessimismus, zumindest kurzweilig oder zeitweilig, Platz machen müssen. Das Ergebnis Ihrer Hilflosigkeit, meine Damen und Herren, war deutlich aus den Wahltabellen abzulesen. Die stärksten und bittersten Verluste mußte die Volkspartei in den Kleinstgemeinden Österreichs mit 1,8 Prozent hinnehmen.

Erinnern wir uns doch: Ganz schwer war die Schlappe in den ausgesprochenen Agrargebieten. In der Steiermark zum Beispiel büßte die Volkspartei 3,4 Prozent ein, gefolgt vom heiligen Land Tirol mit 2,8 Prozent. Gesamtösterreichisch betrug der Volksparteiverlust in den agrarischen Gemeinden 2,2 Prozent. *(Abg. A. Schlager: Und eure erste Maßnahme war eine Einheitswerterhöhung!)* Die Zeichen an der Wand waren für die ÖVP mehr als deutlich. *(Beifall bei der SPÖ.)* – Herr Kollege Schlager, sind Sie schon wieder von der Milchbar zurückgekommen? Ich freue mich, daß Sie wieder da sind.

In Niederösterreich, im Kernland des Bauernbundes – wiederum Herrn Maurer ins Stammbuch geschrieben –, waren bei der heurigen Landtagswahl die Erosionserscheinungen, die den Verlust von zwei Mandaten beinhalteten, wieder sehr, sehr deutlich. Ihr Stil, Ihre unqualifizierten Angriffe auf den Bundesminister müßten auf Grund dieser Wahlergebnisse längst revidiert werden. Außer Sie haben – es

Kriz

scheint so, Kollege Schlager – aus Ihren Fehlern nichts gelernt.

Bei Ihren Beiträgen hat es aber nach wie vor den Anschein, Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, daß uns unsere sozialistische Agrarpolitik den Weg ins Dorf geöffnet hat, und diese Politik wird, ich darf Ihnen noch einmal die Versicherung abgeben, in Zukunft konsequent fortgesetzt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie können, wenn Sie wollen, alle Ergebnisse der in der letzten Zeit über die Bühne gegangenen Wahlen verniedlichen. Sie werden aber nicht verhindern können, daß die ländliche Bevölkerung bei der sozialistischen Bundesregierung mit ihren berechtigten Anliegen mehr Verständnis und mehr Hilfe erwarten kann als unter einer ÖVP-Regierung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Insgesamt stehen also für das Agrar- und Sozialbudget 1980 1 780 Millionen Schilling für Ausgaben zur Verfügung. Das ist immerhin weit mehr als im heurigen Jahr. Das Budget 1980 ist somit trotz Ihrer immerwährenden Unkenrufe wieder ein gutes Bauernbudget.

Nach dieser Einleitung lassen Sie mich bitte zu meinem Thema kommen. In den letzten Jahren habe ich mich bei diesem Kapitel immer mit der speziellen Situation auf dem Weinsektor befaßt. Stellte uns 1978 die höchste jemals eingebrachte Weinernte von 3,3 Millionen Hektolitern Wein vor kaum lösbare Probleme – dies bedeutete eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent, sie lag auch noch um 9 Prozent über der bisher höchsten Ernte von 1970 –, sieht die Situation heuer durch die mengenmäßig geringere Ernte wesentlich günstiger aus: eine hervorragende Qualität, das beste Ergebnis der Umstellung auf Hochkulturen. Der 1979er wird ein ganz großer Weinjahrgang. Wenn auch der Ernteausfall zwischen 10 und 20 Prozent gebietsmäßig sehr unterschiedlich lag, so wird sich dadurch auch an der Preisfront eine gewisse Beruhigung abzeichnen.

Durch die geringe Ernte wird der Druck der vollen Lager wegfallen. Außerdem – wie Sie alle wissen – macht das Bundesministerium für Landwirtschaft exorbitante Exportanstrengungen. Darüber ist heute schon einige Male gesprochen worden.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte noch ein paar Zahlen nennen. Wir exportierten insgesamt von 1961 bis 1969, also unter der ÖVP-Regierung, 175 531 Hektoliter Wein. Da kann auch die tatsächliche Berichtigung meines Kollegen Hietl nichts dagegen einwenden. 1977 waren es schon 171 086 Hektoliter, eine weitere Steigerung des Exportes konnte mit 247 376 Hektolitern 1978

erzielt werden. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer.)* Kollege Schwimmer, kümmern Sie sich um Ihre Kapitel *(ironische Heiterkeit bei der ÖVP)*, sonst werden Sie der Buhmann vom Parlament, und das tut Ihnen bestimmt nicht gut. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie kommen bei der Bevölkerung sowieso nicht mehr an. *(Ruf bei der ÖVP: So wie Sie noch lange! – Abg. Dr. Schwimmer: Ein „echter“ Bauer!)*

Jetzt passen Sie bitte auf: Es gelang uns, von Jänner bis September 1979 diese gewaltige Menge noch auf 362 720 Hektoliter zu steigern.

Meine Damen und Herren! Wenn das kein Erfolg ist, dann weiß ich einfach nicht, was ein Erfolg sein soll.

Außer den alten traditionsreichen Exportmärkten, wie die Bundesrepublik Deutschland, werden neue angepeilt: Amerika, Kanada, wie viele andere außereuropäische Länder, wären gute Aufnahmegebiete. Zum Beispiel haben Marktstudien gezeigt, daß der österreichische Wein gute Chancen hat, sich auf dem amerikanischen Markt durchzusetzen. Natürlich benötigt man ein Konzept für die Bearbeitung des neuen Marktes. *(Abg. A. Schlager: Der Landwirtschaftsminister hat keines!)* Außer einer effektvollen Werbung erscheinen uns vor allem ein konstanter Export und der Ausbau eines Vertriebsnetzes wichtig, um gegen die bereits etablierten französischen, italienischen und deutschen Weine bestehen zu können.

Es gäbe noch mehrere Beispiele. Vermehrte Exportchancen auch in die Schweiz, die auf Grund einer schlechten Ernte im Vorjahr großes Interesse an österreichischem Weißwein hat. Österreich hat bekanntlich bei den aufgerufenen Sonderkontingenten einen überraschend großen Exportanteil dorthin für sich buchen können. Es geht also wieder aufwärts.

Die Möglichkeiten können auf die Dauer nur dann zum Tragen kommen, wenn wir in der Lage sind, einwandfreie Weine zu exportieren. Strengste Kontrollen in Österreich sind eine der wichtigsten Voraussetzungen, um ein entsprechendes Image aufzubauen.

Wir müssen aber auch die Absatzbemühungen insbesondere bei Traubenmost verstärken. Ich kann wirklich nur begrüßen, daß sich kleine Weinbauer zusammenschließen, von sich aus initiativ werden und echten Traubenmost durch einfache Erhitzung den Konsumenten bis in die Sommermonate zur Verfügung stellen können. Kollege Schlager, auch das wäre für Sie das richtige Getränk: Traubenmost aus Österreich, von den kleinen Weinbauern hergestellt. *(Abg. A. Schlager: Ich trinke Wein!)*

1698

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Kriz

Ich mache keine Werbung für eine Firma, es ist ganz einfach guter österreichischer Qualitätsmost – noch einmal gesagt – von kleinen Weinbauern, die sich zusammengeschlossen haben, hergestellt. *(Abg. A. Schlager: Das ist kläß! Ich soll Most trinken, und Sie trinken Wein!)*

Wenn hier gewisse Aussichten bestehen, so muß man doch auf der anderen Seite unbeschadet versuchen, endlich durch eine exakte Erfassung die Anbaufläche in den Griff zu bekommen.

Wie oft habe ich hier im Hause davon gesprochen, daß die Bundesländer ein generelles Aussetzverbot erlassen sollen, um weitere Überproduktionen, die sich ganz besonders bei Rekordernten auswirken, zu verhindern. Eine Überproduktion ist immer, das wissen Sie selbst am besten, mit einem Preisverfall verbunden. Manchmal bin ich mir direkt wie ein Rufer in der Wüste vorgekommen. Aber wie heißt es so schön: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Die Weingartenerhebung wird dann auch die Grundlage für einen Weinkataster ergeben; Auspflanzverbot und Flächenerfassung sowie eine vorgesehene Novellierung werden letzten Endes die Voraussetzung sein, daß unsere Weinbauer einen erstrebenswerten, gerechten Preis für Ihre Produkte erhalten. Das, und nur das, wollen wir Sozialisten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich will mich noch kurz mit zwei weiteren heißen Themen befassen. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch einmal eine Praktik aufzuzeigen, die wir als Österreicher unter der Devise „Kauft österreichische Waren“ anprangern müssen.

Meine Damen und Herren! Auf Grund einer Vereinbarung zwischen der WÖV, Warenzentrale österreichischer Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften, und den drei Chemiegegnanten der Bundesrepublik BASF, Hoechst und Ruhr-Stickstoff werden aus der Bundesrepublik Deutschland Stickstoffdüngemittel in erheblichem Umfang importiert.

Einfuhr nach Österreich auf Grund einer Exportstatistik der BRD – eine österreichische Statistik konnte ich nicht bekommen –: 1978 rund 140 000 Tonnen, davon zirka 100 000 Tonnen Komplexdünger, Nährstoffdünger und 40 000 Tonnen Kalk-Ammonsalpeter. 1979 sind insgesamt 150 000 Tonnen zu erwarten. Also wiederum eine Steigerung um 10 000 Tonnen. Importwert 1978 etwa 280 Millionen Schilling, 1979 310 Millionen Schilling.

Sie müssen wissen, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Listenpreis für Düngemittel höher ist als in Österreich. *(Abg. Brandstät-*

ter: Der Listenpreis in der BRD sagt überhaupt nichts!) Diese Düngemittel können also für österreichische Bauern nicht billiger sein als österreichische Düngemittel. Es muß also einen Grund für die Importe geben. Kollege Brandstätter, da liegt irgendwie auch die Erhöhung der Importsumme zugrunde, die Sie angeprangert haben.

Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ meinten dazu, daß sich der deutsche Düngeriese für Chemie-Linz-Exporte rächen will. Geben sich dafür – und das möchte ich Sie fragen – die Genossenschaften her?

Zur Erinnerung: Ein durchschnittlicher Industriearbeitsplatz kostet etwa 660 000 S. Der Importwert von 290 Millionen an Düngemitteln sind etwa 440 durchschnittliche Industriearbeitsplätze.

Abgeordneter Riegler, der Hauptsprecher der ÖVP, und auch andere Agrarsprecher sprechen sich unentwegt für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft aus und verweisen auf Agrarimporte, so wie dies vor kurzem mein Kollege Brandstätter getan hat. Die landwirtschaftlichen Arbeitsplätze würden diese gefährden.

Sie, meine Herren Bauernbundvertreter, können hier wirklich einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten, wenn die Warenzentrale österreichischer Verbände landwirtschaftlicher Genossenschaften den Dünger von der Chemie-Linz beziehen würde. *(Abg. A. Schlager: Wenn die Bauern doch euch wählen! – Abg. Graf: Das glaubt nicht einmal der Kriz!)*

Nun aber zu einem speziellen Problem meines Wahlkreises, dem Viertel ober dem Manhartsberg. Sie wissen, große Landstriche grenzen an die Tschechoslowakei, an die sogenannte tote Grenze. Ungünstige Struktur beziehungsweise Entwicklungsbedürftigkeit wirken im Waldviertel zusammen und sind für die derzeitige Situation verantwortlich. Vor allem handelt es sich um die periphere Lage an einer kontaktarmen Staatsgrenze, um eine relativ hohe Agrarquotetrotzungünstiger Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft, um Strukturprobleme großen Ausmaßes in den industriellen Bereichen, Niedriglohngebiete der Industrie, um Mängel in der Infrastrukturausstattung und somit zum Teil fehlende Standortvoraussetzungen sowohl für die Entwicklung von Industrie und Gewerbe wie auch die des Fremdenverkehrs, somit weiterhin starker Abwanderungsverlust als Resultat des Zusammenwirkens der angeführten negativen Faktoren und hiemit die Gefahr des Unterschreitens der zur Aufrechterhaltung der räumlichen Versorgung der Bevölkerung notwendigen Mindest-Siedlungsdichte.

Kriz

Die Bekämpfung der aufgezeigten Probleme, meine Damen und Herren, die sich in den nächsten Jahren durch den demographisch bedingt erhöhten Arbeitsplatzbedarf zu verschärfen drohen, scheint mit den konventionellen Instrumenten der räumlichen Entwicklung allein nicht zielführend zu sein.

Für das Waldviertel müssen daher unkonventionelle Entwicklungsmaßnahmen gefunden werden. Mit den Maßnahmen sollen insbesondere folgende Ziele verfolgt werden:

Erstens: Sicherung und Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes der bestehenden Betriebe, gegebenenfalls unter entsprechender Anpassung der Produktion an marktwirtschaftliche Erfordernisse.

Zweitens: Schaffung zusätzlicher industriell-gewerblicher Arbeitsplätze durch Betriebsansiedlungen schwerpunktmäßig in den Entwicklungszentren a) Gmünd und Horn, b) Waidhofen/Thaya und Zwettl. Betriebsansiedlungen sind weiters besonders zu fördern in den ergänzenden Entwicklungsstandorten Großgerungs, Großsiegharts, Heidenreichstein und Ottenschlag. Vor allem in den räumlich isolierten Gebieten außerhalb der Einzugsgebiete sollen Entwicklungszentren und ergänzend Entwicklungsstandorte durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze beziehungsweise zusätzlicher Einkommensmöglichkeiten, durch Förderung intersektoraler Ansätze zur Nutzung der lokalen Gegebenheiten erreicht werden.

Die genannten Entwicklungszentren, meine Damen und Herren, und Entwicklungsstandorte sollen als integrierte Versorgungs- und Arbeitszentren ausgestattet werden.

Nun aber zu speziellen Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft, die derzeit noch in Planung sind. Wirtschaftliche Maßnahmen sollen stärker als bisher auch unter dem Aspekt ihrer räumlich differenzierten Auswirkung auf entwicklungsbedürftige Gebiete beurteilt werden. So besteht zum Beispiel für die Kartoffelproduktion des Waldviertels die Gefahr eines Preisverfalls durch die steuerpolitisch bedingte Verbilligung der Maisstärke. Für die landwirtschaftliche Produktion im Waldviertel sind koordinierte staatliche Schutzmaßnahmen zur Sicherung beziehungsweise Erhöhung ihrer Konkurrenzfähigkeit und Krisenfestigkeit erforderlich.

Die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte sollen nach Möglichkeit durch Waldviertler Betriebe erfolgen, wobei im Sinne einer möglichen breiten Einkommensbildung einer standörtlichen und betriebsgrößenmäßigen Konzentration nach Möglichkeit entgegengewirkt werden soll.

Förderung, Vermarktung der land- und forstwirtschaftlichen Produkte mit Hilfe der Sonderaktionen der Bundesregierung.

Folgende Projekte wären daher auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen: Biologischer Landbau, Weizenstärkeplan, Dauermilchprogramm, Dauerbrotprojekt, Speiseölerzeugung aus morphinfreiem Mohn, Leinsamenölerzeugung, Haferanbau und Haferflockenerzeugung, Spezialkulturen, Arznei-, Gewürz- und Aromapflanzen, bessere Auslastung der bestehenden Brenneien, Verarbeitung von Speisekartoffeln, Ankurbelung der Schaf- und Wildtierwirtschaft.

Wir werden nicht nur reden, wie es die ÖVP getan hat, sondern zügig mit großem Elan eine baldige positive Lösung zum Nutzen aller Bewohner dieser Grenzlandregion anstreben.

Werte Damen und Herren! Zum Schluß kommend: Für das größere Vertrauen, das die SPÖ vor allem im ländlichen Raum erreicht hat, war vor allem auch die Sozial- und Familienpolitik ausschlaggebend. Für uns sei daher auch in Zukunft die soziale Sicherheit der bäuerlichen Bevölkerung ein ganz besonderes Anliegen.

Ich darf Ihnen, meine Damen und Herren, versichern: So rasch und so umfassend ist noch niemals die soziale Sicherheit für eine Berufsgruppe, die landwirtschaftliche Bevölkerung, ausgebaut worden wie in den letzten 10 Jahren.

Der Bauernbund hat die Alleinvertretung für den ländlichen Raum verloren.

Mit dieser Legislaturperiode tritt die sozialistische Agrarpolitik in das zweite Jahrzehnt, und es ist somit die Gewähr gegeben, daß der wirtschaftliche und soziale Aufstieg der österreichischen Bauernschaft weiter fortgesetzt wird.

Die österreichische Bauernschaft will keine Verschlechterung des agrarpolitischen Klimas, sie will eine gleichberechtigte Partnerschaft mit allen Wirtschaftsgruppen und Bevölkerungsschichten unserer Heimat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Frodl. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Frodl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ganz lustig, den sozialistischen Rednern zum Kapitel Landwirtschaft zuzuhören, weil man gleich herausspürt, daß die Reden direkt von der Regierung gemacht wurden und daß die Leute, die dazu sprechen, leider nicht den richtigen Kontakt haben.

Der Abgeordnete Kriz hatte ganz interessant und lustig vorweihnachtlich erklärt, aber ein

Frodl

bissert korrigieren muß man halt doch. Verluste am Land bei den Wahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann ich Ihnen sehr leicht erzählen. Die Bauern werden leider immer weniger, weil sie abwandern müssen, und wir wissen genau, wenn sie in einem Betrieb mit einer Arbeit beginnen, was dort die Voraussetzung ist, daß sie überhaupt hineinkommen. Das ist vielleicht das Faktum.

Schauen Sie sich bitte die Kammerwahlen an, überprüfen Sie einmal, wie viele Leute dort von Ihrer Partei drinnen sind.

Dem Abgeordneten Kriz, der so lustig über die Produkte erzählt hat, den hätte ich ganz gerne gefragt, wo man Samen für Haferflocken kriegt. Vielleicht kann er uns einen besorgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch der Abgeordnete Remplbauer wird sicher ein ausgezeichnete Lehrer sein, das ist gar keine Frage. Aber bei seinen Reden, die er hier hält, da spürt man halt auch immer, daß sie weit weg von der Wirklichkeit sind, daß er ein gutes Konzept hat und daß er natürlich nach diesem spricht. Als Lehrer wird er das wohl sehr leicht können: Noch nie ist es den Bauern so gut gegangen. Ich werde darauf noch ein bisschen eingehen.

Das Einkommen in der Landwirtschaft ist angeblich gestiegen. 7 100 S ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft, und der Lohn eines Industriearbeiters beträgt 13 630 S. Ich glaube, die Lehrer werden nicht unter den Industriearbeitern liegen, Gott sei Dank nicht, sage ich, aber man möge ein bisschen über das Einkommen der Landwirtschaft nachdenken, was man hier heute so hochhimmelt, wie wunderbar und gut es ist.

Von den Milchbauern hat er geredet, die 200 Liter liefern, was der mit den 20 Groschen verdient. Er soll uns einmal sagen, der Abgeordnete Remplbauer, wie viele Milchbauern es heute überhaupt noch gibt, die 200 Liter im Tag liefern. Da weiß man schon wieder, da haben Sie eine Zahl gesucht, die im Endergebnis ein bisschen was gibt, aber die letzten Endes die Bauern nie erreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Milchlieferung in meinem Gebiet – ich werde dazu noch ein bisschen was sagen – ist 15 bis 20 Liter. Das zu seiner Orientierung. Er ist sicher ein guter Lehrer, aber mit einem Konzept allein kann ich bei der Landwirtschaft nicht perfekt sein, da muß ich schon etwas wissen.

Und noch einige Worte zu den billigen Käsesorten. Die Zeit fehlt mir, das soll der Herr Minister erklären, der hat sicher ein gutes Konzept über die Landwirtschaft. Er soll auch über die Mindestpreise der ausländischen Käse,

die bei uns verkauft werden, eine richtige, klare Auskunft geben. Das Mindestpreisabkommen vom 1. 1. 1978, das mit den EG geschlossen wurde, beinhaltet auch leider solche Tiefpreise. Das wollen wir Bauern nicht, das möchte ich ganz ehrlich sagen, aber das ist so verstrickt und verwickelt, daß mir hier die Zeit fehlt, es zu sagen. Bitte, sagen Sie es dem Herrn Remplbauer. Der Minister soll ihm auch das erklären, damit die Sache einigermaßen richtig läuft.

Und nun zum eigentlichen Problem. Die Redner der Sozialistischen Partei sagen immer, der Landwirtschaft geht es gut und immer besser und so weiter. Die noch immer andauernde Abwanderung der Landwirtschaft spricht doch die klarste Sprache. Ich werde doch nicht einen Arbeitsplatz verlassen, wo ich ein schönes Einkommen habe, ich werde mich nicht bemühen, in einen Betrieb hineinzukommen, wo man fast keine Chancen hat, und dann wird hier gejubelt, wie gut es den Bauern geht. *(Abg. Pfeifer: Haben Sie die 23 000 vergessen im Jahr 1969 unter Klaus!)*

Auch mit der Struktur hängt das zusammen, das ist gar keine Frage, Abgeordneter Pfeifer, Sie wissen das ganz genau. Der heutige Stand in der Landwirtschaft – meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin praktizierender Bauer, das möchte ich klar zum Ausdruck bringen, nicht ein Technokrat oder ein Schreibtischbauer *(Beifall bei der SPÖ)* – ist heute so, daß überhaupt nur mehr zwei Arbeitskräfte auf jedem Betrieb sind. Von den beiden ist der eine krank, und der andere, der noch einigermaßen kann, der wirtschaftet. Das ist die Realität! Es ist ja fast niemand mehr da zum Abwandern, das wissen Sie anscheinend nicht. Die meisten von Ihnen sind ja wahrscheinlich auch abgewandert aus der Landwirtschaft. Der Pfeifer ist der einzige, der noch ein Bauer ist, aber die anderen vielleicht nur noch irgendwo im Taufschein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich gehe doch nicht von wo weg, wo es gut ist, wohin, wo es schlechter ist. Das spricht eine ganz klare Sprache. Die Arbeitskraft am Bauernhof: 7 100 S, die eines Industriearbeiters 13 630 S. Das ist die Realität!

Und im heurigen Jahr gibt es wieder ein niedrigeres Einkommen. Darüber freuen wir uns nicht. Und in der Presse werden Sie ja gelesen haben, auch 1979 sind die Bauern nicht reicher, sondern wieder ärmer geworden. Das ist ein Faktum, das ist die Realität, da können noch so viele hier reden, das wird sich nicht ändern. Und die Verschuldung auf dem Land geht ebenso weiter.

Das EG-Abkommen – das wissen Sie ganz genau, wer es nicht weiß, soll sich auch beim

Frodl

Herrn Minister erkundigen -, Ihr EG-Abkommen, das Sie 1972 beschlossen haben und worüber Sie frohlockt haben: Jetzt haben wir ein Abkommen mit der EG, die Volkspartei hat keines zusammengebracht!, dieses Abkommen ist auf Kosten der Bauern geschlossen worden, die Bauern sind dort geopfert worden! (Abg. Pfeifer: Und Sie haben zugestimmt!) Versprochen wurden die flankierenden Maßnahmen, lieber Abgeordneter Pfeifer! (Beifall bei der ÖVP.) Und die fehlen uns heute! (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Versprochen und nicht gehalten!)

Herr Pfeifer, auch wenn Sie noch so ein routinierter Abgeordneter sind - ich weiß nicht, haben Sie den Kontakt zur Landwirtschaft verloren? Ist es in Niederösterreich anders? (Abg. Pfeifer: Sie haben vier Wahlen verloren! Und viermal argumentieren Sie gleich! Sie werden auch die fünfte verlieren!) - Das habe ich Ihnen genau gesagt, warum. Sie richten ja das alles ein. Ich lade wirklich jeden gerne ein, auf einen Bauernhof zu kommen. Das hat mit den 10 Prozent schon gar nichts mehr zu tun. Wenn es Einbußen im ländlichen Raum gibt, so nur durch die Nebenerwerbsbauern, durch jene, die abgewandert sind. Wir sind ja nur mehr 9,8 Prozent in der Landwirtschaft, das muß man auch wissen. Sie sind ja nicht zum Vergnügen wegggegangen von der Landwirtschaft.

Und nun zum eigentlichen Thema. 81 Prozent des Einkommens der Landwirtschaft stammen aus tierischen Einkommen, und da läuft es halt auch nicht so schön, wie Sie sich das vorstellen. Der Rinderabsatz 1979 war Ihrer Meinung nach zufriedenstellend. Es ist eine große Menge von Rindern exportiert worden. Warum? Weil sie abverkauft haben, weil sehr viele mit der Milchproduktion aufgehört haben, weil sie sagen: da ist überhaupt nichts mehr drinnen, deswegen gebe ich es her! Aus diesem Grund gab es heuer eine Überlieferung des Marktes.

Ich möchte hier ein Anliegen aufzeigen, das mir sehr am Herzen liegt, nämlich die Zuchtrinderpreise. Gut sind sie, wunderbar sind sie! 16 000 S haben die Kühe bei Versteigerungen gebracht, 17 000 die Kalbinnen, 10 000 die Jungkalbinnen. - Zufriedenstellende Preise, haben Sie gesagt.

Wissen Sie, was diese Züchter an Mehrbelastung zu tragen haben, an Vorauszahlungen zu leisten haben? Abgeordneter Pfeifer, jetzt frage ich Sie - Sie wissen ja alles von der Landwirtschaft -: Was hat denn ein Bauer, der Züchter ist, bei einem Rind für eine Vorfinanzierung, bevor er überhaupt die 10 000, 16 000 oder 17 000 S bekommt? Ich bin überzeugt, daß Sie es nicht wissen. (Abg. Pfeifer: Dann erzählen Sie es mir!) 2 000 bis 3 000 S Vorbelastung, die der Bauer hinlegen muß, damit das Tier überhaupt

versteigert werden kann. Und das machen wir Bauern, weil wir das Niveau am Rindersektor erhöhen, daß überhaupt Exporte möglich sind und daß der Schlachtviehsektor, der ebenfalls in einem starken Ausmaß exportiert, nicht überbelastet ist. (Abg. Pfeifer: Und die Regierung tut gar nichts?) Ich sage es Ihnen schon noch, wieviel gezahlt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Das alles kostet letzten Endes den Bauern sehr viel Geld. Der Bund zahlt bei einem Rind 1 200 S. (Abg. Pfeifer: Zahlt er doch etwas, der Bund? Ja darf er denn das nach Ihrer Meinung?) Ich glaube, vom Vieh haben Sie nie etwas verstanden, vom Wein weiß ich es nicht.

Die Stützungen sind armselig. Und eines möchte ich Ihnen auch sagen: Man spielt mit dem Gedanken, mit dem Libyen-Export aufzuhören. Ich glaube, er ist einfach notwendig, und ich begrüße ihn, weil dort keine besondere Veredelungsproduktion notwendig ist, weil für diese Tiere nicht Eiweiß importiert werden muß, sondern weil man das freiweg verkaufen kann.

Ich habe Ihnen gesagt, was wir für Abgaben haben: Verbandsabgabe, Milchkontrolle, tierärztliche Prüfungen, Transport zum Versteigerungsort, Anmeldegebühren und, und, und. Und jetzt darf ich Ihnen eines sagen: Die Bang- und Tbc-Gebühr kostet den Bauern in der Steiermark rund 10 Millionen Schilling jährlich. Kein Mensch redet davon. 5 746 000 S allein die Tbc, die jahrzehntelang ungerechtfertigt vom Bauern bezahlt wurde.

Der Abgeordnete Murer liegt ein bißchen falsch, weil er sich als Vater dieser Geburt - eigentlich Befreiung ... (Abg. Pfeifer: Auf den müssen Sie aufpassen!) Ja, lassen wir ihm den Glauben, aber alle wissen, daß wir immer verlangt haben, die diesbezüglichen Gebühren müßte der Staat übernehmen. Und der Verfassungsgerichtshof hat jetzt erst entschieden, daß wirklich der Staat diese Gebühr zu tragen habe. Also die steirischen Bauern haben zu Unrecht 5,7 Millionen jährlich für die Tbc gezahlt.

Und eines möchte ich noch sagen: Wir hätten vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft erwartet, daß er uns in dieser Sache unterstützt. Er sagt ja, er ist für die Bauern da. Zahlen muß es der Gesundheitsminister. Aber immer wieder ist an ihn die Bitte gegangen, uns zu unterstützen (Abg. Pfeifer: Das wird die Bauern ärgern, wenn es der Gesundheitsminister zahlt!), daß diese Kosten wegkommen.

Zur Milchkontrolle will ich Ihnen auch eines sagen: Das ist eine reine zusätzliche Abgabe, die die Züchter zu leisten haben. Kosten in der Steiermark: 28 Millionen 463 Schilling. Und wissen Sie, was die Bauern allein dazuzahlen? - 21 Millionen 463 Schilling!

Frodl

Zufriedenstellender Rinderabsatz bei den Zuchtvielmärkten. – Schauen Sie sich einmal an, was bei diesen Vorbelastungen noch unter dem Strich bleibt!

Und jetzt vielleicht noch zur Milch als solcher. Ich habe vorhin gesagt, viele Bauern haben aufgehört. Der Andrang auf dem Markt war sehr stark, weil manche gesagt haben: Weg mit dem Vieh, das bringt nichts mehr, das ist nur ein D'raufzahlergeschäft. 580 Millionen sind abgezogen worden. Und in meiner Molkerei in Leibnitz schaut das so aus: Ein Fünftel der Milchlieferanten haben überhaupt aufgehört, 1 306 000 Liter sind unterliefert worden. 664 000 S hat der Landwirtschaftsminister den kleinen Grenzlandbauern abgenommen, die überliefert haben. Wir haben weniger Milch geliefert, als wir auf Grund der Richtmenge hätten liefern dürfen. Und die paar Kleinen, die mehr geliefert haben, haben 664 000 S gezahlt. Sie reden von Kleinbauern helfen, Bergbauern helfen, Grenzlandbauern helfen. – Genau dieser Gruppe haben Sie diesen Betrag abgenommen! Da ist nicht ein Lieferant dabei, der im Tag 50 Liter liefert. Überprüfen Sie die Molkerei. *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber gerade denen ist es abgenommen worden.

Sie als Abgeordnete können nichts dafür, weil Sie ja gar nicht im ländlichen Raum agieren, aber der Minister müßte es wissen! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Pfeifer: Kollege Frodl, hat Ihre Partei jetzt zugestimmt oder nicht?)* Herr Pfeifer, reden wir hinterher, ich muß mich beeilen, sonst kommen wir nicht zurecht. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen zu dem, was sich auf dem Schweinesektor abspielt, eine Spezialsparte vom Herrn Staatssekretär. Wie unklar und – ich möchte fast sagen – zwiespältig Ihre Politik ist: Am Montag haben wir in der Landeskammer in Graz Vollversammlung gehabt. Dort hat der sozialistische Landeskammerrat gewettert über die Mengen, die heute auf Grund des Gesetzes an Mast- und Mutterschweinaplätzen zur Verfügung gestellt werden. Bei den Verhandlungen hier hat Herr Staatssekretär Schober gesagt, nur 1 000 Stück Mastplätze wären richtig. 1 000 wären richtig! Die ÖVP hat einen Antrag auf 240 gestellt. Was wollen wir denn? – Daß diese Einnahmequelle nicht industrialisiert wird, daß eine breite Masse der Bauern – so haben Sie das heute immer zum Ausdruck gebracht – auf diesem Gebiet noch Einnahmen hat. Der Staatssekretär schlägt 1 000 vor. Wir wissen, daß er selbst ein großer Schweinezüchter ist. Er sitzt auf der Regierungsbank, er müßte hergehen und sagen: Wenn wir dort solche Probleme haben, so habe ich das wirklich nicht notwendig und gebe die

Schweine weg. Ich bin überzeugt, daß er mit dem Dienstwagen zwei- oder dreimal pro Woche nach Kärnten fährt und schaut, ob seine Schweinderln auch alle gesund sind. Das ist auch ein Problem. Denken Sie in Ihren eigenen Reihen nach, was dort richtig und letzten Endes falsch ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Nun zu einem anderen Kapitel, zum Flußbau. Dort stellen wir fest, daß es im Ordinarium immer weniger wird und die Mittel nur mehr aus dem Katastrophenfonds genommen werden. Dazu sage ich auch: Das halten wir nicht für richtig, weil wir den Katastrophenfonds für völlig andere Zwecke damals hier beschlossen haben, also nicht, daß damit der notwendige Flußbau und die Regulierungen, die der gesamten Bevölkerung zugute kommen, finanziert werden. Ich hätte gemeint, daß man auf alle Fälle darüber nachdenkt.

Um noch eines würde ich den Landwirtschaftsminister bitten – ich bin sehr artig –, und zwar daß er den Flußbau nicht immer verhindern läßt durch die Naturschutzbeamten, durch die Fischereigesetze und überhaupt durch die Fischer. Menschen sind in Gefahr, Flächen werden ruiniert, und wenn endlich die Zustimmung gegeben wird, daß ein Stück reguliert werden kann, dann heißt es einfach: Es geht leider nicht, weil die Naturschützer und die Fischereien dazu noch nicht ja gesagt haben.

Ich bin schon bald über der Zeit. Ich möchte nur noch ein paar Worte über die Grenzlandförderung sagen. Bei der Milch können Sie das Grenzland fördern. Denken Sie darüber nach, was ich Ihnen gesagt habe, nämlich daß man nicht armen Grenzlandbauern etwas wegnehmen sollte. Ich würde Ihnen raten, einmal zu einer Sammelstelle hinzugehen, damit Sie erleben, wenn die Bauern mit 10 l oder 15 l Milch ankommen, was Sie dort alles hören. Aus diesem Grund hätte ich gemeint, daß die Grenzlandförderung und auch die gesamte Bergbauernförderung besser sein müßten.

Zur Bergbauernförderung möchte ich auch einige Worte sagen. Herr Minister! Die österreichische Bergbauernvereinigung war in meiner eigenen Gemeinde und hat sich dort betätigt. Ich darf Ihnen sagen: Mir ist damals alles hochgekommen. Ein paar Leute sind erschienen, auch ein Dr. Scheer und ein Franz Rohrmoser. Kein einziger Bauer war dort. Es ist gar keiner gekommen, weil niemand glaubt, daß dort irgend etwas Konstruktives geschieht. Diese beiden versprochen dort, sie hätten 20 Millionen Schilling von der Bundesregierung auszuschütten, wenn die Bauern zum Beispiel Hopfenanbau betreiben würden. Die armen Menschen haben nicht gewußt, daß bei uns der Hopfen daheim ist und daß die Leute schon mit der

Frodl

Hopfenproduktion aufhören. Wenn bei uns nicht Bloche verkauft werden kann, so sollen die Bauern als Nebenerwerb Spielzeug aus den Blochen machen. Ein Tischler war auch dabei, der sagte: Ja Fensterstöcke könnte man machen, das wäre auch ein Einkommen für dieses Gebiet.

Ich darf Ihnen dazu nur sagen: Mir haben die Leute leid getan. Aber dann hat mich dies zu ärgern angefangen. Solche Leute, die fachlich überhaupt nicht ausgebildet sind und keine Legitimation von irgendeinem Gremium haben, bekommen 20 Millionen Schilling und wollen sie in unserem Gebiet verteilen.

Aber das Schönste kommt noch: Wir haben aus Wien sehr viele Zuwanderer. Sie gehen in die leeren Keuschen hinein, die schon entsiedelt worden sind. Sie sind schon nachmittags eingeladen und alle registriert worden. Ich glaube, daß diese Leute der Longo-Mai-Gruppe angehören. Sie siedeln sich in sehr starkem Maße bei uns an und sind praktisch von den Herren Rohrmoser und Dr. Scheer am Nachmittag registriert worden, und zwar wahrscheinlich als Bergbauern, daß die dort letzten Endes gefördert werden.

Zu unserem Agrarsprecher Riegler sagt man: Nicht einen Schilling für die Landwirtschaft!, und dort geht man einfach her und gibt Leuten, die keine Ahnung von dem ganzen Geschehen haben, einen Betrag von 20 Millionen Schilling, damit sie ihn verteilen. Die Bauernschaft soll zersplittert werden, und das ist Ihr Werk. *(Widerspruch bei der SPÖ.)*

Ich bin schon am Ende. Ich möchte zum Schluß kommend sagen: Der Bundespräsident hat sich bei der Jubiläumsveranstaltung der steiermärkischen Landeskammer gefreut, daß die Bauern so produzieren, daß die Österreicher einen gut und richtig gedeckten Tisch haben. Letzten Endes – und das muß ich dazusagen – ist das eine schwere Arbeit, wofür die Bauern von seiten der Bundesregierung sehr schlecht bedankt werden.

Es ist nicht so, wie das heute hier Redner der sozialistischen Fraktion zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben eine kleine Überproduktion, sie ist im Verhältnis gar nicht groß. Es wäre Aufgabe des Landwirtschaftsministers, diese Waren anständig zu verkaufen, denn dann würde er für uns auch eine anständige Agrarpolitik machen und nicht, so wie er es tut, der Parteipolitik den Vorrang geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gärtner.

Abgeordneter **Gärtner (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren!

Zu meinem Vorredner, dem Abgeordneten Frodl, darf ich nur sagen: Die ÖVP hat der Milchmarktordnung zugestimmt, aber Sie machen trotzdem hier ein solches Donnerwetter. Vor ein paar Tagen haben wir uns über den Härteausgleich geeinigt, und ich verstehe also nicht, warum Sie sich hier so alteriert haben. *(Ruf bei der ÖVP: Fragen Sie den Minister, der sagt es Ihnen genau!)* Ich verstehe auch nicht, warum Sie von der ÖVP heute Staatssekretär Schober und den Bundesminister so attackiert haben. Diese beiden sind doch Tag und Nacht für unsere Bauern unterwegs. *(Beifall bei der SPÖ. – Ruf bei der ÖVP: Man muß ja nicht zuhören!)*

Meine Damen und Herren! Wir sollten doch zur Sachlichkeit zurückkehren. Die Abgeordnete Rochus hat heute festgestellt, daß der Bundesminister ein Verhältnis zu den Beratungskräften hat, das sehr fragwürdig ist und von der politischen Seite her gesehen werden muß. Ich würde sagen, das ist eine echte Unterstellung, ja fast eine Ungeheuerlichkeit.

Anscheinend haben Sie zuwenig Argumente, weil Sie immer nur die Personalfragen anziehen. Die Angestellten müssen herhalten, die Schüler müssen herhalten und die Beamten müssen herhalten in Ihrer Argumentation. Ich möchte einen Zwischenruf hier auch noch erwähnen, der von Ihrer Seite gefallen ist. Als die Abgeordnete Rochus das Bild mit den tüchtigen jungen Leuten von der Landjugend vorgezeigt hat und hier festgestellt wurde, daß der Minister Haider mit fotografiert worden sei *(Abg. Ottilie Rochus: Staatssekretär!)*, ist der Zuruf „Abwertung“ gefallen. Dazu muß ich sagen: Das ist geschmacklos, meine Damen und Herren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Zum Herrn Abgeordneten Haider darf ich nur feststellen: Seine Ausführungen wären recht interessant gewesen, wären sie nicht mit so vielen Untergriffen behaftet. Ich würde ihm sonst wesentlich lieber zuhören.

Der Abgeordnete Remplbauer hat richtigerweise gesagt, wir sollten auf kraftvolle Verbalakte verzichten. Meine Damen und Herren, ich darf versuchen, sachlich die Leistungen der sozialistischen Regierung aufzuzeigen, die sie in letzter Zeit für unsere Bauern getätigt hat. Wir sollten sicherlich hier keinen Krieg führen, sondern sachlich miteinander reden.

Meine Damen und Herren! Wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, daß die Schwierigkeiten, die uns die Produktionsüberschüsse in der Agrarwirtschaft bereiten, eine Folge der traditionellen Agrarpolitik sind. In den vierziger und fünfziger Jahren war es ein Gebot der Stunde, Versorgungspolitik und Einkommenspolitik in

Gärtner

der Landwirtschaft zu betreiben und volkswirtschaftliche Ziele anzustreben, so wie etwa, um nur einige zu nennen, die Erhöhung des Selbstversorgungsgrades mit Nahrungsmitteln oder die kostengünstige Produktion beziehungsweise die Rationalisierung und Intensivierung der Produktion, um die Einkommen in der Landwirtschaft zu erhöhen, oder die Erhaltung eines breiten bäuerlichen Berufsstandes und eines Arbeitskräftepotentials mit möglichst produktivem Einsatz.

Mit dem Ende der fünfziger Jahre beginnt dann der Aufbau dessen, was wir heute als traditionelle Agrarpolitik bezeichnen und wozu wir die Einrichtungen der Marktordnung bei Milch und Brotgetreide und in etwas gelockerter Form auch bei Fleisch zählen müssen.

Den Abschluß dieser Entwicklung finden wir mit dem Inkrafttreten des Marktordnungsgesetzes 1958.

Dazu kommt der Aufbau einer Einkommenspolitik, die sich an den Erzeugerpreisen orientiert und sich so manifestiert, daß der bäuerliche Berufsstand ein familienbezogenes freies Unternehmertum bleiben soll.

Hier setzt aber auch der Aufbau einer betriebsbezogenen, intensivierungsorientierten Förderungspolitik ein, meine Damen und Herren, und damit tritt die Landwirtschaft in den sechziger Jahren in die Phase der strukturellen Überschüsse, die bisher überhaupt noch kein Problem waren.

Es wurde eine Produktionsdynamik ausgelöst, die durch ertragsteigernde Technologien, wie etwa Mineraldünger, leistungsfähigere Pflanzensorten und Viehrassen, intensivere Bodenbearbeitung und -bewässerung mit der geringeren Dynamik der Nachfrage bereits Probleme anzeigte.

Es traten strukturelle Überschüsse auf, denen gegenüber das agrarpolitische Instrumentarium in der Phase der ÖVP-Regierung schlecht reagierte. Wir erinnern uns, daß damals die Erzeugerpreise der Bauern gesenkt wurden.

Die Folge dieser Preissenkung war dann, Hohes Haus, eine Intensivierung und Ausdehnung der Produktion, die mit Angebot und Nachfrage immer weniger übereinstimmte.

Ein Beispiel, diese schwierige Situation in den Griff zu bekommen, war die Mengensteuerung am Milchmarkt, wie sie seit 1. Juli 1978 existiert. Ein Erfolg der sozialistischen Agrarpolitik! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe schon erwähnt, daß wir einvernehmlich die Härten in einer Novelle ausgleichen konnten. Der Bundesminister hat heute erwähnt,

daß er auch dabei ist, auf dem Getreidemarkt Ordnung zu machen, und Sie alle werden aufgefordert, meine Damen und Herren von der rechten Seite, tatkräftig daran mitzuhelfen.

Vielleicht darf ich doch auch einige Bemerkungen zur Bergbauernförderung machen.

Die Einkommensentwicklung ist selbstverständlich, wie heute schon erwähnt wurde, durch regional starke Disparitäten gekennzeichnet. In den Produktionsgebieten des Alpenvorlandes, des nordöstlichen Flach- und Hügellandes ergaben sich selbstverständlich die höchsten Gesamteinkommen. Das Kärntner Becken weist dagegen ein Gesamteinkommen je Betrieb von 166 000 S auf und liegt sicherlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Ein weiterer Aspekt der differenzierten Einkommensentwicklung ist die Tatsache, daß die Landwirte in Gebieten mit Intensiv-Landwirtschaften ein Durchschnittseinkommen erreichen, das weit über dem Einkommen eines Industriearbeiters liegt. Das muß man auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Und, meine Damen und Herren, die Einkommen in der Landwirtschaft. Sicherlich sind sie noch nicht hoch genug, und es wird aller Anstrengungen bedürfen, die Situation zu verbessern, aber je Familienarbeitskraft ist immerhin in den letzten acht Jahren eine reale Steigerung von 42,3 Prozent erreicht worden, und auf das Gesamteinkommen eines Betriebes entfällt im selben Zeitraum eine reale Steigerung von 33,5 Prozent.

Meine Damen und Herren! Es ist ein wesentliches Anliegen der sozialistischen Agrarpolitik, die Einkommensunterschiede durch Anhebung der niedrigen Einkommen zu verringern.

Der Herr Abgeordnete Haider hat folgendes Beispiel gebracht, er hat nur nicht dazugesagt, wo es herkommt: ÖVP-Bauernbund-Leute haben in Versammlungen, als sie festgestellt haben, wie schlecht es allen Bauern geht, die Rechnung so gemacht, daß sie die Statistik hergenommen und die höchsten und niedersten Einkommen addiert und durch zwei dividiert haben. Da kommt natürlich ein Betrag heraus, der sicherlich nicht erfreulich ist. Nicht dazugesagt hat man aber, daß 1 230 der reichsten österreichischen Bauern etwa soviel verdienen oder einnehmen wie 60 000 der ärmsten Bauern. Das sind die, die oben in der Zone 3, in der Zone 2 und auch in der Zone 1 arbeiten müssen, damit sie sich erhalten können. Das soll auch einmal hier festgestellt werden.

Es ist heute schon gesagt worden, daß die Zuschüsse erheblich angehoben worden sind

Gärtner

und daß es im Jahre 1980 6 000 beziehungsweise 5 000 S und in der Zone 2 2 500 beziehungsweise 1 500 S geben wird. Dazu müssen wir sagen, daß das doch ein beachtlicher Fortschritt auf der Linie der Hilfe für die Bergbauern ist. Es ist nicht so, Herr Abgeordneter Murer, wie Sie gesagt haben, daß wir in der Bergbauernhilfe die Sache nicht im Griff haben, wir haben sie sehr wohl im Griff.

Der Bundesvoranschlag 1980, meine Damen und Herren, wird für die Bergbauern um 10 Prozent mehr zur Verfügung haben als 1979, und die Maßnahmen des Bergbauern-Sonderprogramms stellen einen wesentlichen Beitrag, und das erkennen wir neidlos an, zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft in höheren Regionen dar.

Daß aber hier noch verschiedene andere Hilfen bereitstehen, darf ich auch noch erwähnen. Für die Bergbauernverwertungszuschüsse stehen 55 Millionen zur Verfügung, 120 Millionen sind bereit für einzelbetriebliche Investitionsförderung, 250 Millionen Schilling für die Verkehrserschließung und 10 Millionen Schilling für den Telefonausbau. Das sind doch alles Dinge, die man doch endlich einmal von seiten der ÖVP zur Kenntnis nehmen sollte. Es ist ja nicht so, wie Sie immer sagen, daß für die Bauern nichts getan wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein paar Worte noch zur Grenzlandförderung. Die Förderung benachteiligter Regionen ist neben dem Bergbauern-Sonderprogramm vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft im Jahr 1974 ins Leben gerufen worden. Man hat in Niederösterreich begonnen und später Oberösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten mit einbezogen.

Die Finanzierung der Grenzlandförderung erfolgt in der Weise, daß die Beihilfen zu 50 Prozent vom Bund an das betreffende Bundesland geleistet werden. Die Zuschüsse zu den Agrar-Investitionskrediten werden ausschließlich aus Bundesmitteln getragen. Für das gesamte Bundesgebiet betragen die Beihilfen für 1980 85 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, das ist auch ein Betrag, mit dem man etwas anfangen kann.

Die Förderungsmittel haben im Bundesvoranschlag 1980 eine wesentliche Steigerung erfahren und beweisen – und das möchte ich hier besonders betonen – die Bauernfreundlichkeit dieser sozialistischen Regierung.

Zwischen 1974 und 1978 konnten aus diesen Mitteln Förderungsleistungen erzielt werden, wie 376 km Güterwegebau. Im Rahmen der agrarischen Operationen wurden 448 km Wege und die notwendigen Folgemaßnahmen fertiggestellt, und die Verstärkung von 308 km

elektrischer Leitungen und die Errichtung von 200 Trafos sind doch immerhin Leistungen, die man anerkennen müßte.

Nun darf ich einige Zahlen zu Kärnten sagen, weil der Abgeordnete Deutschmann an den Herrn Bundeskanzler einen Brief geschrieben hat, in dem er sich beklagt, daß gerade diese Region so wenig bedacht ist.

Sicherlich ist es nicht genug, Herr Abgeordneter Deutschmann – da stimme ich Ihnen zu –, aber ich darf doch sagen, daß von 1975 bis 1978 an landwirtschaftlicher Regionalförderung 21,4 Millionen Schilling Bundesmittel gezahlt wurden, wovon 2 122 Betriebe Nutzen gehabt haben. *(Zwischenruf des Abg. Deutschmann.)* Ich sage Ihnen das gleich.

Für die Verkehrsaufschließung wurden 27,6 Millionen Schilling Bundesmittel aufgewendet, was 202 Hofanschlüssen genutzt hat.

Die agrarischen Operationen wurden mit 2,3 Millionen Schilling bedacht, wovon 17,5 km Wege errichtet wurden.

Die Elektrifizierung steht hier mit 2,6 Millionen Schilling, wobei es sich um 15 Trafos und 75 sonstige Anschlüsse handelt.

Herr Abgeordneter Deutschmann! Wir sollten das doch anerkennen.

Dazu kommen noch jährlich 5 Millionen Gaital-Sonderprogramm, das ja auch nicht vom Tisch zu wischen ist. *(Abg. Deutschmann: Das war ja früher auch, Herr Kollege Gärtner!)*

Herr Abgeordneter Deutschmann! Ich achte Sie sehr, aber ich habe gerade vorgestern ein Interview von Ihnen im Radio gehört, wobei Sie die Agrarpolitik der Regierung sehr gelobt haben. Ich habe mich persönlich darüber sehr gefreut. Sie haben nur festgestellt, daß eben für das Kärntner Becken ein bißchen zu wenig Geld da ist, die Grenzlandförderung müßte aufgestockt werden.

Wir werden miteinander den Bundesminister ersuchen, mit uns darüber zu reden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber so kann man es halt nicht machen: hier im Hohen Haus wettern und die Agrarpolitik der sozialistischen Regierung schlechtmachen und im Heimatland dann ganz andere Töne sprechen.

Auch in einer Zeitung – ich habe sie hier, die kann ich Ihnen vorlesen – steht ähnliches.

Ihr Freund, Herr Landesrat Bacher, hat ja auch festgestellt, daß mit der Kärntner Landesregierung auf agrarpolischem Gebiet eine gute Zusammenarbeit herrscht. Das nehmen wir sehr gerne zur Kenntnis. Sie könnten das Vorbild in

1706

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Gärtner

Ihrer Fraktion hier sein, einer, der zeigt, wie man zusammenarbeiten könnte. Bemühen Sie sich darum, Herr Abgeordneter Deutschmann! (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Es soll also auch erwähnt werden – etwas, was zwar nicht im ursächlichen Zusammenhang mit der Agrarförderung steht –, daß Kärnten durch eine Regierungsvorlage beziehungsweise einen Staatsvertrag doch jährlich 400 Millionen Schilling bekommen wird, die sicher nicht für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen werden. Aber für Kärnten wird sicher etwas getan.

Die Ziele der landwirtschaftlichen Grenzlandförderung sind also: in verstärktem Maße Förderungsmittel an leistungsfähige land- und forstwirtschaftliche Betriebe zu geben, sie zu erhalten, damit zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft und zur Sicherung der Besiedlungsdichte, was ja besonders wichtig erscheint, beizutragen.

Einige Worte darf ich vielleicht noch zum Preisausgleich sagen.

Die Förderungsmaßnahmen der Regierung haben zum Teil beachtliche Produktionsüberschüsse bewirkt, und zwar in manchen Bereichen sogar bis 80 Prozent. Für die Verwertung dieser Produktionsüberschüsse mußten beträchtliche Mittel aufgewendet werden. 1970 bis 1978 waren es – wenn ich richtig informiert bin – etwa 30 Milliarden Schilling, die für Preisstützungen und Interventionsmaßnahmen ausgegeben wurden.

Über die Beibehaltung dieser Subventionen in dieser Höhe ist angesichts der geänderten Bedingungen sicherlich nachzudenken.

Mit der reformierten Milchmarktordnung 1978 konnte eine Reduzierung der Milchproduktion gegenüber 1977 erreicht werden, und das wäre vielleicht ein Schritt in der Richtung, das abzubauen, was ich angedeutet habe.

Die Verwertungs- und Absatzmaßnahmen auf dem Milchsektor werden trotzdem im Jahre 1980 trotz der Reduktion der Überschüsse immer noch 1,6 Milliarden Schilling erfordern.

Sicherlich stimmt es, daß der Bund davon 1,1 Milliarden Schilling zahlt und das andere vom Produzenten aufgebracht werden muß.

Im Sommer 1979 sind seitens der Regierung, im Einvernehmen mit den Interessenverbänden der Landwirtschaft, neue qualitätsorientierte Produktions- und Absatzkonzepte für Getreide beschlossen worden. Der Minister hat heute darauf hingewiesen.

Der inländische Getreidemarkt – das hat heute noch niemand festgestellt, vielleicht ist die Zahl für die Bauern nicht so wichtig – wird

zusätzlich dadurch entlastet werden, daß ein Übereinkommen mit der UNO Österreich 20 000 t Getreide für Entwicklungsländer abnehmen wird, was den Bund im Budget 1980 immerhin 140 Millionen Schilling kosten wird.

Die Produktion von Rindern und Schweinen ist kräftig angestiegen und erfordert selbstverständlich einen entsprechenden Betrag für erhöhte Exportzuschüsse. Es sind 608 Millionen Schilling. Das ist ein Betrag, der wesentlich höher ist als der frühere.

Die Preisausgleiche für Futtermittel und Zucker möchte ich auch erwähnen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf aber abschließend feststellen, daß trotz des Sparbudgets der Regierung auf weiten Gebieten der Bergbauernförderung, der Grenzlandförderung und der Preisausgleiche diese sozialistische Regierung wesentliche Mehrbeträge vorgesehen hat, die von der Opposition doch endlich einmal wenigstens zur Kenntnis genommen werden sollten.

Herr Abgeordneter Peter hat vor einigen Tagen hier den Ausspruch getan: „Attackieren statt Arrangieren!“ (*Abg. Dr. Blenk: Peter sicher nicht!*) Ich würde die ÖVP auffordern: Drehen wir es um, arrangieren wir statt attackieren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gurtner.

Abgeordneter **Gurtner** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wäre natürlich reizvoll, auf eine ganze Reihe von Vorrednern einzugehen. Bei der Viertelstunde, die man mir genehmigt hat, kann ich mir das nicht erlauben.

Ich möchte aber doch eines tun: meinem Vorredner Gärtner kurz replizieren, weil er festgestellt hat, daß die Einkommen in der Landwirtschaft differenziert zu betrachten sind. Bitte sehr, das kann man auch tun. Dann darf man aber zu keinem Schluß kommen, denn dann müßte man das Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen auch getrennt behandeln, und da müßte man auch das Einkommen eines Generaldirektors dem eines Hilfsarbeiters gegenüberstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Tatsache ist, daß das Durchschnittseinkommen im vergangenen Jahr in der Landwirtschaft, von der Einkommensschere her betrachtet, wiederum zurückgegangen ist. Das ist allerdings nicht sehr erfreulich, und deswegen braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn wir heute die Regierung hier attackieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In

Gurtner

der heutigen Rednerschlacht sind schon viele Sparten und Bereiche der Landwirtschaft angesprochen worden. Ein Problem, das auch am Rande berührt wurde, möchte ich hier unter die Lupe nehmen, nämlich den Strukturwandel in der Landwirtschaft.

Österreich ist nun einmal ein Land mit kleinbäuerlichen Betrieben, mit einer kleinkarierten Struktur. Rund 80 Prozent unserer bäuerlichen Betriebe haben weniger als 20 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, und rund die Hälfte unserer Bauern bewirtschaftet ihre Höfe im Nebenerwerb.

Ich glaube, daß gerade die Regierungspolitik in den vergangenen Jahren in ihren Entscheidungen diese Berufsgruppe der Nebenerwerbsbauern viel zuwenig berücksichtigt hat.

Gerade die Arbeitsplatzpolitik muß auch für diese Gruppe der Bauern Vorrang haben.

Nur durch eine gezielte Förderung des gewerblichen Mittelstandes und der Industrie im ländlichen agrarischen Bereich können bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue möglichst dezentralisierte Arbeitsplätze dazugewonnen werden.

Auch in schwierigen Zeiten muß die Arbeitsplatzpolitik darauf Rücksicht nehmen, daß unsere Nebenerwerbsbauern eine Doppelfunktion haben, daß sie ihre Betriebe umgestellt haben und daß ein Zurück ohne Einkommensverluste für sie kaum möglich ist.

Der Nebenerwerbsbauer ist daher an seinem Arbeitsplatz genauso zu behandeln wie jeder andere Arbeitnehmer, und das gilt vor allen Dingen auch für die verstaatlichte Industrie, meine Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Viele Probleme sind hier noch offen. *(Ruf bei der SPÖ: Wo wird schlechter behandelt? Beweise! - Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Kollege! Zum dritten Male weise ich von dieser Stelle aus darauf hin, daß auf dem Sozialsektor, nämlich bei der Arbeitslosenversicherung, nach wie vor Diskriminierungen vorhanden sind. Der Nebenerwerbsbauer zahlt wie jeder andere Arbeitnehmer seine Sozialversicherungsbeiträge, sein Arbeitslosengeld ein. Es ist daher sicherzustellen, daß er im Falle der Arbeitslosigkeit so behandelt wird wie jeder andere Arbeitnehmer und daß ihm auch das Arbeitslosengeld ausbezahlt wird. Das ist derzeit nur dann der Fall, wenn sein Einheitswert unter 44 000 S liegt. Wir haben in diesem Haus mehrere Male eine Änderung beantragt. Immer wieder wurde dieser Antrag von der Mehrheit niedergestimmt.

Die neuerliche Erhöhung der Einheitswerte

durch die Regierung und die Situation am Arbeitsmarkt machen eine diesbezügliche Verbesserung unumgänglich notwendig. Ich werde ganz sicher nicht eher nachgeben, bis Verhandlungen eingeleitet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Vielzahl der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbauern haben wir in Österreich eine herrliche, dem Osten und Westen überlegene Agrarstruktur vieler Besitzender. Doch die klein- und mittelbäuerliche Struktur hat natürlich auch ihre Schwächen und Nachteile. Hunderttausende landwirtschaftliche Erzeuger stehen einigen wenigen mächtigen Einkäufern und Handelsketten gegenüber. Großmaschinen als Betriebsmittel werden für den einzelnen Bauern immer unrentabler. Bei Krankheit und Unfall kann die bäuerliche Familie den Ausfall der Arbeitskraft sehr oft nicht ersetzen. Nur durch die überbetriebliche Zusammenarbeit können die strukturellen Nachteile überwunden werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Unsere Genossenschaften praktizieren diesen Gedanken seit Jahrzehnten. Sie waren die ersten bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtungen, die vom Bauern geschaffen wurden, die dem Bauern gehören und die auch vom Bauern kontrolliert werden.

Ich kann unter Umständen die Kritik am Genossenschaftswesen von Seite der Regierung, der Regierungspartei verstehen. Nicht verstehen kann ich die Kritik von Seite der Freiheitlichen. Sie müßten doch wissen, daß viele unserer Genossenschaftsfunktionäre auch aus Ihrem Lager kommen. Daher wundert es mich, wenn hier Kritik geübt wird. Denn der Vorsitzende des Aufsichtsrates meiner Wahlgenossenschaft, die für meinen Bereich zuständig ist, gehört Ihrem Lager an, und er wird sich sicher nicht über diese Kritik gefreut haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Oder zweifeln Sie am gegenwärtigen Kontrollsystem bei den Genossenschaften?

Wenn Sie ehrlich sind, liebe Freunde, dann müssen Sie doch zugeben, daß man sich heute in Österreich eine Landwirtschaft ohne Genossenschaften als wirtschaftspolitischen und kontrollierenden Faktor kaum vorstellen kann.

Wir bejahen das Genossenschaftswesen als wesentlichen Faktor eines freien Wettbewerbes zwischen den Handelspartnern, weil wir genau wissen, daß dieser freie Wettbewerb einen unabdingbaren Bestandteil des wirtschaftlichen Fortschritts darstellt.

Aber unsere moderne Landwirtschaft wandelt nicht nur auf ausgetretenen Pfaden, sondern sie

Gurtner

hat in der überbetrieblichen Zusammenarbeit auch völlig neue Wege beschritten. Die Erzeugergemeinschaften, die bäuerlichen Mahl- und Mischgemeinschaften und vor allem die Maschinen- und Betriebshilferinge sind solche Formen moderner partnerschaftlicher Zusammenarbeit, die deswegen in den letzten Jahren einen so großen Aufschwung genommen haben, weil sie hervorragend geeignet sind, die zweifellos vorhandenen strukturellen Nachteile auszugleichen.

Fast 28 000 Bauern arbeiten in Österreich heute allein in den Maschinen- und Betriebshilferingen wahrhaft partnerschaftlich zusammen. Ich gebe schon zu, daß es ein kleines österreichisches Wunder ist, daß es in der Zusammenarbeit und im Zusammenwirken zwischen dem Landwirtschaftsministerium, vor allem zwischen den Beamten der zuständigen Abteilung, und der Präsidentenkonferenz, dem österreichischen Kuratorium für Landtechnik und den Beratungskräften unserer Landwirtschaftskammern gelungen ist, viele gesetzliche Hemmnisse abzubauen.

Wenn wir aber wollen, daß eine großzügige und schnelle Weiterarbeit einsetzen und weitergeführt werden soll – was sicherlich im Interesse aller wäre –, dann muß noch viel geschehen.

Herr Minister! Herr Staatssekretär! Der Herr Minister hat erst kürzlich hier in der Fragestunde auf eine Anfrage geantwortet, daß die Einrichtung eines hauptberuflichen Geschäftsführers in den Maschinenringen eigentlich das Ziel sein sollte und daß die Förderung in absehbarer Zeit auf diesen hauptberuflichen Geschäftsführer abgestimmt werden soll.

Ich weiß schon, Herr Staatssekretär, daß der hauptberufliche Geschäftsführer wesentliche Vorteile hat. Ich weiß aber auch, daß viele Nebenberufliche, die ja meistens selber einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaften, davor zurückschrecken, ganz einzusteigen, weil die Mittel der Geschäftsführerförderung, die zwar jetzt vorhanden sind, nirgends abgesichert wurden.

Ich wiederhole meinen Vorschlag aus der Fragestunde: Herr Minister! Herr Staatssekretär! Werden Sie dafür eintreten, daß die Förderungsmittel im Ausmaß von rund 50 Prozent der Gesamtkosten eines Geschäftsführers sichergestellt und durch ein Gesetz abgesichert werden?

Sie kennen das Gesetz zur Förderung der Landwirtschaft in Bayern. Dort werden diese Leute mit 80 Prozent gefördert. Wir wären schon zufrieden, wenn die 50 Prozent auch gesetzlich abgesichert werden.

Dr. Mannert hat erst kürzlich in einer Studie,

die Ihnen sicherlich auch bekannt ist, den Nachweis erbracht, daß durch die Zusammenarbeit in den Maschinenringen der Förderungsnutzeffekt wie 1 zu 6 ist. Das ist der höchste Wirkungsgrad, den wir uns überhaupt für eine Förderung vorstellen können. Daher glaube ich auch, daß mit meinem Vorschlag, diese gesetzliche Absicherung durchzuziehen, nicht zuviel verlangt sein kann.

Ein Problem, das ich Ihnen, Herr Staatssekretär, schon sehr oft vorgetragen habe, ist immer noch offen, nämlich die Frage des geteilten Mehrwertsteuersatzes.

Sie wissen, daß die buchführungspflichtigen Betriebe für die Arbeit, die sie überbetrieblich verrichten, 18 Prozent Mehrwertsteuer kassieren und abführen müssen und daß die pauschalisierten Betriebe eben nur 8 Prozent einzuheben haben. Die Bestimmung behindert unsere Zusammenarbeit ganz gewaltig.

Ich stelle daher die Forderung auf: Machen wir einen allgemeinen achtprozentigen Mehrwertsteuersatz für alle Arbeiten, die überbetrieblich in der Landwirtschaft verrichtet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß die Telefonversorgung in vielen ländlichen Bereichen noch zu wünschen übrig läßt, wissen sicherlich auch viele Ihrer Abgeordneten, die draußen am Lande daheim sind.

Ich weiß auch, daß bei uns in Österreich das Telefonieren überdurchschnittlich teuer ist, wenn wir zum Beispiel nur die Bundesrepublik Deutschland zum Vergleich heranziehen. Es sind heuer wieder aus den Erträgen der Telefongebühr 450 Millionen Schilling dem Budget zugeführt worden. Mit nur einem Teil dieser Mittel hätte man den Ausbau gerade im ländlichen Bereich ganz wesentlich stärker forcieren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zusammenfassend feststellen: Die Landwirtschaft in Österreich besteht in der Mehrheit aus klein- und mittelbäuerlichen Betrieben mit all den Schwierigkeiten und Problemen in der Technisierung, mit den Problemen in der Produktion und in der Vermarktung.

Dazu kommt, daß im Streben nach einem besseren Lebensstandard, aber auch unter den Auswirkungen der technischen Revolution und, bitte sehr, auch unter finanziellem Zwang eine weitere Umschichtung vom Vollerwerb hin zum Nebenerwerb im Gange ist.

Diese Situation und der Strukturwandel im ländlichen Bereich müßten eigentlich eine unerhörte Herausforderung für die Regierung darstellen. Denn nur ein Zusammenwirken zwischen einer dynamischen Preispolitik, einer

Gurtner

zukunftsorientierten, chancengleichen Marktpolitik, einer gerechten Sozialpolitik und ein forciertes Vorantreiben aller Bereiche der überbetrieblichen Zusammenarbeit könnten sicherstellen, daß auch in Österreich Bauer bleiben kann, wer Bauer bleiben will. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Staatssekretär Schober. Bitte.

Staatssekretär im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft **Schober:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte die diesjährige Debatte über die Agrarpolitik und das Landwirtschaftsbudget 1980 auch heuer wieder gerne zum Anlaß nehmen, um in Ergänzung zu den Ausführungen des Herrn Bundesministers Haiden auf einige mir wesentlich erscheinende Sachverhalte und Aspekte etwas näher einzugehen.

Ich habe mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, im zu Ende gehenden Jahr vor allem darum bemüht, praxisingerechte Neuerungen in die Förderungsrichtlinien einzubauen, die Weiterentwicklung der überbetrieblichen Maschinenverwendung in Form der Maschinenringe entsprechend zu fördern, die Arbeiten in der Maschinenpreiskommission voranzutreiben, um im Rahmen des Bäuerinnenkomitees wichtige Fragen der Bäuerinnen zu beraten, den Problemen der Alternativenenergien und vor allem auch des Energiesparens das entsprechende Augenmerk zu widmen und vor allem in Gesprächen und Veranstaltungen mit der österreichischen Bauernschaft unsere gemeinsamen Probleme zu diskutieren und sich daraus ergebende, entsprechende Maßnahmen, so sie im Rahmen unserer Möglichkeiten gegeben sind, auch durchzuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, gar nicht verschweigen, daß das Jahr 1979 für manche der bäuerlichen Betriebe in Österreich, und zwar auf Grund der Witterungsbedingungen, große Schwierigkeiten mit sich gebracht hat. Dazu ist noch gekommen, daß wir, international gesehen, zum Teil angespannteste Märkte gehabt haben. Ich glaube aber, daß deshalb die Erfolge, die unser Ressort mit seiner Agrarpolitik erreicht hat, die in einem höheren Lebensstandard der bäuerlichen Familien, vor allem aber auch in einer größeren sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit dieser bäuerlichen Familien gipfeln und ihren Ausdruck fanden, umso höher zu bewerten sind.

Ich darf Sie auf einige wichtige Maßnahmen hinweisen und darauf näher eingehen. Die Maschinenringe haben sich seit dem Jahre 1970, insbesondere aber seit dem Jahre 1976, als sie auf eine völlig neue Basis gestellt wurden, sehr

günstig entwickelt. Unsere klein- und mittelbäuerlichen Betriebe brauchen einfach diese Form der Maschinenverwendung in einer Zeit, wo uns die Industrie immer größere, immer stärkere und leistungsfähigere und natürlich auch immer teurere Maschinen anbietet. Hier ist es nur dann sinnvoll, diese zu verwenden, wenn es überbetrieblich geschieht. Unsere Betriebe haben nicht immer die Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Maschineneinsatzes, wenn sie das im eigenen Hof alleine tun. Hier muß man einfach den Weg zum Nachbarn finden.

Insbesondere kommt ja im Rahmen der Maschinenringe der gegebenen Kostensenkung die allergrößte Bedeutung zu, neben der Arbeitsentlastung, die eine solche überbetriebliche Maschinenverwendung mit sich bringt und die vor allem eine Arbeitsentlastung der Bäuerin ist, hier vor allem wiederum im Nebenerwerbsbetrieb.

Seit 1970 haben wir hier ein Förderungsvolumen von 25 Millionen Schilling, und allein im Jahre 1979 waren es 6,4 Millionen. Darf ich Ihnen das letzte Förderungsvolumen jenes Jahres nennen, wo Sie von der ÖVP dieses Budget gemacht haben, es war im Jahre 1970. Dort waren es 250 000 S! *(Ruf bei der ÖVP: Wie ist das Belastungsvolumen?)* Daß sich die Zahl der Maschinenringe auf Grund dieser intensiven Förderung auch entsprechend gut entwickelt hat, nimmt nicht wunder, und zwar nahm die Anzahl der Mitglieder auf das Sechsfache zu. Derzeit sind es 27 500 Mitglieder. Ich glaube, daß diese Steigerung ganz besonders eindrucksvoll ist *(Beifall bei der SPÖ)* und uns motivieren sollte, in dieser Richtung gemeinsam fortzusetzen.

Hier haben wir einige regionale Schwierigkeiten, was ich insbesondere deshalb bedaure, weil es meistens so ist, daß wirklich in jenen Gebieten, wo wir nicht jene Einflußmöglichkeiten haben, auch diese Schwierigkeiten vorhanden sind. *(Abg. Dr. Blenk: Wer „wir“? Die Regierung!)* Das ist etwas, was sicher im gemeinsamen Interesse geändert werden sollte. Es ist klargestellt durch das Budget 1980, das im landwirtschaftlichen Teilbereich heute hier beschlossen werden wird, daß wir diese Förderung auch im kommenden Jahr fortsetzen werden.

Herr Abgeordneter Gurtner! Uns ist natürlich das Problem der nebenberuflich geführten Maschinenringe sehr genau bekannt. Sie kennen meine Stellung dazu. Auch ich bin der Meinung, daß es wichtig ist, in jenen Regionen, die einfach zu klein sind, daß sie einen hauptberuflichen Geschäftsführer auch tragen können, zumindest noch für eine größere Übergangsphase den nebenberuflich geführten

1710

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Staatssekretär Schober

Maschinenringen eine entsprechende Förderung zukommen zu lassen.

Zu dem ebenfalls von Ihnen angezogenen Problem des geteilten Mehrwertsteuersatzes: Hier ist es so, daß wir uns an das Finanzministerium gewandt haben. Ich verstehe auch die Argumentation des Finanzministeriums, das einfach eine Durchlöcherung dieses Prinzips nicht will und das darauf hinweist, daß ja jeder Landwirt in seiner Entscheidung frei ist, nämlich so, daß er auf die Pauschalierung verzichten kann, daß er buchführender Landwirt ist und dann die eingekaufte Mehrwertsteuer auch weiter verrechnen kann.

Ich habe mich dazu bekannt, das gestehe ich offen, daß es hier eine Änderung in jenem Sinne auch gibt, der von Ihnen heute hier vorgeschlagen wurde.

Meine verehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Kostensenkung kommt der Bundesmineralölsteuerrückvergütung eine sehr wichtige Funktion zu. Im Jahre 1979 wurden an 263 000 Betriebe 746 Millionen Schilling ausbezahlt. Diese Summe lag damit höher als der gesamte Grüne Plan des Jahres 1967 unter Einschluß aller Förderungen und unter Einschluß auch der Bundesmineralölsteuerrückvergütung, die damals eine Förderung war und nicht eine gesetzliche Maßnahme, wie es jetzt der Fall ist. Im Jahre 1969 lag sie nur unwesentlich unter diesem Grünen Plan. Damit kann ich sehr gut aufzeigen, wie sehr wir uns gerade auf diesem Gebiet bemüht haben.

Manchmal wird die Forderung gestellt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung sogenanntes gefärbtes Diesel-Heizöl für ihre Fahrzeuge verwenden könnte. Ich glaube, daß das eine sehr gefährliche Entwicklung wäre, und zwar einfach deshalb, weil damit im heurigen Sommer die Versorgung mit Diesel überhaupt in Frage gestellt worden wäre, wo Heizöl zum Teil überhaupt nicht am Markt war. Wenn man in der bäuerlichen Praxis tätig ist, dann weiß man, was das heißt, wenn man den Treibstoff, den man beim Anbau und bei der Ernte einfach unbedingt benötigt, nicht erhält. Ich glaube, daß die vorliegende Form der Förderung eine für uns Bauern wesentlich günstigere ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Diese Forderung von Ihnen, Herr Abgeordneter Hietl, wird meines Erachtens aus rein parteipolitischen Gründen erhoben. *(Zustimmung bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Hietl.)*

Die Maschinenpreiskommission tagt im Ressort unter meinem Vorsitz. Ich glaube, daß das auch deshalb eine sehr wichtige Kommission ist, weil sie den Bauern bereits im jetzigen Jahr

günstigere Einkaufsmöglichkeiten bei den landwirtschaftlichen Maschinen gebracht hat.

Der Zeitwert der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, bezogen auf die reduzierte landwirtschaftliche Nutzfläche, betrug nach den neuesten Buchführungsergebnissen im Jahre 1978 im Bundesmittel zirka 15 000 S. Das waren 13,8 Prozent des gesamten in der Landwirtschaft investierten Betriebskapitals.

Dieser Wert lag - zu Ihrer Information - im südöstlichen Flach- und Hügelland mit 18 540 S am höchsten und im Hochalpengebiet mit 12 780 S am niedrigsten.

Der PS-Besatz je 10 Hektar ist in den letzten 20 Jahren um das Siebenfache auf 40 PS angestiegen, eine Entwicklung, die noch nicht zum Stillstand gekommen ist.

Trotz einer sehr leistungsfähigen inländischen Landmaschinenindustrie ist eine beachtliche Importtätigkeit zu verzeichnen - das haben wir in dieser Kommission ebenfalls festgestellt -, eine Entwicklung, die ich aus verschiedenen Gründen sehr bedaure, denn ich habe immer die Meinung vertreten, daß die österreichische Bauernschaft ohne jeden Zweifel gut beraten ist, wenn sie inländische Landmaschinen kauft und damit in diesem Bereich die optimale Arbeitsmarktpolitik dieser Bundesregierung unterstützt. Für uns Bauern kann es nicht uninteressant sein, ob die Arbeiter und Angestellten in unserer heimischen Landmaschinenindustrie Beschäftigung haben oder nicht. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Heinzinger.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fragen der Kosten und der Arbeitsentlastung in der Landwirtschaft waren mir im zu Ende gehenden Jahr ein besonderes Anliegen, und darüber wurde insbesondere in dem auch von der Frau Abgeordneten Rochus zitierten Bäuerinnenkomitee unter meinem Vorsitz sehr intensiv beraten.

Frau Abgeordnete! Ich bedaure es eigentlich noch immer, daß der Bauernbund* in dieses Komitee keine Mitglieder entsendet, denn ich glaube, daß es gut wäre, daß wir auf dieser Basis hier sprechen. *(Zwischenrufe der Abg. Ottilie Rochus und Hietl.)* Sie wissen, daß wir eine Einladung an Sie gerichtet haben.

Wenn das Bäuerinnenkomitee auch in der Öffentlichkeit zunehmend mehr Anerkennung findet, dann ist das darauf zurückzuführen, daß hier eben Bäuerinnen aus der Praxis ohne parteipolitische Absichten ihre Erfahrungen im Interesse der österreichischen Landwirtschaft wirken lassen. Und vielleicht wollen Sie das nicht und entsenden Sie deshalb, aus diesem Grund, in dieses Komitee keine Vertreterin.

Staatssekretär Schober

(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Dr. Jörg Haider.) Herr Abgeordneter Dr. Haider, ich werde auf Sie auch noch zu sprechen kommen, denn Sie haben hier Äußerungen von sich gegeben, die ohne jeden Zweifel nicht unwidersprochen bleiben können.

Wenn Sie, Frau Abgeordnete Rochus, heute hier unseren Bundesminister zitiert haben, der in einer Ausschusssitzung gemeint hat, daß ich einer der besten Staatssekretäre wäre und daß der Herr Bundesminister jedem anderen Ressortkollegen auch wünschen würde, einen solchen zu erhalten, so haben Sie diese Meinung eigentlich unwidersprochen gelassen. Frau Abgeordnete, darüber darf ich mich sehr herzlich freuen, daß Sie eine solche Meinung auch von mir haben. *(Zwischenruf der Abg. Ottilie Rochus. – Abg. Dr. Blenk: Sie sind der erste Staatssekretär mit diesem Selbstlob!)*

Daß Sie die „Agrarwelt“ einer sehr starken Kritik unterziehen, Frau Abgeordnete, das ist mir aus verschiedenen Gründen kein Rätsel, und zwar einfach deshalb: Diese „Agrarwelt“ hat sich innerhalb kürzester Zeit – drei Jahre erscheint sie – als ein besonderes landwirtschaftliches Fachblatt präsentiert, das von den Bäuerinnen und Bauern Österreichs einfach sehr gerne gelesen wird. Und vielleicht stört Sie nur eines: daß Sie nämlich nicht mehr den Alleinvertretungsanspruch in der öffentlichen Meinung haben, die Sie immer wahrgenommen haben durch die Zeitungen der Landeslandwirtschaftskammern! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Nun bieten wir der bäuerlichen Öffentlichkeit eine umfassende, eine sachliche Information, und das allein ist es, was Sie an der „Agrarwelt“ stört, und nichts anderes. *(Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich darf Ihnen mitteilen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich zur Landjugend ein sehr gutes Verhältnis habe – auch diese Agenden werden im Ressort von mir wahrgenommen –, und zwar wird mir das auch von Landjugendfunktionären immer wieder bestätigt. Es ist eine angenehme und eine zufriedenstellende Zusammenarbeit. *(Abg. Dr. Blenk: Sie sind der erste und einzige, der...!)*

Und was die Zeitschrift „Landjugend“ anbelangt, darf ich Sie, Frau Abgeordnete Rochus, darüber informieren, daß die Gesamtkosten im Jahre 1979 3,2 Millionen Schilling betragen haben. Davon hat der Bund immerhin 820 000 S übernommen, und das ist nun bei einer Auflage von 30 000 Stück sicherlich sehr viel.

Oder sind Sie vielleicht auch der Meinung, daß wir nicht das Verlangen stellen können, daß natürlich auch der Raiffeisenverband diese Zeitschrift fördern sollte, wenn er auf der

anderen Seite -zig Millionen Schilling für die Sportwerbung ausgibt oder auch für andere Maßnahmen? Ich habe nichts dagegen. Aber wenn ihm der Fußballsport etwas wert ist, muß doch dem Raiffeisenverband bei einem Umsatz von einigen Milliarden Schilling auch die Landjugend etwas wert sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Agrarförderung wurden im zu Ende gegangenen Jahr verschiedene neue Akzente gesetzt, und zwar alle im Hinblick darauf, daß es gilt, die vorhandenen alternativen Produktionschancen zu nutzen. *(Abg. Dr. Blenk: Heute wurde der Schober zum erstenmal gelobt und das von der Regierungsfraktion!)*

Ich darf die Förderung der Dammtierhaltung und die Prämien bei der Mutterkuhhaltung ganz besonders erwähnen, weil sie im ländlichen Bereich einfach eingeschlagen haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Im Jahre 1980 ist sichergestellt, daß es zu einer Weiterführung dieser bewährten Initiativen kommen wird.

Wir werden allerdings die Telefonförderung nach den ersten Erfahrungen, die wir hier nach einer einjährigen Wirksamkeit haben, entsprechend verbessern.

Und es ist auch an eine eigene Aktion für die Schafhaltung gedacht, die vor allem in den Berggebieten eine besondere Bedeutung hat.

Lassen Sie mich doch einige Worte auch zum biologischen Landbau sagen.

Ich glaube, daß wir diese Entwicklung beachten müssen, um zu versuchen, daß wir sie in die erwünschte Richtung lenken.

Ich glaube, daß der biologische Landbau wertvolle Denkanstöße für die konventionelle Landwirtschaft ergibt, und deshalb denken wir auch an eine Förderung von Lehrbetrieben.

Ich habe mich immer dazu bekannt, daß das sicherlich kein Allheilmittel für die gesamte Landwirtschaft ist, er könnte aber für Hunderte, ja Tausende bäuerliche Betriebe vor allem in den Bergbauerngebieten eine gute zusätzliche Einkommensmöglichkeit ergeben, wobei eines natürlich auch zu beachten ist in diesem Zusammenhang, nämlich das, daß auch die Konsumenten dann die Gewähr haben müssen, daß es, wenn sie für diese Nahrungsmittel mehr bezahlen, auch tatsächlich naturnah biologisch erzeugte Nahrungsmittel sind. *(Zwischenrufe der Abg. Ottilie Rochus und Dr. Leitner.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! In diese Richtung gehen auch die zukunftsorientierten Initiativen des Landwirt-

Staatssekretär Schober

schaftsministeriums bei der Erarbeitung von Unterlagen im Bereiche von neuen Energiequellen und des Energiesparens. Vor einigen Wochen hat unser Ressort eine Energiesparfibel herausgebracht, die mit 35 000 Stück aufgelegt ist und den bauerlichen Familien sehr wertvolle Informationen bereitstellt. Wir werden sie über die Bezirksbauernkammern der bauerlichen Bevölkerung zur Verfügung stellen.

Und im Ressort, und zwar in der Bundes-Prüf- und Versuchsanstalt in Wieselburg, läuft auch eine Untersuchung über die Beimengung von Pflanzenöl zum Dieseltreibstoff. Technisch gibt es hier keine Probleme mehr, aber die Wirtschaftlichkeit ist leider nicht gegeben.

Ich glaube, daß die Wirtschaftlichkeit auch etwas ist, was eine entsprechende Beachtung finden muß. Auch wenn man vom Biospritprojekt spricht: Wenn man weiß, daß für die Erzeugung von 1 l Alkohol 2,6 kg Weizen oder 2,4 kg Mais notwendig sind, heißt das nämlich, daß allein der Rohstoffanteil bei einem unterstellten Weizen- oder Maispreis von 3 S - und das erhalten unsere Bauern dafür - 7,80 S oder 7,20 S im letzteren Fall ausmacht. Und das ist nun etwas, was nicht zugemutet werden kann. Wir wären sicherlich sehr schlecht beraten, wenn wir der Wirtschaftlichkeit diese notwendige Beachtung versagen würden.

Wir fördern weiters Biogasanlagen, und zwar in der Form, daß hier einige Pionieranlagen gefördert werden.

Lassen Sie mich auch einige Worte zu den Nebenerwerbslandwirten und zu den Zuerwerbslandwirten sagen. Sie wissen, daß sie auch in der österreichischen Landwirtschaft auf Grund der gegebenen Struktur vorhanden sind.

Wir haben auch im zu Ende gehenden Jahr diese Nebenerwerbslandwirte stärker, als es bisher der Fall gewesen ist, in die Förderungsmöglichkeiten, die sie in Anspruch nehmen können, eingebunden, wir haben den Multiplikationsfaktor auf 1,7 gesenkt. Ich darf daran erinnern, daß wir im Jahre 1970 einen solchen von 5 gehabt haben. Wir haben ihn vom letzten Landwirtschaftsminister, den Sie gestellt haben, übernommen, es war Dr. Schleinzner, und wir haben mit einem, glaube ich, auch aufgeräumt, nämlich daß heute ein Unterschied zwischen den Vollerwerbslandwirten und den Nebenerwerbslandwirten gemacht wird. Ich glaube, daß das richtig ist, weil wir ein Berufsstand sind, der sicher nicht geteilt werden darf.

Auch bei den Selbständigen ist es hier zu einer Verbesserung gekommen. Bei den Zuerwerbslandwirten nehmen wir nicht mehr 100 Prozent des Umsatzes, wie es in den Jahren

vorher der Fall gewesen ist, sondern nur mehr 70 Prozent.

Ich möchte eines auch noch betonen. Ich glaube nämlich, der absolute Schwerpunkt der Politik dieser Bundesregierung überhaupt ist es, daß wir uns mit so großem und unbestrittenem Erfolg um eine Politik der Vollbeschäftigung bemühen, die ganz besonders auch den Nebenerwerbslandwirten zugute gekommen ist (*Beifall bei der SPÖ*), weil es nämlich wirklich manchmal so ist: Wenn Arbeitsplätze freigesetzt werden oder freigesetzt werden müssen aus irgendwelchen Überlegungen, die ich nicht zu untersuchen brauche, sind es zumeist die Nebenerwerbslandwirte, die diese Arbeitsplätze als erste verlieren, weil man vielleicht auch von seiten der Gewerkschaft und von seiten des Betriebes aus nicht ganz unrichtig argumentiert, daß man nämlich sagt: Ein Arbeiter oder ein Angestellter, der zu Hause noch eine Landwirtschaft hat, wenn auch diese Landwirtschaft nur klein ist, braucht diesen so absolut sicheren Arbeitsplatz vielleicht nicht so notwendig wie jener Arbeiter und Angestellte, der diese zusätzliche Sicherheit nicht hat, der für eine mehrköpfige Familie sorgen und die Wohnung bezahlen muß. Der ist auf diesen Arbeitsplatz sicher mehr angewiesen. (*Beifall bei der SPÖ. - Abg. Hietl: Politischer Druck!*)

Herr Abgeordneter Murer, Sie haben an mich die konkrete Frage gestellt, ob ich Ihnen beantworten könnte, wie ich es meine, daß sich die Schere zwischen den bauerlichen Einkommen und den Einkommen jener Beschäftigten in den übrigen Wirtschaftsbereichen etwas geschlossen hat. Das kann ich Ihnen gerne nachweisen, und zwar sind - und das weisen der Grüne Bericht und alle statistischen Unterlagen nach - die bauerlichen Einkommen im Jahre 1978 stärker gestiegen, und zwar um 11 Prozent laut Grünem Bericht, während die der Unselbständigen eine Steigerung von nur 7 Prozent erfahren haben. Und deshalb meine Feststellung, daß sich die Schere zugunsten der österreichischen Bauern geschlossen hat. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.*)

Natürlich haben wir auch weiterhin das Problem der Disparität. Ich glaube aber, daß es unmöglich ist, das durch eine einseitige Preispolitik auszugleichen, sondern hier müssen Direktzuschüsse wirksam werden. Wir haben ja klargestellt, daß es im Rahmen unserer Bergbaupolitik auch im Jahre 1980 zu einer weiteren Erhöhung kommen wird, und zwar auf 5 000 beziehungsweise auf 6 000 S. Das Recht muß ich haben, daß ich die prognostizierten Einkommenseinbußen von 6,7 Prozent, die vom Institut für Agrarpolitik herausgegeben werden, einfach in Frage stelle.

Staatssekretär Schober

Ich glaube, daß wir den Grünen Bericht dieses Jahres abwarten müssen, weil er die einzige auf wirklich sachlichen Gegebenheiten fußende Einkommensdarstellung dieses Berufsstandes ist, und daß er im übrigen aus sehr durchsichtigen Motiven parteipolitisch motiviert ist, wobei hinzugefügt werden muß, daß man natürlich Einkommensvergleiche nur über einen längeren Zeitraum anstellen sollte, und zwar deshalb, weil er ansonsten ja die Ernteergebnisse, die einen wesentlichen Bestandteil des bäuerlichen Einkommens bilden, unberücksichtigt läßt. *(Abg. Graf: Tun Sie nicht polemisieren von der Regierungsbank!)*

Einige Worte muß ich auch zu den Ausführungen Ihres Klubobmannes, des Abgeordneten Peter, sagen, und zwar, weil er uns vorgeworfen hat, daß wir, so wie die ÖVP vorher, eine eingeeengte Sicht in der österreichischen Agrarpolitik hätten, und zwar dergestalt, daß wir die Rolle und die Aufgabe der Landwirtschaft nur darin sehen, daß sie einseitig auf die Ernährung des Volkes ausgerichtet ist.

Gerade das ist nicht richtig, und das muß ich zurückweisen. Denn gerade die Bauern und vor allem die Bergbauern sind es ja, die über diese Zielvorstellung bäuerlicher Arbeit hinaus dieses Land in Kultur erhalten. Es wäre ja die vielfältige Schönheit dieses Landes ohne bergbäuerliche Arbeit undenkbar.

Herr Abgeordneter Peter! Herr Abgeordneter Murer! Deshalb verwirklichen wir ja seit dem Jahre 1972 das Bergbauern-Sonderprogramm genauso wie seit einigen Jahren auch die Grenzlandförderung, die ja gezielt für diese Betriebe Geltung haben.

Und wenn der Herr Abgeordnete Peter die Meinung vertreten hat, daß die Gemeindezusammenlegungen in meinem Heimatland Kärnten für die bäuerlichen Betriebe, für die Landwirtschaft einen Nachteil gebracht hätten, so stimmt das nicht. Ich darf hinzufügen, daß die Freiheitliche Partei dieser Strukturverbesserung unserer Kärntner Gemeinden auch die Zustimmung gegeben hat. Erst jetzt ist es ja möglich, eine vernünftige Raumordnungspolitik im ländlichen Bereich zu machen, was vorher nicht möglich gewesen ist. *(Abg. Hietl: Als Sie noch bei der Freiheitlichen Partei waren, war das anders?)*

Weiters darf ich noch darauf verweisen, daß es natürlich finanzstarke Gemeinden leichter haben, in ihrem Bereich die Bauernschaft entsprechend zu fördern, zum Beispiel bei der Wegerhaltung; wenn ich das hinzufügen darf, daß das überall dort in einer vorbildlichen Form geschieht, wo sozialistische Bürgermeister auch für die Bauern die Verantwortung tragen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Peter! Wenn Sie die unbestrittene Abwanderung von 750 000 in den letzten 20 Jahren, die in der Landwirtschaft Beschäftigung gefunden haben, in Frage stellen, dann, Herr Abgeordneter, stellen Sie auch den Fortschritt in der Technik, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft in Frage, den wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen. Denn die, die aus der Landwirtschaft abgewandert sind, sind ja eingegliedert worden in die übrigen Wirtschaftsbereiche. Und ich muß an Sie die Frage stellen: Wollen Sie mit diesem Verlangen vielleicht das Landarbeiterproletariat der dreißiger, der vierziger und der frühen fünfziger Jahre wieder? Denn nichts anderes ist eine solche Forderung, wie sie hier von Ihnen gestellt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, das zukunftsweisende Buch eines der ersten Agrarexperten der EG, nämlich von Dr. Günther Tiede, zur Hand zu nehmen – der Titel lautet: „Europas grüne Zukunft“ – und die notwendige Beachtung diesem hervorragenden Werk zu schenken. Denn hier werden Entwicklungen aufgezeigt, die einfach im Interesse eines Industriestaates sind und sicher auch in Österreich Geltung haben werden.

Und nun einige Worte, Herr Abgeordneter Dr. Haider, zu Ihnen. Sie haben hier die Frage gestellt, ob wir von der Sozialistischen Partei daran glauben, was wir sagen, und das stimme Sie bedenklich. Bei Ihnen, Herr Abgeordneter Haider, bin ich überzeugt, daß Sie nicht daran glauben, was Sie gesagt haben, denn das ist völlig unmöglich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber in der Freiheitlichen Partei ist das ja bei Ihrer Ideologie sicherlich nicht verwunderlich, das darf ich auch sagen. In Ihrer Partei, Herr Abgeordneter Haider, wundert mich das nicht, das kommt ja in anderen Bereichen auch vor.

Und zu Ihrer sehr intelligenten Bemerkung über die Sauna darf ich noch folgendes feststellen: Sie befinden sich in einem solchen Argumentationsnotstand, daß ich mich gewundert hätte, wenn gerade Sie dieses heute hier nicht angezogen hätten. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Ing. Murer.)* Herr Abgeordneter Frodl! Sie haben die Schweineproduktion ... *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich gebe Antwort auf das, was ich gefragt wurde. Dieses Recht habe ich mir von allem Anfang an nicht nehmen lassen. *(Rufe bei der ÖVP: Skandal! – Gegenrufe bei der SPÖ.)*

Ich weiß schon, daß es Sie stört, daß hier auf der Regierungsbank auch ein Bauer ist, der sich von Ihnen nichts gefallen läßt. Das habe ich in der Vergangenheit so gehalten. In der Zukunft

1714

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Staatssekretär Schober

werde ich es nicht anders tun! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Staudinger: Und die SPÖ-Fraktion klatscht Beifall zu dieser Polemik! Wenn der Pittermann das erlebt hätte, würde er sich schämen! – Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Frodl! Sie haben die Schweineproduktion angezogen und gesagt, ich hätte bei den Verhandlungen gefordert, daß im Viehwirtschaftsgesetz die Bestimmung eingebaut wird, daß es jedem bäuerlichen Betrieb freigestellt wäre, 1 000 Mastschweine zu halten.

Das stimmt nicht! Ich habe vielmehr eine Jahresproduktion gefordert, und bei einem zweieinhalbmaligen Umtrieb von 400 Stück ergibt das eine Jahresproduktion von 1 000 Stück, die eben auch bereits jetzt als Obergrenze festgelegt ist. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Zu Ihrem Wunsch, Herr Abgeordneter Frodl, ich sollte meine bäuerliche Schweineproduktion aufgeben:

Erstens darf ich feststellen, daß die Kärntner Bauernschaft den Schweineüberschuß, den wir in Österreich haben und der uns die allergrößten Sorgen bereitet, nicht verursacht hat. Das hat Präsident Deutschmann im übrigen gestern in einem Gespräch mit mir auch klargestellt.

Im übrigen, Herr Abgeordneter Frodl: Staatssekretäre werden nicht so gut bezahlt, daß sie auf eine ordentliche Bewirtschaftung ihres bäuerlichen Betriebes verzichten könnten. Das darf ich Ihnen auch sagen! *(Zustimmung bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Gestatten Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, doch auch einige grundsätzliche Äußerungen.

Es gibt zur Lösung der anstehenden agrarpolitischen Probleme an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt sicher keine Patentlösungen. Eine vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und der neuen Studiengesellschaft für Bauernfragen im Herbst veranstaltete Agrartagung hat aber deutlich gezeigt, wo es Möglichkeiten gibt. Wir brauchen bei der Lösung der vielfältigen Probleme der bäuerlichen Familie die Unterstützung durch eine moderne Bildungs-, durch eine Beratungs- und durch eine Forschungsarbeit. *(Abg. Otilie Rochus: Sie sind aber dagegen!)* Wir brauchen das Instrumentarium der Direktzuschüsse. Preispolitik allein ist zuwenig, obwohl wir auch der Preispolitik im Gegensatz zu Ihnen immer die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt haben. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Wir brauchen ein aufeinander abgestimmtes Förderpaket, und zwar insbesondere im Bereich

der gesamten Strukturpolitik, und wir brauchen vor allem auch das Bemühen aller, an der Lösung der gemeinsamen Probleme mitarbeiten zu wollen.

Meine verehrten Damen und Herren! Die bäuerlichen Familien haben kein Verständnis dafür, daß es unsachliche Auseinandersetzungen gibt, sie haben kein Verständnis für Beschuldigungen, wie sie auch heute von Ihnen unserem Bundesminister gegenüber wieder vorgetragen wurden. Daß der Weg in die achtziger Jahre, daß der erfolgreiche österreichische Weg auch die Straße ist, die die österreichische Bauernschaft zu gehen bereit und gewillt ist, das wissen wir sicher seit langem. *(Beifall bei der SPÖ. – Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)*

Der 6. Mai war für uns nur eine eindrucksvolle Bestätigung dafür und der Beweis für die Richtigkeit unserer Politik. Für uns ergibt sich daraus aber auch, aus diesem größeren, aus diesem höheren Vertrauen die zwingende Verpflichtung, daß wir diese Politik verstärkt fortsetzen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist sowohl in der Erklärung der Bundesregierung am 6. Juni hier in diesem Hause durch unseren Herrn Bundeskanzler als auch durch das Landwirtschaftsbudget 1980, das heute hier beschlossen werden wird, sichergestellt. – Damit darf ich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit danken. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hagspiel.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geschätzte Damen und Herren! Zuerst muß ich mich doch noch mit den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Schober befassen.

Herr Staatssekretär! Wenn Sie sich beklagen, daß die Staatssekretäre in Österreich zu gering bezahlt werden, glaube ich doch, daß sie nicht unterbezahlt sind, sondern für ihre Tätigkeit eher überbezahlt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Es ist fast unerhört, daß so von der Regierungsbank polemisiert wird. *(Widerspruch und Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn Sie unter anderem erwähnt haben, daß Sie auch die Agrarkonzepte von allen Parteien kennen, so wundert es mich nicht. Sie haben ja alle Parteien bereits schon durchwandert! *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Herr Staatssekretär! Sie waren auch der Meinung, daß Ihre Hauptaufgabe die Beratung vor allem der Bäuerinnen ist, und Sie haben

Hagspiel

beklagt, daß der Bauernbund in die Bäuerinnen-Kommission niemand geschickt hat. Ich frage Sie: Was ist aus dieser Kommission herausgekommen? – Außer Spesen nichts gewesen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Sonst hätten Sie sich als Staatssekretär doch dafür einsetzen müssen, daß das schon längst begehrte, geforderte und auch zu Recht geforderte Mutterschaftsgeld für die Bäuerinnen anerkannt worden wäre und daß unser Antrag nicht abgelehnt worden wäre.

Sie haben unter anderem auch gesagt, daß die Bundesregierung nicht verantwortlich gemacht werden könne für die Witterungsbedingungen. – Sicherlich nicht. Aber für etwas ist die Bundesregierung verantwortlich: Sie ist verantwortlich für die Preisgestaltung und sie ist verantwortlich, wenn die Bauern „im Regen“ stehen gelassen werden.

Sie haben sich auch sehr mit dem Energiesparen befaßt. Herr Staatssekretär! Ich frage Sie: Wo sind die Alternativen? – Im Energiebericht des Handelsministeriums ist der Alkoholsprit noch enthalten, im Operationskalender der Bundesregierung ist nichts mehr zu finden. Herr Staatssekretär! Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, sich dafür einzusetzen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ein weiteres Problem: Sie haben gesagt, der gefärbte Diesel, den wir in Österreich verlangen, wäre eine rein parteipolitische Forderung. – Die Nachbarstaaten haben auch den gefärbten Diesel. Dort ist es auch keine parteipolitische Forderung. Wir in Österreich haben von ganz Mitteleuropa den teuersten Diesel in der Landwirtschaft. Vor allem ist Vorarlberg besonders benachteiligt. Durch die Freigabe des Diesellohlpreises haben wir noch einen bedeutend höheren Diesellohlpreis in Vorarlberg als im übrigen Österreich.

Die Arbeitsplatzsicherung ist für jedes Argument gut genug, sei es bei der Schuldenpolitik, sei es gerade dort, wo es einfach als Lückenbüßer gebraucht wird. Ob es sinnvoll ist, die Arbeitsplätze im Ausland zu schaffen? – Die Vollbeschäftigung haben Sie auch in den Mittelpunkt gestellt. – Ich glaube, daß gerade auf dem Energiesektor die Landwirtschaft echte Chancen hätte, wenn man sie hier arbeiten ließe.

Besonders bedanken werden sich die Nebenerwerbsbauern bei Ihnen, wenn Sie sagen, daß es mehr als gerechtfertigt ist, daß sie zuerst gekündigt werden, wenn Arbeitsplatzmangel in den Betrieben herrscht, weil sie ja zu Hause einen Betrieb haben. Dazu muß noch gesagt werden, daß gerade die Nebenerwerbsbauern wohl einzahlen dürfen in die Arbeitslosenversicherung, aber ausgeschlossen sind, wenn sie einen Betrieb von mehr als 47 000 S Einheitswert haben.

Ich glaube, Herr Staatssekretär: Sie müßten sich besser mit der Materie befassen, bevor Sie so groß auf der Regierungsbank reden! (*Zustimmung bei der ÖVP. – Abg. Dr. Blenk: Nebenerwerbs-Staatssekretäre werden davon nicht betroffen!*)

Nun zu meinem Problem. Ich möchte zu den Bergbauernproblemen sprechen. Annähernd 500 000 Menschen, die der bergbäuerlichen Bevölkerung zuzuzählen sind, bewirtschaften und pflegen fast zwei Drittel des Staatsgebietes. Sie helfen nicht nur mit, den Tisch des Volkes mit gesunden Nahrungsmitteln zu decken, sie schaffen damit auch die Grundlage des Fremdenverkehrs. Rund 38 Milliarden Schilling der Deviseneinnahmen aus dem österreichischen Fremdenverkehr entfallen auf das Berggebiet. Das Berggebiet ist aber nicht nur Devisenbringer, es ist auch Erholungsraum für die heimische Bevölkerung.

In meiner engeren Heimat auf der Alpe bei einem Bergübergang steht ein Brunnen, wo frisches Wasser hineinquillt, in dem steht eingeschnitten: Ich habe ein schönes Leben, ich kann immer geben.

Ich glaube, wir sollten kurz bei diesem Spruch verweilen. Ist es möglich, daß man in allen Bereichen nur geben kann? Die gepflegte Landschaft kommt nicht von ungefähr. Und gerade die Bergbauern warten immer noch umsonst auf ihren entsprechenden Lohn für ihre Tätigkeit. Es ist elf Jahre her, wo zwei Meinungen hart aufeinandergeprallt sind, die eine Meinung der Liberalen, der Mansholdt-Plan, der glaubte, daß nur dort produziert werden soll, wo es wirtschaftlich am günstigsten ist, daß es volkswirtschaftlich unökonomisch wäre, im Berggebiet zu produzieren. Er war der Auffassung, daß die Produktion dorthin verlagert werden soll, wo die günstigen Lagen sind.

Ich glaube, daß gerade von unserer Seite massiv dagegengesteuert wurde, und es war ein krasser Widerspruch von unserer Seite, vor allem von jenen, die die soziale Marktwirtschaft vertreten haben, die in der Berglandwirtschaft einen volkswirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen höchstnotwendigen Faktor sahen. Wir anerkennen, daß bei der Regierungspartei ein Umdenken stattgefunden hat, daß die linke Reichshälfte nicht mehr davon spricht, daß die Bergbauern abgesiedelt und in den Ballungszentren angesiedelt werden sollen.

In Nordamerika, im Land der tausend Möglichkeiten, wo genügend gut bewirtschaftbare Fläche vorhanden ist, sind die Leute nicht bereit, die Berglandwirtschaft zu pflegen. Man hat mit öffentlicher Hand Naturparks geschaffen, und die Menschen, die Erholung und Entspannung

1716

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Hagspiel

suchen, fahren Hunderte von Kilometern, um hier in diesen Naturparks die Ruhe zu genießen. Eine Umfrage hat ergeben, daß sie nicht befriedigt zurückkommen, weil sie nicht echtes Leben vorgefunden haben, weil alles so künstlich ist.

In Österreich haben wir Gott sei Dank noch lebendige, vom Leben durchflutete Regionen, obwohl auch bei uns in Österreich bereits 300 000 Hektar Land brachliegen, dies vor allem in den Bergregionen. Mit viel Propaganda hat die sozialistische Bundesregierung das Bergbauern-Sonderprogramm ins Leben gerufen.

Wir möchten jetzt fragen: Welche Auswirkungen hat dieses Bergbauern-Sonderprogramm wirklich gezeitigt, welchen Niederschlag finden wir? Die Einkommensunterschiede sind noch weit mehr auseinandergeklafft. 1970 betrug der Einkommensunterschied zwischen einem in der Landwirtschaft Tätigen und einem Industriearbeiter 2 243 S, im Jahre 1978 war es mehr als das Doppelte: 5 552 S.

Im Ausschuß hat der Herr Bundesminister Haiden geglaubt, daß diese Vergleiche hinken. Sicher kann man hier nicht nach Dekagramm abwägen, aber etwas ist sicher: Die Realität ist doch: Wenn die älteren Kinder – vor allem in Berggebieten haben wir Gott sei Dank noch größere Familien –, im Berufsleben stehen und am Freitag mittag mit mehr Geld nach Hause kommen, als Vater und Mutter zusammen in sieben Tagen verdienen, muß man sich nicht wundern, wenn es schwer ist, einen Hofübernehmer zu finden. Früher war der Hofübernehmer der Bevorzugte, heute ist es fast so weit, daß man betteln muß, daß doch einer bereit ist weiterzuwirtschaften.

Der Herr Bundesminister rühmt sich auch sehr gerne, daß es vor allem den Bergbauern nach dem Grünen Bericht so gut gegangen wäre in der letzten Zeit, daß ihr Einkommen um 11 Prozent gestiegen sei. Sicher weist dies der Grüne Bericht aus, aber es kommt immer darauf an, von welcher Grundlage man ausgeht. 11 Prozent von der Grundlage viel ist auch viel, aber von wenig sind halt auch 11 Prozent nicht viel.

Ich möchte keine Neidkomplexe wecken. Aber in Österreich gibt es schon viele Bürger, bei denen das vierzehnte Einkommen größer ist oder so hoch ist wie das Jahreseinkommen eines Bergbauern. Muß uns das nicht zu denken geben?

Sicherlich kassiert der Finanzminister viel davon, aber es gibt sogar noch Personen, für die das Jahr 16, 18, ja sogar 20 Einkommensmonate ausweist. Vielleicht wäre es einmal ein Überdenken wert, wenn die Bezüge der Bundesmini-

ster, der Staatssekretäre nicht am Einkommen der Bundesbeamten aufgebaut wären, sondern wenn man das Einkommen, die Grundlage der in der Landwirtschaft Tätigen als Basis nehmen würde. Der Herr Bundesminister Haiden hätte es bestimmt viel leichter bei seinen Ministerkollegen, wenn dies die Basis wäre, um sich für eine Einkommensverbesserung der Bauern einzusetzen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ich bin auch der Auffassung, daß beim Herrn Finanzminister ein Umdenken stattfinden sollte, denn gerade am vergangenen Freitag hat der Herr Finanzminister geglaubt bei der Aussprache beim Bundeskanzler mit unseren Bauernbundspitzenfunktionären, daß die Bauern nur etwas wollen vom Staat und nicht bereit wären, Steuern zu zahlen.

Ich möchte mich noch mit der neuen Milchmarktregelung befassen. Viele falsche Hoffnungen wurden bei den Bergbauern erweckt bei der neuen Milchmarktregelung, weil man immer gesagt hat – und in allen Zeitungsmeldungen war es zu lesen –, daß die Bergbauern – es ist nicht drinnengestanden, die dritte Zone – von dem außerordentlichen Absatzförderungsbeitrag befreit werden sollen.

Nun, wer sind diese Bergbauern, die hier berücksichtigt werden sollen, wenn wir die Regierungsvorlage genau studieren? Es ist nur eine kleine Gruppe, nicht einmal die höchstgelegenen Bergbauern in der Zone III sind alle drinnen, weil die Kriterien strenger angesetzt worden sind bei der Festlegung als bei der Zonierung. Der extreme Bergbauer mit 149 Punkten müßte dem mit 150 Punkten den Ausfall mitfinanzieren, ja sogar jene Bauern, die in der gleichen extremen Zone liegen, müssen noch mithelfen, die Ausfallshaftung zu übernehmen.

Unsere Auffassung ist, wenn man den Bergbauern wirklich helfen will, daß hier die öffentliche Hand zahlen soll und daß man das nicht fast auf Gleichgelagerte umschichten soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben im Parlament einen Bergbauernantrag eingebracht mit der Flächenprämie, denn die Zielführung wäre sicher ganz anders, die Auswirkungen viel sicherer für die Existenz der Bergbauern. In Vorarlberg praktizieren wir dies schon einige Jahre mit der Flächenprämie, mit bestem Erfolg. Es kommen sogar die Schweizer Nachbarn, um unser System zu studieren, die ja bekannt sind, daß sie für die Bergbauern und überhaupt für die Bauern sehr viel übrig haben.

Wenn Sie, Herr Bundesminister, in der Fragestunde gemeint haben, unser Vorschlag, die Flächenprämie, würde nur die Großbauern begünstigen, so kann ich Ihnen doch sagen – ich möchte die Sockelförderung gar nicht kritisieren, im Gegenteil, ich möchte anerkennen, daß

Hagspiel

Sie diese eingeführt haben -: Wenn Sie sagen, die Flächenprämie würde nur die Großbauern bevorzugen, so muß auch gesagt werden, daß bei Ihrer Förderung viele kleine durch den Rost fallen. In dem Moment, wo er einen entsprechenden Zuerwerb hat, bekommt er bei Ihrer Förderung überhaupt nichts.

Wir sind der Auffassung, daß es nicht ein Almosen sein soll für die Bergbauern, sondern daß hier echte Leistung abgegolten wird, hier ist vor allem die Flächenförderung eine sicher entsprechende Basis. Wir haben ja diese Flächenförderung auf 20 Hektar nach oben abgegrenzt. Herr Minister, wenn Sie glauben, das wären Großbauern, können Sie selber nachlesen, im Grünen Bericht. Dort ist es ausgewiesen, daß jene Betriebe in der dritten Zone, also die extremen Bergbauernbetriebe, mit 10 bis 20 Hektar Grund ein jährliches Einkommen von 44 700 S. haben. Das sind monatlich 4 000 bis 5 000 S. Hier kann man doch nicht von Großbauern sprechen.

Wenn Sie die Bergbauernförderung ernst nehmen, dann müssen Sie unserem Antrag zustimmen. Mit viel Getöse wurde die Sonderaktion der Bundesregierung zur Stärkung und Entwicklung ländlicher Räume im Berggebiet propagiert, aber wenn man die Richtlinien unter die Lupe nimmt, sieht man bald, daß dann die meisten gar nicht zum Zuge kommen können, weil eine Einzelförderung nicht möglich ist.

Ich höre, daß die Gruppen von Longó Mai und die Bergbauernvereinigung Vorschläge gemacht haben, welche Gebiete in Österreich in diese Förderung einbezogen werden sollen. Es stellt sich heraus, daß diese Gruppen ein westliches Österreich überhaupt nicht kennen, weil gar keine Regionen vom westlichen Österreich enthalten sind.

Man wird das Gefühl nicht los, daß es der sozialistischen Bundesregierung darum geht, mit Propaganda die Bergbauern in ihr Lager hineinzulocken. Aber ich bin der Auffassung, daß es Ihnen nicht gelingen wird, sonst müßten Sie Ihren gesellschaftspolitischen Kurs wechseln; Sie müßten vom Ziel des Marxismus abgehen, denn die Bergbauern haben noch ein natürliches Empfinden.

Das unmenschliche Gesetz der Fristenlösung, der neue Schuß gegen die kinderreiche Familie würden vor allem die im Berggebiet sehr treffen. Das Schlagwort: Jedes Kind ist uns gleich viel wert, mag zutreffen, wenn die ganzen Kinderzuschüsse, die ganzen Kosten, die viele Kinder den Eltern verursachen, abgegolten würden, aber wir sind gar nicht der Meinung, daß dies der Fall sein soll. Aber meine Auffassung ist, daß man nicht jene, die eine so

wichtige Säule im Staate darstellen, so diskriminieren soll. Es ist ein Unterschied, ob ein Kuchen in sieben Stücke geteilt werden muß oder vielleicht nur in zwei Stücke.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß zur Erfüllung der Siedlungsfunktion der Berglandwirtschaft und zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Berglandes eine gesunde Familienpolitik zur Erhaltung von Familienbetrieben neben der Direktzahlung zur Existenzsicherung als ergänzende Maßnahmen zur regionalen Strukturpolitik unumgänglich notwendig ist.

Nehmen wir ein Beispiel aus den Nachbarstaaten, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz. Der österreichische Bergbauerraum stellt einen natürlichen Reichtum dar, über dessen Wert wir uns vielleicht erst im Jahre 2000 richtige Vorstellungen machen können. Es wäre kurzsichtig, die Quellen der Erholung für unsere eigenen Bürger und die Grundlage des österreichischen Fremdenverkehrs versiegen zu lassen. Es ist aber auch unsozial, den Bergbauern das Entgelt für die Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft vorzuenthalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stögner.

Abgeordneter **Stögner** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht nun heute die dritte Agrardebatte dieses Herbstes langsam zu Ende. Es sind in dieser Debatte notwendigerweise sehr viele Zahlen genannt worden, es sind sehr viele Probleme angerissen worden. Ich halte es also nicht mehr für notwendig, noch einmal diese Probleme aufzugreifen. Ich möchte daher nur auf einige Feststellungen meiner Vorredner noch kurz eingehen.

Wenn der Kollege Hagspiel eingangs seines Debattenbeitrages festgestellt hat, die SPÖ würde nun nicht mehr von der Absiedelung der Bergbauern sprechen, so lanciert er unterschwellig, daß die SPÖ einmal der Meinung gewesen wäre, die Bergbauern müßten abgesiedelt werden.

Ich möchte mit allem Nachdruck feststellen, daß gerade die SPÖ es gewesen ist, als sie die Möglichkeit als Regierungspartei gehabt hat, für die Bergbauern etwas zu tun, den Bergbauern ihr Los zu erleichtern, die die Bergbauern-Sonderhilfe eingeführt hat und nicht die ÖVP. Ich glaube, daß damit sehr deutlich diese Feststellung widerlegt worden ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Kollege Deutschmann hat gemeint in seinem Debattenbeitrag, daß der Minister dazu angehalten wäre, sich vor die Front der Bauern zu stellen. Ich habe ihn aber in Verdacht, daß er

Stögner

nicht die Bauern im allgemeinen gemeint hat, sondern den Bauernbund, denn die Österreichische Volkspartei vertritt ja nicht in erster Linie die Interessen der Bauern im allgemeinen, sondern die Interessen des Bauernbundes, und da bin ich der Meinung, daß der Minister selbstverständlich wie ein Felsen vor den Bauern steht, aber natürlich nicht vor den Interessen des Bauernbundes! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Kollege Peter hat gemeint, daß die FPÖ solange trommeln werde, bis im österreichischen Landwirtschaftsgesetz das Schweizer System eingeführt werde. Ich möchte gegen dieses Schweizer System ja nichts sagen, ich möchte nur daran erinnern, daß natürlich die Schweizer Verhältnisse ganz anders gelagert sind als bei uns, denn die Schweiz hat die Möglichkeit, auf Grund des geringen Produktionsaufkommens an landwirtschaftlichen Produkten durch die Abschöpfung der Importe all das, was sie an die Bauern ausbezahlt, aus der Importabschöpfung zu bezahlen. Wir kämpfen aber in erster Linie damit, daß wir unseren Überschuß in die EWG und in die anderen Teile der Welt absetzen.

Kollege Gurtner hat wieder einmal ein Problem aufgegriffen, das an sich alle Jahre wieder hier aufgegriffen wird, aber an sich kein Problem ist, offensichtlich liegt da eine schlechte Information vor, und zwar betrifft das den Arbeitslosengeldbezug der Nebenerwerbsbauern. Dem Kollegen Gurtner ist es offensichtlich nicht bekannt, daß überall dort, wo nachgewiesen wird, daß die Gattin den Betrieb führt – und wenn ein Nebenerwerbsbauer ein unselbständig erwerbstätiges Dienstverhältnis hat, ist es ja unschwer nachzuweisen, daß die Gattin überwiegend den Betrieb führt –, nicht diese 44 000 S Einheitswert zugrunde gelegt werden, sondern 88 000 S, und dieses Problem hat mit der Erhöhung des Einheitswertes sicherlich nichts zu tun, weil selbstverständlich die Einheitswert-Frage natürlich mitgelöst wird.

Wenn der Kollege Murer festgestellt hat, daß als Ergebnis von 10 Jahren sozialistischer Agrarpolitik ... *(Abg. Dr. Zittmayr: Die schwimmen!)* Kollege Zittmayr, ich schwimme deswegen nicht, weil ich von Berufs wegen dauernd mit diesen Dingen zu tun habe und sicher manches besser weiß als ein Generaldirektor des Schärdinger Verbandes! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kollege Murer hat also gemeint, daß 10 Jahre sozialistischer Agrarpolitik nichts anderes gebracht hätten als Krisengroschen und wieder Krisengroschen bei allen möglichen Produkten. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Krisengroschen-Frage hat ja sicherlich

zwei Seiten, so wie alle Dinge ja zwei Seiten haben. Hätten wir keine Probleme mit dem Absatz von österreichischen Agrarprodukten ins Ausland, hätten wir natürlich auch kein Problem mit den Absatzförderungsbeiträgen, aber wir hätten ein sehr großes Einkommensproblem für die Bauern.

Was den Selbstbehalt der Bauern in ihrer Krankenkasse betrifft, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß es ja die Bauernvertreter gewesen sind, die diese 20prozentige Beteiligung verlangt haben. Und nicht nur die Bauernvertreter, sondern die gesamte ÖVP haben ja immer wieder bei Debatten über die Krankenversicherung den Standpunkt vertreten, daß eine Beteiligung des Versicherten im Ausmaß von etwa 20 Prozent vorhanden sein müßte, um Mißbräuche zu verhindern. Also bitte nicht uns Sozialisten in die Schuhe zu schieben, daß wir schuld daran wären, daß die Bauern beim Arztbesuch oder bei Medikamenten und so weiter 20 Prozent Selbstbehalt bezahlen müssen.

Wenn der Kollege Schlager in einer der letzten Agrardebatten gemeint hat, die Sozialisten sollen die Bauern nicht zu Schnorrern der Nation machen, so ist meiner Meinung nach die Situation doch so, daß durch die Ausführungen der Oppositionspartei, der Bauernbundfunktionäre und so weiter der Eindruck erweckt wird, als wenn die Bauern so arm wären, daß sie immer wieder wegen jeder geringsten Sache den Staat anpumpen müssen und daher der Bauer zum Schnorrer gestempelt wird.

Wir Sozialisten sind der Überzeugung – und unsere Politik dokumentiert dies ja auch die letzten neun Jahre –, daß selbstverständlich den Bauern, soweit dies notwendig ist, so wie jeder anderen Berufsgruppe in Österreich auch, geholfen werden muß, aber eben nur soweit dies notwendig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Frodl, und damit möchte ich schon wieder meine Überlegungen beenden, hat eigentlich mit der Bemerkung, daß in seinem Gebiet die durchschnittliche Milchlieferung pro Hof nur 17 bis 20 Liter betragen würde, das ganze Problem der Landwirtschaft überhaupt aufgezeigt – mit diesen paar Feststellungen sicherlich unabsichtlich. Er ist auf eine Feststellung des Kollegen Rimplbauer eingegangen, weil der gesagt hat, daß bei einer Anlieferung von 200 Liter Milch täglich ein ganz schöner Bruttozuwachs pro Monat herauskommen würde, den die Industriearbeiter nach ihren Lohnverhandlungen nie erreichen würden. So war die Ausgangsbasis.

Nun habe ich nachgerechnet: Wenn man eine 4 000 Liter-Jahresleistung pro Kuh zugrunde legt, so bedeutet das pro Tag 10,9 Liter

Stögner

Erzeugung. Wenn man den im Grünen Bericht festgestellten Jahresdurchschnitt für 1978 zugrunde legt, also 3368 Liter, so bedeutet das 9,2 Liter täglich. 9,2 Liter täglich, das sind etwa zwei Kühe. (*Abg. Deutschmann: 2 St! - Heiterkeit.*)

Ich möchte ja auch feststellen, daß die Hofgröße dann etwa 1,5 bis 2 Hektar beträgt, wenn nur zwei Kühe vorhanden sind. Und zwei Kühe mit einer Zugrundelegung von 3368 Liter pro Jahr ergeben eine Ablieferung von 9,2 Liter. Das sind zwei Kühe und nicht mehr.

Und wer da meint, daß ein Hof mit 2 Hektar Grundfläche lebensfähig ist – na ich glaube, ich brauche darüber nicht weiter zu diskutieren, es ist das sicher nicht möglich. Denn bei zwei Kühen, bei diesem Beispiel, ist die Jahresbruttoeinnahme aus der Milch nach dem neuen Erzeugermilchpreis 28 000 S.

Aber wenn ich nun das Beispiel des Kollegen Remplbauer hernehme mit 200 Liter, so bedeutet das, daß der Hof in etwa 16 bis 20 Kühe hat, also ein Hof, der normal lebensfähig ist, der aus der Milch nach dem neuen Milchpreis einen Bruttoertrag von 289 800 S hat – ich sage ausdrücklich: einen Bruttoertrag, weil ja die Milcherzeugung sicherlich etwas kostet.

Aber wenn ich dann gegenüberstelle die Werte, die wir für die Gutshofarbeiter in den Kollektivverträgen haben, so werden wir feststellen, daß für einen Stall, der 16 bis 20 Kühe hat, ein einziger Arbeiter unter Zugrundelegung der 40-Stunden-Woche im Jahresdurchschnitt diesen Stall bearbeitet. Und da kommen wir schon auf das nächste: daß auch die Arbeitszeit mit 60, 70 und 80 Stunden im Jahresdurchschnitt ein Märchen ist, das einer echten tatsächlichen Überprüfung nicht standhält. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte damit nur feststellen, daß wir alle miteinander versuchen müssen, diese Disparität, die ja in der Struktur, in der Größenstruktur der Betriebe begründet ist, langsam auszugleichen. Wir können dies aber nur tun auf freiwilliger Basis, wenn diejenigen, die dort als Besitzer beschäftigt sind, selber bereit sind mitzutun, langsam, aber sicher. Einiges ist ja hier schon geschehen, und vieles wird noch geschehen müssen.

Und es ist daher ganz klar, daß wir Sozialisten in erster Linie diejenigen fördern wollen, die die Förderung unbedingt brauchen. Sie sind bisher nicht bereit gewesen, diesen Weg der Subjektförderung mitzugehen – aus sicherlich politischen Gründen, nicht aus sachlichen Gründen. Wir hoffen aber, daß Sie noch dazu bereit sein werden, diesen Weg mitzugehen, weil Sie die

Bauern draußen wahrscheinlich zwingen werden.

Wir werden daher unseren Weg, den wir bisher so erfolgreich im Interesse der notleidenden Bauern gegangen sind, weitergehen. Wir werden auf dem Sozialsektor sehr viel tun – und es wird sehr viel getan, denn gerade über diese Sozialzuwendungen, wenn Sie es auch nicht sehr gerne hören wollen, kommt seit 1970 sehr viel Geld in die Bauernhöfe, und zwar das erstemal, denn bisher ist ja aus diesem Sektor überhaupt nichts zugeflossen. Orientieren Sie sich draußen einmal, was die Bauernpension und was alle anderen Dinge für den Bauern draußen bedeuten. (*Abg. Ottilie Rochus: Das kriegen die anderen ja auch!*)

Da alle diese Dinge im Budget 1980 ausreichend vorgesehen sind, sind wir Sozialisten natürlich sehr gerne bereit, diesem Budget zuzustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heinzinger. (*Rufe bei der SPÖ. – Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Abgeordneter **Heinzinger** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die enge Kooperation von ÖAAB und Bauernbund wird Ihnen in der Zukunft noch viel mehr zu schaffen machen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich gebe zu, daß in meiner Fraktion die Erwartungslage, wenn sich der Herr Staatssekretär Schober zum Pult gedrängt fühlt, nicht sehr groß ist. Ich gebe zu, daß unsere Freunde in der Landwirtschaft es eigentlich als Zumutung empfinden, daß man dem Staatssekretär Schober zutraut, daß er diese diffizilen Probleme der Landwirtschaft löst. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und es hat bisher völlig ausgereicht, wenn der Herr Staatssekretär Schober ausschließlich im Bereiche der Landwirtschaft dilettiert hat, um uns viele Peinlichkeiten zu beschern. Aber heute hat sich der Herr Staatssekretär Schober einen Ausritt geleistet, meine Damen und Herren im Hohen Haus, der unglaublich ist, und ich möchte zunächst zitieren, was Herr Staatssekretär Schober zu einem der heikelsten Probleme meinte, nämlich zu der Problematik der Sicherheit der Arbeitsplätze bei unseren Nebenerwerbsbauern. Ich zitiere:

Sind es zumeist die Nebenerwerbslandwirte, die diese Arbeitsplätze als erste verlieren, weil man vielleicht auch von seiten der Gewerkschaft und von seiten des Betriebes aus nicht ganz unrichtig argumentiert.

Der Herr Staatssekretär stellt also fest, daß diese nachfolgende Argumentation richtig ist

1720

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Heinzinger

(Rufe bei der SPÖ: Wieso denn?), daß im Landwirtschaftsressort diese Meinung existiert. (Weitere Rufe bei der SPÖ: Das ist unerhört!)

Ich zitiere weiter: Daß man nämlich sagt, ein Arbeiter oder ein Angestellter, der zu Hause noch eine Landwirtschaft hat, auch wenn diese Landwirtschaft nur klein ist.

Herr Staatssekretär! Sie haben alle Möglichkeiten, einen Unsinn zu sagen, restlos ausgeschöpft. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Der braucht diesen absolut sicheren Arbeitsplatz vielleicht nicht so notwendig wie jener Angestellte, der diese zusätzliche Sicherheit nicht hat.

Herr Staatssekretär! Haben Sie schon einmal herumgeschaut, wie es den Leuten geht mit zwei Hektar, mit einem halben Hektar, die alle Ersparnisse investieren müssen, in den Stall, damit das Haus nicht zusammenbricht, damit der Betrieb existieren kann? – Und diesen Arbeitsplatz gefährden Sie mit der Autorität der sozialistischen Regierung! (Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Samwald.)

Herr Staatssekretär! Mit dieser Haltung haben Sie persönlich den Bauernstand verraten und haben Sie Ihre Herkunft verraten. (Rufe bei der SPÖ: Das ist unerhört!) Mit dieser Äußerung biedern Sie sich an eine Sozialistische Partei an, die besser ist, als Sie glauben. (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Weitere Zwischenrufe des Abg. Samwald.)

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine derartig abenteuerlich asoziale Gesinnung, daß einem Berufsstand von 170 000 Männern und Frauen, die die längsten Arbeitszeiten in diesem Land haben, als erstem die Sicherheit des Arbeitsplatzes gefährdet wird, hat es in diesem Hohen Haus noch nie gegeben. (Erneute Zustimmung bei der ÖVP. – Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Samwald.)

Der Herr Staatssekretär Schober ist, nachdem er drei Parteien durchwandert hat, auf die Regierungsbank gestolpert. Wir wünschen uns sehr, daß er von dort möglichst rasch wieder herunterstolpern möge. (Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Präsident: Für den Hinweis „Unsinn“ erteile ich dem Abgeordneten Heinzinger einen Ordnungsruf. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Nächster Redner ist Josef Steiner.

Abgeordneter Josef **Steiner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Man sieht, daß wir zum Ende der Debatte kommen und eine entsprechende Unruhe herrscht. Eine Unruhe wohl deshalb, weil sich leider schon zum

wiederholten Male der Herr Staatssekretär hier im Hause Aussagen geleistet hat, die sich also bei Gott mit der Stellung eines Staatssekretärs im Landwirtschaftsministerium nicht vereinbaren lassen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich muß dazusagen: Er hat gesagt, es wäre durchaus vertretbar, wenn Nebenerwerbsbauern als erste gekündigt würden. (Abg. Mondl: Das hat er nicht gesagt!) Er hat damit 186 000 Nebenerwerbsbauern in Österreich verunsichert! (Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Ich weiß, daß der Herr Staatssekretär Schober ein Bauer ist wie ich. Ich muß sagen, über solche Aussagen schäme ich mich. Wenn jemand gekündigt werden muß, dann der Herr Staatssekretär! (Erneute Zustimmung bei der ÖVP.) Aber das ist eben die Folge dieser langen Reden, die Folge der unkontrollierten Aussagen. Solche Dinge darf man sich nicht einmal denken, wenn man eine solche hohe Stellung wie ein Staatssekretär bekleidet. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Der zweite Unsinn, wenn ich Ihnen das vorwerfen darf, Herr Staatssekretär, war, daß Sie hier gesagt haben, es wäre eine Unmöglichkeit, mit Heizöl, mit gefärbtem Diesel Traktore zu betreiben, obwohl es im ganzen Westen, in Europa so geschieht.

Sie haben uns vorgerechnet, daß 700 Millionen Schilling für die Treibstoff-Rückvergütung ausgegeben werden. Daß aber heute der Dieselpreis bei 8 S liegt, das Heizöl 4,35 S kostet und Sie sich die 700 Millionen Schilling behalten könnten, haben Sie anscheinend nicht überlassen. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich muß auch beklagen: Es ist heute so – ich bin nun der letzte Redner –, daß sowohl der Herr Minister als auch der Herr Staatssekretär weit über die Norm hinaus gesprochen haben. An sich gibt es bei uns eine eingeschränkte Rednereinteilung. Das heißt, jeder soll sich an 15 bis 20 Minuten halten. Aber die beiden Herren haben jeder über eine halbe Stunde gesprochen, und dann kommen eben solche Fehlhaltungen zutage.

Ich muß auch sagen – ich habe es schon vorher erwähnt –, daß ich wohl ein Bauer bin. Ich wollte Herrn Jörg Haiden, diesem jungen Abgeordneten – er hat sich sehr wortgewaltig hier gebärdet –, sagen, daß wir mehr bäuerliche Abgeordnete haben. Erstmalig haben wir bei der FPÖ als Bauern den Herrn Abgeordneten Murer. Das war ja lange Zeit nicht der Fall. Ich habe den Abgeordneten Scheuch noch gekannt. Dann den Abgeordneten Meißl. Beide waren keine Bauern. Endlich hat die FPÖ auch einen Bauern. Das ist als absolut positiv zu werten. Nur uns dann

Josef Steiner

als Funktionäre, als Agrar- und Bauernfunktionäre zu bezeichnen, wie es der Herr Abgeordnete Jörg Haider getan hat, uns also sozusagen als Kammerfunktionäre hinzustellen, ist insofern ein Fehler, weil sich die FPÖ überall bemüht, auch diese Funktionen zu erhalten. Sie kandidieren in die Kammern, nur fallen sie immer durch. Das ist, bitte, ihr Pech. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich habe mich auch gefreut, daß sich der Herr Abgeordnete Peter heute in einer solchen positiven und wirklich von ihm schon lange nicht gehörten Weise für die Landwirtschaft eingesetzt hat, für die Erneuerung des Dorfes, für die Erneuerung des Siedlungsraumes. Ich finde das deswegen absolut positiv, weil hier anscheinend doch auch ein Meinungsumschwung stattgefunden hat. Denn die historische Chance, die Bauern bei der Kostenseite Treibstoff, die ja heute ein bedrückendes Element unserer Kostenentwicklung ist, zu nützen haben, haben Sie, Herr Abgeordneter Peter, seinerzeit leider versäumt. In der Minderheitsregierung haben Sie mit der SPÖ unseren Antrag für die Einführung dieses Diesels niedergestimmt. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Peter: Ich bitte, die positiven Seiten anzuerkennen!)*

Nun darf ich auch kurz zu dem heute hier allen sichtbar gewordenen Verhältnis zwischen der Bauernvertretung, den Bauernvertretern und dem Herrn Minister auch einige Worte sagen: Ich habe mir das deswegen vorgenommen - ich habe es schon voriges Jahr eigentlich angezogen -, weil ich immer wieder sehe, daß ein Mißverhältnis, ein Mißtrauen hier herrscht und eigentlich ein schlechtes Klima zwischen Ministerium - sprich: Minister - und Bauernvertretung vorhanden ist.

Nun heißt ein altes Sprichwort: Ein Scheit brennt nicht allein. Doch glaube ich, daß hier der Herr Minister den Zündstoff für diese ständigen Auseinandersetzungen liefert. Es ist einfach für meine Begriffe notwendig geworden, hier immer wieder den Bundeskanzler heranzuziehen, um für echte Verhandlungen eine doch anscheinend notwendige Grundlage zu haben, denn kompetenzzuständig wäre natürlich der Herr Landwirtschaftsminister, der es aber nicht versteht, sich mit der Mentalität der Bauern überhaupt auseinanderzusetzen. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Ich glaube, das ist hier der spezielle Mangel, der unserem Herrn Landwirtschaftsminister anhaftet. Er taktiert sozusagen nur, er versucht vor allen Dingen seinen Auftrag so zu sehen, daß er hier eine Zielgruppe vor sich sieht, die auf der anderen Parteiebene steht. Ich würde ihm raten, sich etwa so zu verhalten, wie es seinerzeit Minister Weiß bei den Eisenbahnern getan hat.

Der hat heute noch einen guten Ruf. Aber der Minister Weiß hat gekämpft für seine Eisenbahner. Wir sehen aber keinen Kampf für die Landwirtschaft von seiten unseres Herrn Ministers! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dabei hat dem Herrn Minister Weiß der Herr Abgeordnete Ulbrich seinerzeit das Leben auch nicht leicht gemacht, das will ich schon dazufügen. Darum glaube ich, diese Einstellung, diese Mißtrauenseinstellung begründet sich darin, daß unser Minister wohl gelernter Forstmann, wahrscheinlich auch ein sehr guter Gewerkschaftssekretär ist, der sich jedoch auf die Selbständigkeit eines Bauern nicht einzustellen vermag. Der selbständige Mensch hat eine andere Mentalität. Diese Mentalität scheint es zu sein, die es uns so schwer macht, mit unserem Landwirtschaftsminister halbwegs auf einer vertretbaren Ebene zu agieren.

Wir müssen immer wieder feststellen, daß das Mißtrauen leider berechtigt ist. Es werden hier Leistungen verkündet, die letztlich doch eher im kleinlichen Rahmen gegeben werden, die mords übertrieben dargestellt werden. Wenn ich mir vorstelle, daß etwa 125 000 Bergbauern Österreichs wirklich Existenzsorgen haben, daß wir trotz des Bergbauern-Sonderprogramms eine monatliche Lohnsumme in diesen Bergbauernbetrieben mit 4 532 S laut Grünem Bericht erarbeiten, während der Industriearbeiter, wie heute schon mehrfach festgestellt wurde, 13 630 S bezieht. 9 100 S ist der Unterschied. Ja, wen wundert es dann, daß wir sozusagen zum Bittsteller werden müssen. Das, glaube ich, sieht der Minister gern, denn sonst könnte er sich nicht immer wieder in der Richtung der Disparität hin bewegen und Neidkomplexe zwischen den einzelnen bäuerlichen Gruppen vertreten.

Auch der Nebenerwerbsbetrieb - um das noch einmal zu sagen - ist praktisch auf das außerbäuerliche Einkommen angewiesen. Ja, wie stellt man sich das eigentlich vor, wie der Staatssekretär gemeint hätte, daß man diese Bauern ihres Arbeitsplatzes berauben wollte? Sie sind nicht in der Lage, das Einkommen in der Landwirtschaft auch mit viel Arbeit halbwegs zu erreichen. Das ist ja der Beweis der gescheiterten Agrarpolitik schlechthin *(Beifall bei der ÖVP)*, daß ein jeder als Nebenerwerbsbauer agieren muß.

Ich bin auch mit dem Minister in anderen Dingen nicht einverstanden. Wenn ich sage, er hat sich nicht durchgesetzt, so, glaube ich, stimmt das. Denn der Prozentsatz des Landwirtschaftsbudgets am Gesamtbudget hat sich nicht verändert. Nur das ist eine tatsächlich richtige statistische Größe. Er hat uns heute die Schillingbeträge vorgetragen, den seinerzeit

1722

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Josef Steiner

guten Schilling aus der sechziger Zeit mit dem heutigen verglichen. Da sieht das anders aus. Wenn ich mir aber die Prozentziffern, die anteiligen Prozentziffern des Grünen Planes am Budget anschau, so bleiben wir bei 0,6 Prozent Budgetanteil stehen. Wir stagnieren. Wir waren im Jahre 1978 mit 0,52 Prozent noch schlechter dran. Hier hat sich auch der Herr Minister nicht durchsetzen können.

Er hat auch nichts unternommen, um etwa die Kostenentwicklung bei Treibstoff, bei Dünger, bei Maschinen und ähnlichem mehr abzublocken. Er hat nichts unternommen, um die Erhöhung der Einheitswerte hintanzuhalten und die daraus sich wieder ergebenden Kosten erhöhungen zu ermäßigen. Ich frage mich: Wo ist er sonst aufgetreten? Ist er etwa gegen den Abbau der Milchpreisstützung aufgetreten? Das hätten wir doch erwartet. Nein, er ist auch hier nicht dagegen aufgetreten, sondern hat das selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

Was stellen wir nun fest? In drei Phasen hat der Herr Finanzminister diese Milchpreisstützung, die irrtümlich immer so dargetan wurde und den Bauern als Stützung unterjubelt wurde, die aber eine Konsumentenstützung schlechthin war, abgebaut und hat sich dabei 1,7 Milliarden Schilling im Budget erspart.

Nun, von der letzten Phase, die 600 Millionen Schilling betrifft, wissen wir, daß er eine Milchpreiserhöhung durchführen hat müssen von einem Schilling, und dabei hat er den Bauern ganze 20 Groschen geben können. Schließlich müssen die Bauern ja die Kühe melken. Also eine sehr, sehr geringe anteilige Beteiligung, sodaß es heute zu dem Europahöchstpreis bei der Milch gekommen ist und wir eine echte Europaspitze erreicht haben. Aber nicht nur das! Durch den hohen Milchpreis, den die Konsumenten zahlen müssen – die Bauern bekommen ohnedies nur 40 Prozent des Endpreises –, verdient der Herr Finanzminister bei der Mehrwertsteuer durch die erhöhten Preise der Produkte noch 80 Millionen dazu.

Wir hätten erwartet, daß man etwa beim gestrigen Bauerngipfel auf Grund dieser Einsparungen, die der Herr Finanzminister hier erzielt hat, doch für die Bergbauern die Ermäßigung um den Absatzförderungsbeitrag bei Milch hätte durchsetzen können. Das hätten wir erwartet! Leider war es wieder nicht so. Der Finanzminister war nicht bereit, für die Zone-3-Betriebe hier die nötigen 25 bis 30 Millionen Schilling aufzubringen, trotzdem er um 80 Millionen Schilling mehr Mehrwertsteuer einnimmt und im Budget um 1,7 Milliarden Schilling mehr Mittel zur Verfügung hat. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Daraus resultierend ist es auch eine logische Sache – der Herr Handelsminister hat es letztthin im Zollausschuß richtig als Überpreisigkeit unserer Milchprodukte bezeichnet –, daß das Ausland jetzt mit seinen Milchprodukten nach Österreich hereindrängt, insbesondere auf der Käseseite. Hier muß ich den Herrn Abgeordneten Remplbauer berichten: der Käseimport und -export ist liberalisiert, das ist eine reine Preissache! Es ist doch ganz klar, daß, wenn Österreich einen höheren Preis hat, als es im Ausland der Fall ist, die dortigen Betriebe versuchen, nach Österreich hereinzudrängen. Ich muß feststellen, daß 18 Prozent mehr Import an Käse in der jüngsten Zeit nach Österreich gelaufen sind. Da sieht man den Unsinn dieser Maßnahme. Wir kontingentieren die Milch, wir schaffen Richtmengen, Regelungen und blockieren und versteinern sozusagen die Erzeugung, und auf der anderen Seite öffnet man das Importtor infolge dieser Höchstpreispolitik und läßt das Ausland hereinliefern. Also das, Herr Landwirtschaftsminister, das muß man von dieser Seite aus sehen. Hier sind Sie echt hart gegen die Bauern vorgegangen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Außerdem hängt an diesem Inlandsverkauf, wie wir wissen, auch die sogenannte Richtmengenregelung. Je mehr Importe hereinkommen, umso weniger haben wir als Bauern Grundlagen für unsere Produktionsausweitung. Ich würde überhaupt meinen, daß wir das im zukünftigen Marktordnungsgesetz verändern und vom „Inlandsverbrauch“ sprechen, daß wenigstens die Importprodukte mit eingebunden sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hoffe sehr, daß Sie bald in der Lage sind, ein neues Mindestpreisabkommen mit der EG abzuschließen und auch dem Hohen Hause vorzulegen.

Ich möchte noch etwas sagen, was mir heute eigentlich abgegangen ist, bevor ich meine kurze Ausführung beende. Mir ist heute abgegangen, was sonst immer von der Regierungsseite dargelegt wird, nämlich die Vergleiche mit dem Ausland. Sonst wird doch immer verglichen, wie gut wir in Europa dastehen, wie gut der OECD-Bericht ist und wo Österreich führend ist. Herr Minister! Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie uns einmal sagen könnten, wie wir hier als österreichische Bauern gegenüber den anderen Staaten der EG stehen, wie in anderen Staaten gefördert wird. Heute ist schon gesagt worden, daß etwa in der Schweiz der Einzelbetrieb 50 000 bis 60 000 S im Jahr Förderungsunterstützung bekommt. Da nimmt sich unsere Förderung, Herr Bundesminister, mit 5 000 bis 6 000 S im bergbäuerlichen Raum sehr, sehr bescheiden und kleinlich aus. Darum glaube ich, müssen wir

Josef Steiner

gemeinsam trachten, besonders unseren schwerst um ihre Existenz ringenden Bergbauern, aber auch allen Bauern ihre Existenz zu erleichtern. Ich glaube, daß 300 000 Bauernfamilien in Österreich mit ihrer schweren Arbeit mit dafür sorgen, daß wir in Österreich heute diesen Wohlstand und diese Sicherheit erreicht haben.

Ich bitte Sie, in Zukunft noch mehr als bisher für diese bäuerliche Bevölkerung Sorge zu tragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehmen werde.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der Bundesregierung, III-23 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1980.

Es sind dies die Kapitel 60, 62 und 77 samt den zu den Kapiteln 60 und 77 gehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlages in 80 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den bei der Verhandlung der Beratungsgruppe VIII des Bundesfinanzgesetzentwurfes eingebrachten Entschließungsantrag sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen eine Einwendung? – Dies ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Riegler und Genossen betreffend Ausrichtung der Agrarpolitik auf die Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe sowie die Förderung von wirtschafts- und strukturschwachen Regionen und Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit für die österreichische Landwirtschaft im Außenhandel.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Beratungsgruppe XIII

Kapitel 64: Bauten und Technik (einschließlich Konjunkturausgleich-Voranschlag)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIII, Bauten und Technik.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Rechberger**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe XIII: Kapitel 64: Bauten und Technik.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat unter dem Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Mühlbacher das in der Beratungsgruppe XIII enthaltene Kapitel 64 „Bauten und Technik“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 in seiner Sitzung am 27. November 1979 in Verhandlung gezogen.

Bei Kapitel 64 „Bauten und Technik“ sind für das Jahr 1980 im Grundbudget Ausgaben in der Gesamthöhe von 21 484 347 000 S vorgesehen.

Der Personalaufwand des Ressorts beträgt 1 331 200 000 S, er ist gegenüber dem Jahre 1979 um 61 504 000 S höher veranschlagt.

Der Sachaufwand beläuft sich auf 20 153 147 000 S, was gegenüber dem Jahre 1979 eine Erhöhung um 1 798 861 000 S bedeutet.

Die Einnahmen wurden mit insgesamt 3 702 691 000 S vorgeschätzt, sie sind somit um 987 954 000 S gegenüber dem Vorjahr höher veranschlagt.

Außer diesen Krediten im Grundbudget sind für den Fall, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1980 es erfordert, in der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages für das Kapitel 64 zusätzliche Kredite in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Schilling vorgesehen. Für den Fall einer notwendigen Konjunkturbelebungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlages für das Kapitel 64 noch weitere Kredite in der Gesamthöhe von 980 Millionen Schilling.

Der Veranschlagung des Personalaufwandes, welcher rund 6,2 Prozent des Ressort-Grundbudgets in Anspruch nimmt, sind im Jahre 1980 insgesamt 6 732 Planstellen zugrunde gelegt, das sind um 23 Planstellen mehr als im Vorjahr. Diese Vermehrung von Planstellen setzt sich einerseits durch Erhöhungen bei den Personalständen der Zentraleitung (2), der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (3), der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung

Rechberger

(15), der Liegenschaftsverwaltung (6) und den Einrichtungen des Eichwesens (3) und andererseits durch eine Verminderung beim Personalstand des Bundesstrombauamtes (6) zusammen.

Die Steigerung des Personalaufwandes ist daher auf diese Planstellenvermehrung sowie auf die mit 1. Jänner 1980 in Kraft tretende Bezugserhöhung und auf die laufenden Beförderungen und Vorrückungen zurückzuführen.

Zu den Ausgabenansätzen des Sachaufwandes ist folgendes zu bemerken: Die Anlagenkredite des Grundbudgets sind gegenüber dem Vorjahr um rund 199,2 Millionen Schilling höher veranschlagt. Von den Erhöhungen entfallen rund 34,5 Millionen Schilling auf den Bundesstraßen- und Autobahnbau, 16 Millionen Schilling auf die Liegenschaftsankäufe, rund 147,6 Millionen Schilling auf den Hochbau und rund 1,1 Millionen Schilling auf die übrigen Ansätze des Ressorts.

Der Konjunkturausgleichsvoranschlag 1980 enthält darüber hinaus in der Stabilisierungsquote Anlagenkredite in Höhe von 521 Millionen Schilling, die für den Bundeshochbau vorgesehen sind. Die Konjunkturbelebungsquote sieht Anlagenkredite in Höhe von 363 Millionen Schilling vor, die ebenfalls für den Bundeshochbau bestimmt sind.

Die Förderungskredite des Grundbudgets sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1 413,7 Millionen Schilling höher veranschlagt. Die Erhöhung ergibt sich einerseits beim Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds, der zweckgebundenen Gebarung für die Wohnbauforschung, bei der Bundesstraßenverwaltung für Zahlungen für die Brenner-, die Tauern- und die Pyhrn-Autobahn sowie für die Arlberg-Schnellstraße (Tunnelstrecke) und durch eine höhere Veranschlagung bei den Mitteln des Katastrophenfonds und andererseits durch eine Verminderung der Beiträge zum Anleihedienst der Wohnbaufonds.

Im Konjunkturausgleichsvoranschlag ist außerdem in der Stabilisierungsquote ein Förderungskredit in Höhe von 200 Millionen Schilling und in der Konjunkturbelebungsquote ein weiterer Kredit von 380 Millionen Schilling für den Wasserwirtschaftsfonds enthalten.

Bei der Gebarungsgruppe Aufwendungen scheinen im Jahre 1980 gegenüber 1979 im Grundbudget um insgesamt rund 186 Millionen Schilling höhere Kredite auf. Diese Erhöhung betrifft fast zur Gänze die Gebäudeerhaltung und den Neubau.

Für „Aufwendungen“ sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag Kredite in Höhe von 279 Millionen Schilling in der Stabilisierungsquote und 237 Millionen Schilling in der Kon-

junkturbelebungsquote vorgesehen, die fast zur Gänze auf die Erhaltung der Bundesgebäude entfallen.

Die Einnahmen des Bautenressorts sind für das Jahr 1980 um rund 988 Millionen Schilling höher veranschlagt als für 1979. Die Erhöhungen ergeben sich durch die Umsatzsteueranteile beim Wasserwirtschaftsfonds mit 600 Millionen Schilling, bei den Überweisungen aus dem Katastrophenfonds mit 32 Millionen Schilling, bei den zweckgebundenen Einnahmen für die Wohnbauforschung mit 12 Millionen Schilling und für die Bundesstraßenverwaltung und Autobahnen mit 29 Millionen Schilling und bei den Mauteinnahmen der Brenner-Autobahn AG mit 170 Millionen Schilling, der Tauern Autobahn mit 100 Millionen Schilling und der Pyhrn Autobahn mit 30 Millionen Schilling sowie der Arlberg Schnellstraße (Tunnelstrecke) mit 10 Millionen Schilling und von zusammen 5 Millionen Schilling bei den übrigen Ansätzen.

In der Debatte ergriffen außer dem Spezialberichterstatter die Abgeordneten Dr. Keimel, Dr. Jörg Haider, Babanitz, Ing. Letmaier, Modl, Dr. Schwimmer, Ing. Willinger, Ing. Url, Hesoun, Schemer, Vetter, Weinberger, Breiteneder, Gföllner und Hagspiel das Wort.

Bundesminister für Bauten und Technik Sekanina und Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer nahmen zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen ausführlich Stellung.

Bei der Abstimmung am 30. November 1979 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe XIII unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 64: Bauten und Technik, samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleichsvoranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1980 (80 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Keimel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf, bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, vielleicht noch eine Feststellung als Parlamentarier in diesem Haus treffen.

Dr. Keimel

Staatssekretär Schober hat es als richtig befunden, daß Nebenerwerbsbauern als erste gekündigt werden, ihren Arbeitsplatz also als erste verlieren. Das vorausgeschickt.

Eine solche Ungeheuerlichkeit, so finden wir, kann ungestraft als Beitrag in diesem Hohen Haus natürlich gesagt werden.

Wenn dann mein Kollege Heinzinger darauf repliziert und ganz richtig – ich betone auch persönlich: ganz richtig – das in diesem Haus als „Unsinn“ qualifiziert, erhält er einen Ordnungsruf.

Meine Damen und Herren! So geht es nicht! Wir sind in keinem Nonnenkloster, und ich sage Ihnen: Wir werden jedenfalls dafür sorgen, daß Staatssekretär Schober von den Nebenerwerbsbauern zur Ordnung gerufen werden wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun, meine Damen und Herren, zum Bautenbudget. Wir haben bereits bei der Diskussion um die Regierungsumbildung vor recht kurzer Zeit grundsätzliche Überlegungen über das Bautenressort erörtert. So kann ich mich heute mit dem Budget im allgemeinen, seiner Struktur, seiner Wirkung auf und für das Bautenressort beschäftigen. Meine Kollegen werden sich dann etwas detaillierter mit den wesentlichen Bereichen Wohnen, Straße, Wasserwirtschaft, aber auch mit der Bauwirtschaft an sich befassen.

Dieses Budget 1980 wurde vom neuen Bautenminister Sekanina nicht mitgestaltet. Er hat es auch auf Regierungsebene nicht mitgeschlossen.

Viele seiner Aussagen, wie wir sie in der letzten Zeit, auch im Ausschuß, gehört haben, bestätigen ja die Kritik der ÖVP während vieler Jahre an der Amtsführung seines Vorgängers Moser. Sicher, er hat sich bemüht, er war integer, aber er war im Rahmen der Regierung, vor allem gegenüber dem Finanzminister zu schwach.

Statt 5 000 Wohnungen pro Jahr mehr wurden während der letzten Jahre 5 000 Wohnungen im Jahr weniger gebaut.

100 km Autobahnen wollte Moser jährlich fertigstellen, heute sind wir schon über 30 bis 40 Kilometer froh.

Der Wasserwirtschaftsfonds überlebt – anders kann man es nicht bezeichnen – mühsam jedes Jahr.

Bautenminister Sekanina hat dies sehr wohl und auch sehr rasch erkannt, zumal er davon sprach, daß keine mittelfristigen Finanzierungskonzepte „auffindbar“ seien. Damit nehme ich an, Herr Minister, meinten Sie das Ministerium.

Er hat es sicherlich auch erkannt, zumal er meinte, die Wohnbauförderung treibe einem Infarkt zu. Aber er hat auch erklärt, er werde recht klare Worte mit dem Finanzminister über mehr und vor allem sichere Finanzierungsgrundlagen zu sprechen haben.

Das sind, meine Damen und Herren, Herr Minister, klare Erkenntnisse. Statt wie bisher zu beschönigen und damit die Probleme ungelöst vor sich herzuschieben, ist Ihre kritische Analyse geeignet, auch zu echten Problemlösungen zu führen. Das haben wir auch echt anerkannt, etwa mein Kollege Letmaier. Ich habe anlässlich der Regierungsumbildung dazu unsere Mitarbeit angeboten.

Das Bautenressort, meine Damen und Herren, ist das einzige, welches für seine Hauptaufgaben – ich möchte sie als Wohnung, Wohnen, Straßen, Straßenbau, Straßenverkehr, Wasserwirtschaft bezeichnen – zweckgebundene Steuern und Einnahmen hat, die aber während der letzten Jahre in vielen Milliarden durch Ihren Vorgänger an den Finanzminister verloren wurden.

Hier, Herr Minister, sehen wir die Ansatzpunkte, nicht in neuen Steuern, Abgaben oder in der Erhöhung bestehender, wie Sie das, Herr Minister Sekanina, gerade während der letzten Zeit, während der letzten Wochen immer stärker anklingen lassen. Da begleiten wir Sie, Herr Minister, nicht einen Schritt auf diesem Weg, ja, hier trennen sich unsere Wege grundsätzlich zufolge unseres Bekenntnisses zum Steuerstopp. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist, meine Damen und Herren, nicht etwa ein oppositioneller Justamentstandpunkt, sondern erklärt sich aus der Budget- und aus der Steuerstruktur.

Wenn Sie es mir nicht glauben, dann möchte ich Ihnen zumindest einen von Ihnen anerkannten Finanzpolitiker zitieren. Als Finanzminister Androsch vor zehn Jahren sein erstes Budget vorlegte, erklärte er zur Erschließung neuer oder zusätzlicher Einnahmen wörtlich – meine Damen und Herren, Herr Minister, hören Sie das genau, Androsch wörtlich –:

„Dem sind enge Grenzen gesetzt, weil das Ausmaß der Gesamtbelastung des österreichischen Volkseinkommens durch Steuern und steuerähnliche Abgaben aller Art ... ein Ausmaß erreicht hat, das kaum überschritten werden kann, wenn der Motor des wirtschaftlichen Fortschritts – der Anreiz zu höherer Leistung – nicht abgewürgt werden soll.“

Dem könnten wir uns voll anschließen, dem sollten auch Sie sich anschließen, Herr Bautenminister! *(Beifall bei der ÖVP.)*

1726

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Dr. Keimel

Aber damals, 1970, betrug die Steuerlastquote 35,8 Prozent, 1978 laut Abschlußbericht des Rechnungshofes bereits 41,8 Prozent. Im kommenden Jahr 1980 werden es weit über 42 Prozent sein, was eine Steigerung in diesem Zeitraum des Ministers Androsch, dieser sozialistischen Regierung im Ausmaß von über 17 Prozent bedeutet.

Daher heißt es auch in den Budgeterläuterungen, hier im Budget des Finanzministers, Herr Minister:

„Die hohe Steuerbelastung“ – „hohe“ steht drinnen – „des österreichischen Inlandsproduktes“ erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferleistungen („Umverteilung“) eine besonders große Rolle spielen.“

Dazwischen – dazwischen! – haben sich gewaltige Umverteilungsapparate, eine Staatsbürokratie etabliert, welche viel mehr als nur Steuern, als nur Geld umverteilt: Macht, Einfluß, persönliche Abhängigkeiten, welche immer mehr menschliche Bereiche umfassen. Der von den Sozialisten seinerzeit propagierte, jetzt immer weniger, immer weniger genannte „Wohlfahrtsstaat durch Umverteilung“, wie also durch die Budgets bewiesen, ist gescheitert. Die Budgets sind nicht mehr positiver Rahmen der Sozialpolitik, der Wohlfahrts-, Beschäftigungs- und Investitionspolitik, nicht mehr der Strukturmantel der Wirtschaftspolitik. Die Budgets sind mehr und mehr wirtschaftshemmend und leistungsfeindlich. Sie sind immer mehr Hemmschuh der Entwicklung statt gemäß den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft partnerschaftliches Korrektiv.

Daher, meine Damen und Herren, müssen wir immer wieder bewundern, wie diese Wirtschaft, vor allem die mittelständische Wirtschaft, diese Zehntausende mittlere und kleine Unternehmen trotz dieser Finanz- und Budgetpolitik, trotz steigender Belastungen nicht nur im steuerlichen, auch im Verwaltungsbereich die internationale Position, die Vollbeschäftigung, ja vor allem die Jugendbeschäftigung hält. Diesen Leuten, diesen Unternehmen müssen wir danken, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Branchen und Unternehmen aber, die völlig von diesem Konzept der Wirtschaftspolitik, die übermäßig von dieser Politik abhängen – wie eben und vor allem die Bauwirtschaft – haben dann mit aller Konsequenz die Folgen dieser verfehlten Politik auch zu tragen. Nicht umsonst führen sie daher seit Jahren die Insolvenzliste an.

Die seinerzeitige Diskussion um die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge als budgetpolitische Maßnahme – Sozialminister Weißenberg

erklärte selbst, diese Erhöhung sei sozialpolitisch unnötig – ist uns allen noch in frischer Erinnerung.

Und nun, Herr Bautenminister Sekanina, erwarten wir von Ihnen die ebenso offene und mutige Erklärung, denn nun schon seit Jahren entwickeln sich alle Bereiche gerade in Ihrem Ressort, im Bautenressort, auch in dieser Richtung.

Die vergangenen und die geplanten Belastungen des Straßenverkehrs etwa – ob Pkw oder Lkw – sind und waren keine verkehrspolitischen Notwendigkeiten, sondern ausschließlich budgetpolitische Maßnahmen, wobei eben – um jetzt bei diesem Budgetkonzept und bei den Aussagen des Budgets zu bleiben – mit steigender Umverteilung ebenso kraß und ebenso rapid die Investitionsausgaben zurückgehen.

Das hat ja auch der Finanzminister recht lapidar in seiner Budgetrede festgestellt, wenn er wörtlich erklärte: „Die Investitionsausgaben wurden um 2,5 Prozent geringfügig erhöht.“

Das bedeutet, meine Damen und Herren, wie schon in den beiden Vorjahren 1978/79 einen weiteren, und zwar sehr erheblichen realen Rückgang des Investitionsanteiles an den Budgetausgaben auf nunmehr unter 8 Prozent. Meine Damen und Herren! Das ist der niedrigste Anteil seit 1970.

Sehen Sie, um zum Bautenbudget nun direkt zu kommen, nur vor diesem Hintergrund des Bundesbudgets ist auch das Teilbudget „Bauten“ zu betrachten und erklärbar.

Die Analyse des Wirtschaftsforschungsinstitutes – sie ist gerade herausgekommen – meint dazu wörtlich:

„Die Dämpfung der Investitionen trifft vor allem die Bauten. Vor allem der Straßenbau, für den auch nominell weniger Mittel zur Verfügung stehen als 1979, ist davon stark betroffen.“

Das ist, wie es in dieser Analyse wörtlich heißt, „für die Bauwirtschaft stärker spürbar, weil in diesem Bereich auf den Bund mehr als 10 Prozent der Gesamtnachfrage entfallen.“

Hier ein Vergleich: Der Budgetanteil „Straßen“ betrug 1970 noch 5,4 Prozent, 1980 nur mehr 4,8 Prozent. Wäre nur der Ausgabenanteil gleichgeblieben, dann hätten wir jetzt, im Jahr 1980, um 1,6 Milliarden Schilling mehr für den Straßenbau. – Sehen Sie, das sind die Zusammenhänge, und das ist auch der Strukturwandel in der Ausgabengebarung, Herr Minister.

Es muß doch für einen Bautenminister geradezu alarmierend sein, wenn die Prognose

Dr. Keimel

der Wirtschaft – wir haben es besonders in der letzten Zeit immer wieder gehört – derzeit zwar auf gutes Investitionsklima lautet, aber – wörtlich – mit „Ausnahme Bausektor“. Dieser – ich habe es eben schon erwähnt – führt gerade in der Abhängigkeit von der öffentlichen Hand seit etlichen Jahren die Insolvenzliste an.

Es ist also genau der Sektor, für den zweckgebundene Mittel deshalb eingesetzt wurden, um eine Kontinuität der Beschäftigung mit der Wirkung stabiler Preise zu erreichen.

Vor allem die heutige Politik, Herr Minister – immer wieder betone ich es –, ist die Politik Ihres Vorgängers. Von Ihnen erwarten wir aus der Analyse eine Umkehr dieser Politik. Aber die bisherige Politik des „Stop and go“ bewirkt nämlich genau das Gegenteil: Hohe Kosten und gleichzeitig eine kranke Struktur der Bauwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich nun die Hauptgebiete Ihres Ressorts streifen: Wohnbau und Wohnbauförderung. Drei Studien der letzten Zeit – wir kennen sie: Bruckmann-Festa, die Windisch-Studie, vor allem aber auch die Studie der Arbeiterkammer Wien – stellen ganz deutlich klar, daß in Österreich, regional stark verschieden, sowohl qualitativer als auch quantitativer Wohnungsfehlbestand besteht, daß daher, hochgerechnet, ein durchschnittlicher Jahresbaubedarf von rund 50 000 Wohneinheiten bis ins Jahr 2000 vorhanden ist.

Vor 1970 lag nun die Zahl der fertiggestellten Wohnungen immer bei knapp über 50 000 pro Jahr. Sie liegt derzeit und seit etlichen Jahren bei etwa 45 000 – im Jahr 1976 44 600, 1977: 45 000 –, und auch – ich habe den Einwand das letztemal gehört – die für 1978 vorläufig gemeldete Zahl von 51 300 ist ja nur – und ich wiederhole hier noch einmal – durch Umstellungen in der Meldung bedingt, vor allem in Wien, bitte, und korrigiert ... *(Zwischenruf des Abg. Kittl.)* Nein, sie wurden nicht gebaut und fertiggestellt, Sie wissen es, Herr Abgeordneter Kittl! Korrigiert ergibt sich für 1978 – wir werden es ja in wenigen Monaten viel genauer wissen – wieder ein Wert von knapp 44 000 bis 45 000 Wohnungen.

Aber – das sind ja historische Werte, meine Damen und Herren – der Rückgang zeigt sich ja insbesondere auch bei den Baubewilligungen als eine Art vorausschauender Indikator.

Wenn wir jetzt in die Zukunft sehen wollen: 1978 sind die baubewilligten Wohnungen wieder um weitere 6 Prozent zurückgegangen und haben damit den bisher niedrigsten Stand erreicht. Wir haben noch nie so wenig baubewilligte Wohnungen wie in dem Jahr gehabt.

Damit hat die Wohnbauleistung Österreichs im internationalen Vergleich den niedrigsten Stand erreicht. Sie liegt bei sechs Wohneinheiten pro 1 000 Einwohner; der europäische Durchschnitt liegt bei 8 pro 1 000 Einwohner. Von 17 Staaten liegen nur mehr Großbritannien und die Schweiz hinter Österreich. Wir liegen also an letzter Stelle.

Meine Damen und Herren! Trotz dieser schwachen Wohnbauleistungen werden von Jahr zu Jahr mehr Budgetmittel für den Wohnbau und für die Wohnbauförderung zweckgebunden bereitgestellt. Wo liegt die Diskrepanz? – Warum betone ich „zweckgebunden bereitgestellt“? Das ist, fast muß man es zynisch sagen, ja wirklich der einzige Vorteil der starken Progressionswirkung bei der Lohn- und Einkommensteuer.

Worin sehen wir die Diskrepanz? – Zum einen, weil zufolge der Kostenentwicklung Wohnen für viele – vor allem für junge Paare und Familien – unerschwinglich teuer wird. Damit werden auch immer mehr Mittel für die Wohnbeihilfe, für Annuitätenzuschüsse, also für die Subjektförderung, gebraucht, was ebenso kraß die Mittel für den Wohnungsneubau, aber auch für die Wohnungsverbesserung verkürzt.

Die Österreichische Volkspartei hat diese Entwicklung besonders anlässlich der Diskussionen um die 6. Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 vor zweieinhalb Jahren aufgezeigt.

Wir haben damals diese Novelle abgelehnt, weil Bautenminister Moser nicht bereit war, ein Finanzkonzept zu erarbeiten und vorzulegen.

Herr Minister Sekanina! Dieses Erbe haben Sie jetzt zu tragen. Da müssen wir etwas ausräumen.

Zum zweiten: Wo ist noch diese Diskrepanz? – Auch darin sehen wir sie, daß nach Auslaufen der Subjektförderung, die jetzt den Fonds so ausräumt, beim einzelnen die Rückzahlung dann nicht jeweils auf die Leistungsfähigkeitsgrenze angehoben wird, was zu einem verstärkten Rückfluß der öffentlichen Darlehen einerseits führen würde, andererseits auch zu einem sozial gerechten und gleichmäßigen Wohnungsaufwand. Meine Damen und Herren! Hier bedarf es also eines Umdenkens, aber besonders auch, Herr Minister und Frau Staatssekretär, einer raschen Problemlösung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die ÖVP hat ihre Vorschläge schon im Jahr 1974 mit dem Plan 1 vorgelegt. Wir haben 1977 die Zusammenführung aller zersplitterten Gesetze und Finanzierungen zu einem sogenannten Wohnungsförderungsgesetz vorgestellt unter etwa folgenden Grundsätzen:

1728

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Dr. Keimel

Dem Bund sollte nur die Rahmengesetzgebung bleiben, während verstärkte Länderrechte sehr flexibel, sehr lebens- und menschnahe auf die stark differenzierten regionalen Situationen eingehen sollten.

Besonderes Anliegen dabei ist und bleibt für die Volkspartei die Stärkung und die Förderung des Eigentums am Wohnen. Wir meinen damit nicht nur bei der Neuschaffung von Wohnraum, sondern auch bei der Umwandlung von jetzigen Mietwohnungen, etwa bei Gemeindewohnungen und bei Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Regierung, Herr Minister, und auch die Sozialistische Partei haben diesen Konzepten bisher nichts entgegengesetzt, außer etwa die – ich möchte es fast so nennen – typisch sozialistische Idee des Landesrates Neuhauser aus Oberösterreich, die 30 S Wohnungsbeihilfe zu kassieren, was immerhin einem heutigen Einkommenszug von 1,3 bis 1,5 Milliarden Schilling pro Jahr gleichkäme.

Und nun, Frau Staatssekretär Eypeltauer: Sie haben, wie ich gelesen habe, neulich über die „Sozialistische Korrespondenz“ erklärt, der Bautensprecher der ÖVP, also Keimel, sei dagegen, aber am gleichen Tag sei der Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig sehr wohl dafür, und das beweise die Uneinigkeit.

Meine liebe Frau Staatssekretär! Das beweist mir neuerdings nur Ihre Unkenntnis oder auch Ihre Unaufmerksamkeit! *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Und ich sage Ihnen etwas, Frau Staatssekretär: Solche polemische Beiträge am Beginn der Tätigkeit dienen nicht gerade der Klimaverbesserung.

Ich wiederhole Ihnen daher, Frau Staatssekretär, meine Passage zur Wohnungsbeihilfe hier im Hohen Haus am 6. November noch einmal wörtlich:

„Mit uns können Sie sogar darüber reden in einem Gesamtwohnungskonzept, aber nicht herausgerissen als neuerliche Belastung der österreichischen Bevölkerung.“ – Dabei bleiben wir! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bautenminister, dabei bleiben wir auch in Hinsicht auf Ihre Überlegungen, vorerst einmal, wie Sie in der letzten Zeit immer wieder anklingen lassen, neue Steuern einzuführen – die 30 S wären einmal eine Kopfsteuer, nichts anderes – oder bestehende Steuern zu erhöhen, wie etwa die Bundesmineralölsteuer.

Das – und ich wiederhole es noch einmal – ist nicht der gemeinsame Weg! Hier werden wir Sie nicht einen Schritt des Weges begleiten bei der erwähnten leistungsfeindlichen und wirtschafts-

hemmenden Steuerlastquote! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Während der Wahlauseinandersetzungen zur Nationalratswahl hat Zentralsekretär Blecha für die SPÖ versprochen, Sie würden im Falle des Wahlerfolges – wörtlich – ein Wohnbau-Sofortprogramm für Jungfamilien durchziehen. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Jetzt ist keine Rede mehr davon.

Sie müssen das Versprechen für die jungen Familien halten. Wir hören nur nebulose Vorstellungen von Startwohnungen, von einem Wohnhotel – so nannte es frisch einmal der ehemalige Bautenminister Moser – und so weiter.

Ich darf Ihnen von Seite der ÖVP hier sagen: Wir halten diese Asylösungen – anders kann man es ja nicht nennen! – für völlig falsch, weil sich ja gerade junge Familien ein Heim schaffen wollen und keine Zwischenwohnstätte brauchen. Und daher stellen wir dem die subjektiv abgestimmte, natürlich subjektiv wieder auf die Leistungsfähigkeit abgestimmte Wohnstarthilfe gegenüber, womit gerade auch guter, erhaltungswürdiger Althausbestand mobilisiert werden könnte, preisgünstiger für junge Paare, preisgünstig für junge Familien bei voller Infrastruktur: Schulen und so weiter.

Dem sollten Sie sich, glaube ich, zumindest in der Diskussion um diese Jungfamilien anschließen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ähnliche Probleme türmen sich im zweiten großen Aufgabenbereich des Bautenressorts auf, im Straßenressort.

Im Zehnjahres-Investitionsprogramm der Bundesregierung heißt es dazu wörtlich:

„Außerdem ist auffällig, daß die gesetzlichen Verpflichtungen um 1980 sehr stark steigen. Diese Tatsache ist hauptsächlich auf die Zunahme der Zahlungen an die Sondergesellschaften im Bereich des Straßenbaues zurückzuführen. Da es sich dabei um bereits getätigte Investitionen handelt und außerdem auch der Aufwand für Straßeninstandhaltung immer mehr zunimmt, bleiben immer weniger Mittel für Neubauten.“

So im Zehnjahres-Investitionsprogramm.

Wurden vor zehn Jahren etwa noch 17 Prozent, werden 1978 bereits an die 27 Prozent aller Mittel für die Erhaltung und für den Schuldendienst verbraucht, und 1981 rechnet man schon mit fast 55 Prozent. Aber, meine Damen und Herren, der Finanzierungsinfarkt tritt nicht erst 1981 oder später ein: Heuer, mit diesem Budget 1980, dokumentiert er sich bereits in den Budgetansätzen!

Dr. Keimel

Herr Bautenminister! Wenn Sie sich die Ansätze für den Straßenbau – was also für den Bau vorhanden ist – ansehen, dann zeigt sich Ihnen folgendes: Nach dem geänderten Bauprogramm 1979 sind für Bauaufwendungen 8,662 Milliarden Schilling vorhanden. 1980 voraussichtliches Bauprogramm 7,760 Milliarden Schilling. Das heißt also, in diesem Jahr 1979 stehen nominell 12 Prozent oder 902 Millionen Schilling mehr zur Verfügung als 1980. Das sind ja real an die 16 bis 17 Prozent heuer für den Bau von Straßen mehr als 1980!

Meine Damen und Herren, Herr Minister, das ist der Infarkt, resultierend aus einer seit Jahren verfehlten Finanzpolitik.

Und dabei, Herr Minister, ist die Rückzahlung für die Sondergesellschaften hier noch gar nicht sehr wesentlich berücksichtigt.

Während zum Beispiel der Pkw-Bestand von 1970 bis 1978 in Österreich um über 70 Prozent zugenommen hat, wurde das Straßennetz – kilometermäßig also – in der gleichen Zeit um etwas über 6 Prozent erweitert. Aber zum eigenen Pkw-Bestand kommt ja auch noch – Gott sei Dank, muß ich sagen – der große Aufschwung im Fremdenverkehr und der damit verbundene Güterverkehr.

Nur, meine Damen und Herren: Das Auto wurde zur Melkkuh der sozialistischen Regierung, der Pkw vom seinerzeitigen Gebrauchsgut zum Luxusgut, und das dokumentiert sich in einer sogenannten Luxussteuer, durch diese Regierung eingeführt. *(Zwischenruf des Abg. Kern.)*

Die Straßenfinanzierung wurde auf Sondergesellschaften verlagert. Aber, meine Damen und Herren, als eine Flucht aus dem Budget, denn diese Sondergesellschaften sollten ja betriebswirtschaftlich organisiert arbeiten, das heißt, aus den Mauteinnahmen müßten zumindest die Kapitalrückzahlungen erfolgen. Wenn das nicht geht, was ja für sich schon schlecht wäre, denn dann wurden sie falsch konzipiert, wenn also das nicht geht, dann wird sicherlich die Kapitalrückzahlung aus der Bundesmineralölsteuer erfolgen müssen. Es war dann eine Vorfinanzierung. Aber, meine Damen und Herren, nicht einfach und selbstverständlich sind die Zinsen aus dieser Vorfinanzierung, aus dieser Flucht aus dem Budget aus der Bundesmineralölsteuer zu begleichen!

Auch beim Wohnbaufonds müßten die Zinsen von Vorfinanzierungen zum Beispiel durch Länder aus den Budgets gedeckt werden. Nicht aus der Wohnbauförderung, nicht aus dem Fonds, meine Damen und Herren.

Aber inzwischen kassiert der Finanzminister hurtig und fidel den Straßenverkehr kräftig ab.

Nur ein paar Beispiele. Mit der Einführung der Mehrwertsteuer 1973 ging die Beförderungssteuer in diese ein. Im letzten Jahr der Beförderungssteuer 1972 war sie noch mit 1,4 Milliarden Schilling ausgewiesen. Das ist jetzt in der Mehrwertsteuer drinnen, meine Damen und Herren.

1976 Bundesmineralölsteuererhöhung. Ja, aber Zweckentfremdung für die ÖBB!

Landwirtschaft: Heraus aus dem Budget, hinein in die Bundesmineralölsteuer, 900 Millionen Schilling Abzweigung!

Am 1. Oktober 1976 Bundeskraftfahrzeugsteuer 1,3 Millionen Schilling. 100prozentig geht das zu den ÖBB und zum Schienenverkehr sonstiger Art.

Am 1. Jänner 1978 Luxussteuer für Pkw, Begrenzung der Abschreibungsmöglichkeiten im betrieblichen Bereich, Hunderte von Millionen Schilling, 2 Milliarden Schilling nur aus der Mehrwertsteuer, die der Finanzminister vom Straßenverkehr hier über Mehrwertsteuer, Einkommensteuer, Gewerbesteuer und so weiter kassiert.

Am 1. Juli 1978 Lkw-Steuer: 1,5 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Und auf alle Bundesmineralölsteuererhöhungen, die ich genannt habe, aber auch auf alle Ölpreiserhöhungen kassiert hurtig der Finanzminister so als eine Art Regierungsscheck noch einmal die Steuer von der Steuer als Mehrwertsteuer.

Sehen Sie, so wird der Straßenverkehr, werden Pkw, Lkw nicht belastet, sondern, so möchte ich fast sagen, ausgenommen, ohne daß es dem Straßenverkehr dann zugute kommt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Zur Illustration ein Beispiel des Benzinpreises. Mit einem Steueranteil von 4,12 S pro Liter Superbenzin ist dieser Steueranteil heute höher als noch 1973, vor sechs Jahren. Der Gesamtabgabepreis inklusive aller Steuern, meine Damen und Herren – und bei Kenntnis dieser Sachlage möchte ich eines feststellen: Die Aussage des Finanzministers Androsch im ORF, die Autofahrer müßten sich eben entscheiden, ob sie mehr und bessere Straßen, mehr persönliche Sicherheit wollen – da hat er schon angespielt auf eine neue Steuererhöhung –, kann ich nur als eine überhebliche Verhöhnung des steuerzahlenden Autofahrers bezeichnen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bautenminister! Nicht neue Steuern und Abgaben, nicht die Erhöhung der bestehenden sollte Ihre Überlegung sein, sondern von den erwähnten Milliarden zumindest einmal 2 Mil-

1730

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Dr. Keimel

liarden pro Jahr für das Straßenressort wieder zurückzuholen. Ihr Prüfstein für uns wird besonders die Lkw-Steuer sein, die Sie schon 1980 für den Straßenbau zurückholen müßten, Herr Minister! Und auch daran werden wir Ihre – sagen wir einmal – so starken Worte gegenüber dem Finanzminister messen.

Ich bringe daher namens der ÖVP den folgenden

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Keimel, Ing. Letmaier und Genossen betreffend die Verwendung der Mittel aus den für den Straßenbau durchgeführten Steuererhöhungen, bevor neue Belastungen den Autofahrern auferlegt werden, ein.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Bauten und Technik wird aufgefordert, im Rahmen der Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß die unter der Ankündigung der Notwendigkeit des weiteren Ausbaues der Bundesstraßen und Autobahnen bisher durchgeführten Steuererhöhungen wie Bundesmineralölsteuererhöhung, Lkw-Steuer und KFZ-Steuererhöhung auch tatsächlich für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden, bevor die Autofahrer mit neuen Abgaben belastet werden.

In der Sache Erhöhung der Bundesmineralölsteuer besteht ohnehin wieder eine große Uneinigkeit in der Regierung. Bautenminister Sekanina: ja, Androsch könnte es sich ab Mitte 1980 vorstellen. Und was sagte der Bundeskanzler am Dienstag? – Das sei derzeit nicht aktuell! Wieder die große Einigkeit in der Regierung!

Herr Minister! Wenn Sie hier eine Umstrukturierung zuwege bringen, wenn Sie damit aus der unter Bautenminister Moser so gewordenen Sektion des Finanzministeriums wieder den Schritt zum eigenständigen Bautenministerium geschafft haben, dann schließen wir Überlegungen im Umbau, in der Umstrukturierung der Straßenfinanzierung gar nicht aus, wie etwa durch andere Möglichkeiten auch die ausländischen Fahrzeuge wesentlich besser beitragen könnten, wir schließen das nicht aus, und Vorschläge von unserer Seite werden ja immer wieder in den Raum gestellt.

Lassen Sie sich mit der – ich habe es erwähnt – Übernahme der Lkw-Steuer in Ihr Ressort auch die Vollmacht von der Regierung für intensive Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft geben zur europäischen Finanzierung der österreichischen Europa-Straßen! Da werden Sie unsere volle Unterstützung haben, Herr Minister.

Und der dritte Bereich sieht ja so ähnlich aus, nur ein Wort dazu: Wasserwirtschaftsfonds. Er ist

wie alle Bereiche gekennzeichnet durch das finanzielle Debakel. Nur dadurch, daß die Gemeinden aus der Struktur der Förderung und deren Beanspruchung finanziell gar nicht in der Lage sind, Wasserbauvorhaben auch durchzuführen, überlebt der Wasserwirtschaftsfonds und – ich möchte es so nennen – nur durch kredit- und budgetäre Manipulationen. Natürlich, Herr Minister, gehörte ja auch das grundlegend geändert im Sinne der Wasserversorgung, und so lassen Sie mich, meine Damen und Herren, zusammenfassen:

Sehr große Probleme, sehr große Aufgaben stehen für dieses Bautenressort heran. Bautenminister Sekanina hat an diesem Budget weder mitgewirkt noch ist er offensichtlich, wie seine Erklärungen ja beweisen, mit diesem zufrieden, aber er hat die Probleme erkannt und sie erstmals auch ausgesprochen, was wir positiv werten.

Es ist ein Ressort, dessen Hauptbereiche den Menschen direkt berühren:

im Wohnbereich als elementares Anliegen und Recht unserer Bevölkerung auf Wohnen. Wohnbereich als wesentlicher Teil einer guten Familienpolitik, aber für uns auch etwa der Eigentumspolitik;

im Straßenbereich als wichtigen Teil der gesamten Verkehrspolitik – Sicherheit für die Menschen. Ebenso geht es darum, daß Menschen nicht im Verkehr ersticken, im Lärm, in den Abgasen als Anrainer;

und es geht uns aber auch in der Bauwirtschaft um die sicheren Arbeitsplätze, für direkt und indirekt weit über 300 000 Arbeitnehmer.

Der Bautenminister – der Name ist ja falsch – ist daher, versteht er sein Amt und sein Ressort umfassend, nicht Techniker, Baumeister im engeren Sinn, sondern er ist Wirtschaftsminister, Umweltanwalt, Familien- und Verkehrspolitiker. Und so möchte ich auch sagen, Herr Minister, daß es – wie es allenthalben anklingt – eine Baukrise in unserem Lande ja nicht gibt, eine Krise, etwa eine Strukturkrise wie in anderen Wirtschaftsbereichen, wo Strukturmängel bedeuten, daß die Nachfrage fehlt. In diesem Bereich haben wir heimisch-autonom größten Bedarf, keine Nachfrageprobleme, ganz im Gegenteil, sondern nur eine Finanzierungskrise. Das heißt, es ist eine zutiefst politische Frage der Prioritätensetzung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Analyse des Budgets beweist, daß die Prioritäten falsch gesetzt sind, das heißt aber auch, daß daraus keine Beschäftigungsimpulse hervorgehen.

Im Bautenressort fehlen bislang alle Konzepte, und daher ist die ÖVP auch nicht

Dr. Keimel

imstande, diesem Budget die Zustimmung zu erteilen. Aber, meine Damen und Herren, die ÖVP ist bereit, an gemeinsamen Lösungen der großen Probleme für Österreich mitzuarbeiten so wie bisher. Die Vorschläge haben wir vorgelegt; es liegt an Ihnen, Herr Minister, sie aufzugreifen, mit uns zu diskutieren, zum Wohle der österreichischen Bevölkerung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Der verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Keimel, Ing. Letmaier und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Babanitz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Babanitz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Dem Nationalrat liegt nunmehr seit einigen Wochen das Bundesbudget für das Jahr 1980 zur Beratung und Beschlußfassung vor. Die sozialdemokratische Bundesregierung hat nach ihren ... *(Abg. Dr. Zittmayr: Sozialistisch oder sozialdemokratisch?)* Überlassen Sie die Beurteilung uns, Sie können es sich aussuchen, wenn Sie wollen. Wir sind Sozialdemokraten. *(Abg. Dr. Fischer: Beides! - Beifall bei der SPÖ.)*

Darf ich sagen, meine Damen und Herren, die sozialdemokratische Bundesregierung hat nach ihrem großen Wahlerfolg vom 6. Mai 1979 mit der Vorlage des Budgets 1980 nicht nur ihr zehntes Budget seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 1970 vorgelegt, sondern mit diesem Budget auch die Zielpunkte für die beginnenden achtziger Jahre gesetzt *(Beifall bei der SPÖ)*, und das, obwohl der Bautensprecher, der Bundesinnungsmeister Nationalrat Letmaier bei der Budgetdebatte Bauten und Technik im Jahre 1978 für das Budget 1979 gesagt hat:

„Weil wir“, und hier darf ich ihn zitieren, „grundsätzlich andere Vorstellungen von der Wirtschafts- und Baupolitik haben und weil wir fest davon überzeugt sind, daß dieses Budget das letzte einer sozialistischen Alleinregierung auf lange Zeit sein wird, werden wir ihm nicht die Zustimmung geben!“

Nun, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen sagen: Die Wähler haben dem Budget 1979 sehr wohl die Zustimmung gegeben, denn ich darf daran erinnern, wenn Sie es vergessen haben sollten: Am 6. Mai 1979 wurde die absolute Mehrheit der Sozialistischen Partei, der Sozialdemokraten, nicht nur bestätigt, sondern auch ausgeweitet *(Beifall bei der SPÖ)* und von 93 auf 95 Mandate erweitert, während die Österreichische Volkspartei zur Kenntnis nehmen mußte,

daß sie von 80 auf 77 Mandate zurückgegangen ist.

Der Herr Dr. Keimel hat uns ja schon vorhin gesagt, warum die Österreichische Volkspartei dem heurigen Budget, dem Bautenbudget nicht die Zustimmung geben kann. Ich kann Sie nicht ganz begreifen. Wenn ich mir in der Zwischenzeit die Berichte und die Mitteilungen der Bauindustrie und der Bauinnung in ihren Fachzeitschriften ansehe und auch in der Presse der ÖVP in den letzten Wochen seit dem Amtsantritt des Herrn Bundesministers Sekanina, dann muß ich sagen: Entweder ist Herr Dr. Keimel nicht informiert oder er will nicht informiert sein, denn die Zeitungen und die Fachzeitschrift schreiben ganz anders, sie loben sehr stark die Arbeit des Bautenministeriums.

In diesem Zusammenhang darf ich mir auch erlauben, meine sehr verehrten Damen und Herren, doch einiges zur Budgetpolitik, vor allem zum Kapitel Bauten und Technik in den letzten neun Jahren, seit die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung übernommen hat, zu sagen.

Ich darf erwähnen, daß es immer Aufgabe der sozialistischen Bundesregierung war, in erster Linie die Vollbeschäftigung in Österreich zu sichern. Das gilt auch im besonderen für das Budget 1980, das heute hier im Hohen Haus zur Behandlung steht und im besonderen für das Kapitel Bauten und Technik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn auch, meine Damen und Herren, die Verhandlung des Kapitels Bauten und Technik in den letzten Jahren immer etwas in den Hintergrund getreten ist, genauso wie heute, nämlich nach der für Sie so wichtigen Landwirtschaft, dann darf ich doch darauf verweisen, daß die Bauwirtschaft sehr viel und sehr ausreichend von der Budgetpolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung in diesen letzten neun Jahren gewonnen hat.

Ich darf als Vertreter der Bauarbeiter Österreichs innerhalb der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, aber auch der gesamten Bauarbeiter feststellen, daß wir mit dieser Regierung und mit diesem Bautenminister in den letzten neun Jahren zufrieden waren. Wir wissen aber auch, daß der neue Bautenminister bemüht und bestrebt sein wird, die Vollbeschäftigungspolitik auf dem Bausektor, nicht zuletzt für die Bauwirtschaft selbst, weiterhin fortzusetzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf nach wie vor festhalten – und ich habe das schon einige Male tun können –, daß das Bautenbudget sehr wesentlich den Betrieb beziehungsweise die Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft aufrechterhält. Das kann man

Babanitz

unter anderem auch daraus ersehen, daß letztthin immerhin 8,75 Prozent des Bruttonationalprodukts auf den Bereich der Bauwirtschaft entfallen und daß in diesem Bereich etwa 200 000 Arbeitnehmer beschäftigt sind.

Wenn ich heute hier als Sprecher für das Bautenressort, aber im besonderen – das habe ich schon gesagt – als Sprecher der Bauarbeiter Österreichs zu diesem Kapitel Bauten und Technik rückblickend einiges sagen darf, so möchte ich vor allem dem ausgeschiedenen Herrn Bautenminister Moser für seine fast zehnjährige Tätigkeit in diesem Ressort, und die war sicherlich nicht immer leicht nach dem, was Sie 1970 hinterlassen haben auf diesem Gebiet... (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie könnten sich einmal die Zahlen anschauen, Herr Kollege Dr. Keimel. Ich darf Ihnen empfehlen, das einmal zu lesen. Wenn Sie das nicht haben, bin ich gern bereit, Ihnen diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen, nämlich die baustatistischen Tabellen der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, und zwar für die letzten zwölf, dreizehn Jahre zusammengestellt. (*Der Redner zeigt eine Broschüre vor.*) Ich kann noch einiges und werde noch einiges dazu sagen.

Wir haben uns nämlich wirklich bemüht, auch bei Ihrem Bautenminister Kotzina. Sie wissen es genauso wie ich, daß wir konstruktive Vorschläge gemacht haben. Im Gegensatz zu Ihnen, der Sie immer wieder in erster Linie die Politik verdammen und dann hinterher loben. Sie kann doch nicht so schlecht gewesen sein, als zuerst gesagt wurde.

Ich darf daher sagen, daß wir uns bemüht haben – es waren vor allem der Herr Bundesminister und sein Ressort bemüht –, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, und daß das auch gelungen ist.

Wir wissen, daß gerade die Bauwirtschaft am wenigsten von Exporterfolgen beziehungsweise von Konjunkturauftrieben im Ausland beeinflusst wird, daß andererseits aber die öffentliche Hand in Österreich sehr wesentlich darüber entscheiden kann, ob wir eine stagnierende oder florierende Bauwirtschaft haben. Ein Vergleich von Zahlen auf Grund dieser Statistik zeigt sehr deutlich die erfolgreiche und positive Arbeit und Politik dieser letzten Jahre auf.

Ich darf Ihnen folgendes sagen: Der Bauaufwand, der zur Verfügung steht, ist für die Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft sehr, sehr interessant und wichtig. 1968/69 war – zugegeben auch von Ihrer Seite; der Herr Bundesinnungsmeister Letmaier wird das zugeben müssen – die Bauwirtschaft in einer Krise im Gegensatz zu den anderen Sparten. In diese

Krise ist sie durch Ihre Politik von 1966 bis 1970 hineingekommen. Sie hat sich durch die sozialistische Politik sehr bald und sehr wesentlich erholen können. Wir haben 1971 immerhin aus Mitteln der öffentlichen Hand 64,4 Milliarden Schilling der Bauwirtschaft zur Verfügung stellen können. 1973 waren es 99,2 Milliarden Schilling. Ich darf weiterspringen: 1977 waren es 138,5 Milliarden Schilling, 1978 waren es 149,4 Milliarden Schilling und 1979 waren es 152,6 Milliarden Schilling, die durch die öffentliche Hand der Bauwirtschaft und damit zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in dieser Sparte zur Verfügung gestellt wurden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der nicht abgearbeitete Auftragsstand, der ja für die ganze Planung in der Bauwirtschaft nicht uninteressant ist, hat sich auch sehr wesentlich verändert in der Zeit von 1974 bis jetzt. Ich kann Ihnen sagen: Wir haben 1974 mit Ende März einen Auftragsstand gehabt von 26,7 Milliarden Schilling, im September von 26,8 Milliarden Schilling; 1976 einen solchen von 27,3 Milliarden Schilling und im September von 28,4 Milliarden Schilling; und 1979 waren es immerhin 34,12 Milliarden Schilling und im September 35,37 Milliarden Schilling.

Diese Zahlen zeigen, glaube ich, meine Damen und Herren, daß wir und daß der Herr Bundesminister und sein Ressort darum bemüht sind, die Auftragslage so zu gestalten, daß die Bauwirtschaft auch echt planen und kalkulieren kann.

Die Winterarbeitslosigkeit gerade in der Bauwirtschaft war in den Jahren 1966 bis 1970 immer sehr stark. Ich darf Ihnen das wiederholen. Ich habe es schon einige Male gesagt. Wir haben damals Arbeitslosenzahlen gehabt, die an die 100 000 und mehr gegangen sind. Allein in der Bauwirtschaft hat die Arbeitslosigkeit 14, 16, ja bis zu 20 Wochen gedauert. Das waren Zahlen und Zeiträume, wie sie seit der sozialdemokratischen Bundesregierung praktisch nicht mehr vorgekommen sind.

Die Beschäftigtenzahlen – das sage ich Ihnen genauso – bestätigen das, was ich Ihnen hier gesagt habe. Ich möchte Sie aber nicht allzu lange aufhalten. Sie können das ja jederzeit nachlesen. In Wirklichkeit wissen Sie es ja sowieso, weil Sie genau dieselben Unterlagen bekommen wie wir, Sie wollen es nur nicht zugeben, was ich vielleicht vom politischen Standpunkt aus verstehe.

Aber, meine Damen und Herren, gebracht hat es Ihnen bisher nichts. Und wenn es so weitergeht, dann, glaube ich, wird es Ihnen auch in Zukunft nichts mehr bringen in dieser Richtung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Babanitz

Ich möchte aber auch die Gelegenheit benützen und rückblickend auf die letzten neun Jahre noch feststellen, daß der damalige Bautenminister Moser nach der Übernahme seines Ressorts, das vorher in der Alleinregierung der ÖVP Herr Dr. Kotzina geführt hat, durchaus nicht diejenigen Voraussetzungen vorgefunden hat – sei es nun auf dem Budgetsektor oder sei es auf dem gesetzlichen Sektor –, die notwendig gewesen wären, um diesen Aufschwung zu erreichen. Es mußten erst auf Grund der Krise Maßnahmen getroffen werden, um die Bauwirtschaft aus der Krise 1968/69 herauszuführen.

Es war also das Verständnis der gesamten Bundesregierung für die Probleme der Bauwirtschaft, daß es gelungen ist, diese Krise der Bauwirtschaft sehr rasch und sehr konstruktiv zu überwinden.

Ich darf darauf verweisen, daß die damalige Arbeitslosenrate im Durchschnitt des Jahres 1969/70 immerhin 4,5 Prozent betragen hat. Es war daher notwendig, gesetzliche Maßnahmen zu beschließen. Diese Maßnahmen wurden dann vom Bautenministerium auch in Erwägung gezogen, wurden vorbereitet. Es war notwendig – vor allem auf dem Straßenbausektor und auf dem Hochbausektor und auch auf dem Wohnbausektor –, Maßnahmen zu beschließen.

Daß diese Maßnahmen in erster Linie gedacht waren, um auch die Infrastruktur in Österreich zu verbessern, brauche ich nicht besonders zu betonen, glaube ich. Ich stimme mit Dr. Keimel auf jeden Fall darin überein, daß das Bautenressort in Österreich – aber darüber hinaus wahrscheinlich in allen Ländern – in erster Linie die Menschen betrifft, weil es Wohnungen bringt, weil es ihnen Wohnungen beschafft, weil es ihnen öffentliche Gebäude, Straßen und dergleichen bringt und weil gerade diese Bauwerke sehr wesentlich zur Verbesserung der Infrastruktur beitragen können und beigetragen haben.

Meine Damen und Herren! Im letzten Jahrzehnt war vor allen Dingen in drei großen Sparten nachzuholen, was versäumt worden ist: im Straßenbau, im Wohnbau und im übrigen Hoch- und Tiefbau. Um diese Probleme, die dort aufgetreten sind, möglichst rationell und zielstrebig bewältigen zu können, war es, wie ich schon erwähnt habe, zuerst notwendig, gesetzliche Maßnahmen zu schaffen.

Ich darf daran erinnern, daß in diesem Zusammenhang für den Straßenbau das Bundesstraßengesetz 1971 lange, ich gebe zu und bestätige es, sachlich verhandelt wurde, daß es dann einstimmig beschlossen wurde und daß dieses Bundesstraßengesetz auch dazu beigetragen hat, neben der Dringlichkeitsreihung, die

gleichfalls beschlossen wurde, neben den Bestimmungen für den Umweltschutz, uns die Möglichkeit gegeben hat, immerhin eine große Summe für Bauleistungen auf dem Straßenbausektor, auf den Bundesstraßen, Autobahnsektor zu erreichen und bereitzustellen.

Ich brauche Ihnen diese Summen nicht aufzuzählen, Sie wissen es. Immerhin wurden im Zeitraum von 1970 bis 1978 etwa 90 Milliarden Schilling dafür zur Verfügung gestellt und in diesem gleichen Zeitraum immerhin 425 Kilometer Autobahn finanziert und fertiggestellt. Darüber hinaus stehen derzeit noch weitere 275 Kilometer Autobahnen in Bau.

Auch die verschiedenen Novellen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 waren notwendig, um die Wohnbauförderung, die seinerzeit von der ÖVP-Alleinregierung im Jahre 1968 vom Bund weg zu den Ländern gekommen ist, wieder etwas besser in den Griff zu bekommen, um also hier etwas mehr Einfluß bei der Vergabe beziehungsweise bei der Finanzierung der Wohnungen zu erreichen. Es sind im Zeitraum von 1970 bis 1980 immerhin 310 000 Wohnungen neu gebaut und 150 000 Wohnungen verbessert worden.

Auch die Frage des Umweltschutzes – das habe ich schon erwähnt – wurde bei diesen gesetzlichen Maßnahmen nicht außer acht gelassen; sie wurde also sehr wesentlich in die Gesetze eingebaut. Wenn wir also heute nicht nur bei den Straßenbauvorhaben auf die Frage Umweltschutz Bedacht nehmen, sondern auch beim Wohnbau und in anderen Bereichen, dann glaube ich, waren es vor allen Dingen die Möglichkeiten und Mittel, die durch eine sehr stark erhöhte Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds erfolgt ist, die es ermöglicht haben, daß sehr viel für Wasserversorgung und Gewässerreinigung für die österreichische Bevölkerung erreicht werden konnte. Durch die Zurverfügungstellung eines Betrages in diesem Zeitraum von rund 33 Milliarden Schilling konnten Projekte mit 52 Milliarden Schilling Gesamtbaukosten gefördert werden.

Diese Maßnahmen haben daher sehr wesentlich dazu beigetragen, daß Österreich nach wie vor ein begehrtes Reiseland für Touristen aus allen Teilen und Ländern Europas ist und daß die Gewässer, Seen und Flüsse einen Reinheitsgrad erreichten, wie er in anderen Ländern Europas kaum zu finden ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit dieser kurzen Replik auf die Leistungen des Bautenministeriums seit der Übernahme durch die sozialdemokratische Regierung und des damals im Amt befindlichen Ministers habe ich aufgezeigt – und im Gegensatz zum Herrn

Babanitz

Kollegen Keimel, glaube ich, das feststellen zu können –, daß diese gezielte Budgetpolitik eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung der österreichischen Bauwirtschaft seit 1970 herbeigeführt hat. Immerhin sind seit diesem Zeitraum in Österreich zusätzlich 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen beziehungsweise in der Bauwirtschaft gesichert worden; die Zahl der Arbeitssuchenden konnte sehr wesentlich herabgesetzt werden.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nun doch zum Bautenbudget für das Jahr 1980.

So wie in den letzten Jahren ergibt sich auch für das Bautenbudget 1980 im Rahmen des Gesamtbudgets wieder eine höhere Steigerung als im Gesamtbudget. Die im Jahre 1980 vorgesehenen Aufgaben des Bundes in der Höhe vom 302 Milliarden Schilling und die Einnahmen von 252 Milliarden Schilling ergeben eine nominelle Ausweitung gegenüber 1979 von 4,6 Prozent.

Der Anteil der Ausgaben für Bauzwecke an den Gesamtausgaben beträgt ohne das Eventualbudget 13,1 Prozent, einschließlich des Konjunkturvoranschlags und des Einsatzes der in der Pauschalvorsorge vorgesehenen Mittel 14,5 Prozent.

Die Ausgaben für Bauaufwendungen haben daher ohne Konjunkturbelebungsprogramm mit 39,6 Milliarden Schilling gegenüber dem Voranschlag 1979 um 8,2 Prozent zugenommen. Wobei – das möchte ich festhalten – im Hochbau mit 20,7 Milliarden Schilling Anteil eine Steigerung von 7,3 Prozent und im Tiefbau mit 18,9 Milliarden Schilling eine Zunahme von 9,2 Prozent zu verzeichnen ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Diese Ausweitung des Budgets für die Bauwirtschaft kann natürlich nur dann positiv sein beziehungsweise zu einer Steigerung führen, wenn die Preise nur in einem vergleichbaren Ausmaß steigen.

Unter der Annahme, daß die Preise im Hochbau analog dem Baupreisindex für den Wohnungsbau, der derzeit bei etwa 4,9 Prozent liegt, steigen und der Preis im Tiefbau nicht über 7 Prozent hinaus steigt, ist mit einem realen Wachstum der durch das Bundesbudget veranlaßten Baumaßnahmen im Ausmaß von 2 Prozent zu rechnen.

Dazu kommt – und das habe ich schon erwähnt –, daß von den gesamten Mitteln, die im Eventualbudget vorgesehen sind, rund 66 Prozent oder 3,3 Milliarden Schilling auf Ausgaben für Bauzwecke entfallen.

Darüber hinaus könnte noch der Betrag von etwa 1,6 Milliarden Schilling aus eventuellen

Rücklagenaufösungen als Ermessensausgaben der Bauwirtschaft zugeführt werden. Wenn man dabei noch einen Zuwachs an Produktivität berücksichtigt, so kann man erwarten, daß die im Budget 1980 vorgesehenen Ausgaben eine gleich hohe Beschäftigung wie 1979 erwarten lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf daher, meine Damen und Herren, hier als ein Vertreter der Bauarbeiter Österreichs, die selbstverständlich an einer Steigerung des Baugeschehens und einer kontinuierlichen Beschäftigung im Rahmen der Bauwirtschaft interessiert sind, erklären, daß die sozialistische Fraktion im Parlament diesem Bautenbudget zustimmen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung kann mit dem Budget – und sie hat es mit dem Budget 1980 neuerlich getan –, nur Impulse geben, damit die Vollbeschäftigung und in unserem Fall auch diese innerhalb der Bauwirtschaft aufrechterhalten wird.

Zur Sicherung und Ausweitung der Bauwirtschaft müssen aber auch alle anderen Stellen das Ihre dazu beitragen, daß der Bauwirtschaft genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie – und das, glaube ich, sollte immer wieder betont werden –, die ihr gestellten gemeinschaftlichen Aufgaben auch erfüllen kann.

Und hier – das darf ich sagen – geht es nicht nur darum, daß finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern es müssen im besonderen auch Maßnahmen getroffen werden, damit die vorhandenen und vorgesehenen Mittel sinnvoll und zweckmäßig beziehungsweise rationell verbaut werden können.

Dazu ist unter anderem im Zusammenhang mit dem Wohnbau, aber auch mit dem Straßenbau und dem Bau von öffentlichen Gebäuden eine funktionierende Bodenpolitik erforderlich. Es sind daher meiner Meinung nach ausreichende Kompetenzen für alle, die Baupolitik zu betreiben haben, so wie eine vernünftige Förderung aller jener, die die Leistungen der Bauwirtschaft in Anspruch nehmen sollen, erforderlich.

Vor allem aber wird es notwendig sein, daß die Baupreise durch Spekulationen und andere Manipulationen nicht übermäßig hoch hinaufgetrieben werden, damit nicht eine Einschränkung der zur Verfügung stehenden Mittel hervorgerufen wird. Von besonderer Bedeutung scheint mir aber zu sein, daß eine koordinierte Vergabe der Bauaufträge noch stärker als bisher erfolgen müßte, damit eine Gleichmäßigkeit im Ablauf des Baugeschehens ermöglicht und erreicht wird.

Babanitz

Ich darf hier darauf verweisen, daß schon vor längerer Zeit ein Terminplan erstellt wurde, der die Vergabe von Baumaßnahmen – von der Planung bis zur Vergabe – regelt. Es wäre sicherlich notwendig, und ich glaube, der Herr Bundesminister wird das auch tun, diesen Terminplan zu überprüfen, inwieweit er noch verbessert werden kann, damit hier durch die rechtzeitige Vergabe und vor allem durch die Vergabe der Anschlußaufträge die Kontinuität in der Bauwirtschaft gesichert werden kann.

Ich glaube daher, daß rationelles Planen und Gleichmäßigkeit bei der Vergabe von Aufträgen sehr wesentlich zum Erfolg dieser Maßnahmen beitragen werden. Das kann und wird dann auch dazu führen, daß die für die Baubranche so charakteristische Winterarbeitslosigkeit genau wie in den letzten Jahren auf ein Minimum reduziert wird, vor allen Dingen dort, wo sie sich leider bisher noch immer nicht vollkommen ausschalten läßt.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in der Bauwirtschaft erfordert daher auch immer wieder, daß über die Beschaffung von zusätzlichen Mitteln für die Bauwirtschaft nicht nur geredet werden soll, sondern daß auch Maßnahmen getroffen werden, die diese zusätzlichen Mittel auch bringen. Die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – ich darf dies im Namen dieser Organisation, für die ich auch tätig bin, hier feststellen und deklarieren – ist der Meinung, daß für eine Ausweitung der Wohnbauförderung eine Erhöhung dieser Mittel erforderlich ist. Wir glauben, daß im besonderen noch mehr Finanzmittel, zweckgebundene Steueranteile zur Verfügung zu stellen und erforderlich wären.

Die Heranziehung des Familienlastenausgleichs zur Finanzierung von familiengerechten Wohnungen wäre unserer Meinung nach ein weiterer Weg, um rascher mehr und auch Qualitätswohnungen zu bauen. Wir haben diese Forderung in einer Resolution des Hauptvorstandes unserer Gewerkschaft festgehalten.

Wenn Herr Dr. Keimel im Ausschuß erklärt hat, es werden durch die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter für ihre Arbeitnehmer Gruppeninteressen vertreten, dann darf ich dazu sagen, sicherlich, man könnte es auch vom Standpunkt der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter unter Umständen als Gruppeninteressen bezeichnen.

Wir glauben aber, daß die Bereitstellung von familiengerechten und qualitätsmäßig guten Wohnungen auch eine Aufgabe der Gesellschaft ist und daß letzten Endes auch der Familienlastenausgleich – der ja von den Arbeitnehmern

zum größten Teil selbst finanziert wird –, mit seinem Überschuß auch für diese Zwecke in Anspruch genommen werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch die Staffelung der Subjektförderung nach sozialen Gesichtspunkten ist unserer Meinung nach neu zu überdenken. Es wurde hier schon die Frage der 30 S Wohnbeihilfe angeschnitten. Diese Frage geistert ja, wenn ich so sagen darf, schon seit einigen Jahren durch die Politik. Ich darf auch darauf verweisen, daß wir als Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter – ich habe das hier im Hohen Haus auch schon einige Male getan –, schon seit längerem darauf hingewiesen haben, daß der Betrag sicherlich für den einzelnen nicht immer sehr viel ist, daß es aber, für manche oder für viele Schichten doch eine erhebliche Belastung bedeuten würde, wenn er weggenommen würde. Trotzdem glaube ich, daß man eine Lösung finden sollte, denn es geht meiner Meinung nach nicht an, daß wir jedes Jahr diese Frage neuerlich in irgendeiner Form diskutieren und jeder glaubt, er kann diesen Betrag für sich in Anspruch nehmen, so wie es zum Beispiel heuer der Fall ist, wo der Betrag, der aus der Arbeitnehmerleistung kommt, praktisch für die gewerbliche Krankenversicherung, für die bürgerliche Sozialversicherung verwendet wird.

Wir glauben, daß die Frage der 30 S Wohnungsbeihilfe einer Lösung zugeführt werden sollte, wobei wir der Meinung sind – wenn ich „wir“ sage, meine ich die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter –, daß bei der Aufhebung dieser Wohnbeihilfe die zur Verfügung stehenden Mittel einem Fonds zur Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt werden, aus dem unter anderem auch die Subjektförderung abgedeckt werden könnte. Es würden dann natürlich der Wohnbauförderung wieder mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Es scheint mir aber, daß die Wohnungswirtschaft kreditpolitisch besser als bisher berücksichtigt werden sollte. Zahlungsorientierte Kreditrestriktionen dürfen unserer Meinung nach den Wohnbau nicht verteuern. Das Gewinnstreben der Banken muß sich in diesen Fällen den Erfordernissen des sozialen Wohnbaus unterordnen. Das ist unsere Meinung, ich spreche das hier ganz offen aus.

Ich darf noch einmal auf die bereits von Herrn Dr. Keimel erwähnte Untersuchung der Arbeiterkammer Wien zu sprechen kommen und darauf verweisen, daß es hier Aufzeichnungen gibt, die sicherlich nicht dem sozialen Wohnbau dienen, daß man aber umgekehrt auch die Möglichkeiten, die dort aufgezeigt werden,

Babanitz

überprüfen, diskutieren und unter Umständen dann eben Verschiedenes ändern sollte.

Es wird im Wohnbau immer wieder Probleme geben. Ich sage noch einmal, gerade durch die Verlegung der Wohnbauförderung auf die Länder sind die Probleme zumindest unserer Meinung nach durchaus nicht leichter geworden für die Wohnungswerber, und es werden sicherlich noch meine Kollegen nach mir im einzelnen speziell auf diese Probleme eingehen.

Hohes Haus! Noch einige Worte zur Wohnbauförderung: Nachdem diese 1968 vom Bund zu den Ländern gekommen ist, haben sich naturgemäß differenzierte Förderungsbestimmungen in den einzelnen Bundesländern ergeben. Das geht von der mehrheitlichen Unterstützung des Eigenheimbaus und des Einzelwohnungsbaus in einigen Bundesländern bis zur mehrheitlichen Unterstützung des genossenschaftlichen Wohnbaus in den Städten. Es ist meiner Meinung nach notwendig und erforderlich, wenn diese Mittel sinnvoll und vor allen Dingen rationell eingesetzt werden sollen, die Förderungsrichtlinien zu vereinheitlichen. Dazu wäre auch eine Vereinheitlichung der Bauordnungen notwendig, denn das gehört meiner Meinung nach genauso dazu, damit die entsprechenden Bestimmungen, ob sie nun den Wärme-, den Schallschutz oder sonstige Baumaßnahmen betreffen, auch möglichst einheitlich sind und auch in der Förderung eine einheitliche Behandlung erfahren.

Ich darf daher von unserem Standpunkt aus sagen, daß wir es begrüßen, wenn im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung vor einigen Wochen nunmehr auch eine zentrale Stelle im Bautenministerium eingerichtet worden ist, in der sich ein eigener Staatssekretär im besonderen mit den Fragen des Wohnungsbaus befassen wird. Ich hoffe nur, daß die Frau Staatssekretär nicht nur den Elan durchhalten kann, mit dem sie das Problem angegangen ist, sondern daß ihr vor allen Dingen in den Ländern draußen auch die entsprechende Unterstützung gewährt wird, denn das scheint mir eine Voraussetzung dafür zu sein, daß sie die Probleme und Fragen, die an sie herangetragen wurden, auch einer positiven Lösung zuführen wird können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, es ist hier zu bestätigen, wenn gesagt wurde, daß trotz der Leistungen, die auf dem Wohnbausektor in den letzten Jahren, in dem letzten Jahrzehnt erbracht wurden, nach wie vor ein Wohnungsbedarf vor allen Dingen auf dem qualitativen Sektor besteht, der unserer Meinung nach abgedeckt werden soll.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Neben dem Wohnbau spielt für die Beschäfti-

gungspolitik in der Bauwirtschaft – aber auch bei der Verbesserung der Infrastruktur – der Straßenbau eine sehr wesentliche Rolle. Auch hier darf ich unsere Meinung als sozialdemokratische Parlamentsfraktion, aber auch als Vertreter der Bauarbeiter Österreichs zum Ausdruck bringen.

Ich möchte dazu sagen, daß der Straßenbau nicht nur in den Fremdenverkehrsgebieten forciert werden darf, sondern daß sich die Hauptaufmerksamkeit in Zukunft mehr als bisher auf die Industriezonen konzentrieren muß. Dabei ist auf das Industriedreieck Wien-Linz-Graz im besonderen Rücksicht zu nehmen, da in diesen Regionen, in der Oststeiermark, in Oberösterreich und in der Umgebung von Wien immerhin fast 4 Millionen Menschen wohnen und arbeiten.

Die Verkehrspolitik muß deshalb meiner Meinung nach noch stärker als bisher koordiniert werden. Hier darf ich zur Verkehrspolitik sagen, daß unserer Meinung nach die Verkehrspolitik nicht nur aus dem Straßenbau besteht und daß die Mittel, die hier aufgebracht werden, nicht nur dem Straßenbau, sondern auch der übrigen Verkehrspolitik zugute kommen sollen. Daher glauben wir auch, da es notwendig ist, daß zusätzliche Mittel beschafft werden, daß wir der Resolution und dem Entschließungsantrag, den die Abgeordneten Dr. Keimel und Ing. Letmaier eingebracht haben, seitens der sozialistischen Fraktion nicht zustimmen können. *(Abg. Dr. Keimel: Ihr stellt lieber Gewerkschaftsanträge für weitere Steuererhöhungen! Vielleicht bringen Sie ihn ein!)*

Wenn Sie mich weiterreden lassen, Herr Kollege Keimel, werde ich noch weitere unsere Resolution und unsere Vorstellungen zur Kenntnis bringen. Einen Teil habe ich ja bis jetzt schon gebracht, ich hoffe, Sie haben zugehört. *(Abg. Dr. Keimel: Ein sozialistischer Gewerkschaftsbeitrag für Steuererhöhungen!)* Das sind keine Steuererhöhungen in dem Sinn, wie Sie sie propagieren, sondern das sind unserer Meinung nach zweckgebundene und notwendige Abgaben *(Abg. Dr. Keimel: Wofür Sie das ausgeben, ist egal, das sind Steuererhöhungen!)* Können Sie sich vorstellen, Herr Dr. Keimel, daß man ohne Steuern die Wünsche der Staatsbürger befriedigen kann? *(Abg. Dr. Keimel: Schauen Sie sich die Steuerlastquote an!)*

Herr Kollege Keimel! Das haben Sie mit Ihrer Alleinregierung 1966 bis 1970 versucht. Nur gelungen ist es nicht. Sie waren sehr schnell wieder weg! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Keimel: 35,6 Prozent Steuerlastquote! Unsere Steuerlastquote müßten Sie wieder einführen für ein glückliches Österreich!)*

Babanitz

Ihre Steuerpolitik wurde nach vier Jahren, nach einer Periode, von der Bevölkerung abgelehnt. Unsere Steuerpolitik und unsere Wirtschaftspolitik wurden trotz der von Ihnen behaupteten Ungerechtfertigkeit von den Wählern von einer einfachen Mehrheit zu einer sehr starken, soliden und absoluten Mehrheit mit 95 Mandaten bestätigt. *(Beifall bei der SPÖ.)* Lassen Sie sich das noch einmal sagen.

Aber, meine Damen und Herren, um zurückzukommen auf die Frage Verkehr beziehungsweise Straßenbau, darf ich Ihnen sagen, ich bin der Meinung, daß der Transport von gefährlichen Gütern und großen Lasten vor allen Dingen im Fernverkehr auf die Schiene zu verlegen ist und daß der Güterverkehr auf der Straße meiner Meinung nach in erster Linie eine Verteilerfunktion im Nahverkehr hat.

Ich glaube daher, daß es notwendig ist, dem Straßenbau noch mehr als bisher Mittel zuzuführen, damit die Straßen schneller und besser ausgebaut werden können.

Wenn wir also in den letzten Tagen besonders davon gehört haben, daß man durch Erhöhung der Mineralölsteuer, Benzinpreiserhöhung und dergleichen versucht oder versuchen wird, neue Mittel zu bekommen, so darf ich sagen, auch wir sind als Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter dafür, und ich glaube, daß auch die Benützer der Kraftfahrzeuge Verständnis dafür aufbringen, wenn sie einen entsprechend gerechten Anteil dazu leisten sollen, um Straßen schneller und besser ausbauen zu können. Wenn man weiß, daß allein 10 Groschen Aufschlag auf den Benzinpreis etwa 350 Millionen Schilling auf Grund des derzeitigen Verbrauches erbringen, dann, glaube ich, kann man sich ausrechnen, was eine Erhöhung von 30, 40 oder 50 Groschen bringt und um wieviel schneller und rascher dann auch die Straßen gebaut werden können.

Ich darf noch einmal sagen, wir glauben, daß der Verbraucher, der Benützer der Straßen Verständnis dafür hat, wenn er durch einen verhältnismäßig geringen Beitrag die Möglichkeit bekommt, auf guten und entsprechenden Straßen zu fahren.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend darauf verweisen, daß sicherlich meine Kollegen noch auf Einzelheiten des Budgets 1980, des Bautenbudgets, eingehen werden und darf sagen, daß die Bundesregierung im letzten Jahrzehnt sehr wesentlich durch den Einsatz von finanziellen Mitteln die Vollbeschäftigung in Österreich aufrechterhalten und die Probleme der Arbeitslosigkeit meistern konnte.

Vor allen Dingen scheint mir wichtig zu sein, daß es gelungen ist, eine Jugendarbeitslosigkeit,

wie sie leider in anderen westlichen Ländern heute noch vorhanden ist, zu vermeiden.

Vor allem aber möchte ich hier feststellen, daß es durch den verstärkten Einsatz von Mitteln für Bauzwecke möglich war, in der sehr leicht anfälligen Bauwirtschaft in Österreich die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Damit konnte, wie ich schon eingangs gesagt habe, ein erhöhter Anteil am Bruttonationalprodukt erarbeitet werden, nicht zuletzt im Interesse der gesamten Bauwirtschaft.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ich bei dieser Gelegenheit nur an zwei Leistungen der Bauwirtschaft, die weltweit auch vom Technischen her anerkannt werden, hinweisen darf, nämlich auf den Bau der UNO-City und auf den Arlberg-Tunnel, dann hat Österreichs Bauwirtschaft, haben die Bauarbeiter und die Unternehmer damit den Beweis erbracht, daß sie durchaus imstande sind, aner kennenswerte Leistungen zu erbringen, wenn sie so wie bisher von der Bundesregierung und von den übrigen Stellen der öffentlichen Hand die erforderlichen finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Letzten Endes kommen diese Leistungen, das heißt die Errichtung von Wohnungen, Schulen, Straßen und anderer öffentlicher Bauwerke, durch die damit erreichte Verbesserung der Infrastruktur allen Österreicherinnen und Österreichern zugute.

Hohes Haus! Ich darf abschließend noch einmal dem bisherigen Bautenminister Moser für seine Leistungen recht herzlich danken. Ich darf aber auch dem neuen Bautenminister Sekanina das Vertrauen der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion aussprechen, weil wir glauben, daß Minister Sekanina so wie Minister Moser und sein Ressort in der Zukunft für die Interessen der Bauwirtschaft arbeiten wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die sozialdemokratische Fraktion dieses Hauses wird daher dem Bautenbudget und darüber hinaus dem Bundesbudget für das Jahr 1980 die Zustimmung geben, weil damit Richtlinien und Marksteine gesetzt werden, die es ermöglichen, auch die kommenden achtziger Jahre erfolgreich für die österreichische Bevölkerung und die österreichische Gesamtwirtschaft zu bewältigen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Jörg Haider** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben heute ein Bautenbudget zu erörtern, das an sich

Dr. Jörg Haider

schwierig zu erörtern ist, weil es ein Budget ist, das keiner wollte. Die Opposition hat ihre gewichtigen Gründe ja schon mehrfach auch im Zuge der Ausschlußberatungen vorgebracht, aber auch der Minister selbst kann ja nicht hinter diesem Budget stehen und will nicht voll hinter diesem Budget stehen, denn er hat's ja nicht gemacht. Sein Konzept wird erst im Frühjahr erörtert werden, sodaß er also noch nicht weiß, ob er mit den tatsächlich vorliegenden Budgetmöglichkeiten das Auslangen finden wird.

Wenn nun aber alle Redner der beiden anderen Fraktionen die Gelegenheit benützt haben, hier einen Blick in die Zukunft zu werfen wie auch ein Resümee zu ziehen über das, was in den letzten Jahren geleistet worden ist, so möchte auch ich den Versuch machen, in Bereichen, die zu den Schwerpunkten des Bautenressorts zählen, einige Feststellungen zu treffen.

Vorerst einmal zum Wohnbau.

Ich glaube, daß gerade die Wohnbaupolitik zu den am wenigsten ruhmreichen Leistungen der sozialistischen Alleinregierung in den letzten neun Jahren respektive dessen, was wir bisher im Budget vorliegen haben, gezählt werden kann, weil zweifelsohne große Versprechungen gemacht worden sind, die nicht eingehalten wurden.

Gaston Berger hat einmal gesagt, die Zukunft ist nicht nur das, was eintreten kann oder was sich wahrscheinlich ereignen wird, die Zukunft wird auch in zunehmendem Maße das sein, was wir im voraus gewollt haben. Wenn es nach dem ginge, müßten wir heute eine glorreiche Bilanz etwa im Bereich der Wohnbaupolitik vorfinden.

So hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung 1971 gesagt, daß zufriedenstellende Wohnverhältnisse eine wesentliche Voraussetzung für die Leistungskraft des einzelnen und für eine gesunde Entwicklung der Familie sind. Daraufhin ist „Beifall bei der SPÖ“ vermerkt.

Er sagte dann weiter, daß die Zahl der jährlich errichteten Wohnungen je 1 000 Einwohner in Österreich seit dem Jahre 1967 ständig gesunken ist, während sie in anderen Staaten weiter anstieg. Dadurch ist Österreich in den Kreis der europäischen Staaten mit der geringsten Wohnbauleistung geraten. Und weiter: Die Bundesregierung werde daher alle Maßnahmen ergreifen, um Österreich auch in bezug auf die Wohnbauleistung und die Wohnungsausstattung zumindest an die anderen europäischen Industriestaaten heranzuführen. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun, meine Damen und Herren, diese Absichtserklärung wurde nicht in die Tat

umgesetzt. 5 000 Wohnungen jährlich, das wissen wir, sind nicht dazugebaut worden, sondern wir haben heute eine Negativbilanz von 50 000 Wohnungen in Österreich. Das heißt, 1979 ungefähr 45 000 Wohnungen zu wenig, 1979 rund 55 000 unerledigte Wohnbauförderungsansuchen bei den einzelnen Ämtern, wie das der amtlichen Auskunft entspricht.

Ich glaube, daß man an den Zahlen allein schon die Problematik und die Bedeutung einer Neuorientierung im Bereich der Wohnbaupolitik sieht und daß jene Aussage des Bundeskanzlers im Jahre 1971, wir wollen eine grundlegende Neuerung im Bereich der Wohnbaupolitik vornehmen, uns zweifelsohne jetzt mit Sorge erfüllt, wenn wiederum ein neues Regierungsteam dieselbe Absichtserklärung abgibt, aber nicht gewiß ist, was daraus werden wird.

Es ist ja letztlich nicht nur eine Frage der Lebensqualität der Menschen damit verbunden, sondern es ist auch eine Frage der Arbeitsplatzsicherheit damit verbunden, wenn im Bereich des Hochbaus entsprechende Aufträge auch durch die öffentliche Hand angeregt und vorausgetragen werden.

So müßte man also eigentlich feststellen, daß die Arbeitsplatzsicherung im Bereich des Hochbaus sicherlich nicht in dem Ausmaße geklappt hat, wie es die Regierung im Jahre 1971 und in den folgenden Regierungserklärungen versprochen hat.

Sie haben vielleicht – und das ist das einzige, was bisher eingetreten ist – 1 400 Experten im Jahre 1971 für Programme zu Rate gezogen, die sich nach neun Jahren vielleicht bereits eine Abfertigung erwirtschaftet haben, Sie haben aber sicherlich im Bereich der Wohnbaupolitik als Regierung insgesamt ein eindeutiges Versagen aufzuweisen. (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist dies aber nicht nur eine Frage der Wohnungspolitik, was die Quantität betrifft. Der Bundeskanzler hat auch 1971 gesagt: Aus all dem können Sie, meine Damen und Herren im Hohen Haus, erkennen, daß es die Bundesregierung als eine der wichtigsten Aufgaben ihrer Politik überhaupt betrachtet, die Grundlagen dafür zu schaffen, daß die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung in qualitativer und quantitativer Hinsicht den Erfordernissen unserer Zeit entsprechend befriedigt werden können.

Das, meine Damen und Herren, ist ein großes Versprechen, das einem realen Bedürfnis der Menschen in unserem Lande entspricht. Nur: die Realität sieht halt ein wenig anders aus. Wenn man Untersuchungen zu Rate zieht, so wird man feststellen, daß allein in Wien 68 Prozent der Arbeiterfamilien in zu kleinen und zu schlecht ausgestatteten Wohnungen leben, deren Bau-

Dr. Jörg Haider

substanz sicherlich in den meisten Fällen überaltert ist, die aber vor allem räumlich zu klein sind.

Weiters wird man feststellen, daß 65 Prozent der Pensionisten in Wien in zu kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen leben. Gesamtösterreichisch beträgt der Prozentsatz jener Arbeiterfamilien, für die es ja wohl in erster Linie um Sanierungsmaßnahmen geht, weil sie zu den Einkommenschwächeren zählen, 37 Prozent des schlechten und unterqualifizierten Wohnbedarfs, und nur 10 Prozent der Arbeitnehmer überhaupt einschließlich der Angestellten haben sich etwa in Wien bisher eine Eigentumswohnung leisten können.

Ich glaube also, das ist schon eine sehr interessante Erhebung, die auf Grund der einzelnen Untersuchungen zutage getreten ist. Sie deckt sich letztlich haargenau auch mit den Ergebnissen, die der Familienbericht 1979 gestellt hat, woraus sich die erste Forderung ableiten muß: Wir müssen im Bereich der Wohnbaupolitik, wenn wir die öffentliche Wohnbauförderung zielstrebig vorantreiben wollen, einmal davon abgehen, die Quadratmeterbegrenzung in der Form aufrechtzuerhalten, wie sie heute geben ist. Man kann eine Höchstquadratmeteranzahl festsetzen, aber nicht in den einzelnen Familiengrößen wieder differenzieren, weil sich ja Familien verändern, insbesondere wenn es sich um Jungfamilien handelt, was dann Probleme mit dem Wohnungstausch und mit der Neufinanzierung anderer Wohnungen gibt. Also hier, glaube ich, wäre ein echtes Reformanliegen gegeben.

Darüber hinaus sind uns auch die Kosten davongelaufen. Wir haben trotz der Förderungen, die ja nicht in einem geringen Umfange ausgeschüttet worden sind, das sei auch hier festgestellt, eine Entwicklung der Wohnaufwandbelastung, die natürlich für den unteren und mittleren Einkommensbezieher vielfach nicht mehr verkraftbar ist. Auch im geförderten Wohnungsbereich 1 600 S monatliche Belastung allein aus den Darlehensrückzahlungen, bei Mietwohnungen rund 1 500 S im Schnitt, zuzüglich Betriebskosten, die man etwa mit 600 bis 800 S pro Monat veranschlagen muß, plus Heizung und Strom, wo noch einmal etliche hundert Schilling dazukommen, dann liegen wir bei rund 3 000 S monatlicher Wohnaufwandbelastung, meine Damen und Herren.

Und jetzt frage ich Sie allen Ernstes: Wer kann sich eine Wohnung leisten, die, bei einem durchschnittlichen Einkommen von 7 000 bis 8 000 S in Österreich, 30 bis 35 Prozent seines Einkommens verschlingt? Das ist also nicht finanzierbar für einen durchschnittlichen Einkommensbezieher. Daher liegt hier die Proble-

matik begründet, daß wir, selbst wenn das Angebot an Wohnraum sich vergrößern sollte, ja gar nicht die Abnehmer haben werden, weil sie es sich nicht leisten können.

Wir liegen daher um 5 bis 10 Prozent über dem internationalen Durchschnitt, der für den Wohnaufwand berechnet wird. 20 bis 25 Prozent beträgt der internationale Durchschnitt vom Einkommen eines Durchschnittsverdieners, was er für die Wohnung pro Monat aufwendet; bei uns sind es 30 bis 35 Prozent.

Wenn man nun bedenkt, daß etwa 50 Prozent der Arbeitnehmer, der Arbeiter in Wien, weniger als 7 020 S verdienen, und daß etwa in Kärnten der durchschnittliche Arbeiter mit 7 185 S, wie das erst kürzlich festgestellt worden ist, das Auslangen finden muß, dann weiß man sehr genau, daß hier die Schere der Möglichkeiten und des Angebots und der tatsächlichen finanziellen Voraussetzungen weiter denn je auseinanderklafft.

Ich halte daher nichts von Jubelmeldungen über Möglichkeiten, die Sie auf dem Wohnungsmarkt eröffnen werden. Für die Menschen, die bisher gehofft haben, daß die Versprechungen des Jahres 1971 eingelöst würden, war es ohnedies schon eine bittere Pille, zur Kenntnis nehmen zu müssen, daß gerade ein grundlegender Bereich der menschlichen Existenz, nämlich das menschenwürdige Wohnen, nicht mit jenen Voraussetzungen ausgestattet worden ist, die notwendig wären.

So gesehen ist heute sozialistische Wohnungspolitik nicht jene süße Verheißung eines Wohlfahrtsstaates, sondern mit der Bilanz, die wir heute vorfinden, eher ein „Sauerampfer-Sozialismus“, der die Leute den Mund verziehen läßt, wenn sie die Wohnungsbelastungen feststellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das alles liegt also real vor und ist keine Übertreibung. Denn, meine Damen und Herren, wir wissen ja auch, daß zwar der Neuaufwand – und ich weiß, daß dieses Gegenargument kommen wird, daß ja 65 Prozent mehr Mittel in den letzten neun Jahren für den öffentlichen Wohnbau aufgewendet wurden; das ist richtig. Nur ging es in die falsche Richtung, denn im selben Zeitraum sind die Baukosten allein um 65 Prozent gestiegen. Also hat genau jene Mittelerhöhung die Baukostensteigerungen kompensiert. Abgeordneter Hesoun wird mich sicherlich belehren, daß er anderer Meinung ist, wie ich soeben feststelle. Aber das bleibt ihm ja unbenommen.

Ich habe hier, glaube ich, doch mit Recht festzustellen, daß man in der Wohnpolitik in den letzten Jahren ziemlich auf der Kriechspur stehen geblieben ist und nicht wesentlich weiterge-

Dr. Jörg Haider

kommen ist, daß wir im Familienbericht 1979 eine sehr deutliche Warnung vor der alarmierenden Situation auf dem Wohnungssektor haben. Meine Damen und Herren! Bedenken Sie, was der Familienbericht auch aussagt, daß von allen jungen Ehen, die ab dem Jahre 1971 geschlossen wurden, nach fünf Jahren Ehedauer 28 Prozent der Jungvermählten kinderlos sind, während es in früheren Jahren 12 Prozent waren. Das ist vielleicht nicht nur eine veränderte Einstellung zur Familie und zum Kind. Es ist auch wesentlich darin begründet, daß viele junge Menschen gar nicht die Möglichkeit haben, vom Wohnungsangebot, von der Wohnungsgröße her an eine Familiengründung zu denken. Und das, meine Damen und Herren, sind die drängenden gesellschaftspolitischen Probleme, wie sie sich uns stellen.

Wenn hier der Herr Abgeordnete Gmoser bei seiner ersten Rede gemeint hat, die Sozialdemokratie befinde sich eben zum Unterschied von den Freiheitlichen und auch von der ÖVP auf einer anderen Wellenlänge in der Gesellschaftspolitik, dann, muß ich sagen, hat man zumindest im Bereich der Wohnbaupolitik eine Kurzwelle eingeschaltet gehabt und vielleicht einen Piratensender betrieben, aber sicherlich nicht jene langfristigen Konzepte erarbeitet, die notwendig wären, um heute die Versprechungen aus dem Jahre 1971 als halbwegs eingelöst zu betrachten.

Für uns Freiheitliche ist es ein grundlegendes Anliegen, auch hier noch einmal festzustellen, daß wir bereit sind, jede Neukonzeption der Wohnungspolitik in Österreich mitzugestalten, weil für uns im Mittelpunkt des Interesses nicht nur der abstrakte Freiheitsbegriff, der abstrakte Begriff der menschlichen Freiheitsentwicklung und damit die Liberalität des Lebensvollzuges für den einzelnen steht, sondern sicherlich auch die soziale Absicherung damit verbunden sein muß, und die beginnt mit dem Recht auf Wohnen für jeden einzelnen.

Wir erachten es daher für nicht sehr liberal – und ich habe es im Ausschuß schon gesagt – wenn man ein Startwohnungskonzept vorsieht, das, meine Damen und Herren, ... (Abg. Dr. Reinhart kommt in den Saal. – Rufe bei der FPÖ.) Abgeordneter Reinhart leistet mir wieder Gesellschaft, ich begrüße ihn. (Abg. Peter: Den solltest du einmal zum Kaffee in den Klub einladen!)

Wir werden das gemeinsam tun.

Sicherlich liegt hier bei dem Startwohnungskonzept ein Denkfehler vor. Denn wir kasernieren die Leute, wir haben keine regionale Streuung, die garantiert ist, und wir zwingen letztlich die Familien, nach dem was bisher bekannt geworden ist, wiederum, in den ersten

Jahren ihrer Ehe in zu kleinen Wohnungen unterzukommen. Also eine gigantische Fehlinvestition eines solchen Programms, meine Damen und Herren, das wir uns bei der angespannten Situation der Wohnungsfinanzierung sicherlich nicht leisten können.

Wenn man in den letzten Jahren darauf gewartet hat, daß sich in der Wohnungspolitik etwas ändern wird, dann hat man offenbar auf Wunder gehofft, nur sind diese Wunder nicht eingetroffen. Daher hat man sich jetzt in der Person des Ministers Sekanina einen Macher geholt. Aber man weiß noch nicht, ob sich der Macher Sekanina auf den Androsch verlassen wird können. Es wird auch unsere Aufgabe sein – das darf ich Ihnen sagen, Herr Bundesminister –, Ihnen, soweit es an unserer Fraktion liegt, den Rücken zu stärken, wenn es um sachpolitische Möglichkeiten geht, Ihr Budget gegenüber dem Finanzminister zu verbessern und mehr Mittel für den Wohnungsbau in Österreich zu erlangen. (Beifall bei der FPÖ.)

Nur eines muß ich auch sagen: Wenn die Frau Staatssekretär gemeint hat, man solle Verständnis haben, daß noch kein Konzept vorliegt, dann haben wir als Opposition das durchaus eingesehen, denn sie muß sich erst einarbeiten. Auch der neue Minister muß sich ebenfalls erst in diese Situation einarbeiten. Wir machen daher weder dem Minister noch der Frau Staatssekretär irgendwelche Vorwürfe hinsichtlich der Vergangenheit. Wir machen aber sehr wohl darauf aufmerksam, daß der Herr Abgeordnete Sekanina zehn Jahre hier in diesem Hohen Hause gesessen ist, davon neun Jahre bei dieser Alleinregierung, und miterlebt hat, daß in der Wohnbaupolitik nichts weitergeht. Als Abgeordneter waren wir nicht mit ihm einverstanden, aber wir hoffen, wir werden es als Minister mit ihm sein können. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf daher zum Beginn einer Neuorientierung, von der ja er sowie die Frau Staatssekretär gesprochen haben, einen kleinen Beitrag leisten und der Frau Staatssekretär sowie ihrem obersten Herrn einen Grundstein für eine neue Wohnungspolitik in Österreich übergeben. (Der Abgeordnete überreicht dem Minister einen Ziegelstein. – Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Er stellt ihn einmal in der Nationalmannschaft auf!) Selbstverständlich; ja. (Ruf bei der SPÖ: Ihm wäre etwas zum Essen lieber!) Ich glaube nicht, daß er das braucht. (Heiterkeit bei FPÖ und SPÖ. – Zwischenruf des Abg. Peter.)

Meine Damen und Herren! Alle Anfänge sind klein, aber sie sind redlich. Ich glaube, damit ist ein sinnvoller Grundstein gelegt. (Ruf bei der FPÖ: Vielleicht ist er von Dr. Krünes!) Nein, er ist nicht von Krünes, er ist von Dauer, meine

Dr. Jörg Haider

Damen und Herren. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Gestatten Sie mir aber, daß ich im Zusammenhang mit der geplanten Neuorientierung auch einige grundsätzliche Vorstellungen der Freiheitlichen zur Wohnbaupolitik in Österreich konzipiere. Ich glaube, daß es notwendig ist, auch unsere Ideen an den Beginn einer neuen Konzeption zu stellen. Es geht uns vor allem darum, daß es wie schon in früheren Jahren möglich sein muß, von den gemeinsam aufgebrauchten Lohn- und Einkommensteuer- sowie auch Kapital- und Körperschaftssteuermitteln einen höheren Prozentsatz für den Wohnbau, sprich, konkret für die Wohnbauförderung, zu erhalten, also den jetzigen Prozentsatz von 11,4 auf 15 Prozent zu erhöhen.

Wir glauben zweitens, daß es zu einer gerechteren Verteilung der aufgebrauchten Lohn- und Einkommensteuermittel an die Bundesländer kommen muß, denn Sie wissen sehr genau, daß in vielen Bundesländern ein nicht unerheblicher Anteil an Bundesbediensteten in einzelnen Dienststellen tätig ist, die zentral über Wien abgerechnet werden. Das heißt, es muß eine Verbesserung der Gerechtigkeit beim Aufkommen dieser Lohnsteuermittel geben, weil die Menschen zwar ihre Lohnsteuer über die Wiener Zentralstellen abführen, aber in den Ländern draußen leben und daher dort die Wohnbauförderungsmittel beanspruchen. Es wäre geboten, daß man darüber nachdenkt.

Wir sind weiters der Meinung, daß die 30 S Wohnungsbeihilfe eine durchaus ernst zu nehmende Grundlage im Gesamtkonzept sein können, weil nicht einzusehen ist, daß man hier weiter eine Gießkannenförderung aufrechterhalten soll, die außer den Pensionisten ja niemand mehr ernsthaft zur Kenntnis nimmt. Man sollte das den alten Menschen belassen, aber für den übrigen Teil der Einkommensbezieher daraus eine Zinsstützungsaktion für billige Wohnbaukredite machen, sodaß auf mehrere Jahre hinaus geförderte Kredite möglich sind. Wir haben es durchgerechnet. Nach unserem Konzept würde es möglich sein, mit diesem 30-S-Aufkommen jährlich 100 000 Familien mit einem zinsenlosen Darlehen von 70 000 S bis 80 000 S zu versorgen. Sie können also daraus ersehen, welche Möglichkeiten hier drinnen sind, wobei man im Sinne einer positiven Familienpolitik dazusagen müßte, daß selbstverständlich pro Kind ein Erlaß der Rückzahlungsquote von 10 000 S möglich sein sollte.

Wir sind viertens der Meinung, daß es falsch ist, wenn heute eine Wohnbauförderungspolitik betrieben wird, die nur einen einzigen Begünstigten kennt, und das ist gegenwärtig der Bankenapparat. Hier geht es nicht um eine

Beschneidung der Privatwirtschaft, meine Damen und Herren, sondern hier sind jene vom Staat in Eigentümerschaft führten Banken oder im Mehrheitseigentum befindlichen Banken jene, die heute das größte Geschäft mit unserer Wohnbausituation machen.

Daher wäre es notwendig, einmal darüber nachzudenken, ob nicht in einem bestimmten Rahmen ein gefördertes, ein zinsbegünstigtes Kreditvolumen für Hypothekendarlehen den Familien zur Verfügung stehen sollte. Möglichkeiten gibt es viele. Man könnte auch daran denken, die Mindestreserverpflicht zu einem gewissen Teil von den Banken aus zu senken, was dazu führen würde, daß es einen gewaltigen Stoß an verfügbaren billigen Krediten geben könnte.

Fünftens glauben wir, daß es notwendig wäre, auch im Bereich der Genossenschaftspolitik Änderungen herbeizuführen. Meine Damen und Herren! Wir haben ja keinen Wohnungsmarkt, wo sich der einzelne orientieren kann, sondern wir haben in der Mehrheit ein Oligopol von politisierten Genossenschaften in unserem Lande, und das ist falsch. Es ist auch zu prüfen, inwieweit eine wirklich optimale Wohnungspolitik vom Architektonischen bis zur Kostenfrage durchgeführt wird, wenn Monopol- oder Oligopolstellungen auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere, was die Inanspruchnahme der Förderungsmittel betrifft, bestehen. Ich denke nur daran, wie es etwa in den Wohnbauförderungsbeiräten der Länder aussieht. Da sitzen die roten und schwarzen Wohnbaugenossenschafter drinnen und entscheiden über die Zuteilung der Mittel an ihre eigenen Genossenschaften.

Das ist ein feines demokratisches System, wo die Privatinitiative, von der heute jeder redet – auch hier in diesem Hohen Haus –, vollkommen abgeschnitten wird, wo es keine Möglichkeit für 10 oder 20 junge Menschen gibt zu sagen, wir schließen uns zu einer Miteigentümergeinschaft zusammen und unternehmen es, ein gemeinnütziges Wohnprojekt zu bauen. Das ist nicht möglich, weil die Mittel auf Jahre hinaus gebunden und vergeben worden sind. Hier beschneiden wir mögliche sinnvolle und vielleicht auch kostengünstige Eigeninitiativen der Menschen, die auf diese Weise durch ein eher starres, verpolitisirtes Genossenschaftssystem zu beseitigen ist.

Sechstens glauben wir, daß es notwendig wäre, im Bereich des Eigenheimbaus wie auch bei den geförderten Eigentumswohnungen darüber nachzudenken, ob nicht das Grunderwerbsteuergesetz in einem ganz erheblichen Ausmaß reformbedürftig ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich die

Dr. Jörg Haider

Judikatur zum Grunderwerbsteuergesetz allein im letzten Jahr anschauen, so ist das ein Verwirrspiel für den durchschnittlichen Staatsbürger, der nicht mehr weiß, ob er, wenn er eine Arbeiterwohnstätte baut, tatsächlich eine Grunderwerbsteuerbefreiung bekommt. Einmal ist es bei einem Grund von 500 Quadratmeter noch zulässig, unter die Grunderwerbsteuerbefreiung zu fallen, das andere Mal sind 720 Quadratmeter schon zuviel, das dritte Mal sind die Baupreise überschritten. Hier gibt es eine gigantische Rechtsunsicherheit, ein Durcheinander. Außerdem ist die Abwicklung der Grunderwerbsteuer bürokratisch, wie es ärger nicht mehr gehen kann. *(Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.)*

Ein Beispiel aus der Finanzlandesdirektion für Wien und Niederösterreich. Dort liegen 800 000 – wohlgemerkt: 800 000! – Ansuchen auf Grunderwerbsteuerbefreiung, die acht Jahre lang von den dortigen Bürokraten und Finanzbeamten verwaltet werden müssen, weil ja die Verjährungsfrist so lange dauert, bis ein endgültiger Bescheid gegeben werden kann. Das, meine Damen und Herren, ist wirklich eine Selbstbeschäftigung der Bürokratie in dem Fall zu Lasten der einzelnen Häuselbauer, der einzelnen Eigentumswohnungswerber, die, glaube ich, zielstrebig abgebaut werden könnte, weil wir durch eine Reduktion des Satzes der Grunderwerbsteuer wie auch durch eine Verwaltungsvereinfachung dasselbe Ziel erreichen könnten. Aber es ist durchschaubarer, verständlicher für die Menschen, und ich glaube, es ist auch gerechter, denn man muß die Möglichkeit bieten, daß die Leute auf der Basis von sicheren Gesetzen ihre Intentionen entwickeln. Soviel zum Wohnbau.

Ein Punkt, den ich noch anziehen möchte, ist der Straßenbau. Auch hier ist viel von einer Neuorientierung die Rede. Wir können dies aus freiheitlicher Sicht nur begrüßen. Wir meinen, daß es sinnvoll wäre, Herr Bundesminister, wenn man das Bundesstraßengesetz 1971 generell einer Überprüfung und Neukonzeption unterziehen würde und auch über die Kostenfrage und über den Aufwand, der im Straßenbau betrieben wird, diskutiert. Das könnte im Rahmen einer größeren Aussprache aller Beteiligten einschließlich der parlamentarischen Vertretungen geschehen. Zweifelsohne aber, was ich auch hier nicht unerwähnt lassen möchte, ist es bedeutsam, daß jene Projekte, die schon jahrelang auf eine Erfüllung warten, wie eben auch die aus wirtschaftlichen Gründen sehr bedeutsame Süd Autobahn, wirklich in die Dringlichkeitsreihung einbezogen werden und Priorität bekommen.

Wir haben hier Ihr Wort, und wir vertrauen auf

Ihr Wort, aber wir möchten es der Vollständigkeit halber auch anläßlich dieser Debatte noch einmal sagen.

Vor allem darf ich in diesem Zusammenhang einen Wunsch als Vertreter des Landes Kärnten anschließen. Es wurde ein Staatsvertrag abgeschlossen, in dem man jährlich 400 Millionen Schilling zusätzlich für den Ausbau der Süd Autobahn fixiert hat. Wir wissen, daß es ein Höchststrahmen ist, der nicht unbedingt gewährt werden muß. Wir werden aber, um den zügigen Ausbau bewerkstelligen zu können, diese Mittel brauchen.

Sollte sich nun bei der jährlichen Abwicklung vor allem in der ersten Phase eine Verzögerung ergeben, so wäre es, glaube ich, auch in Ihrem Interesse, wenn man diese Vereinbarung so versteht, daß nicht beanspruchte Mittel im nachhinein trotzdem beansprucht werden können, weil es hier um eine wichtige Lösung für die Fertigstellung eines für die wirtschaftliche Entwicklung eines regional und strukturell etwas schwachen Bundeslandes geht.

Ich darf Sie daran erinnern, daß gerade der Herr Bundeskanzler anläßlich eines Besuches, den er vor mehreren Wochen in Kärnten gemacht hat, öffentlich gesagt hat, daß er bestürzt ist, wie lange und wie beschwerlich man mit dem Auto von Wien nach Kärnten unterwegs ist. Das weiß heute schon jeder, der das schon einmal über sich ergehen lassen mußte, und ich hoffe, daß damit dieses unangenehme Kapitel des Baus der Süd Autobahn der letzten Jahre einer positiven Lösung zugeführt wird.

Aber auch die Finanzierung des Straßenbaus ist insgesamt einem Überdenken zuzuführen. Wir glauben, daß es nicht sinnvoll ist, diese Sonderfinanzierungsgesellschaften um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Das ist nicht nur eine unkontrollierte Flucht aus dem Budget, wie das in der Wissenschaft immer wieder bezeichnet wird, sondern wir haben ja auch auf Grund der Erfahrungswerte die Tatsache vor Augen, daß der Straßenbau pro Kilometer in den Sondergesellschaften ja doch bis zu den doppelten Kosten beansprucht wie durch den normalen Abwicklungsbereich über das Bautenministerium und die Bundesstraßenverwaltung.

Ich glaube also, hier muß ein Umdenken erfolgen, hier müssen wir uns klar sein, daß durch die zusätzlichen Belastungen, die aus der Schuldtilgung der nächsten Jahre entstehen werden, die Gefahr droht, rund 30 Prozent unserer verfügbaren Investitionsmittel für den Straßenbau allein in die Tilgung der angelaufenen Kredite bei den Sondergesellschaften investieren zu müssen. Der Haftungsrahmen

Dr. Jörg Haider

liegt ja noch viel höher. Es wäre also notwendig, auch zu prüfen, wieweit Gesellschaften bereits in der Lage sind, wenn sie positiv arbeiten – es gibt ja auch solche –, ihre Mittel an den Bund zurückzuzahlen. Sie sind ja kein Selbstzweck, sondern sie sind mit Hilfe des Bundes begründet worden, und wenn diese Bundeshilfe nicht mehr notwendig ist, muß der Bautenminister wieder die Möglichkeit haben, über die zurückgezahlten Mittel zu disponieren, weil wir sie in anderen Bereichen wichtiger brauchen.

Auch die Frage der Mineralölsteuer ist schon angeklungen, durch eine Aussage des Finanzministers, durch verschiedene Diskussionen und Pressekonferenzen, in denen Sie auch gefragt worden sind. Sicherlich ist uns allen klar, daß man um das Problem Mineralölsteuer nicht herumkommen wird, wir sind Realisten. Die Frage ist nur, unter welchen Voraussetzungen.

Sicherlich muß gelten, daß zuerst geprüft wird: Wo hat sich der Finanzminister bisher auf Kosten von an sich zweckgebundenen Mitteln ein Körbchengeld verschafft, das er jetzt vorerst herauszurücken hat, bevor man den Betroffenen, sprich der Bevölkerung, zumuten kann, zusätzliche Mittel aufzuwenden.

Das ist insbesondere im Bereich der Refundierung von Mineralölsteuermitteln an die Bundesbahnen zu überprüfen. Der Herr Verkehrsminister wird die Stirn runzeln, aber es ist ein Faktum, daß ja auch der Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen ganz erheblich die Straßen benützt und nicht einzusehen ist, daß er trotzdem erhebliche Refundierungen aus der Mineralölsteuer bekommt. Hier soll ein gerechteres System Platz greifen.

Wir sollten auch die Lkw-Steuer und die Kfz-Steuerwidmung einer Diskussion unterziehen, und ich hoffe, daß das der Gegenstand jenes Gesprächs war, das Sie, Herr Minister, kurz nach Ihrer Angelobung mit dem Finanzminister geführt haben, denn man hat den Eindruck, daß es darum geht, jetzt nach einer eher nicht gerade erfreulichen Periode der Wohn- und Straßenbaupolitik einen Minister einzusetzen, der die Funktion eines Bulldozers hat. Ich hoffe, daß auch der Motor stark genug ist, um jene Mittel, die er jetzt vom Finanzminister bekommen wird, ins Bautenressort hinüberschieben.

Wir jedenfalls sind bereit, an der Diskussion teilzunehmen und an den Vorschlägen mitzuarbeiten, weil sie die Voraussetzung für die Bewältigung von wesentlichen und wichtigen Zukunftsaufgaben ist.

Ich glaube, daß Sie selbst, Herr Bundesminister, dem Finanzminister klarmachen können, daß eine schematische Erhöhung der Mineralöl-

steuer nicht ohne Prüfung der Umbedingungen und Randbedingungen möglich sein wird, weil ja eine jede Erhöhung der Mineralölsteuer eine doppelte Erhöhung der Umsatzsteuer nach sich zieht, wodurch der Finanzminister immer und in jedem Fall der Gewinner sein würde. Eine Steuersituation, die überhaupt von den Steuergrundsätzen der österreichischen Finanzverfassung her im höchsten Ausmaße bedenklich ist, sodaß man aus gegebenen Anlaß vielleicht darüber zu reden hätte.

Sie können ja selbst das Prinzip der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit vielleicht am besten dadurch angehen, daß Sie auch bereit sind zu prüfen, ob es wirklich notwendig ist, daß wir rund 480 000 S an Repräsentationsaufwand haben, wovon mehr als die Hälfte allein für Baufeiern aufgeht. Für Baufeiern, wo fünfzig Adabeis herumstehen, die mit dabei sein wollen, das Band abzuschneiden und den Sekt zu schlürfen, den die Arbeiter, die diese Leistung vollbracht haben, ohnedies nicht sehen.

Das, meine Damen und Herren, wäre rein optisch und moralisch ein Beitrag dazu, daß es zu einem Umdenken im Bereich auch dieser Budgetpolitik kommen könnte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Insgesamt also, Herr Bundesminister, Frau Staatssekretär, auch unsere Bereitschaft zur Kooperation, zur sachlichen Zusammenarbeit. Sie haben einen Teil unserer Vorschläge bereits gehört. Wir glauben, daß gerade in bezug auf die Wohnbaupolitik, die uns natürlich auch vorrangig am Herzen liegt, doch ein Funken Hoffnung besteht, daß eine Neuorientierung eine sinnhafte Entwicklung einleiten wird und daß das Nirwana des Ungewissen der österreichischen Wohnungspolitik und des österreichischen Straßenbaus allmählich Konturen annimmt und wir wissen, wie wir die Probleme in den achtziger Jahren gemeinsam bewältigen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Letmaier. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Letmaier** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich, bevor ich mich meinem eigenen Beitrag zuwende, doch mit einigen Worten mit dem Beitrag des Kollegen Babanitz beschäftigen.

Herr Kollege Babanitz! Ich bin durchaus erfreut, daß Sie meine Ausführungen im Protokoll des Vorjahres so gut durchgelesen haben. In einem haben Sie recht: Wir haben uns geirrt, Sie haben heute noch die absolute Mehrheit, meine Damen und Herren der

1744

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Ing. Letmaier

sozialistischen Fraktion, aber alle meine damals dargebrachten Argumente bleiben voll und ganz aufrecht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Damit keine Fehlinterpretationen meiner bisherigen Äußerungen in der Öffentlichkeit hier vielleicht gesehen werden, möchte ich doch mit aller Klarheit feststellen: Es gehört doch zu den selbstverständlichen Höflichkeiten, daß eine Standesorganisation einen neuen Ressortchef begrüßt. Das haben wir getan, und das, bitte, meine Damen und Herren, war so zu verstehen: Ohne Vorschußlorbeeren. Er kann nichts für das Budget, wir wollen ihm ganz selbstverständlich eine Chance geben. – Herr Bundesminister! So war das bitte sehr zu verstehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Kollege Babanitz hat nun gemeint, all das, was die vorangegangenen Regierungen, also die vor 1970, versäumt haben oder hatten, mußten nun die Sozialisten in zehn Jahren nachholen und aufholen. Ja, meine Damen und Herren, dieses Märchen glaubt doch überhaupt niemand mehr *(Abg. Babanitz: Nur die Österreicher!)*, niemand in diesem Hause. Auch nicht die Österreicher, meine Damen und Herren, sonst hätte sich doch Ihr Bundesminister, Ihr neuer Bundesminister, völlig falsche Sorgen gemacht. Er hat ja festgestellt, daß in diesem Ressort vieles nicht in Ordnung ist, daß es Versäumnisse gibt *(Abg. Babanitz: Das haben Sie hineininterpretiert!)*, nicht Versäumnisse der Jahre vor 1970, sondern Versäumnisse ganz einfach aus der Jetztzeit, aus den vorangegangenen Jahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das war der Grund, warum Bundesminister Moser das Handtuch werfen mußte. Meine Damen und Herren, das nur in aller Kürze zur Steuerung der Wahrheit.

Daß natürlich Kollege Babanitz einen Jubelbericht machen mußte, war doch ganz selbstverständlich. Er war ja der Hauptsprecher der Regierungsfraktion. Dafür haben wir auch ein demokratisches Verständnis, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich im Rahmen der heutigen Debatte mit einigen mir sehr wichtig erscheinenden Problemen der österreichischen Bauwirtschaft beschäftigen, nämlich mit Problemen eines Wirtschaftszweiges, der sehr bedeutend ist und der tagtäglich natürlich mit vielen Sorgen zu kämpfen hat. Ich glaube, hier sind wir ja durchaus einer Meinung, Herr Kollege Babanitz! Das sind Sorgen, die heute in diesem Hause durchaus diskutierenswert erscheinen.

Zehn Jahre, meine Damen und Herren, sind es her, seit die Sozialisten alleinverantwortlich in diesem Hause regieren und den Kurs der österreichischen Wirtschaftspolitik und natür-

lich auch der österreichischen Baupolitik mitbestimmen.

Zehn Jahre sind es her, seit die Sozialisten angetreten sind, gerade auch im Bereich der österreichischen Bauwirtschaft alles „besser“, alles „größer“, alles „überdimensionaler“, „moderner“ und „effizienter“ zu machen als seinerzeit alle Regierungen vor ihr.

Wir sollten daher heute eine ganz nüchterne Analyse der Situation vornehmen und Bilanz ziehen, meine Damen und Herren, Bilanz nach einem Dezennium sozialistischer Baupolitik.

Wie sieht nun diese Bilanz aus?

Ich möchte meinen Ausführungen voranstellen, daß es der österreichischen Bauwirtschaft heute nicht besser geht als vor zehn Jahren. Im Gegenteil: Die Schwierigkeiten sind vielfältiger, sind mannigfacher und sind vor allem, meine Damen und Herren, auch sichtbarer geworden, als dies noch in den sechziger Jahren der Fall war.

Niemand von uns bestreitet, daß es immer wieder wirtschaftliche Probleme gibt; das ist ganz selbstverständlich so. Wo in der Wirtschaft gearbeitet wird, gibt es natürlich Probleme. Das war in der Vergangenheit so, das gilt für jetzt und gilt auch, meine Damen und Herren, für die Zukunft.

Niemand von uns bestreitet, daß natürlich auch unsere Wirtschaft von internationalen Abhängigkeiten betroffen ist. Das ist doch ganz selbstverständlich. Gerade in den letzten Jahren, meine Damen und Herren, haben wir alle, haben ja alle Österreicher das verspürt!

Aber gerade die Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, ist doch eine nahezu exklusiv inlandswirksame Berufssparte, sie erbringt 10 Prozent des Bruttonationalprodukts, beschäftigt 275 000 Mitarbeiter in ihre Reihen, und ich meine: Diese Bauwirtschaft wäre in den siebziger Jahren anders zu steuern gewesen.

Sie ist allerdings – und das wissen wir – in sehr hohem Maße von den Auftraggebern der öffentlichen Hand abhängig, wenn man etwa die Auftraggeber Länder und Gemeinden bei dieser Betrachtung miteinschließt.

Sie ist eine Realität innerhalb unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und ist auf Grund ihrer vorhin schon skizzierten Bedeutung ganz selbstverständlich auch von den Mächtigen in diesem Lande als ein arbeitsplatzsicherndes Element zur Kenntnis zu nehmen.

Die sozialistische Bundesregierung muß sich, wie in vielen anderen Bereichen, meine Damen und Herren, sagen lassen, auch nach zehn

Ing. Letmaier

Jahren im Baubereich sagen lassen, ganz einfach die Chance der siebziger Jahre nicht genützt zu haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie muß sich sagen lassen, daß es etwa im Bereich des sozialen Wohnbaues, des Autobahnbaues, des Straßenbaues, des Wasserwirtschaftsfonds große Versäumnisse gegeben hat. Meine Vorredner haben ja hier schon in eindrucksvoller Weise darauf hingewiesen.

Es ist betrüblich für uns alle, daß es gerade in diesen Bereichen keine Konzepte im Sachbereich und im finanziellen Bereich gibt. Daher sind wir doch in all diesen drei Bereichen in einem so unerhörten Dilemma.

Die sozialistische Bundesregierung muß sich sagen lassen, daß sich in ihrer Regierungszeit die Insolvenzen, meine Damen und Herren, in der österreichischen Bauwirtschaft im Vergleich zu den sechziger Jahren verzehnfacht haben. Sie betragen allein heute mit letztem Stand rund 1,5 Milliarden Schilling in der Bauwirtschaft und haben einen Anteil an den gesamten wirtschaftlichen Zusammenbrüchen in unserem Lande im Ausmaß von mehr als 30 Prozent.

Wenn wir einen kurzen Rückblick nur etwa über fünf Jahre machen und die Insolvenzen der letzten fünf Jahre zusammenzählen, dann betragen diese Großinsolvenzen allein in der Bauwirtschaft über 7 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren! Das ist doch ein Alarmzeichen! *(Zwischenruf des Abg. Hesoun.)* Aber natürlich, Herr Präsident, ja selbstverständlich, ich werde darauf noch zurückkommen!

So einfach, glaube ich, wie Sie es tun, kann man es sich aber nicht machen. Man sagt: Das Management ist halt schuld, und es waren halt schlechte Leute am Werk! Ja, meine Damen und Herren, so einfach geht es nicht!

7 Milliarden Schilling! Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was man damit hätte machen können? 7 000 Einfamilienhäuser, 14 000 Wohnungen und 100 bis 120 km Autobahnen hätte man mit diesem Betrag von etwa 7 Milliarden Schilling bauen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe nie bestritten, daß es selbstverständlich auch Management-Fehler gibt. Aber sie sind doch nicht die ausschließliche Ursache, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das kann und das muß hier einmal mit aller Klarheit und Deutlichkeit festgestellt werden. Die Ursachen liegen doch viel tiefer – Sie wissen es doch sehr genau –, sie sind darin begründet, daß es einen ganz harten Konkurrenzkampf in der österreichischen Bauwirtschaft gibt, daß die Unternehmungen ununterbrochen um Aufträge raufen, oftmals unter den Gestehungskosten, um

so die Arbeitsplätze zu sichern in der Hoffnung, der nächste Auftrag werde ein bißchen besser ein.

Die Schwierigkeiten haben ihre Ursache darin, daß es ständig neue Belastungen für die Wirtschaft gibt, denn diese Belastungen prasseln immer wieder wie ein Platzregen auf unsere Wirtschaft hernieder.

Wenn ich allein unseren Berufsstand betrachte, muß ich sagen: Es sind die Lohnnebenkosten innerhalb dieses Jahrzehnts um mehr als 50 Prozent angestiegen, und das sind mit die wahren Gründe der großen Wirtschaftszusammenbrüche in unserem Lande.

Im Investitionsbereich sieht die Situation nicht besser aus, sie sieht noch schlechter aus! Die Bauwirtschaft hatte zu Beginn der siebziger Jahre jährlich etwa 3,6, 3,5 Milliarden Schilling – das bewegte sich in dieser Größenordnung – im eigenen Bereich investiert. Im heurigen Jahre werden es maximal 2 Milliarden Schilling sein, nominell.

Wenn man hier eine Realbetrachtung vornimmt, dann wissen wir, daß wir heute oder im kommenden Jahr, 1980, weniger, um die Hälfte weniger, investieren werden, als wir das noch im Jahre 1972 taten.

Eine weitere große Sorge – dieses Problem hat erfreulicherweise auch Kollege Babanitz angeschnitten – ist die noch immer mangelnde Koordinierung in der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen. Es ist für mich nicht vorstellbar, daß im Frühjahr immer wieder Monate verstreichen müssen, ehe die Bauwirtschaft einermachen auf Touren kommt, und daß es niemand gibt – und vor allem das ist für mich nicht vorstellbar –, der diese Situation zu ändern vermag.

Es wird daher für mich als Mandatar, aber auch als Standesvertreter ein Daueranliegen sein, immer wieder, auch an Sie, Herr Bundesminister, dieses Problem heranzutragen und Sie zu bitten, hier Abhilfe zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Eng verbunden mit der nicht funktionierenden Koordinierung der Bauvergaben der öffentlichen Hand ist die hohe Arbeitslosigkeit im Winter, die meines Erachtens nicht in diesem Ausmaß vorhanden sein müßte. Der Herr Abgeordnete Babanitz hat dieses Problem eher verschämt gestreift.

Ja, Herr Abgeordneter Babanitz, 34 000 Arbeitslose gab es im Vorjahr in der österreichischen Bauwirtschaft. Das ist doch ein sehr bedenkliches Zeichen, hier hätte doch die Gewerkschaft aufheulen müssen, so wie wir es taten als Standesvertreter, so wie wir es getan haben. *(Abg. Babanitz: Sie wissen genau, daß*

1746

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Ing. Letmaier

wir etwas unternommen haben! Sogar gemeinsam! Aber der Erfolg ist zu spät eingetreten.

Daher meine leidenschaftliche Bitte auch an Sie, Herr Minister, für den jetzigen Winter, der in wenigen Tagen beginnt und in den Gebirgsregionen schon begonnen hat, Vorsorge zu treffen, damit die Arbeitslosigkeit nicht mehr so groß wird wie im vergangenen Jahr. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir konnten durchaus beweisen, daß wir es auch anders können. Denn wenn ich das Jahr 1974 hernehme, dann sehe ich, daß wir damals nur die Hälfte der Arbeitslosen hatten, nämlich 17 000. Auch 17 000 sind natürlich noch viel zuviel. Das ist gar keine Frage. Aber wir alle wissen doch, und wir sind Realisten, daß es heute im Winter auch Arbeitslose in der Bauwirtschaft gibt.

Aber daß diese Situation nun so schlecht geworden ist, daran hat die völlig unbefriedigende und unzulängliche Regelung im Bereich der Produktiven Arbeitslosenfürsorge für die Bauwirtschaft Mitschuld, die sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Herr Abgeordneter Babanitz! Sie wissen das sehr genau. Ich bedauere es außerordentlich, daß der Sozialminister so unerbittlich war bei den Verhandlungen, die wir mit ihm geführt haben, und daß er ein Diktat zur Schlechterstellung der PAF verfügt hat. Er hat ein Diktat verfügt, meine Damen und Herren, er hat die PAF-Mittel für den kommenden Winter von 136 Millionen Schilling auf 86 Millionen Schilling reduziert. Das sind die Fakten, und daher wird es im kommenden Winter wieder zu großen Einbrüchen kommen. Hier wäre es ganz selbstverständlich gewesen, daß gerade der Sozialminister eine größere Kooperationsbereitschaft an den Tag hätte legen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch in dieser Kausa möchte ich gerade Sie, Herr Bundesminister, bitten, noch einmal mit dem Sozialminister zu reden, damit hier Abhilfe geschaffen wird.

Ein weiteres Faktum, meine Damen und Herren, ist, daß sich die Eigenkapitalbasis der Unternehmungen in den siebziger Jahren außerordentlich verschlechtert hat; sie ist österreichweit unter die 20-Prozent-Marke abgesunken. Das sind, meine Damen und Herren, doch die harten Realitäten!

Die Liste der Versäumnisse ließe sich noch in beliebiger Weise fortsetzen. Ich kann es aus Gründen des Zeitmangels nicht tun.

Natürlich – das geben wir doch alle zu – sind auch Leistungen erbracht worden. Das haben wir ja nie bestritten. Denn eine Bundesregierung hat doch ein Baubudget zu vollziehen. Das ist doch ganz selbstverständlich.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man hier die Leistungen und auf der anderen Seite die Versäumnisse betrachtet, dann kann ich beim besten Willen keine positive Bilanz erblicken. Unter dem Strich bleiben rote Zahlen einer roten Regierung!

Meine Damen und Herren! Ein Minister, der nahezu ein Jahrzehnt für die österreichische Baupolitik verantwortlich war und auch das jetzige Budget erstellt hat, hat das Handtuch geworfen. Er nahm nicht seinen Abschied, weil seine Politik für die österreichische Bauwirtschaft so erfolgreich war, sondern er ging, weil er an den Schwierigkeiten und Problemen und letztlich am Finanzdilemma seines Ressorts gescheitert ist.

Er nahm seinen Abschied, weil er sich innerhalb seiner Regierungsmannschaft zugunsten seines Ressorts nicht durchsetzen konnte und keine Verbündeten gefunden hat.

Ich werte es daher als durchaus positives Zeichen, daß Sie, Herr Bundesminister Sekanina, die wahre Situation der österreichischen Bauwirtschaft erkannt haben und daß Sie die Schwierigkeiten und Versäumnisse Ihres Ressorts mit einer frappanten Offenheit an den Tag legen, wie dies vor Ihnen noch kein Regierungsmitglied getan hat.

Sie bestätigen all das, was meine Freunde und ich seit vielen Jahren immer wieder ihrem Vorgänger vorgeworfen haben mit einer Deutlichkeit, meine Damen und Herren, die nichts zu wünschen übrig läßt. Alle Ihre Äußerungen, die Sie in der Öffentlichkeit abgegeben haben, ermutigen uns daher zu der Annahme – ohne Ihnen Vorschußlorbeeren gewähren zu wollen –, daß Sie die Probleme nicht nur erkannt haben, sondern daß Sie durchaus auch die Bereitschaft zeigen, diese Probleme künftig besser lösen zu wollen.

Herr Bundesminister! Sie haben eine große Chance. Sie stehen einem öffentlichkeitswirksamen, weit in die Zukunft weisenden Ressort vor, einem Ressort, das den Menschen unseres Landes sichtbare und spürbare Hilfe bringen kann; einem Ressort, das von Gesetzes wegen unter anderem auch den Auftrag hat, die Umwelt mitzugestalten und sie humaner, schöner und lebenswerter zu machen. Das ist eine durchaus reizvolle Aufgabe, Herr Bundesminister, die die Durchschlagskraft, die Einsatzfreude, den Ideenreichtum und vor allem die Zukunftsvisionen eines Mannes fordert.

Im Interesse der Bürger unseres Landes, aber vor allem auch im Interesse der österreichischen Bauwirtschaft und ihrer Mitarbeiter, wünsche ich Ihnen, Herr Bundesminister, daß Sie in der Führung Ihres Ressorts eine glücklichere Hand

Ing. Letmaier

haben mögen, als dies Ihrem Vorgänger gegeben war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schemer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Schemer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich dem eigentlichen Thema zuwende, möchte ich an die Adresse der FPÖ die Frage richten, ob dieser Stein mit dem Trauerflor *(Ruf: Sie sind farbenblind: der ist blau!)*, den Sie, Herr Kollege Haider, dem Bautenminister überreicht haben, ein Stück von dem politischen Grabstein ist, den Sie Ihrem Parteivorsitzenden Dr. Götz errichtet haben. Sollte das, Herr Kollege Haider, nicht der Fall sein, so könnten Sie diesen Ziegel sicherlich noch für die Grundsteinlegung einer solchen politischen Grabstätte verwenden.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, zum eigentlichen Thema vorerst eine Analyse über die laufenden Leistungen der Bundesregierung auf dem Gebiete des Hoch- und Straßenbaus für die Bundeshauptstadt Wien zu erstellen, wobei ich natürlich nicht umhinkann festzustellen, daß noch nie in der Geschichte der Ersten und Zweiten Republik seitens des Bundes so viel geschehen ist wie in der fast zehnjährigen Periode dieser sozialistischen Bundesregierung, in der Regierungszeit unseres Bundeskanzlers Dr. Bruno Kreisky. *(Beifall bei der SPÖ.)* Ich darf daher auch den Dank an den ausgeschiedenen Bautenminister Moser für seine äußerst erfolgreiche Tätigkeit aussprechen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte feststellen – ich sage das nicht zum ersten Mal hier in diesem Hause –, daß Wien keine Bevorzugung vor anderen Bundesländern verlangt. Wir sind uns bewußt, daß jedes Bundesland ein Recht auf gleiche Behandlung hat, und wir üben Solidarität, wenn es gilt, die berechtigten Wünsche eines anderen Bundeslandes durchzusetzen. Ich glaube, daß ich die Unterstützung der gesamten sozialistischen Fraktion dieses Hohen Hauses habe, wenn ich feststelle, daß wir uns in den Lebensfragen des österreichischen Volkes von niemandem auseinanderdividieren lassen werden.

Wenn man in den fünfziger und sechziger Jahren durch die Straßen unserer Bundeshauptstadt ging, konnte man die Bundesgebäude bereits am Bauzustand erkennen. Die Fassaden unserer Bundesschulen, Kasernen, Gerichtsgebäude und Finanzämter befanden sich damals in einem Zustand der Desolation, der kaum zu beschreiben war. Heute ist ein Großteil dieser Bundesgebäude bereits saniert.

Dazu kommen zahlreiche Neubauvorhaben in der Bundeshauptstadt, von denen ich beispielsweise die Technische Universität auf den Freihausgründen, das Blindeninstitut im 2. Bezirk, das Taubstummeninstitut in Speising, das TGM im 20. Bezirk, das Statistische Zentralamt, das Besoldungsamt und das Bundes-schulzentrum Donaustadt aufzählen darf.

Insgesamt liegt die Summe der aufgebrachten Investitionen für Bundesgebäude in Wien bereits bei 8 Milliarden Schilling. Damit, Hohes Haus, meine Damen und Herren, hat diese Bundesregierung auch einen sehr wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Beschäftigungslage in der österreichischen Bauwirtschaft geleistet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun einige Feststellungen zum Wohnbau in Wien, weil ja hier immer so sehr Kritik an diesem Wiener Wohnbau geübt wird.

Seit 1945 hat es drei Perioden im Wiener Wohnungsbau gegeben. In den ersten Jahren nach dem Krieg stand ja der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Gebäude im Vordergrund. Später, in den sechziger und siebziger Jahren wurde, um die dringende Wohnungsnot zu beseitigen, großflächig am Stadtrand gebaut. Wäre dies nicht geschehen, Hohes Haus, würde die Zahl der Wohnungsuchenden in Wien um ein Vielfaches höher sein.

Nunmehr gilt es, dem Problem der Stadterneuerung das besondere Augenmerk zu schenken, und hier darf man nicht nur bestimmte Assanierungsviertel sehen, sondern man muß das gesamte Stadtgebiet im Auge behalten.

Die Erneuerung darf sich nicht nur auf die Fassaden, auf das Dach, auf die Fensterreparatur beschränken, sondern vielmehr müßte versucht werden, Möglichkeiten zu finden, Substandardwohnungen zusammenzulegen und in diesen neuen größeren Wohnungen WC und auch Bäder einzurichten. Der Einbau von Aufzügen wäre ein ebenso dringliches Problem wie die Freimachung der Hinterhöfe und deren Ausgestaltung zu Grünflächen.

In Wien befinden sich in diesen Häusern, die ausschließlich in Privatbesitz sind, 146 000 Wohnungen ohne Wasserinstallation und 250 000 Wohnungen ohne eigenes WC. Es sind dies jene Spekulationsbauten aus der Gründerzeit, die eben in dieser Stadt noch vorhanden sind.

Dabei möchte ich sagen, daß grundsätzlich die Menschen, die dort wohnen, gerne in der gewohnten Umgebung bleiben würden, weil sie bestimmte nachbarliche Beziehungen haben, weil die Infrastruktur in bezug auf die Verkehrslage und auf die Einkaufsmöglichkeiten gut ist.

1748

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Schemer

Allerdings – das muß auch gesagt werden – muß ein Weg gefunden werden, damit die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten in die Praxis umgesetzt werden können, ohne daß die Mieter für ihr Bemühen, eine Wohnung zu vergrößern und zu verbessern, noch einen Tribut an den Hauseigentümer zu bezahlen haben.

Ein besonderes Anliegen ist es aber auch, rasch Maßnahmen zu treffen, die einen erhöhten Schall- und Wärmeschutz bringen. Zumindest hier sollten die Bauordnungen der Länder koordiniert werden. Dabei gilt es, die Wohnungen nicht nur vom Straßenlärm abzuschirmen, sondern auch den Innenbereich in diese Isolierung miteinzubeziehen; besonders bei Tiefgaragen und deren Einfahrten sind Absicherungen notwendig.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige Bemerkungen zum Bundesstraßenbau im Wiener Bereich.

Ich habe hier schon einmal dargelegt, daß Wien den höchsten Anteil von allen Bundesländern bei der Aufbringung der Mineralölsteuer hat. Gemessen an dieser Aufbringung der Geldmittel sind die Wünsche Wiens ohnehin sehr bescheiden.

Im Bundesstraßengesetz 1971 sind für Wien 114 Kilometer Autobahnen und 18 Kilometer Schnellstraßen vorgesehen, wobei Wien durchaus bereit ist, auf einige dieser Straßenbauten zu verzichten. Hier wird es aber sicherlich zwischen dem Herrn Bautenminister und den Vertretern Wiens Verhandlungen geben müssen. Herr Bautenminister Sekanina hat ja diese Verhandlungen bereits angekündigt.

Die dringendsten Anliegen unserer Bundeshauptstadt sind der Bau der A 22, der Donauufer Autobahn, von der Landesgrenze bis zur Praterbrücke. Der Bauabschnitt bis zur Floridsdorfer Brücke wird voraussichtlich 1981/82 fertiggestellt werden können. Es wäre aber auch sehr zweckmäßig, wenn wir auch rasch im Mittelbereich beginnen könnten, weil im Herbst 1980 die neue Reichsbrücke dem Verkehr freigegeben wird und ein Anschluß an die A 22 eine wesentliche Verkehrsentslastung für die Bewohner von Kaisermühlen und des Umlandes mit sich bringen würde.

Eine solche Entlastung für die Bewohner von Floridsdorf wird auch die S 2 bringen. Die Brücke über die Prager Straße ist ja bekanntlich bereits im Bau.

Der Ausbau der B 3, einer wichtigen Verbindungsstraße zwischen dem 21. und dem 22. Bezirk, die Donaufelder Straße, wird 1980 beginnen, und die B 301 im Bereich Eßling ist im Rohbau bereits fertiggestellt. Es fehlt noch das

Teilstück der B 3 zwischen Stadlau und Aspern, das dringend ausgebaut werden muß.

Ein besonderes Anliegen der Donaustädter und der Floridsdorfer Bevölkerung ist der Bau der Fortsetzung der Südost-Tangente vom Knoten Praterbrücke in den Raum Hirschstetten und Breitenlee, im Bundesstraßenverzeichnis A 24 genannt.

Durch die Eröffnung der Südost-Tangente von Favoriten nach Donaustadt sind große Bereiche des 10., 11., und 3. Bezirkes entlastet worden, doch ist das Verkehrsaufkommen am linken Donauufer um ein Vielfaches gestiegen. Eine Verkehrszählung hat ergeben, daß täglich etwa 48 000 Fahrzeuge über den Donaustädter Zubringer zur Südost-Tangente hin- und zurückfahren, sich auf Schleichwegen durch die großen Wohnviertel unseres Bezirkes bewegen, und in manchen Straßenzügen des 21. und 22. Bezirkes links der Donau herrschen bereits Zustände, wie sie seinerzeit in der Schlachthausgasse im 3. Bezirk anzutreffen waren. Seit Jahren fordern daher die Mandatäre aller Parteien des 22. Bezirkes zur Bündelung des Verkehrs den raschen Ausbau dieser Fortsetzung der Südost-Tangente, der A 24. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da hat es, meine Damen und Herren, Aussendungen der Österreichischen Volkspartei gegeben. Der Herr Bezirksvorsteher-Stellvertreter, der ÖVP angehörig, hat beispielsweise in der Bezirkszeitung bereits im Jahre 1977 verlangt – ich darf wörtlich zitieren –: „Wenn endlich die überlasteten Straßen, die derzeit den gesamten Verkehr auch aus dem Marchfeld und Weinviertel aufnehmen müssen, durch den Bau der A 24 im Raum Stadlau-Aspern entlastet würden, wäre dem Donaustädter, aber auch dem Pendler aus dem Raum östlich von Wien sehr geholfen.“

Derselbe Mandatar der Österreichischen Volkspartei hat dann in einer weiteren Aussendung geschrieben: „Wenn endlich die überlasteten Straßen, die derzeit den gesamten Verkehr aus dem Marchfeld und Weinviertel aufnehmen müssen, durch den Bau der A 24 im Raum Stadlau-Aspern entlastet würden, wäre dem Donaustädter, aber auch dem Pendler aus dem Raum östlich Wiens sehr geholfen.“

Auch die Freiheitliche Partei hat hier in dieser Frage sehr deutliche Aussagen gemacht. Sie hat vor der Wahl Flugzettel zu Tausenden in Floridsdorf und Donaustadt verteilen lassen und hat hier geschrieben:

„Der Autobahn-Blinddarm ‚Südost-Tangente‘ ist keine Dauerlösung! Nach Eröffnung des Autobahnteilstücks Favoriten-Stadlau ist das Verkehrsaufkommen auf der Donaustadtstraße, die als Zubringer dient, noch weiter gestiegen.

Schemer

Störung der Nachtruhe, Lärm und Gestank sind bereits unerträglich geworden! Wir fordern daher: Raschestmögliche Verlängerung der Praterautobahn mit Anschlußknoten Hirschstetten-Breitenlee und Rennbahnweg-Süßenbrunn Rennbahnweg-Süßenbrunn Anbindung an die Stadlauer Autobahn."

Es hat dann noch eine zweite Aussendung gegeben. Ich erspare es mir, meine Damen und Herren, Ihnen das vorzulesen. Am 6. September dieses Jahres noch haben alle vier Parteien, die in der Donaustädter Bezirksvertretung – eine solche demokratische Einrichtung gibt es zum Unterschied von Niederösterreich in Wien seit 50 Jahren – vertreten sind, einen gemeinsamen Antrag auf raschen Bau der A 24 unter besonderer Bedachtnahme auf den Umweltschutz eingebracht. Ich lese hier in der Begründung:

„Die Bezirksvertretung des 22. Wiener Gemeindebezirkes hat zur Kenntnis genommen, daß bei der Erarbeitung des generellen Projekts für die Bundesstraße A 24 vom Knoten Kaiser-mühlen bis Anschluß Hirschstetten dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes in beispielhafter Weise Rechnung getragen wurde. Darüber hinaus sind die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig, um weitere Verbesserung der Lebensqualität sicherzustellen.“

Was geschieht aber dann, Hohes, Haus? Plötzlich machen ÖVP und FPÖ in dieser Frage einen Schwenk, in dem sie der notwendigen Flächenwidmung die Zustimmung versagen. Sie desertieren vor ihren eigenen Beschlüssen. Der Wille der demokratisch gewählten Bezirksmandatäre gilt nicht, wenn der große Ayatollah Busek gemäß seinem intelligenten Slogan „Menschen sind wichtiger als Autos“ den Befehl gibt, daß nicht sein darf, was ist, nämlich 571 000 Autos in unserer Bundeshauptstadt. (Abg. Dr. Wiesinger: Was heißt hier Ayatollah? Das ist unerhört! Das ist eine Desavouierung! – Abg. Graf: Wenn Sie hier einen solchen Ton wollen, dann werden Sie auch einen solchen Ton bekommen! – Abg. Dr. Wiesinger: Dafür gehört ein Ordnungsruf!)

Nein, das bringt keinen Ordnungsruf, das ist ein gängiger Ausdruck, bitte sehr, da braucht sich der Herr Busek überhaupt nicht desavouiert fühlen. (Unerhört! – Rufe bei der ÖVP.) Das ist gar nicht unerhört. Ich werde Ihnen einmal vorlesen, was Sie für Ausdrücke in diesem Haus gebrauchen, die einen Ordnungsruf bekommen sollten. (Beifall bei der SPÖ.) Überlegen Sie sich das, Herr Dr. Wiesinger, ich werde Ihnen vorlesen, welche Beleidigungen Sie hier dauernd bringen (Abg. Dr. Wiesinger: Welche denn? – Abg. Graf: Lesen Sie vor!), und werde dann verlangen, daß auch Sie einen Ordnungsruf bekommen.

Sie haben für Ihre unqualifizierten Äußerungen Ordnungsrufe zur Genüge schon bekommen. (Beifall bei der SPÖ. – Weitere heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Unterlassen Sie diese Zwischenrufe, ich bin darauf überhaupt nicht neugierig. (Weitere heftige Zwischenrufe. – Abg. Dr. Wiesinger: Was ist mit dem Ordnungsruf? – Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.)

Ob ich einen Ordnungsruf bekomme, werden nicht Sie bestimmen, sondern der Herr Präsident! (Abg. Dr. Wiesinger: Wir verlangen einen Ordnungsruf!) Verlangen können Sie ihn, bestimmen wird das der Herr Präsident, nehmen Sie das freundlichst zur Kenntnis! (Abg. Graf: Wir nehmen von Ihnen überhaupt nichts zur Kenntnis!) Ich von Ihnen ebenfalls nicht, Herr Graf, ich habe Ihnen das schon ein paarmal gesagt, Sie können sich die Bemerkungen bei mir vollkommen ersparen! (Weitere Zwischenrufe.)

Hohes Haus! Das Auto ist eben heute für den Arbeiter, für den Angestellten, für den Gewerbetreibenden und für den Landwirt ein Gebrauchsgegenstand geworden. Wenn man gegen Lärm, Abgase und Umweltbelastung auftritt, so darf man halt nicht primär die Straße sehen. Nicht die Straße entwickelt den Lärm, sondern die Fahrzeuge, die auf den Straßen fahren. Das müssen die Herren Dr. Busek & Co, die den Straßenbau abschaffen wollen, klar sagen. Sie müssen klar sagen, daß Sie gegen das Auto als Verkehrsmittel sind.

Wenn sich Herr Dr. Keimel heute an die Adresse der Sozialisten gewandt hat, so war das eine vollkommen falsche Adresse. Er muß sich an die Adresse des Herrn Dr. Busek wenden, der verlangt nämlich in Wirklichkeit die Abschaffung der Autos. Er spricht aber nicht davon, er redet von der Straße. In Wirklichkeit meint er die Autos. Vielleicht steht im Hintergrund auch der Gedanke, daß er mehr Platz für sein eigenes Fahrzeug hat.

Ich glaube kaum, daß dieser „Herr Umweltschützer“ – unter Anführungszeichen – selbst bereit ist, auf das eigene Auto zu verzichten. Es sind ja auch die Initiatoren für das Volksbegehren gegen Zwentendorf nicht bereit, auf den elektrischen Strom zu verzichten. Oder glaubt vielleicht jemand, daß die Herrschaften Ihre Ergüsse bei einer Kerze oder bei einer Petroleumlampe verfaßt haben? Man sollte einmal die Stromrechnungen der Frau Dr. Schmitz und des Dr. Tollmann überprüfen, Sie würden staunen, welche Verbrauchswerte Sie vorfinden würden. (Abg. Dr. Wiesinger: Das zeigt Ihre geistige Einstellung! Sie wollen Professor Tollmann kontrollieren! Unerhört!)

1750

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Schemer

Wie es auch sei, die 250 000 Einwohner des 21. und 22. Bezirkes verlangen mit wenigen Ausnahmen den raschen Bau der A 24, und wir werden uns in dieser Frage von niemandem einbremsen lassen. Wir wissen, daß es eine absolut autogerechte Stadt, in der man mit dem eigenen Wagen jedes Ziel sofort erreichen und dort parken kann, nicht gibt. Wir streben auch eine solche Stadt nicht an.

Unsere Zielvorstellung lautet daher: Entlastung der Wohngebiete vom Durchzugsverkehr, Bündelung des Verkehrs auf leistungsfähigen Straßen, Förderung von Garagenbauten und Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel. Das alles verursacht hohe Kosten und ist technisch sicherlich oft schwierig. Aber auch hier muß Gleichheit herrschen. Die Maßstäbe, die von allen Bundesländern gefordert werden, müssen auch für die Bundeshauptstadt Wien Gültigkeit haben.

Bautenminister Sekanina und Frau Staatssekretär Eypeltauer sind Garanten für eine gedeihliche Entwicklung auf dem Gebiet des Wohn- und auch des Straßenbaus, und ich entbiete Ihrer kommenden Tätigkeit ein herzliches „Glück auf!“. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Steger. – Ich sehe ihn nicht im Haus. Er verliert daher das Wort.

Zum Wort gemeldet ist dann der Herr Bundesminister für Bauten und Technik. Ich bitte, das Wort zu ergreifen. *(Abg. Dr. Wiesinger: Herr Präsident! Wir warten auf den Ordnungsruf!)* – Überlassen Sie die Entscheidung über Ordnungsruf oder nicht, ruhig mir, Herr Dr. Wiesinger. *(Abg. Graf: Wir urgieren nur, entscheiden tun Sie!)* Der Herr Bundesminister hat das Wort.

Bundesminister für Bauten und Technik **Sekanina**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Darf ich mir in relativ vorgerückter Stunde einige grundsätzliche Bemerkungen erlauben im Zusammenhang mit den Bemerkungen, die bis dato in der Debatte zum Kapitel Bauten und Technik ausgesprochen wurden.

Ich hatte ja schon die Gelegenheit, anlässlich der Diskussion über die Regierungserklärung, einige Sätze und Überlegungen an die Adresse der Mitglieder des Hohen Hauses auszusprechen, und ich darf das heute in manchem Bereich wiederholend tun.

Natürlich ist es am Beginn einer Tätigkeitsperiode und einer Funktionsübernahme, noch dazu in so kurzer Zeit, kaum möglich, umfassende Konzeptionen vorzulegen, und sicherlich auch nicht möglich, mittel- oder längerfristig die Gedankengänge zu äußern, die in diesem so

wichtigen und wesentlichen Ressort interessant und entscheidend sind.

Ich möchte auch nicht, meine Damen und Herren, auf all die Einzelheiten eingehen, die im Zusammenhang mit den Diskussionsbeiträgen ausgesprochen wurden, aber ich glaube ebenfalls – und ich bin davon überzeugt –, daß dieses Ressort eine enorme wirtschaftspolitische Bedeutung hat. Ich bin auch davon überzeugt und unterstütze die Meinungen, die in diesem Zusammenhang hier bereits geäußert wurden, daß alle Maßnahmen, die in diesem Bereich und in diesem Ressort getroffen werden, eine sehr konkrete und deutliche Wirkung auch auf die Einzelperson, auf den einzelnen Menschen haben.

Es ist sicherlich wieder eine Wiederholung, wenn ich sage, daß es drei große Bereiche gibt in diesem Ressort, natürlich der Straßenbau, der heute mehrmals zitiert und genannt wurde, selbstverständlich auch der Wohnbau mit allen damit verbundenen und zusammenhängenden Problemen und Fragen und außerdem noch und zum dritten auch der heute mehrmals zitierte Bereich des Wasserwirtschaftsfonds oder der Bereich, in dem dieser Fonds tätig sein kann.

Ich habe in der Diskussion, in der Dabatte bei der Budgetberatung im Budgetausschuß darauf verwiesen, daß es unsere gemeinsame Absicht sein wird, in diesem Ressort dafür Sorge zu tragen, daß wir ungefähr im Februar 1980 mit Vorstellungen an die Öffentlichkeit treten, die diese drei genannten Bereiche im besonderen betreffen und berühren.

Aber erlauben Sie mir auch, meine Damen und Herren, einen Satz oder zwei Sätze oder ganz wenige Bemerkungen im Zusammenhang mit der bisher geleisteten Arbeit in diesem Bereich.

Ich habe gar nicht die Absicht, zu analysieren und eine großangelegte Replik zu betreiben, sondern ich möchte doch darauf verweisen, daß es immerhin im letzten Jahrzehnt möglich gewesen ist, in Österreich im Bereiche des Bundesstraßenbaus und Bundeshochbaus, aber auch im Wohnungsbau und auch im Bereiche des Wasserwirtschaftsfonds nicht unbedeutende Leistungen zu erzielen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und ich sage das durchaus: gemeinsam nicht unbedeutende Leistungen zu erzielen.

Wenn wir heute nur die spezielle Sparte des Bundesstraßenbaus, meine Damen und Herren, einer Beurteilung unterziehen, dann dürfen wir bitte nach unserem Dafürhalten nicht außer acht lassen, unter welchen Bedingungen in diesem Land der Bundesstraßenbau praktiziert und realisiert werden muß. Österreich ist nun einmal

Bundesminister Sekanina

ein Land mit einem sehr hohen Anteil an alpinen Bereichen. Es ist ja bekannt, daß 63 Prozent unseres Bundesgebiets sehr alpinen Charakter haben, und wenn Sie das Alpenvorland hinzufügen, dann sind das immerhin 83 Prozent. Das führt dazu, daß im Bundesstraßenbau, meine Damen und Herren, auch von der finanziellen Seite her Größenordnungen wirksam werden, die nicht überall gang und gäbe sind.

Mit dem heute bereits zitierten Bundesstraßengesetz 1971 hat der Nationalrat festgelegt, welche Größenordnung im gesamten Bereiche des Bundesstraßennetzes vorliegen soll, bzw. hat projiziert, welche Größenordnung es geben soll. Und auch hier wiederhole ich bereits bekannte Formulierungen: Das österreichische Bundesstraßennetz sieht eine Größenordnung von rund 12 300 Kilometern vor. Diese 12 300 Kilometer Bundesstraßennetz, die projiziert sind, unterteilen sich in rund 1 880 Kilometer Autobahnen, in 1 200 Kilometer Schnellstraßen und in den Rest von 9 224 Kilometern Bundesstraßen B.

Mit Stand vom 1. Jänner 1980 werden wir in Österreich über 875,5 Kilometer Autobahnen verfügen, ausgebaut und dem Verkehr übergeben. Wir werden allerdings auch feststellen müssen – und ich sage das durchaus auch kritisch –, daß wir im Bereich der Schnellstraßen diese Entwicklung nicht durchgemacht haben und hier erst auf einen Prozentsatz kommen, der etwas über 12 oder bei 13 Prozent liegt.

Soweit es die Bundesstraßen B betrifft, sind von diesen 9 111 Kilometern dem Verkehr zugänglichen Bundesstraßen B, das sind 98,8 Prozent des gesamten projizierten Bereichs, rund 42 oder 43 Prozent nach modernen Grundsätzen ausgebaut.

Daher wird es unsere Aufgabe sein – so darf ich, an Ihre Adresse gerichtet, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, formulieren, das ist heute in der Diskussion schon angeklungen –, zu überlegen, ob die jetzt projizierte Größenordnung des Bundesstraßennetzes auch in den vor uns liegenden Zeiträumen ihre Gültigkeit haben soll.

Es ist ja bekannt: Durch eine Entschließung des Nationalrats ist das Ressort verpflichtet, in einem fünfjährigen Intervall die Dringlichkeitsreihung neuerlich zu überprüfen. Dies ist bereits 1976 in die Wege geleitet worden, weil dieser Fünfjahreszeitraum 1980 abläuft. Man ist bei dieser Tätigkeit oder bei diesen Arbeiten sehr weit gekommen, und ich darf mit Recht annehmen, daß bis zur Jahresmitte 1980 – ich sage das bewußt: bis zur Jahresmitte, weil man also auch genügend Zeit zur Endredigierung haben muß – die neue, fundiert erarbeitete Dringlichkeitsreihung vorliegen wird.

Aber die zweite Frage, die ich ausgesprochen habe, das zweite Problem, das ich aufgezeigt habe, meine Damen und Herren: Nach meinem Dafürhalten wäre im Jahre 1980 genau zu überlegen, ob auch in Zukunft eine derartige Größenordnung im Gesamtvolumen beim Bundesstraßennetz notwendig ist.

Hier wird es sicherlich nicht zu spektakulären Veränderungen kommen. Es kommt mir allerdings darauf an, daß diese Überlegungen angestellt werden. Es kommt mir darauf an, daß man im Rahmen einer Novelle des Bundesstraßengesetzes 1971 zu entsprechenden Resultaten kommt. In den Diskussionen wird sich ja feststellen lassen, wieweit die einzelnen Fraktionen mit diesen Überlegungen mitgehen können. Das ist die unbedingte Voraussetzung dafür, meine ich, meine Damen und Herren, um auch die weiteren möglichst rationellen Überlegungen anstellen zu können.

Das heißt also, wenn man einmal festgelegt hat, wie in kommenden vor uns liegenden Zeiträumen der Umfang dieses Bundesstraßennetzes aussehen soll, dann wird es auch erforderlich sein, einen entsprechenden Ausbaukatalog in der Reihenfolge festzulegen.

Wenn ich mir bei dieser Gelegenheit einige Zwischenbemerkungen erlauben darf, dann, meine Damen und Herren, ein Hinweis auf die jetzige Situation.

Bekanntlich ist die West Autobahn, die A 1, befahrbar, bekanntlich wird die Tauern Autobahn im Jahre 1980 mit Ausnahme des Teilstückes Spittal an der Drau bis Villach ebenfalls ausgebaut und dem Verkehr übergeben werden. Soweit es den Bereich Spittal an der Drau–Villach betrifft, ist es noch ein Problem der Trassenführung, weil es hier verschiedene Auffassungen auch im Kreise der Bevölkerung gibt.

Ich darf daran erinnern, daß es bereits sehr konkrete Überlegungen, Verhandlungen und Gespräche gab im Hinblick auf die A 11, also die Karawanken Autobahn, die mit einer Länge von ungefähr 20 oder 21 Kilometern ein sehr interessantes Straßenbauwerk darstellt, weil ja in ihr auch ein Straßentunnel in der Größenordnung von rund 7 300 Metern inkludiert ist, wobei der Anteil Österreichs an diesem Straßentunnel rund 4 300 Meter ist. Das bedeutet also, daß es eine Nord-Süd-Verbindung geben wird, dargestellt durch die Tauern Autobahn, die auch von der Frequenz her sehr aufnahmefähig sein wird.

Ich möchte mir jetzt im Hinblick auf die, wie bereits betont, fortgeschrittene Zeit keine Detailerläuterungen im Zusammenhang mit der Brenner Autobahn erlauben. Sie ist also jene

1752

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Bundesminister Sekanina

Autobahn, die eine außerordentlich gute oder eine akzeptable wirtschaftliche Situation aufweist, eine Situation, die bei den anderen durch Sondergesellschaften gebauten Strecken nicht in diesem Maße oder überhaupt nicht vorhanden ist.

Das heißt also, daß es für uns im Zusammenhang mit einer neuen Konzeption zwei oder drei gravierende Momente gibt, die man beachten muß. Und ich erlaube mir, auf diese hinzuweisen.

Zuerst einmal das Problem der Süd Autobahn, das heißt der A 2. Ich möchte also hier meinen, daß man im Zusammenhang mit der Beurteilung der Süd Autobahn oder ihres Zustandes, ihres Ausbauzustandes doch die reale derzeitige Situation sehen muß. Sie ist mit ihren rund 377,1 Kilometern die längste Autobahn, die wir eines Tages haben werden, und sie hat durchaus enorme Bedeutung für den Nord-Süd-Verkehr. Man hat sich in den letzten Jahren durchaus darum bemüht, eine Konzeption zu finden, die letztlich dazu führt, daß man in absehbaren Zeiträumen zu einem verstärkten Ausbau kommen könnte. Ich möchte im jetzigen Zeitpunkt hinzufügen – ohne endgültigen Entscheidungen vorzugreifen, meine Damen und Herren –, daß wir in unseren Überlegungen und im Ressort, das ich ja letztlich verantworten darf, der A 2, also der Süd Autobahn, selbstverständlich eine sehr bedeutsame Rolle zuordnen.

Aber nun gibt es ein weiteres Problem, das ich, meine Damen und Herren, bitte noch aufzeigen möchte. Das ist der Bereich der Schnellstraße S 6, der sogenannten Semmering Schnellstraße, und der Murtal Schnellstraße, der S 36. Ein Problem, das vor allem für den steirischen Industrieraum von größter Bedeutung ist. Das ist eine Frage, die wir in den nächsten Jahren mit größter Wichtigkeit beurteilen müssen. Es wird ebenfalls unsere Zielsetzung sein, zu einer Konzeption zu kommen, die dazu führt, daß man unter möglichster Beachtung der wirtschaftlichen Gegebenheiten die Ansätze findet, damit dieses Projekt zu einem vernünftigen Ende geführt wird.

Ich darf darauf verweisen, daß es sicherlich notwendig sein wird – auch im Zusammenhang mit der Finanzierung –, Überlegungen anzustellen, die von größter Wichtigkeit sein werden. Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, zu dieser speziellen Problematik auch von der Seite der Finanzierung einige Überlegungen auszusprechen.

Es gibt ein bestimmtes Finanzierungskonzept, dessen Wirksamkeit bis 1983 festgelegt ist. Es wird notwendig sein, mehr Mittel aufzubringen, damit dieses Problem in einem zügigen Ausbau

einer Lösung zugeführt werden kann. Zur Größenordnung, zum Gesamtvolumen – wenn man das bitte beurteilt auf der Kostenbasis 1. Jänner 1980 –: Für diesen Teilbereich der S 6 oder S 36 ist immerhin ein Betrag von rund 8 Milliarden Schilling erforderlich, der sich unter Berücksichtigung der entsprechenden Kostenentwicklung natürlich noch erhöhen könnte.

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Autobahnbau, meine Damen und Herren, erscheint es mir auch wichtig, eine Formulierung auszusprechen im Hinblick auf die heute abzuführende Diskussion, die vielleicht in der Öffentlichkeit nicht in der von mir gern gesehenen Häufigkeit ausgesprochen wird.

Die Pyhrn Autobahn, das heißt die A 9, ist irgendwo in den letzten Jahren immer sehr kritisch beurteilt worden. Man hat ihr hier den Charakter einer ausgesprochenen Transitstrecke zugeordnet. Es geht in diesem Zusammenhang um eine Neukonzeption. Aber nicht deswegen, weil das andere so schlecht gewesen ist, was vor unserer Zeit geleistet wurde – im Gegenteil –, sondern weil die Umstände anders geworden sind, weil sich die Bedürfnisse geändert haben. Ich meine, daß es sinnvoll und zweckmäßig ist, uns auf eine Sprachregelung im Zusammenhang mit der A 9, mit der Pyhrn Autobahn, zu einigen, die da lautet: Sie ist nicht nur Transitstrecke, sondern kann auch einen wertvollen, bedeutsamen Charakter für die österreichische Wirtschaft als Verbindungslinie zwischen dem oberösterreichischen Industrieraum, dem steirischen Industriezentrum und auch im Hinblick auf die Verbindung mit dem Verwaltungszentrum dieser Republik Österreich, ich meine die Bundeshauptstadt Wien, haben.

Natürlich sind diese Projekte auch in ihrem Ausmaß sehr gigantisch. Ich meine aber doch, daß man bei einer entsprechenden Ordnung und einer entsprechenden Reihung der Bedürfnisse und der Notwendigkeiten mittelfristig – aber auch längerfristig – dieses Konzept erstellen kann. Ich möchte aber hier mit aller Deutlichkeit sagen, meine Damen und Herren: Ich lege größten Wert darauf, daß es neben dem organisatorischen Konzept auch eine untrennbare Verbindung gibt mit einer entsprechenden finanziellen Konzeption, weil ich meine, daß das anders nicht zu lösen ist.

Ich darf daher zu der finanziellen Situation etwas aussprechen, das auch im Zusammenhang mit der Diskussion aufgetreten ist.

Ich habe auch schon bei der Beratung im Budgetausschuß darauf verwiesen, daß es notwendig sein wird, das Konzept zu erstellen, das Finanzierungskonzept zuzuordnen, und dann

Bundesminister Sekanina

wird es notwendig sein, Überlegungen anzustellen, wie man das finanzieren kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit, weil das der Herr Abgeordnete Dr. Keimel mehrmals angesprochen hat, mit aller Deutlichkeit auch sagen: Fraktionelle Gemeinsamkeiten – ich hoffe, daß das so registriert wird, wie ich das meine – hindern mich nicht, im fachlichen und sachlichen Bereich, wenn notwendig, auch harte Diskussionen und Auseinandersetzungen zu führen. Ich kann mir vorstellen, daß es erforderlich ist, daß wir zuerst einmal überlegen, unter welchen Voraussetzungen man das Finanzierungsproblem lösen kann. Wenn diese Voraussetzungen wahrgenommen wurden, dann wird man sicherlich auch Möglichkeiten finden, über andere Wege zu reden.

Ich habe nicht dem das Wort geredet, meine Damen und Herren, das da lautet: Zuerst einmal ohne große Bedenken die Bundesmineralölsteuer erhöhen und dann erst etwas anderes!, sondern ich meine den umgekehrten Weg: Zuerst alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen und wahrnehmen, und wenn dann noch Größenordnungen übrigbleiben, die nicht finanzierbar erscheinen, wird es notwendig sein, sich Gedanken zu machen, wie das finanziert werden kann.

Das hindert mich nicht zu sagen, daß die Bundesmineralölsteuer die Haupteinnahmequelle für den österreichischen Bundesstraßenbau ist. Im Budget 1980 ist das in einer Größenordnung von 11,8 Milliarden Schilling präliminiert. Wenn man einen bestimmten bescheidenen Mehrverbrauch einkalkuliert, dann wird man in der nächsten Zeit oder bis Mitte der achtziger Jahre eine Steigerung auf meinerseits 12,8 Milliarden Schilling erreichen. Das wird aber sicherlich nicht ausreichen, um all die Bedürfnisse zu befriedigen, die an die Adresse der Verantwortlichen für den Bundesstraßenbau gerichtet sind. Soweit zur Finanzierungsfrage.

Herr Kollege Ing. Letmaier hat gemeint – unter anderem, nicht nur heute, sondern überhaupt –, daß es auch sinnvoll und notwendig wäre, eine entsprechende Harmonisierung im Bereich der Auftragsvergabe zu erreichen. Ich darf mich mit entsprechend schützender Hand vor die Mitarbeiter und die Beamten, die verantwortlichen Beamten des Ressorts stellen.

Wir haben kein Interesse daran – wahrlich kein Interesse daran, meine Damen und Herren –, daß etwas verzögert wird. Im Gegenteil: Auch wir legen großen Wert darauf – weil das auch in den Verantwortungsbereich des Ressorts fällt –, dafür Sorge zu tragen, daß es zu einer weitestgehenden Eliminierung dieser großen

sprunghaften Arbeitslosenziffern im Bereiche der Bauwirtschaft kommt.

Ich erinnere an folgendes: Am 1. Jänner 1970 hatten wir eine Arbeitslosenrate von 4,4 Prozent; sie reduzierte sich auf 1,44 Prozent im Jahre 1973; und wir hatten im Jänner 1979 mit knapp 34 000 Arbeitslosen wieder eine Größenordnung von 3,72 Prozent. Etwas, was wir gern auch beeinflussen möchten durch eine entsprechende, sinnvolle und möglichst – wie bereits betont – harmonisierte Auftragsvergabe.

Es wird sicherlich auch notwendig und erforderlich sein, im Bereiche des Wasserwirtschaftsfonds Überlegungen anzustellen. Ich habe mir am Beginn meiner Amtstätigkeit, die erst wenige Wochen zurückliegt, in diesem Hohen Haus – an Ihre Adresse gerichtet, meine Damen und Herren – erlaubt, Ansichten und Auffassungen kundzutun. Ich konnte das in weitaus ausführlicherer Art und Weise auch noch bei der Debatte im Budgetausschuß tun und darf das heute wiederholen.

Es liegt mir sehr daran, einen entsprechenden Konsens zu finden. Es liegt mir sehr daran, daß man gerade in diesem Wirtschaftsbereich auf die spezifischen und gravierenden Momente Rücksicht nimmt, die dieses Ressort zwangsläufig mit sich bringt. Ob das nun der Bundesstraßenbau ist, ob das der Bundeshochbau ist oder ob das die Wohnbauproblematik ist, auf die in anderer Form ja noch heute eingegangen werden wird. Ich glaube, daß es sinnvoll ist zu überlegen, wie man in den vor uns liegenden Zeiträumen derartige Probleme lösen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich werde mich nicht scheuen, auch in aller Offenheit die Diskussion zu führen. Ich habe zumindest in einem Falle – das darf ich heute in Anspruch nehmen und formulieren – Wort gehalten. Ich habe nicht nur mit der Interessenvertretung der Arbeitnehmer in diesem Bereich, sondern auch mit den Standesvertretungen der Unternehmerseite, aber auch mit vielen anderen maßgeblichen Repräsentanten der österreichischen Bauwirtschaft, Kontakt gepflogen. Ich werde – das sei als Ankündigung für das beginnende Jahr gedacht – den Versuch unternehmen, im Jänner 1980 bereits zu Terminvereinbarungen zu kommen mit den Herren Landeshauptleuten der Bundesländer Wien, Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und zum Teil natürlich auch Burgenland, um die großen anstehenden Probleme des österreichischen Bundesstraßenbaus, aber auch des Bundeshochbaus in entsprechender Form zu diskutieren.

Das habe ich mir erlaubt, im Zusammenhang mit dieser Debatte an Ihre Adresse auszusprechen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Vetter. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Vetter** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister hat in seiner Wortmeldung darauf hingewiesen, daß es in allen drei großen Bereichen des Ressorts – im Straßenbau, im Wohnbau und im Wasserwirtschaftsfonds – offene Fragen und Probleme gibt und daß er bereit ist, bis zum Jahr 1980 in gewissen Bereichen neue Vorstellungen zu entwickeln. Er hat damit zugegeben, daß Probleme eben entstanden sind bei allen Leistungen, auf die Sie hingewiesen haben, Herr Bundesminister, was wir selbstverständlich verstehen.

In Ihren Bemerkungen über den Straßenbau haben Sie festgestellt, daß eine neue Dringlichkeitsreihung vorzunehmen ist, daß Sie eine Novelle zum Bundesstraßengesetz planen. Sie haben in Frage gestellt, ob Größenordnungen, so wie sie bisher vorhanden sind, so bleiben müßten, das heißt, Sie haben Größenordnungen, Betragsziffern in Frage gestellt. Ich meine, Herr Bundesminister, es müßte für Sie oberstes Ziel sein, so budgetieren zu können und jene Beträge zu erhalten, damit Sie die Leistungen real in ihrem Wert erhalten könnten. Das wäre vorerst einmal ein Ziel, das sicherlich erstrebenswert wäre.

Auch zum Finanzierungskonzept eine Bemerkung. Herr Bundesminister! Es gibt für den Straßenbau – ich wiederhole das, was meine Vorredner schon gesagt haben – grundsätzlich gebundene Mittel, die Sie aber nicht erhalten und daher nicht ausgeben können. Die Österreichische Volkspartei ist eben der Meinung, daß es Ihre erste Aufgabe wäre, diese ursprünglich für den Straßenbau vorgesehenen Mittel wieder in Ihr Ressort zu bekommen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie auch bereit, in dieser Richtung vorerst einmal „loszugehen“ und Versuche zu starten. Ich glaube, das ist der richtige Weg, bevor Sie an Steuererhöhungen denken, denn die Belastung für unsere Bevölkerung in Österreich ist sicherlich schon hoch genug. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man die Debatte des Vorjahres – sie hat vor fast einem Jahr stattgefunden, am 14. Dezember – mit der heutigen vergleicht, so muß man sagen, daß da schon ein gewaltiger Unterschied besteht. Vor einem Jahr hat der damalige Bundesminister alle kritischen Äußerungen der Oppositionsparteien in den Bereich des Nebulösen, in den Bereich der Fabel zurückgewiesen. Er hat damals behauptet, es gibt überhaupt keine Probleme, es wird auch im nächsten Jahr – also

im heurigen – keine Probleme geben. Inzwischen werden in der Öffentlichkeit – ich verweise nur auf die letzte „Bauindustrie aktuell“ von vorgestern – die Probleme aufgezeigt. Ich verweise auf die Diskussion auf dem Straßentag oder auf Ihre eigenen Bemerkungen, Herr Bundesminister.

Das ist der Unterschied, den ich wohl feststellen möchte, daß man heute zumindest bereit ist anzuerkennen, daß Probleme entstanden sind, daß es Schwierigkeiten finanzieller Art, vor allem was die nächsten Monate oder Jahre betrifft, daß es tatsächlich Probleme gibt und daß Lösungsvorschläge und neue Konzepte, die bisher nicht vorhanden sind, einfach erst erarbeitet werden müssen.

Das ist immerhin etwas, Herr Bundesminister, was die Österreichische Volkspartei – ich will nicht sagen, jahrelang, aber doch etliche Jahre – immer wieder festgestellt und verlangt hat, was aber bisher immer von der Regierungspartei bestritten worden ist. Sie selbst haben das im Budgetausschuß zum ersten Mal erklärt, Herr Bundesminister, das Erkennen einer verfahrenen Situation, das Eingeständnis einer in manchen Bereichen verfehlten Politik des Ressorts; die Ankündigung von mittelfristigen Konzepten ist einfach zu wenig.

Und bei allem Verständnis für einen neubestellten Ressortleiter, es wird sehr bald die Zeit kommen, wo man von Ihnen einfach verlangen wird: Wie schauen die Konzepte aus, wie lauten Ihre Vorstellungen, um eben Einbrüche zu verhindern und die Leistungen real erhalten zu können?

Wohnbau, Straßenbau und Wasserwirtschaftsfonds. Ich möchte nur darauf hinweisen, was vor einem Jahr Ihr Vorgänger gesagt hat: Im Wasserwirtschaftsfonds gibt es überhaupt keine Probleme, ja wir brauchen nicht einmal das Geld, das wir im Voranschlag vorgesehen haben.

Ich möchte nur ein Beispiel aufzeigen. Das Bundesland Niederösterreich hat Anträge von 8,5 Milliarden Schilling vorliegen, 4 Milliarden sind sofort zusicherungsfähig; so könnte man sicherlich das mit neun multiplizieren, in allen anderen Bundesländern ist es genauso.

Ich möchte mich etwas ausführlicher mit dem Wohnbau beschäftigen. Auch hier wurden Probleme bereits zugegeben. Feststeht, daß die Finanzierungskraft der Gebietskörperschaften nicht im Einklang mit den erhöhten Anforderungen an die Förderleistung wächst. Der Förderpielraum aller neun Bundesländer ist in den letzten Jahren einfach gesunken, weil der Anteil von vorweg gebundenen Mitteln im gemeinsamen Fördertopf ständig angewachsen ist. Daher

Vetter

ist die Wohnversorgung unserer Bevölkerung echt in Gefahr geraten und gefährdet, wobei noch festzustellen wäre, daß die Österreichische Volkspartei der Wohnbaupolitik allergrößten Wert beimißt, weil eine menschenwürdige und familiengerechte Wohnung zur sozialen Grundausstattung der heutigen Gesellschaft gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn man die Entwicklung der letzten Jahre verfolgt, Herr Bundesminister, sämtliche neuen Investitionen zur Abdeckung erhöhter Anforderungen, die im Laufe der Zeit entstanden sind aus den verschiedensten Bereichen - der Energiepolitik, des Umweltschutzes, des Denkmalschutzes, des Landschaftsschutzes und vor allem die heute schon erwähnten Annuitätenzuschüsse - und in Betracht zieht, daß alles aus einem Topf genommen wird, dann muß das ja zwangsweise zur Senkung des Bauvolumens und damit zu einem Ansteigen der Preise führen.

Nebenbei möchte ich nur bemerken, um diese sozialistische Wohnbaupolitik ins richtige Licht zu rücken, daß es unverständlich und daher unredlich ist, im Wohnbau steigende Preise den gemeinnützigen Bauunternehmungen zuschieben zu wollen, obwohl die überhaupt keine Chance hatten, diese Entwicklung wirkungsvoll zu beeinflussen.

Man hat ein Umdenken angekündigt. Die Frau Staatssekretär, die sich ja speziell für den Wohnbau nach der Aufteilung intern im Ministerium zuständig fühlt, hat gemeint, es wäre selbstverständlich legitim, nach zehn Jahren neue grundsätzliche zukunftsorientierte Überlegungen anzustellen. Frau Staatssekretär! Es ist nicht nur legitim, das ist höchst notwendig. Sie sind einfach verpflichtet dazu, eine Katastrophe, die wir auf uns zukommen sehen, zu verhindern zu versuchen. Die Bevölkerung, die Menschen unseres Landes und nicht nur die Oppositionsparteien können und müssen das von Ihnen einfach verlangen.

Herr Abgeordneter Babanitz hat es sich sehr leicht gemacht. Er hat auf die Probleme der Wohnbauförderung hingewiesen und hat ungefähr gemeint, man könne das alles aus dem Familienlastenausgleich abdecken, da gibt es ja gar keine Probleme, dort kann man die Milliarden hernehmen, und das Problem wäre gelöst.

Ich glaube, daß es sich die Bauarbeitergewerkschaft hier etwas zu leicht macht, daß sie den Familienlastenausgleich, die gesetzlichen Grundlagen dieser Familienförderung einfach nicht versteht, denn wenn sich auf der einen Seite die Bundesregierung weigert, Familienbeihilfen zu erhöhen, sich weigert, die Altersstaffelung rechtzeitig einzuführen, sich weigert,

andere familienpolitische Maßnahmen, die man berechtigt verlangen kann, durchzuführen und zu beschließen, und dann kommt die Bauarbeitergewerkschaft und sagt, dort nehmen wir einfach einige Milliarden weg, dann müssen wir diese simple Vorstellung von einer Finanzierung der Wohnbaupolitik einfach zurückweisen. Denn mit dieser Argumentation könnte man auch den Schulbau finanzieren oder die Rückzahlung der Schulden, die für den Schulbau aufgenommen worden sind, denn letztlich sind auch davon Kinder betroffen.

Meine Damen und Herren! Die Basis für das heutige System der Wohnbauförderung fußt auf dem von der ÖVP initiierten Gesetz aus dem Jahre 1968. Der Grundgedanke war richtig: ein System, das Subjekt- und Objektförderung geschickt vermischt. Aber seit Sie an der Regierung sind, haben Sie durch Ihre verschiedenen Novellen dieses Gesetz wesentlich verschlechtert, vor allem durch die Einführung der Annuitätenzuschüsse, die aus diesem Topf genommen werden, es dazu gebracht, daß alle Bundesländer Milliardenvorgriffe vornehmen mußten, um überhaupt den Anforderungen der Wohnbauförderung gerecht werden zu können.

Die Frau Staatssekretär hat mir im Ausschuß Ziffern genannt. Stand 1977/78: rund 7,5 Milliarden Schilling, wobei sie mir die Ziffern von Wien überhaupt nicht genannt und behauptet hat, in Niederösterreich gäbe es keine Vorgriffe.

Frau Staatssekretär! In diesem Hohen Haus, im Plenum, gibt es niemanden, der nicht wüßte, daß selbstverständlich auch das Land Niederösterreich gezwungen war, Vorgriffe auf die Bundeswohnbauförderung zu tun, ich kann das nur ihrer Unberührtheit mit Fragen der Wohnbauförderung zuschreiben, daß Sie das nicht sofort erkannt haben, als Sie die wahrscheinlich fehlerhafte Mitteilung erhalten haben. So möchte ich das feststellen.

Zu Ihrer Information: Niederösterreich hat für das Jahr 1980 bereits 720 Millionen vorgegriffen, für 1981 bereits 520 Millionen vergeben und für das Jahr 1982 bereits 220 Millionen Schilling. Bereits ausgegeben, Frau Staatssekretär!

Das sind Leistungen der Länder, das sind zusätzliche Belastungen, die die Länder auf sich nehmen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen zu können, weil eben die Bundeswohnbaupolitik fast Pleite geworden ist oder ziemlich schlecht bei Kasse ist.

Wenn Abgeordneter Blecha und Abgeordneter Kittl in der Justizdebatte gemeint haben, das Recht auf Arbeit und Wohnen seien Elementarforderungen der Menschen und die sozialistische Regierung wäre die einzige, die diese

1756

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Vetter

Werte verwirklichen könnte, dann möchte ich für diesen Bereich wirklich nur sagen: Schöne Worte, die Realität und die derzeitige Situation im Bereich der Wohnbauförderung entsprechen leider nicht mehr diesen Anforderungen, weil eben vor allem für junge Menschen, für viele junge Familien neue Wohnungen nahezu unerschwinglich sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann muß man eben neue Konzepte entwickeln, man muß sich mit neuen Modellen befassen, die sicherlich davon ausgehen müßten, daß die Belastung des Wohnungswerbers, des Wohnungsuchenden, in den ersten Jahren möglichst geringgehalten werden kann, wobei man aber sicherlich auch den Mut haben könnte – zu einer Zeit, wo die größten finanziellen Schwierigkeiten bereits überwunden sind, wo sich die Einkommenssituation bei einer Mehrzahl der Wohnungsinhaber schon verbessert hat –, auch daran zu denken, die Belastung, die aus der Rückzahlung kommt, etwas anzuheben, ohne daß dem einzelnen unsoziale Belastungen aufgebürdet werden sollen.

Niederösterreich ist bereits dabei, ein solches Modell zu entwickeln. Das Land Niederösterreich wird eine halbe Milliarde Schilling vorläufig für dieses neue Modell zur Verfügung stellen. Frau Staatssekretär! Vielleicht können Sie diesem niederösterreichischen Modell, wenn es veröffentlicht worden ist, einiges entnehmen, denn wir in Niederösterreich wollen nicht, daß wohnungssuchende Familien für das Versagen der Bundesregierung leiden und büßen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Die Kritik an der Wohnbaupolitik, und das möchte ich auch dem Abgeordneten Schemer sagen, der sich mit den Verhältnissen in Wien beschäftigt hat, kommt nicht nur aus den Reihen der Oppositionsparteien, sondern auch aus eigenen Reihen. Ich möchte eine Zeitschrift der Wiener Arbeiterkammer zitieren, die in sehr scharfen, klaren, realistischen Aufzeichnungen die derzeitige Wohnbaupolitik kritisiert und feststellt, daß Wohnungsnot vorhanden ist, daß sich sozial schwächere, ältere und jüngere Menschen bei aller Subjektförderung Neubauwohnungen nicht leisten können und in vielen qualitativ minderwertigen und oftmals zu kleinen Wohnungen leben müssen und darauf angewiesen sind.

Diese Arbeiterkammer-Studie beweist doch, daß die reale Wohnbauleistung in den letzten zehn Jahren zurückgegangen ist, und sie kritisiert dann vor allem und schreibt auch, daß zum Beispiel der Baukostenindex von 1968 bis 1976 um 106 Prozent gestiegen ist, während die nominellen Mittel für den Wohnbau nur um 69,6 Prozent gestiegen sind.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das heißt, daß weniger geleistet werden konnte und, wenn die Leistung halbwegs gleichgeblieben ist, daß die Belastung für den einzelnen wesentlich gestiegen ist.

Und dann geht die Studie ganz vehement auf die Leistung des Annuitätenzuschusses aus dem gemeinsamen Topf los und bringt eine Statistik, nach der derzeit bereits eine katastrophale Situation festzustellen ist, wenn man nämlich weiß, daß von den gesamten Budgetmitteln des Jahres 1976, von 10,1 Milliarde Schilling, 37,95 Prozent an Annuitätenzuschüssen zugesichert worden sind. Ich weiß schon, daß das nicht die ausbezahlten Beträge sind, aber 3,8 Milliarden Schilling an Annuitätenzuschüssen wurden im Jahre 1976 zugesichert, im Jahre 1975 3,2 Milliarden, im Jahre 1974 2,4 Milliarden. Das sind ja alles Verpflichtungen, die derzeit noch laufen und noch 10, 12, 13 Jahre laufen und daher vom Gesamtbauvolumen, was für Neubauten notwendig wäre, praktisch immer einen steigenden Prozentsatz wegnehmen. Diese Situation ist untragbar, das Urteil der Arbeiterkammerstudie ist einfach vernichtend.

Daher sind tatsächlich rasche konkrete Entscheidungen notwendig. Ich möchte an Sie appellieren, es nicht bei Erkenntnissen bleiben zu lassen, sondern tatsächlich zu konkreten Vorschlägen zu kommen, bei denen die Oppositionspartei, die Österreichische Volkspartei, sehr gerne bereit ist, mitzuarbeiten und mitzudiskutieren, damit wir gemeinsam die entstandenen Probleme lösen können.

Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei hat im Jahre 1968 das Wohnbauförderungsgesetz 1968 heftigst kritisiert und hat damals verlangt, daß 35 Prozent zusätzliche Bundesmittel ausgegeben werden sollen, ein Vorschlag, den sie natürlich sofort nach der Regierungsübernahme vergessen hat. *(Abg. Dr. Keimel: Sogar einen Antrag gestellt!)* Daß der ehemalige Bundesminister Moser sogar einen Antrag gestellt hat, ist längst vergessen.

Aber noch schlechter ist es dann von 1970 bis heute geworden. Sie haben dieses grundsätzlich vernünftige Gesetz durch mehrere Novellen in zwei Schwerpunkten wesentlich verschlechtert, nämlich im Punkt Eigentumsfeindlichkeit und in dem Punkt, was die Förderungspolitik bezüglich der höheren Kosten betrifft.

Sie haben im Jahre 1970 eine Regierungsvorlage vorgelegt, die dann zwar gefallen ist, wonach Sie für Eigentumswohnungen den Eigenmittelanteil doppelt so hoch haben wollten wie für Mietwohnungen. Sie haben in der Novelle 1972 jene Bestimmung des 68er-Gesetzes beseitigt, nach der zwei Drittel der

Vetter

Förderungsmittel für den Eigentumswohnbau zu reservieren sind. Und Sie haben in der Novelle 1976 durch Ihre Mehrheit durchgesetzt, daß der Eigenmittelanteil für Mietwohnungen im Vergleich zu den Eigentumswohnungen auf die Hälfte gesenkt wurde. Sie haben gleichfalls mit der Novelle 1976 die Förderung von 50 Prozent für Mietwohnungen gehalten und für Eigentumswohnungen auf 45 Prozent herabgesetzt.

Sie haben dann in der Novelle 1972 den wahrscheinlich schwersten Fehler getan, Sie sind von der 60prozentigen Förderung auf 45 Prozent heruntergegangen und haben natürlich durch diese Regelung die Bankhypotheken von 30 auf 45 Prozent erhöht. Das ist eine Erhöhung um 50 Prozent. Das war ja damals diese Riesenteuerungswelle, die auf die Wohnungswerber niedergeprasselt ist, wo Hunderttausende Schilling Mehrbelastungen herausgekommen sind, weil nämlich zum selben Zeitpunkt durch die Einführung der Mehrwertsteuer ja nochmals 18 Prozent für Eigentumswohnungen und der geringere Satz von 8 Prozent für Mietwohnungen dazugekommen sind.

Meine Damen und Herren! Auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet der Wohnbauförderung, gibt es die größten grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Oppositionspartei, der Österreichischen Volkspartei, und der Sozialistischen Partei. Unser Bekenntnis zum Eigentum, zu einem der Grundpfeiler aller unserer Parteiprogramme, zuletzt im Salzburger Parteiprogramm festgelegt, den Wert, den die Österreichische Volkspartei dem Erwerb von Eigentum beimißt, dem entsprechen eben alle unsere Vorstellungen auch im Bereiche der Wohnbaupolitik und dem Wohnungseigentumsgedanken.

Seit 1970 haben Sie durch Novellierungen des 68er-Gesetzes Maßnahmen an Eigentumsfeindlichkeit gesetzt, womit Sie den Beweis erbracht haben, wie langelig sozialistische Dogmen sein können. Sie haben eigentumsfeindliche Politik auch in diesem Bereich konsequent verfolgt.

Eine eigentumsfeindliche Politik, wie es sie auch anderswo gibt, müßte beseitigt werden, sie widerspricht dem Leistungswillen der Menschen, sie verhindert die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Menschen. Ich möchte Sie daher auffordern und an Sie den Appell richten, einmal darüber nachzudenken und darüber zu diskutieren, denn ich glaube, daß es heute an den Voraussetzungen mangelt, außer daß Sie ein altes sozialistisches Dogma weiterverfolgen wollen, ohne jede Begründung, weil sich eben die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse geändert haben. Daher erlaube ich mir, einen Entschließungsantrag einzubringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Vetter, Dr. Keimel, Ing. Letmaier, Gföllner und Genossen zum Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (80 und Zu 80 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen (170 der Beilagen), Gruppe XIII, Kapitel 64, betreffend die Herstellung der Chancengleichheit in der Wohnungspolitik für Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der Wohnungspolitik von der eigentumsfeindlichen Haltung abzurücken und im Interesse der Herausforderung und Förderung des persönlichen Leistungswillens und der Eigeninitiative und im Interesse der sozialen Gerechtigkeit die Chancengleichheit für Eigenheime und Wohnungseigentum herzustellen.

Ich darf an Sie den Appell richten, sich darüber Gedanken zu machen, ob Ihre Eigentumsfeindlichkeit heute überhaupt noch zeitadäquat ist.

Herr Bundesminister! Sie haben im Ausschuß mitgeteilt, daß Sie Ihr Ressort mehr nach den Prinzipien eines privatwirtschaftlichen Betriebes führen möchten: rasch, rationell, zweckmäßig, wirtschaftlich. Ich möchte Ihnen nur an zwei Beispielen zeigen, wie reich das Betätigungsfeld für eine solche Initiative wäre:

Einmal im Bereich des Wasserwirtschaftsfonds – an und für sich eine Kleinigkeit –: Im Jahre 1965 umfaßte die Zusicherung an die Gemeinden sieben Seiten und die Vorermittlung zwei Seiten; im heurigen Jahre die Zusicherung 18 Seiten und die Vorermittlungen 14.

Herr Bundesminister! Ich frage mich: Ist es notwendig, ist es zweckmäßig, neben dieser Belastung für Ihr Ressort, dieser Belastung für die Länder noch diese zusätzliche Belastung für die Gemeinden? Ich weiß schon, daß man heute mehr statistisches Material sammelt, das weiß ich selbstverständlich, aber vielleicht ist doch manches dabei, was man lassen könnte.

Noch etwas: Nachdem sich die Frau Staatssekretär im besonderen für den Energiesparanteil in Ihrem Ressort interessiert – sie hat ja auch im Ausschuß dazu gesprochen –, möchte ich aufzeigen, wie auf abenteuerliche Art und Weise versucht wird, diese ominösen 20 Grad in den öffentlichen Dienststellen zu erreichen beziehungsweise einzuhalten. Ich möchte nur ein Beispiel anführen.

Da gibt es die „Aktion Zimmerthermometer“,

1758

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Vetter

die der Ministerrat am 17. Juli 1979 beschlossen hat. Es wären diese Erlässe, die da hinausgegangen sind, durchaus wert, daß man sich lange und ausführlich damit unterhält, aber es fehlt natürlich die Zeit dazu! Ich kann daher nur stichprobenartig einige Sätze aus diesen Erlässen vorlesen.

Hier heißt es zum Beispiel, die Beamten müssen die Temperatur kontrollieren, sie müssen Meldungen machen, dafür gibt es eigene Formulare, das wird an die Zentralstellen weitergemeldet, und sie müssen auch begründen, wenn es einmal 22 Grad hat und einmal 23 Grad.

Unter anderem heißt es hier: „Sollte die Wärmeabgabe des Heizkörpers nicht regelbar sein, so hätten die den Raum benutzenden Bediensteten einen schriftlichen Antrag auf entsprechende Mängelbehebung zu stellen.“

Herr Bautenminister! Ich sehe das eher für lustig an, denn ein alter Kohlenofen – in Hunderten, in Tausenden von Dienststellen gibt es den noch –, der läßt sich nicht regulieren. Nach diesem Erlaß müßten diese Bediensteten die Investition einer Zentralheizung beantragen. Haben Sie die Mittel hierfür vorgesehen? Oder was sollen die Beamten beanstanden? Daß sie einen alten Kanonenofen haben, den die Bedienerin um halb sieben einheizt und wo es natürlich um acht Uhr oder um halb acht, wenn der Beamte kommt, 25, 26 Grad hat, weil keine Türen auf- und zugegangen sind, kein Fenster geöffnet worden ist! Ich meine, solche Erlässe tragen eher zur Belustigung bei.

Aber es geht noch weiter: „Fahrlässige Überschreitungen der höchstzulässigen Raumtemperatur sind in entsprechender Weise zu ahnden.“ – Es stellt sich die naive Frage: Wie? Wodurch? Will man die Dienstpragmatik ändern? Oder wie? Auf welche Art und Weise? Mehr steht nicht hier! Ich lese nicht nur boshafterweise Sätze heraus, sondern mehr ist einfach nicht da!

„Jeder Amtsraum ist mit einem Zimmerthermometer auszustatten.“ Auch wenn der Dienststellenleiter keine Budgetmittel hat! Und ich kenne einen solchen Amtsleiter, der konnte sich's nicht besorgen, da hat er sich am Weltspartag ein Thermometer schenken lassen (*Heiterkeit*), und dann hat er die, die am wenigsten anzeigen, in den Räumen aufgehängt! Bitte, das ist nicht boshaft, das ist realistisch! Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß jemals eine Meldung hereinkommt, die 22, 23, 25 oder 28 Grade anzeigt, so wie hier im Hohen Hause, wo man in vielen Räumen 26, 27, 28 Wärmegrade messen kann! (*Abg. Dr. Fischer: Im ÖVP-Klub, wenn es hitzig zugeht!*)

Bitte da draußen in den Couloirs, Herr Klubobmann. Sie brauchen nicht weit zu gehen! Aber ich kann Ihnen ein Thermometer schenken, Sie werden auch keines zur Verfügung haben!

Und dann ist diesem Erlaß ein Beiblatt beigelegt, und damit komme ich schon zum Ende dieser leider belustigenden Geschichte. Da wird zuerst erklärt, warum das überhaupt notwendig ist, es fängt vom Lebensbedürfnis hier an, wird genau detailliert, ich möchte nur einen Satz aus der Einleitung vorlesen. Da heißt es:

„Wohlbefinden liegt dann vor, wenn bei einer Körpertemperatur von 37° C die Umgebungstemperatur 18° C bis 22° C beträgt. Ist dies nicht der Fall, so muß die automatische Regelung des Körpers einen Ausgleich herstellen (Schweißproduktion beziehungsweise Gänsehaut).“ (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Herr Bundesminister! Die Gänsehaut kriegt man beim Lesen solcher Erlässe! Es ist doch ungeheuerlich, daß so etwas den öffentlich Bediensteten und Beamten zugemutet wird! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber es kommt noch schöner! Da werden Anleitungen gegeben, wie man die Thermometer aufhängt:

„1. Anbringung des Meßgerätes: Auf keinen Fall darf das Thermometer an Außenwänden oder im unmittelbaren Einflußbereich der Heizeinrichtung (Radiatoren) und im Strömungsbereich von Zuluftdurchlässen untergebracht werden.“ – Na net! Man wird's über den Ofen hängen!

„Ungünstig ist ebenfalls die Anbringung“ – jetzt passen Sie auf! – „im Strahlungsbereich irgendwelcher Beleuchtungskörper“ – verständlich! –, „Geräte oder Menschen.“ (*Heiterkeit.*) Jetzt frage ich mich: Was ist der Strahlungsbereich des Menschen? Bitte klären Sie die Beamenschaft auf, wie viele Meter das von Personen weg sein muß. Das ist ja ungeheuerlich!

Und dann geht's weiter, wie hoch das sein muß und wie weit vom Fenster weg. Bitte, das lasse ich mir noch einreden. Aber dann!

„2. Ablesen des Meßwertes: Während der Ablesung sind Atemlufteinflüsse und Berührung des Thermometers mit der Hand zu vermeiden.“ (*Neuerliche lebhaft Heiterkeit.*)

Hohes Haus! Wenn es nicht so lustig wäre, es ist zum Heulen! Ja, was hat denn der Verfasser dieser Zeilen gemeint, wie man das abliest? Wie bei einem Fieberthermometer? In den Mund stecken? Atemlufteinflüsse vermeiden! Na, Luft anhalten, nicht! Ich werde doch nicht hinblasen!

Vetter

Herr Bundesminister! Wenn man auf diese Art und Weise öffentlich Bedienstete, Beamte wie vorschulpflichtige Kinder oder wie leicht debile Menschen behandelt, dann ist das ein Skandal! Mit solch kindischen Erlässen wird man letztlich auch keinen Erfolg haben können!

Frau Staatssekretär! Herr Bundesminister! Wenn Sie sich dafür verwenden wollen und Energie sparen – das gehört ja auch irgendwie in Ihren Bereich –, dann, bitte, sorgen Sie dafür, daß mit mehr Realismus, mehr Praxisbezogenheit, weniger Bürokratie und daher einfacher, billiger und effektvoller gearbeitet werden kann! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Grundsätzlich und zum Abschluß: Bei doch so vielen Beweisen seitens der Regierungsbank über eingetretene Schwierigkeiten und Probleme, vielleicht eingetretenen Fehlentwicklungen in allen drei Bereichen: Straße, Wohnbau und Fonds, Entwicklungen, die auch dieses Budget fortsetzt und noch nicht ändert – dafür können Sie nichts, aber Sie sind natürlich dazu da, dieses Budget zu exekutieren –, kann von der Österreichischen Volkspartei, auch wenn es Eingeständnisse über diese Entwicklungen gibt, nicht erwartet werden, daß sie diesem Budget zustimmt. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Vetter und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Lehr. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Lehr** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt auf die Ausführungen meines Vorredners zurückblicke, die ja zum Schluß ziemlich humorvoll ausgeführt waren, so muß ich doch auch darauf hinweisen, daß es anscheinend eine Pflichtübung der ÖVP-Sprecher ist, zur Verunsicherung der österreichischen Bevölkerung stereotyp Jahr für Jahr düstere Wirtschaftsprognosen zu erstellen. Herr Abgeordneter Vetter hat das soeben gesagt: Es ist die Pflicht der ÖVP-Sprecher, auf die auf Österreich zukommenden Katastrophen aufmerksam zu machen.

Mit einer Art von Holzhammermethode versucht man, der Bevölkerung einzureden, daß es die Realität der Vollbeschäftigung und des Wohlstandes für fast alle Österreicher gar nicht gibt, sondern alles nur ein Trugbild, eine Schimäre sei. Ich glaube eher, Schimären sind die 40 Milliarden Schilling, die die niederösterreichische ÖVP zur Ankurbelung der Wirtschaft in Niederösterreich ankündigt und auf großen Plakaten affiziert. Wenn man genau nachrech-

net, bleiben 16 Millionen Schilling übrig, die echt für die Wirtschaft eingesetzt werden.

Eine Art von Schimäre ist auch der angekündigte bessere Wohnbau oder, besser gesagt, der durchgeführte Wohnbau der ÖVP, und zwar von ÖVP-Genossenschaften, die mit öffentlichen Mitteln Wohnungen bauen und dann über Zeitungen inserieren, damit sie diese Wohnungen auch anbringen. Anscheinend sind sie viel zu teuer, als daß sich ein normaler Mensch überhaupt leisten könnte, dort eine Wohnung zu nehmen.

Jedes Jahr wird in der Budgetdebatte von der ÖVP mit großem Trara der Niedergang der österreichischen Wirtschaft für das nächste Jahr angekündigt, anscheinend in der vagen Hoffnung, einmal müßte es doch, wenn es oft genug angekündigt wird, ein Debakel in der Wirtschaft und damit Arbeitslosigkeit geben. Das einzige, was Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, bisher unter Beweis gestellt haben, ist Ihr falsches Prophetentum. Aber wie der 6. Mai deutlich gezeigt hat, hält der überwiegende Teil der Österreicherinnen und Österreicher von Ihren Ideen und Zukunftsvisionen rein gar nichts.

Wenn zum Beispiel der Abgeordnete und frühere Parteiobmann der ÖVP Dr. Taus am 11. 11. 1975 – es fehlt nur noch die genaue Uhrzeit: 11 Uhr 11 Minuten; Sie wissen ja, was das für ein Termin ist, 11. 11. um 11 Uhr 11 Minuten, nämlich der Beginn des Faschings – im Zusammenhang mit der Wahl vom Oktober 1975 hier im Hause lauthals feststellte, seither gäbe es keine Vollbeschäftigung mehr, so genügt nur ein kurzer Blick auf die Beschäftigungszahlen der letzten fünf Jahre, um zu erkennen, wie sehr er auch mit dieser Äußerung danebenlag. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Abschließend möchte ich zur Beschäftigungssituation in Österreich folgendes feststellen: Seit 1970 stehen dank der verantwortungsvoll geführten Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky rund 400 000 Arbeitnehmer mehr in Beschäftigung. Trotzdem versucht die ÖVP immer wieder, durch eine verantwortungslose Propaganda das Gespenst der Arbeitslosigkeit heraufzubeschwören und die Bevölkerung Österreichs mit der Angst um den Arbeitsplatz zu verunsichern.

Herr Abgeordneter Letmaier hat auch über die saisonale Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter gesprochen. Dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen. Der Bundesminister hat schon darauf hingewiesen, daß der höchste saisonale Arbeitslosenstand der Bauarbeiter in der Zeit der ÖVP-Regierung bestand. Das war jene Zeit – Sie werden sich noch genau an diesen Aus-

1760

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Lehr

spruch erinnern -, als man vom Gesund-schrumpfen der Bauwirtschaft gesprochen hat. Die zweite Ursache der saisonalen Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter liegt darin, daß sich viele Auftraggeber dagegen verwahren, daß im Winter an ihren Häusern gearbeitet wird, weil sie Angst haben, daß das, was im Winter gemacht wird, nicht hält, weil eben der Verputz oder sonstige Arbeiten nicht richtig durchgeführt werden können.

Die PAF mußte entgegen den Ausführungen des Herrn Innungsmeisters Letmaier mit sanftem Druck den Bauunternehmen in der Vergangenheit förmlich aufgezwungen werden, damit der Stand der arbeitslosen Bauarbeiter im Winter etwas reduziert werden konnte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich jetzt einem anderen Teilbereich des Kapitels Bauten und Technik zuwenden, und zwar den Bundesstraßen und Autobahnen. Für die Bundesstraßen werden 1980 für den Ausbau 4 431 Millionen Schilling und für die Erhaltung 2 266 Millionen Schilling, also zusammen 6 697 Millionen Schilling, vorgesehen sein. Für die Autobahnen werden 1980 für den Ausbau 4 543 Millionen Schilling und für die Erhaltung 592 Millionen Schilling, also zusammen 5 135 Millionen Schilling, vorgesehen sein. Die Sondergesellschaften haben einen Ausgabenrahmen von rund 2 550 Millionen Schilling. Für Sonstiges - das sind vorwiegend Kapitalbeteiligungen und Darlehen an Straßenbauunternehmen, an denen der Bund beteiligt ist - stehen 151 Millionen Schilling bereit.

Es werden demnach im Jahre 1980 zusammen 14 538 Millionen Schilling für die Bundesstraßen und die Autobahnen zur Verfügung stehen. Das sind um 911 Millionen Schilling mehr als 1979 oder, wenn man einen größeren Zeitraum überblickt, um etwa 8 226 Millionen Schilling mehr als 1971. Am 1. Jänner 1980 werden 875,5 km Autobahn dem Verkehr zur Verfügung stehen, also um 36,1 km mehr als zum 1. Jänner 1979. Vergleicht man die Bauleistungen zwischen 1960 und 1969 mit denen zwischen 1970 und 1979, so ergibt sich folgendes Bild: Zwischen 1960 und 1969 wurden 274 km Autobahn, davon 34 km Gesellschaftsstrecken, errichtet. Zwischen 1970 und 1979 wurden 464 km Autobahn, davon 101 km Gesellschaftsstrecken, fertiggestellt. Das sind ohne Gesellschaftsstrecken rund 50 Prozent mehr an Bauleistung als zur Zeit der ÖVP.

Dabei sollte man aber nicht außer acht lassen, daß während der sechziger Jahre die Autobahnen noch in weit weniger schwierigem Gelände gebaut wurden, als dies jetzt der Fall ist. 1 km Autobahn kostet derzeit im Schnitt 70 bis 80 Millionen Schilling, 1 km Straßentunnel je

nach Beschaffenheit und Lage des Tunnels 130 bis 230 Millionen Schilling, und 100 m Autobahnbrücke kosten 20 bis 25 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Man muß sich bei der Debatte um den Ausbau unserer Bundesstraßen und Autobahnen doch auch immer wieder die Frage stellen: Kann der Ausbau unserer Bundesstraßen und Autobahnen überhaupt Schritt halten mit der stürmisch voranschreitenden Motorisierung? Dazu einige Zahlen über die Entwicklung auf dem Kraftfahrzeugsektor.

1956 zählte man in Österreich zum Beispiel nur 217 Lastkraftwagen mit einer Nutzlast von über 7 Tonnen. Auf einen Lkw kamen damals 295 Pkw. 1965 war dieses Verhältnis 1 zu 80. 1976 war es nur mehr ein Verhältnis von 1 zu 57. Waren es, wie schon angeführt, 1956 nur 217 schwere Lastkraftwagen mit mehr als 7 Tonnen Traglast, so waren es 1978 schon rund 29 000.

Seit 1961 hat der innerösterreichische Straßengüterverkehr auf mehr als das Zweifache, der grenzüberschreitende Straßentransport auf mehr als das Achtfache und der Straßengütertransit, der sich alle vier Jahre verdoppelt, auf das 24fache zugenommen.

Betrachtet man nur die letzte Zahl, so wird man leicht verstehen, daß rund 7 Millionen Österreicher nicht allein für Verkehrswege aufkommen können, die 300 Millionen Europäern als Transitstrecken zur Verfügung stehen sollen. 34 Milliarden Schilling wurden bisher dafür von Österreich aufgewendet, und weitere 70 Milliarden Schilling sind noch für den Endausbau dieser Strecken aufzubringen. Es ist nur zu hoffen, daß für diese Situation von den zuständigen Stellen in Europa bald mehr Verständnis aufgebracht wird, als das bisher der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer wieder wird hier im Hohen Haus von den ÖVP-Sprechern die Behauptung aufgestellt, daß die Bundesregierung kein Verständnis für die Belange der Bauwirtschaft aufbringe. Betrachtet man jedoch die Statistik bezüglich des Auftragsstandes, so kann man feststellen, daß die Bauwirtschaft doch nicht so schlecht dasteht, wie immer behauptet wird. Der Auftragsstand betrug im März 1975 25 511 Millionen Schilling, davon für den Tiefbau 11 629 Millionen Schilling. Er machte 1976 27 282 Millionen Schilling aus, davon 12 279 Millionen Schilling für den Tiefbau. 1977 waren es 30 827 Millionen Schilling, davon 13 275 Millionen Schilling für den Tiefbau, 1978 32 677 Millionen Schilling, davon wieder 13 650 Millionen Schilling für den Tiefbau, und im März 1979 34 122 Millionen Schilling, davon 15 416 Millionen Schilling für

Lehr

den Tiefbau. Am 30. September 1979 waren es 34 400 Millionen Schilling, das waren um 2,6 Milliarden Schilling oder 8,4 Prozent mehr als zum selben Zeitraum 1978.

Der Anstieg der Aufträge auf diesem Sektor liegt eindeutig bei der öffentlichen Hand, denn sie hat diese Erhöhung durch ihre Zuschüsse an finanziellen Mitteln bewirkt. Die Kapazität, auf die eben auch der Herr Innungsmeister Letmaier hingewiesen hat, war im Rahmen des Tiefbaus auch ziemlich ausgenutzt. Sie lag von 1974 bis 1978 bei 90 bis 91 Prozent, wobei im dritten Quartal immer die 100-Prozent-Marke erreicht wurde.

Dazu, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zur Preissituation: Im Siedlungs- und Wohnungsbau kann ein durchaus normaler Preisanstieg festgestellt werden, der mit zirka 4,8 Prozent nur sehr knapp über der allgemeinen Inflationsrate liegt. Völlig unerklärlich ist jedoch der exorbitante Anstieg der Baupreise für den Straßenbau seit 1977. Im dritten Quartal 1979 waren es wieder 18,6 Prozent.

Eine solche Entwicklung kann aber nicht ohne weiteres zur Kenntnis genommen werden, denn bei einem festgelegten Budgetvolumen bringt dies eine wesentlich geringere Bauleistung. Auf diesem Sektor wird wieder einmal der Versuch unternommen, das Auftrags- und Preiskarussell der Jahre 1972 und 1973 in Bewegung zu setzen. Die Zeitungen, vor allem der „Kurier“, haben unter dem Titel „Preiskrieg um Straßenbaumafia“ darüber geschrieben.

Interessant sind die Angebotsziffern. Wenn man die sieht, dann liegt eine Firma ziemlich tief gegenüber drei oder vier anderen Firmen, deren Angebote jeweils nur um eine Million Schilling auseinanderliegen. Ich will diese Zahlen nicht nennen, aber man sieht, daß auf der einen Seite echte Absprachen vorgenommen wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein Hinweis, daß es im Baugeschäft nicht so schlecht sein kann, wie es etwa Bundesinnungsmeister Ing. Letmaier gerne darstellt. Einer Zeitungsmeldung vom August 1979 kann man entnehmen, daß eine der größten österreichischen Baufirmen auf Grund des guten Ertrages des abgelaufenen Geschäftsjahres 7 Prozent Dividende und 4 Prozent Bonus auszahlen wird. Der Bericht schließt mit folgendem Satz: „Auf Grund der bisherigen Geschäftsentwicklung in den ersten fünf Monaten erwartet der Vorstand auch für 1979 ein befriedigendes Gesamtergebnis.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß kommen und dazu folgende Feststellungen treffen:

Meiner Meinung nach muß beim Ausbau der österreichischen Autobahnen und Bundesstraßen bei aller Dringlichkeit darauf geachtet werden, daß ein richtiges Verhältnis zwischen den finanziellen Möglichkeiten des Staates und einer gesunden Kapazität der Bauwirtschaft eingehalten wird. Alles, was darüber hinausgeht, bringt meiner Meinung nach nur Schwierigkeiten und Schaden für alle Beteiligten, besonders aber auch für die Arbeitnehmer dieses Sektors.

Im Budget 1980 wird dieser Grundsatz weitgehend berücksichtigt, denn auch für 1980 hat die Bundesregierung alle Vorkehrungen für einen zügigen Ausbau unserer Bundesstraßen und Autobahnen getroffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Arbeitsplätze der damit beschäftigten Bauarbeiter werden auch im kommenden Jahr gesichert sein und damit auch der Auftragsstand der Baufirmen. Daran ändern die Quengeleien der ÖVP sicherlich nichts.

Die Sozialisten werden daher dem vorliegenden Budget für Bauten und Technik ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Thalhammer**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe angesichts der fortgeschrittenen Abendstunde als oberösterreichischer Abgeordneter ein oberösterreichisches Straßenbauprobem mit der gebotenen Kürze anzuschneiden.

Das Problem der Innkreis Autobahn ist ein drückendes und brennendes in Richtung des Anschlusses der bundesdeutschen Autobahn an die österreichische Staatsgrenze im Jahre 1981.

Der Herr Bautenminister Sekanina steht zwar noch unter der Schutzglocke der 100-Tage-Schonfrist, ich erwarte mir daher am heutigen Abend noch keine allzu präzisen Aussagen von ihm, ergreife das Wort aber aus einem anderen Grund.

Der Herr Bautenminister hat bis jetzt zu drängenden Autobahnproblemen wie Süd Autobahn, Pyhrn Autobahn eingehend Stellung genommen, das Problem der Innkreis Autobahn hat aber in seinen Aussagen noch keine erkennbaren und sichtbaren Konturen angenommen.

Damit nach Ablauf der 100tägigen Schonfrist nicht Enttäuschungen unsererseits vorliegen, möchte ich heute vorbeugend zu diesem Problem Stellung nehmen.

Es geht darum, daß die Bundesdeutschen nach

1762

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Peter

dem Stand unserer Informationen nur mehr an Kleinigkeiten wie an einzelnen Grundablösen hängen und daher noch nicht 5 km vor der österreichischen Staatsgrenze auf deutscher Seite stehen. Das verschafft uns eine Verschnaufpause aus österreichischer Sicht.

Wenn 1981 oder spätestens 1982 dieser Verkehrsanschluß in Suben an der österreichischen Staatsgrenze gegeben ist, dann ergibt sich für weite Bereiche Oberösterreichs, vor allem für das Innviertel und für das Hausruckviertel, eine unübersehbare Verkehrssituation, falls es Ihnen, Herr Bundesminister, nicht gelingt, dieses Problem in irgendeiner Art in den Griff zu bekommen.

Ich verhehle als oppositioneller Abgeordneter nicht, daß es außerordentlich schwer werden wird, hier so vorzugehen, daß wir den Anschluß so finden, daß die Innkreis Autobahn in Richtung Wels vorangetrieben wird.

Wenn aber zum gegebenen Zeitpunkt der aus der Bundesrepublik Deutschland kommende „Blechwurm“ durch oberösterreichische Orte wie Aulofmünster durchgeschleust werden muß, dann kommt es unweigerlich zu einem Chaos, das heute in seinen Konsequenzen noch nicht übersehbar ist. Ich appelliere daher nicht nur an Sie, Herr Bundesminister, sondern auch an alle oberösterreichischen Abgeordneten aller Fraktionen, diesem Problem die besondere Bedeutung und das besondere Augenmerk zuzuwenden.

In diesem Zusammenhang werden wahrscheinlich auch außerordentliche Finanzierungsfragen zu überlegen und zu prüfen sein, mit dem Ziel, zu irgendeiner Form der Vorfinanzierung zu kommen. Ich überantworte es daher Ihrer Dynamik und Ihrer Initiative, Herr Bundesminister, dieses Problem mit beiden Händen anzupacken, und ich hoffe, daß wir in Ihnen, Frau Staatssekretär, im Ministerium einen sehr nachhaltigen Anwalt dieser oberösterreichischen Interessen haben, weil wir alle wissen, was uns bevorsteht, wenn wir die offenen Fragen der Innkreis Autobahn nicht ehestens in den Griff bekommen.

Das Problem ist durch die freiheitliche Fraktion bei Ihrem Vorgänger, Herr Bundesminister, vor geraumer Zeit anhängig gemacht worden. Das letzte Mal erhielten wir am 5. Mai 1978 im Rahmen einer schriftlichen Anfragebeantwortung folgende Hinweise des Herrn Bautenministers Moser:

„Der Vollausbau der Innkreis und Pyhrn Autobahn wird ab 1978 in Oberösterreich noch rund 8 Milliarden Schilling Baukosten in Anspruch nehmen.“

Eine gigantische Zahl, von der wir wissen, wie schwer sie realisierbar sein wird.

Weiter meinte der Herr Bautenminister Moser:

„Die Frage der Fertigstellung ist demnach sowohl eine Frage des Ausbaugrades als auch eine Frage der Finanzierung.“

Was er sich aber konkret an Lösung vorstellt, ist uns Bautenminister Moser damals schuldig geblieben.

Ich bitte daher, meine heutigen Äußerungen in erster Linie als Denkanstöße und als Hinweise mit dem Ziel zu betrachten, zu prüfen, wie unter außerordentlichen Verhältnissen und unter einem besonderen Zeitdruck aus oberösterreichischer Sicht Abhilfe geschaffen werden kann. Ich rechne damit, daß der Herr Bundesminister für Bauten und Technik mit Ablauf der hundert Tage, das ist also Ende Feber 1980, auf diese heute gestellte freiheitliche Frage eine einigermaßen taugliche Antwort zu geben in der Lage sein wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident *(der die Leitung der Verhandlungen übernommen hat):* Zum Wort gemeldet ist die Frau Staatssekretär Dr. Eypeltauer. Bitte.

Staatssekretär im Bundesministerium für Bauten und Technik Dr. Beatrix **Eypeltauer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Herren Abgeordneten Dr. Keimel, Dr. Haider und Vetter haben so ausführlich zu den Fragen des Wohnbaus Stellung genommen – der Herr Abgeordnete Vetter hat diese Frage geradezu dramatisiert –, daß ich mich vielleicht doch ein klein wenig länger mit diesen Fragen beschäftigen möchte, als ich ursprünglich vorgehabt habe. Ich verspreche Ihnen aber trotzdem, kurz zu sprechen.

Darf ich zu Anfang eine Art von tatsächlicher Berichtigung vorbringen. Leider ist der Herr Abgeordnete Dr. Keimel jetzt nicht im Haus. *(Abg. Graf: Er wird strafweise das Protokoll lesen, Frau Staatssekretär!)* Vielleicht erzählen Sie es ihm, Herr Abgeordneter Graf, das ist dann sicherlich keine Strafe für ihn, wenn Sie sich mit ihm freundlich unterhalten. *(Abg. Graf: Er wird Ihre Rede lesen müssen! – Beifall bei der SPÖ.)* Sie glauben, das ist eine so schreckliche Strafe, Herr Abgeordneter Graf? *(Abg. Graf: Das kann ich erst nachher sagen!)* Wir werden uns dann darüber unterhalten. Aber bitte, Sie halten mich auf. Es tut mir leid, es dauert dann um zwei, drei Minuten länger. *(Abg. Graf: Sie halten sich an mir auf, machen Sie, was Sie wollen!)* Ich danke vielmals.

Der Herr Abgeordnete Keimel hat gemeint, ich hätte in einer Presseaussendung behauptet,

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer

daß sich zwei den Wohnbau betreffende Aussagen, einerseits seine und andererseits jene des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Ludwig, ganz deutlich im Inhalt voneinander unterscheiden hätten, obwohl sie vom selben Tag stammten. Der Herr Abgeordnete Keimel hat gemeint, ich hätte das fälschlich behauptet. Ich kann nun an Hand der Presseaussendungen das Gegenteil beweisen.

Im ÖVP-Pressedienst vom 14. November sagt der Herr Bautensprecher wörtlich, er wende sich entschieden als Bautensprecher der ÖVP gegen die Absicht Sekaninas, die Wohnungsbeihilfe zu streichen. Dies wäre eine neuerliche unsoziale Belastung, die allein auf Kosten der Rentner schon 600 Millionen Schilling jährlich kosten würde. Am selben Tag steht in einer APA-Aussendung des Landes Niederösterreich zu lesen: „Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig sagte, in diesem Zusammenhang sollte endlich auch das Problem der Wohnungsbeihilfe gelöst werden, wofür es ja bereits mehrere Vorschläge gäbe.“ Auf diese beiden divergierenden Aussagen habe ich mir erlaubt zu verweisen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Keimel und der Herr Abgeordnete Vetter haben hier der Sozialistischen Partei und der Regierungspolitik im speziellen in sehr deutlicher Form Eigentumsfeindlichkeit vorgeworfen.

Ich muß das auch von dieser Stelle hier, das wird mir wohl erlaubt sein, ganz deutlich zurückweisen. Durch die gestiegenen Realeinkommen gerade während der neun Jahre sozialistischer Regierung ist die große Masse der österreichischen Bevölkerung erstmals und sehr eindrucksvoll in die Lage versetzt worden, Eigentum zu bilden und Eigentum anzuschaffen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber auch ganz konkret auf den Wohnungsbau bezogen sind mir diese Aussagen aus zwei Gründen nicht ganz verständlich. Erstens – und das möchte ich auch ganz deutlich klarstellen – handelt es sich beim sogenannten sozialen Wohnungsbau – genau bei der Wohnbauförderung – um eine Angelegenheit, für die der Bund nur die Gesetzgebungskompetenz hat, während die Ausführung bei den Ländern liegt. Wohnbaupolitik, meine Damen und Herren, wird weitgehend durch die Bundesländer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bestimmt.

Der Herr Abgeordnete Keimel möchte sogar die Bundeskompetenz weiter einschränken, er will nur die Grundsatzkompetenz beim Bund belassen. Dennoch glaubt er, daß wir dann beim Bund die Möglichkeit hätten, die Wohnbaupolitik soweit zu bestimmen, daß die Länder fast gar nichts machen könnten, denn nur so kann ich verstehen, wenn er die Bundespolitik kritisiert,

aber kein Wort der Kritik an der Landespolitik auf dem Wohnbausektor übt.

Ein zweites erlaube ich mir zu sagen: Die Zahlen beweisen nämlich, was die Eigentumsfeindlichkeit anlangt, das gerade Gegenteil. So wurden im Jahre 1978 aus Förderungsmitteln mehr als 40 Prozent Eigenheime, etwa 21 Prozent Eigentumswohnungen, zusammen also 61 Prozent im Eigentum der Bewohner stehende Wohnungen geschaffen und deutlich weniger als 40 Prozent Miet- und sonstige Wohnungen. Hier einen Vorwurf der Eigentumsfeindlichkeit zu erheben, zumal, wie ich sagte, die Kompetenz der Ausführung bei den Ländern liegt, muß doch wohl ins Leere gehen, und so muß auch der Entschließungsantrag der ÖVP hier heute gesehen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Herren Abgeordneten Keimel und Haider haben gemeint, es sei in der Vergangenheit viel zu wenig gebaut worden. Ich möchte darauf hinweisen, daß in den letzten fünf Jahren immerhin mehr als 240 000 Wohnungen gebaut wurden. Ich sage aber auch sehr deutlich, daß das Instrument der Wohnungsverbesserung dazugekommen ist, daß mehr als 100 000 Wohnungen in diesem Zeitraum allein verbessert wurden. Und das, glaube ich, wird immer wieder übersehen, wenn hier Vorwürfe erhoben werden, was die Quantität der gebauten Wohnungen anlangt, denn auch die Verbesserungsmittel mußten ja aufgebracht und verteilt werden.

Herr Abgeordneter Dr. Haider! Sie haben gemeint, Bundeskanzler Kreisky hätte im Jahr 1971 ein Heranführen des Wohnungsbaus an die anderen europäischen Länder versprochen. Ich erlaube mir hier zu sagen, das ist weitgehend gelungen. Wir können ja nur vergleichen, wenn wir die Wohnbauquoten der anderen Länder hernehmen. Wohnbauquote, das bedeutet die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen je tausend Einwohner. Wie sieht es denn hier aus? Die Wohnbauquote in Österreich lag 1977 bei 6 und 1978 bei 6,8. Sie lag im Jahr 1977 in der Bundesrepublik bei 6,7, in Großbritannien bei 5,8, in Schweden bei 6,7, in der Schweiz bei 5,5 und in der Bundesrepublik Deutschland bei 7,1. Ich kann also hier die Behauptung aufstellen und beweisen, daß das, was der Bundeskanzler im Jahr 1971 versprochen hat, tatsächlich weitgehend gelungen ist.

Ich möchte mich aber jetzt der Zukunft zuwenden, meine Damen und Herren. Der Herr Abgeordnete Keimel hat gemeint, es läge eine Studie vor, wonach wir in den kommenden Jahren 50 000 Neubauwohnungen pro Jahr brauchen würden. Mir liegt eine Studie von Professor Bruckmann vor, die im Auftrag des Bautenressorts erstellt wurde und die feststellt,

1764

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer

daß bis zum Jahr 1985 der durchschnittliche Jahresbedarf an neuen Wohnungen 43 150 Wohneinheiten betragen werde. Wenn man sich an diese Studie Bruckmanns hält, so können wir mit Fug und Recht weit optimistischer in die Zukunft sehen, als das die Herren Keimel und Vetter hier heute getan haben.

Auch die Vorschau, in welchem Ausmaß uns in den nächsten Jahren Bundesmittel für den sozialen Wohnbau zur Verfügung stehen werden, stimmt eher optimistisch. Es werden im Jahr 1980, das haben Sie ja schon dem Budget entnommen, 11,3 Milliarden Schilling, im Jahr 1981 12,7 Milliarden Schilling, im Jahr 1982 14,3 Milliarden Schilling und im Jahr 1983 15,8 Milliarden Schilling sein.

Herr Abgeordneter Vetter! Ich glaube, das kann man wirklich nicht als Pleite bezeichnen, wie Sie es hier heute wörtlich getan haben.

Wenn, meine Damen und Herren, trotz dieser jährlichen Steigerung, die ja schon in den letzten Jahren gegeben war, jeweils im neuen Jahr nicht mehr Wohnungen gebaut wurden als im Jahr zuvor, so ist das eben teilweise auf die Baukostensteigerung zurückzuführen und wird in Zukunft teilweise auf die schon angezogenen Vorgriffe der Länder zurückzuführen sein, teilweise aber auch auf das Ansteigen der Wohnbeihilfen und darüber hinaus auf das überproportionale Ansteigen der Annuitätenzuschüsse.

Diese Annuitätenzuschüsse, die ja zu der Objektförderung gehören und ganz unabhängig von den finanziellen Verhältnissen der jeweiligen Bewohner der Wohnungen gewährt werden, lagen beispielsweise im Jahr 1976 in Oberösterreich bei 60 Millionen. Die Oberösterreicher rechnen damit, daß sie 1980 nicht weniger als 279 Millionen für Annuitätenzuschüsse brauchen werden.

Dies ist auch ein Ansatzpunkt für uns, eine Novelle für das Wohnbauförderungsgesetz vorzubereiten, worin wir eben die Gewährung dieser Zuschüsse in das Belieben der Bundesländer stellen wollen. Sie sollen also künftighin fakultativ im Wohnbauförderungsgesetz vorgehen sein.

Sehr richtig haben alle meine Vorredner hier auf die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Wohnbauförderung hingewiesen. Ich habe einmal gemeint, es sei legitim, aber ich sage gerne, es sei verpflichtet, wie Herr Abgeordneter Vetter gemeint hat, daß man nach mehr als zehn Jahren solche Überlegungen sehr intensiv anstellt.

Ich kann Herrn Abgeordneten Schermer zustimmen, der gemeint hat, die Schwerpunkte müßten

bei Stadterneuerung und Wohnungsverbesserung liegen, wobei ich mir allerdings eine möglichst großflächige Wohnungsverbesserung und Stadterneuerung vorstellen könnte und möchte.

Wir sind dabei, meine Damen und Herren, sehr gründliche Überlegungen diesbezüglich anzustellen, die von der prinzipiellen Frage geprägt sind: Objektförderung oder Subjektförderung oder wiederum eine Kombination von beidem, und wie soll das im Detail ausschauen?

Sicherlich wird der Qualitätsbegriff mehr als bisher in das Gesetz aufgenommen werden müssen. Es wird interne Qualitätsmerkmale wie etwa den Schall- und Wärmeschutz geben müssen, aber auch auf externe Qualitäten wie etwa die Lage zu verkehrsreichen Straßen wird Bedacht zu nehmen sein, wollen wir einen zukunftsorientierten Wohnbau in Österreich haben.

Ein paar wenige Worte zu der Problematik der Startwohnungen. Meine Damen und Herren! Diese werden weder Asylwohnungen sein, wie es Herr Abgeordneter Keimel befürchtet hat, noch werden sie zu einer Kasernierung der jungen Leute führen, was Herr Abgeordneter Dr. Haider gemeint hat. Ganz im Gegenteil: Wir werden diese Problematik wahrscheinlich nur so lösen können, daß wir den jungen Leuten verschiedene Varianten anbieten, daß wir ihnen Wahlmöglichkeiten verschaffen, denn die Verhältnisse sind von Stadt zu Stadt, sie sind aber vor allem auch zwischen Ballungszentren und dem flachen Land grundsätzlich verschieden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und so getraue ich mich denn schon nach ungefähr sechs Wochen optimistisch zu sagen: Das, was die Hamburger „Zeit“ in ihrer letzten Nummer so dramatisch geschrieben hat: „Die alten Griechen wohnten besser als wir“, meine Damen und Herren, wird in Österreich nicht geschehen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte schon zum Schluß kommen und will nur noch sagen, daß das Kapitel Bauten innerhalb des österreichischen Budgets eine große Bedeutung für die Vollbeschäftigung speziell der im Baugewerbe, in der Bauindustrie, aber auch in den Baunebengewerben Beschäftigten hat.

Wir wissen, daß der öffentlichen Hand für die Kontinuität der Aufträge sehr große Bedeutung zukommt. Herr Abgeordneter Babanitz hat das mit Recht angesprochen. Wir wissen, daß die Sicherung der Kontinuität zugleich Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet.

Wir sind gewillt, vom Ressort aus verstärkt um die schwierige, aber sehr nötige Baukoordination bemüht zu sein.

Staatssekretär Dr. Beatrix Eypeltauer

Meine Damen und Herren! Abschließend darf ich sagen: Es ist mir eigentlich unverständlich, daß ein Budgetkapitel wie dieses, das so wichtig für die Wirtschaft dieses Landes ist, das so wichtig für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in diesem Land ist und das so wichtig ist für die Menschen in diesem Land, wie Herr Abgeordneter Keimel richtig meinte, denn ein menschengerechtes Wohnen gehört nun einmal zu einem menschengerechten Dasein, nicht Ihre Zustimmung, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien, findet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Breiteneder.

Abgeordneter **Breiteneder** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nun die Ehre, nach der Frau Staatssekretär zu sprechen, möchte aber doch dem Herrn Kollegen Lehr einige Antworten geben.

Ich glaube, daß die Vorredner von meiner Fraktion, von der Österreichischen Volkspartei, Ihnen in keiner Weise heute eine Verunsicherung spüren haben lassen, noch daß sie intolerant gewesen wären zum neuen Bautenminister und zur Frau Staatssekretär, aber auch nicht gegenüber dem abgetretenen Bautenminister. Wir wissen, daß dann, wenn die Probleme, die auf uns zukommen, gelöst werden sollen, die Zusammenarbeit aller Fraktionen des Parlaments notwendig sein wird.

Frau Staatssekretär! Ihre Ausführungen haben die Richtigkeit der Auffassung der Österreichischen Volkspartei im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung 1968 bezüglich Förderung der Eigentumswohnungen und Eigenheime bestätigt. Denn es war – das sei besonders jenen Damen und Herren gesagt, die damals noch nicht die Ehre hatten, dem Hohen Haus anzugehören – nicht leicht, Sie davon zu überzeugen, daß das Wohnungsproblem in Österreich nur unter Beachtung des Eigentums gelöst werden wird können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir heute von Ihnen erfahren haben, Frau Staatssekretär, daß 1978 allein 40 Prozent Eigenheime und 21 Prozent Eigentumswohnungen gebaut worden sind und daß die Mietwohnungen weit unter 40 Prozent liegen, dann beweist eben dieses Ergebnis, daß Ihre Annahme von damals unrichtig war. *(Abg. Kittl: Die Leute haben jetzt Geld, Eigentumswohnungen zu kaufen!)*

Es war durchaus nicht leicht, Sie damals davon zu überzeugen, daß der Weg zur Lösung

des Wohnungsproblems über Eigentumswohnungen geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine verehrten Damen und Herren! Im Grunde genommen haben sich unsere Vorstellungen erfüllt. Wir haben damals den Gedanken gepflegt, vorgetragen und im Gesetz verankert, daß es in Österreich möglich sein soll, auch den sozial Minderbemittelten eine gesunde, lebenswerte Wohnung zu geben.

Wir haben das Wohnungsverbesserungsgesetz geschaffen. Wir haben die Wohnbeihilfe und den Annuitätenzuschuß geschaffen.

Es ist richtig, daß wir heute in Österreich ganz unterschiedliche Förderungsmethoden haben. Man hat schon einige Male erklärt, es sollte grundsätzlich so sein, daß der Unterschied in der Förderung in ganz Österreich nicht allzu große Differenzen aufweist.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es nicht so, daß wir beim Wohnungsstandard ein gewisses West-Ost-Gefälle haben?

Sie kennen die Berichte und die Aussagen über Wien. Hier beweist es sich, daß die Methode der Wohnraumbeschaffung, wie man sie hier gehandhabt hat, unrichtig war. Man kann nicht sagen, daß Wien zu jenen Bundesländern zählt, wo das Pro-Kopf-Einkommen am niedrigsten ist; im Gegenteil, es ist dort am höchsten. Trotzdem haben wir den höchsten qualitativen Wohnungsfehlbestand, meine Verehrten.

Hier muß ich auch an die Gesinnung appellieren. Wir werden dieses Wohnungsproblem für die Jugend nicht lösen, wenn wir uns nicht gleichzeitig auch darum bemühen, der Jugend eine positive Einstellung zur Eigentumswohnung zu vermitteln. Es muß der Jugend bewußt werden, daß es eben etwas bedeutet, eine Eigentumswohnung oder auch eine Mietwohnung, die ein gesundes Familienleben gewährleistet, zu bekommen, zu erarbeiten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Gott sei Dank, kann man sagen, ist die überwiegende Mehrheit unserer Jugend bestrebt, gesunde Wohnungen, saubere Wohnungen zu erwerben.

Aber es gibt auch eine Gruppe – das möchte ich ganz deutlich aufzeigen –, die in ihrer Konsumeinstellung auf das Allerwichtigste vergißt und glaubt, der Staat oder die anderen sollen alles leisten. Denen muß man halt auch die Wahrheit, meine verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, sagen. Es ist notwendig, daß der Mensch das Bewußtsein bekommt: Die Wohnung gehört zum Leben, sie ist mindestens so wichtig wie vielleicht ein Auto, das oft den Großteil des Einkommens mancher Familie, mancher jungen Menschen verschlingt. Das muß man auch, glaube ich, der Öffentlichkeit einmal grundsätzlich sagen.

1766

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Breiteneder

Meine Verehrten! Ich kann mich gut daran erinnern, daß wir damals auch für die Sozialrentner, auch für jene, die nur das Existenzminimum haben, die gesetzliche Möglichkeit geschaffen haben, daß sie sich eine gesunde Wohnung leisten können. Es ist doch so, daß wir auf Landesebene – auch nur in Oberösterreich – bei den Ausgleichszulagenempfängern für die Wohnung nur eine Belastung von fünf Prozent annehmen, meine Verehrten. Das ist doch, glaube ich, eine soziale Tat, die grundsätzlich aber auf die Wohnbauförderung 1968 zurückgeht.

Weiters, meine Verehrten, ist schon richtig, daß eine vom freien Kapitalmarkt geförderte Wohnung für Familien finanziell nicht tragbar ist. Wir haben heute Quadratmeterpreise bei nicht geförderten Wohnungen von 4 000 S bis 5 000 S. Das ist enorm, und man kann sich nicht vorstellen, daß sich eine Familie mit einem Durchschnittseinkommen eine solche Wohnung leisten kann. Aber es ist doch so, wenn heute jemand mehrere Kinder hat, daß er durch die Wohnbeihilfe so gefördert wird, daß er auch eine schöne Neubauwohnung beziehen kann.

Eine andere Gefahr, meine verehrten Damen und Herren, droht uns aber durch die Besteuerung. Ich möchte darauf hinweisen, daß es gar nicht ausgeschlossen ist – sicherlich gibt es jetzt für 20 Jahre die Befreiung von der Grundsteuer B, aber wenn die Zeit bei den hohen Einheitswerten abgelaufen ist, ist es durchaus möglich, und es wird in vielen Fällen auch eintreten –, daß jemand, der sich ein Eigenheim baut, durch die Belastung mit der Grundsteuer B mehr Steuern zahlt als unter Umständen eine Familie in gleicher Größe an Miete. Das sollten wir, Herr Bautenminister und Frau Staatssekretär, verhindern, weil wir da eine eigentumsfeindliche Einstellung erzielen würden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine verehrten Damen und Herren! Es ist an und für sich meine Aufgabe gewesen, die ich mir gestellt habe, zum Wasserwirtschaftsfonds zu sprechen. Ich möchte es kurz machen. Der Herr Bautenminister hat erwähnt, daß es in seinem Ressort drei Schwerpunkte gibt: den Wohnungsbau, den Straßenbau und den Wasserwirtschaftsfonds.

Heuer sind es 20 Jahre, meine verehrten Damen und Herren, daß der Wasserwirtschaftsfonds gegründet worden ist. Also eine lange Zeit liegt diese bedeutende Verordnung zurück, in der man erkannt hat, daß man auf dem Gebiet etwas machen muß. Wollen wir eine umweltfreundliche Gegend gestalten, wollen wir haben, daß unsere Seen, unsere Flüsse, unsere Bäche reingehalten werden, dann müssen besondere Mittel eingesetzt werden.

Es hat lange Zeit gedauert, bis sich der Mensch davon überzeugen ließ, daß es notwendig ist, hier etwas zu tun. Man kann sagen, fünf vor zwölf war es möglich, daß wir unsere Seen vor dem Umkippen – wenn man das so sagen kann – gerettet haben. Es wäre für Österreich als Erholungsland, als Fremdenverkehrsland undenkbar gewesen, wenn wir heute nicht den Nachweis erbringen könnten – ich muß sagen, dank der Zusammenarbeit –, daß es doch gelungen ist, unsere Seen reinzuhalten, und daß wir auf dem Wege sind und das Ziel vor Augen haben, in etwa 20 Jahren mit diesem Problem fertig zu sein.

Meine verehrten Damen und Herren! Es ist beachtlich, was hier geleistet worden ist. Es sind etwa 5 200 Vorhaben gefördert worden. Der Förderungsbeitrag beträgt seit dieser Zeit etwa 32 Milliarden Schilling, und es sind an Wasserversorgungsanlagen etwa 13 000 km gefördert worden.

Wir haben heute weite Gebiete mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt, obwohl es hier große Probleme gibt, weil ja unterschiedliche Bauverhältnisse sind, weil wir weite Gebiete haben – wenn ich nur die Fernwasserversorgung des Mühlviertels mit einem Kostenaufwand von etwa 250 bis 260 Millionen Schilling hernehme –, wo diese Verbände auf Grund der enormen Kosten nicht mehr in der Lage sind, mit ihren Rückzahlungen zu Rande zu kommen.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn wir die enorme Aufgabe, die noch vor uns liegt, überdenken, dann erkennen wir erst die Bedeutung des Wasserwirtschaftsfonds. Wenn wir wissen, daß insgesamt noch etwa eine Summe von 90 Milliarden Schilling und etwa 65 Milliarden Schilling Förderungsmittel notwendig sein werden, dann, glaube ich, ist es notwendig, daß man auch überdenkt, ob nicht der Wasserwirtschaftsfonds in der Finanzierung neu überdacht werden soll.

Es ist doch so, daß 1980 rund 7,2 Milliarden Schilling in den Einnahmen aufscheinen, während echt wirksam etwa 4,2 Milliarden Schilling sein werden, weil allein 3,3 Milliarden Schilling Vorbelastung zu bewältigen sein werden.

Interessant ist auch, daß allein anhängige Anträge in der Höhe von 24 Milliarden Schilling beim Wasserwirtschaftsfonds vorliegen.

Die Wartezeit, meine geschätzten Damen und Herren, beträgt bei den dringlichen Fällen, die eine Priorität genießen, mindestens zwei bis drei Jahre, während bei den übrigen Anträgen fünf und mehr Jahre zu warten ist.

Bedenklich finde ich hier, daß allein im Jahre 1979 1,4 Milliarden oder genau 1 441,5 Millio-

Breiteneder

nen Schilling nicht in Anspruch genommen worden sind. Das besagt, daß manche Antragsteller auf Grund ihrer finanziellen Situation nicht mehr in der Lage sind, die Mittel in Anspruch zu nehmen. Ich glaube nicht, Herr Bundesminister, daß ich mich irre. Es handelt sich hier um finanzschwache Gemeinden, die auf Grund ihrer mangelnden Finanzkraft nicht in der Lage sind, die bewilligten Mittel des Wasserwirtschaftsfonds in Anspruch zu nehmen, weil sie mit den Annuitäten nicht zu Rande kommen.

Hier, glaube ich, Herr Bundesminister, müßten neue Überlegungen angestellt werden, ob die derzeitige Aufteilung ausreicht, um auch jenen Gebieten die Entsorgung zu ermöglichen, die auf Grund ihrer schwachen Finanzkraft nicht in der Lage sind, von sich aus diese Mittel in Anspruch zu nehmen.

Meine Verehrten! Ich komme da wieder auf ein Problem zu sprechen, nämlich auf das des ungerechten Finanzausgleichs. Und hier sieht man die Notwendigkeit, daß wir den Finanzausgleich neu überdenken müssen, damit auch diese die Möglichkeit haben, der Bevölkerung dort eine saubere Umwelt anzubieten, denn wir sollten doch auf dem Standpunkt stehen, daß der Österreicher, ganz gleich, wo er lebt, Anspruch auf einwandfreies Trinkwasser und auch auf die Entsorgung hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundesminister weiß – davon bin ich überzeugt, weil er sich lang genug mit diesen Fragen beschäftigt hat und weil er sich jetzt noch intensiver damit beschäftigt –, daß besonders in den Landgebieten die Entsorgung im Verhältnis pro Einwohner-Gleichwert höher ist als im städtischen Bereich: erstens, weil enorme Geländeschwierigkeiten, überhaupt bei Verbandsanlagen, zu bewältigen sind, und zweitens, weil es um die Erschließung von Streusiedlungen geht. Und hier müßte man auch auf diese Umstände Rücksicht nehmen.

Meine sehr geehrten Damen! Ich habe sozusagen schon vernommen, daß ich meine Zeit bereits überschritten habe.

Ich setze Erwartungen in Sie, Herr Bundesminister und Frau Staatssekretär, daß Sie sich sehr bemühen werden, bei der künftigen Budgeterstellung vom Herrn Finanzminister etwas mehr zu bekommen. Wenn man überlegt, daß allein die Rückzahlung, die Tilgung der Bundesanleihen über 800 Millionen Schilling ausmacht, dann weiß ich nicht, ob die Finanzierung des Wasserwirtschaftsfonds über Fondsmittel richtig ist. Daher wäre es notwendig, daß Sie – und ich traue Ihnen das zu, Herr Bautenminister *(Abg. Fachleutner: Nur nicht zu stark loben!)* –, dem Finanzminister in den kommenden Jahren

ein bisserl mehr herauspressen werden, oder sagen wir so: daß der Querschnitt der Pipeline vom Finanzministerium zum Bautenministerium vergrößert wird. Das erwarten wir.

Und nun, sehr geehrter Herr Bautenminister, habe auch ich als Mühlviertler, so wie der Herr Abgeordnete Peter, ein Anliegen: Die Mühlkreis Autobahn sollte bis Unterweikersdorf gebaut werden; ich bitte das Hohe Haus um Verständnis: Ich sage nur ein paar Worte.

Sie wissen, daß es sehr problematisch ist: Der Prager Frühling war nur von kurzer Dauer, und seine Wiederkehr wird wahrscheinlich lang auf sich warten lassen. Trotzdem sollte man diese Region nicht vernachlässigen.

Überlegen Sie, daß hier eine ganz große Anzahl von Pendlern, daß Tausende Pendler täglich nach Linz einpendeln und wieder zurückfahren müssen, daß sie eine Strecke allein von fast 70 km bewältigen müssen und daß diese Menschen es auch verdienen würden, vielleicht trotz der geringen Frequenz dieser Straßen, ein ordentliches Verkehrsnetz zur Verfügung zu haben.

Ich darf Sie höflichst ersuchen, Herr Bundesminister, daß Sie sich selbst davon überzeugen, wie wir die Erschließung dieser Region am besten und am zweckmäßigsten im Interesse dieser dort lebenden Menschen erreichen könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Elmecker.

Abgeordneter **Elmecker** (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Tatsache, daß wir heute nun schon über zwölf Stunden diskutieren, werde ich mich sehr kurz halten. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ja, ich verspreche das.

Ich möchte einleitend eine Bemerkung zur Auseinandersetzung machen, die sich heute vormittag zwischen dem Herrn Abgeordneten Dr. Haider von der FPÖ und meinem Fraktionskollegen Wille abgespielt hat, als Dr. Haider gemeint hat, er verdiene sich sein Geld als Mandatar in diesem Hause mehr als so mancher Hinterbänkler der beiden Großparteien.

Es tut mir leid – und als junger Abgeordneter in diesem Haus muß ich das sagen –, daß man sich hier als Abgeordneter dieser Boulevardterminologie bedient. Es ist leider niemand von seiner Fraktion da, aber ich muß diese Feststellung treffen, denn ich glaube, das schadet dem Parlamentarismus, das schadet den Parlamentariern im allgemeinen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun zwei kurze Bemerkungen zu meinen

1768

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Elmecker

Vorrednern. Herr Kollege Breiteneder! Sie haben gesagt, der Querschnitt der Pipeline vom Finanzministerium zum Bautenministerium solle sich vergrößern.

Das geht genau wieder in die Richtung, die wir nun in allen Budgetdebatten und bei allen Kapiteln feststellen müssen: nämlich mehr Forderungen. Unser Klubobmann hat ja einleitend zu Beginn der Beratungen gesagt, wenn wir alles zusammenzählen, würde das rund 10 Milliarden Schilling ausmachen, was hier an Mehrkosten von seiten der ÖVP gefordert wird. *(Abg. Dr. Zittmayr: Eine alte Walze!)* Wird eine alte Walze klingt manchmal gut! *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Zittmayr.)* Wenn Sie mich aufhalten, komme ich nicht weiter, dann muß ich wieder länger da bleiben!

Ich möchte aber doch auch einige grundsätzliche Bemerkungen zur Wohnbaupolitik machen.

In den letzten Jahren, in den siebziger Jahren wurden rund 370 000 Neuwohnungen errichtet, und rund 150 000 wurden verbessert. Damit konnte gerade in den siebziger Jahren im großen und ganzen die Wohnungsnot – die quantitative Wohnungsnot – beseitigt werden. Eine Zahl soll dies untermauern.

Die Zahl der bewohnten Wohnungen beläuft sich zurzeit auf rund 2,6 Millionen Wohnungen. Interessant ist, daß diese Zahl fast genau jener der Privathaushalte entspricht. Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß, wie ich vorhin erwähnt habe, der quantitative Wohnungsbedarf weitgehend als befriedigt angesehen werden kann, wiewohl wir wissen, daß es Schwierigkeiten und Probleme in den Ballungszentren gibt.

Das ist eine enorme Leistung, die in den siebziger Jahren hier in Österreich erbracht wurde. Ich darf zum Beispiel erwähnen, daß auf 1 000 Einwohner zurzeit rund 393 Wohnungseinheiten kommen. Wir liegen damit im Spitzenfeld Europas. Der österreichische Weg hat sich also auch hier als Vorbild erwiesen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein anderer Gesichtspunkt, zur Ausstattung der Wohnungen. Auch darüber möchte ich noch ein paar Worte sagen.

1971 waren nur 53 Prozent der Wohnungen in Österreich als gut zu bezeichnen, 17 Prozent als mittelmäßig, und 30 Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren – hören Sie: 30 Prozent, das ist fast ein Drittel! –, waren als schlechte Wohnungen, als Substandardwohnungen zu bezeichnen.

1977 – eine andere Erhebung –: 72 Prozent der Wohnungen in Österreich können als gut

bezeichnet werden, 12 Prozent der Wohnungen als mittelmäßig, und nur noch 15 Prozent – also weniger als ein Fünftel! – zählen zu den Substandardwohnungen.

Auch hier ist enorm viel geschehen.

Ich entnehme zum Beispiel einer Pressemeldung vom 4. Dezember in der „Kronen-Zeitung“ und kann hier mitteilen:

„Starker Trend zur Zweitwohnung.“ Und darunter steht folgendes: „Ein stolzes Wachstum von 10 Prozent jährlich weisen die Zweitwohnungen in Österreich auf. Rund 10 Prozent der österreichischen Privathaushalte verfügen damit über eine eigene Freizeitwohnung.“

Und dann ist noch die Rede davon, wie sich das auf die einzelnen Gebiete aufteilt.

Auch das, bitte, ist immerhin eine Leistung: Die Österreicher können sich eine Zweitwohnung leisten. Wir vergönnen es gerade jenen Bewohnern, die im Ballungsraum sicherlich mit vielen anderen Problemen zu kämpfen haben und die dann ihre Zweitwohnung aufs Land hinaus verlegen.

Nun aber noch kurz einige Worte zu den heute in der Debatte schon immer wieder erwähnten 5 000 Wohnungen, zu dem Wohnungsdefizit.

Ich darf hier sagen, daß man 1970 die Wohnungen mit einer durchschnittlichen Größe von 55 Quadratmetern angenommen hat – das ergibt der statistische Wert – und daß wir zurzeit bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 80 Quadratmetern liegen. Wären wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei den 55 Quadratmetern geblieben, so wären wir weit über die 50 000 Wohnungen hinausgekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein anderer Gesichtspunkt, den ich bei dieser Gelegenheit auch aufzeigen möchte, nämlich das Verhältnis zwischen Bund und Ländern und was die Finanzierung anbelangt: 1971 hat der Bund 4,3 Milliarden Schilling für den Wohnbau ausgegeben, das waren 68,1 Prozent. 1977 gab der Bund 8,1 Milliarden Schilling aus, das waren 76,6 Prozent, das heißt also eine Steigerung von 8 Prozent.

Bei den Ländern, meine sehr verehrten Damen und Herren, schaut das ein bißchen anders aus, bei den Ländern waren 1971 Ausgaben von 2 Milliarden Schilling und 1977 von 2,5 Milliarden Schilling zu verzeichnen. Aber interessant ist der Prozentanteil. Damals, im Jahre 1971, gaben die Länder noch 31,9 Prozent an Wohnbaumitteln aus, 1977 nur noch 23,4 Prozent, also ein Rückgang um 8,5 Prozent.

Und nun komme ich schon zum Schluß. Ich

Elmecker

möchte noch ein Wort zu dem uns heute vorgelegten Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei verlieren und damit zur „Eigentumsfeindlichkeit“, die hier in diesem Entschließungsantrag zitiert wurde.

Die Frau Staatssekretär hat ja schon darauf hingewiesen, daß rund 60 Prozent an bestehenden Wohneinheiten in diesem Land im Eigentum der Bewohner stehen, wenn wir 40 Prozent Eigenheime, 20 Prozent Eigentumswohnungen nehmen. Wenn wir uns hier diese Tatsache ansehen, so können Sie doch nicht behaupten – und das wäre doch ein Trugschluß –, daß die Wohnbauförderung und die damit verbundenen Ausschüttungen von finanziellen Mitteln eigentumsfeindlich gewesen wären.

Der Gesetzgeber, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat ja – in einer Fußnote finde ich das – zum § 11 Abs. 1 Wohnbauförderungsgesetz-Novelle folgenden Gedanken niedergelegt:

„Die Erhöhung des Hundertsatzes des Darlehens von 45 auf 50 v. H. ist im Zusammenhang mit der Bestimmung des letzten Satzes zu verstehen, in dem der vom Förderungswerber zu leistende Eigenmittelanteil von bisher 10 v. H. auf 5 v. H. herabgesetzt wird.“ Und jetzt kommt die Begründung: „Diese Regelung bringt eine grundsätzliche Verbesserung für die auf den sozialen Wohnungsbau angewiesenen Förderungswerber, denen die Aufbringung der Mittel etwas erleichtert wird. Die nun auf dem Kapitalmarkt zusätzlich aufzubringenden Mittel von 5 v. H. bringen eine, wenn auch geringe Erhöhung der Kapitalrückzahlung mit sich. Diese kann im Wege der Wohnbeihilfe abgefangen werden.“

Und wir, meine sehr verehrten Damen und Herren – und das ist eine Tatsache –, wissen, daß große Schichten der Bevölkerung, die eine Mietwohnung nehmen, zu jenen Schichten gehören, die nicht unbedingt als die bestverdienenden anzusehen sind. Aus diesem Grunde wurde also damals in dieser Novelle dieser fünfprozentige Anteil genommen, und daher können wir auch heute diesem Entschließungsantrag nicht beitreten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Dr. Steger.

Abgeordneter Dr. **Steger** (FPÖ): Meine Damen und Herren! Die Frau Staatssekretär hat sinngemäß vorher gesagt, daß es ihr unverständlich ist, daß die Opposition diesem Budgetkapitel nicht ihre Zustimmung geben kann, obwohl dieses Kapitel doch so wichtig für die österreichische Wirtschaft sei.

Ich muß Ihnen sagen, liebe Frau Staatssekretär, Sie sollten eigentlich dankbar sein, daß wenigstens wir Ihnen noch helfen wollen, damit nicht einfach das vollzogen wird, was natürlich bei Ihnen notwendig ist, nämlich daß Sie wider besseres Wissen gezwungen sind, einem Budgetkapitel Ihre Zustimmung zu geben, obwohl Sie ganz genau wissen, daß Sie in diesem Fall wirklich wie der Pontius ins Kredo kommen, nämlich so, daß Sie in ein vorbereitetes Budget mithineinsteigen mußten und jetzt etwas vertreten müssen, an das Sie selbst nicht glauben können.

Wir waren immerhin so fair, in all unseren Debattenbeiträgen zu sagen, daß wir keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir den Herrn Bundesminister und Sie nicht daran messen, was heute hier vorliegt, sondern daß wir von der nächsten Budgetdebatte ausgehen werden, daß wir dort messen werden, wie weit Sie bei den neuen Budgetverhandlungen die Schwerpunkte durchgesetzt haben, die wir uns bei dieser Ressortänderung eigentlich erwarten.

Für heute möchte ich Ihnen nur, nachdem mein Freund Jörg Haider ja ebenfalls Eugen Roth zitiert hat, ein ganz kurzes Zitat – im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit – in Erinnerung bringen, weil es mir so symptomatisch für diesen Grundgedanken von Ihnen erscheint. Ich zitiere wörtlich:

„Ein Mensch, der sich ein Schnitzel briet, bemerkte, daß ihm das mißbriet.
Jedoch, da er es selbst gebraten,
tut er, als wär' es ihm geraten.
Und, um sich nicht zu strafen Lügen
ißt er, mit herrlichem Vergnügen.“

(Beifall bei der FPÖ.)

In dieser Situation scheinen Sie mir zu sein. Sie wissen, daß das Schnitzel von Ihrer Fraktion gebraten wurde, Sie waren ein bißchen, aber doch nicht als Chefköchin dabei und essen es halt jetzt mit herzlichem und herrlichem Vergnügen, obwohl Sie wissen, daß in diesem Budgetkapitel nicht alle Zutaten so ausgefallen sind, wie Sie es selbst ganz gern hätten.

Frau Staatssekretär! Warten wir einmal ab, was die nächsten Monate bringen, schauen wir uns an, wie Sie im nächsten Jahr mit Ihrem Bundesminister und Ressortchef hier andere Schwerpunkte setzen können, und dann reden wir bei dem nächstjährigen Budget darüber, ob nicht vielleicht auch die Opposition diesem Budgetkapitel zustimmen kann.

Für heute möchte ich hier an dieser Stelle nur einen ganz bestimmten Schwerpunkt zu dieser späten Stunde auch noch in den Vordergrund rücken, ein Problem, das man auch um diese

1770

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Dr. Steger

Zeit doch so ernsthaft erwähnen muß, weil ja Sie nichts dafür können, daß Ihr Kapitel so spät drankommt, ein Problem, bei dem ich auf Grund von Erklärungen des Herrn Bundesministers Sekanina weiß, daß ja auch schon das eine oder andere Umdenken stattfindet.

Es geht um die Frage der Stadtautobahnen, es geht um die Frage der Schnellstraßen im dichtverbauten städtischen Ballungsraum, es geht um die Frage, sollen wir Stadtautobahnen in Wien haben, sollen wir Schnellstraßen in Wien haben, und wenn wir sie haben sollen, in welchem Ausmaß sind sie erträglich, in welcher Art und Weise sind sie erträglich.

Das ist keine Frage, bei der wir jetzt so tun sollten, als würden nicht in allen Fraktionen schon längst Diskussionen aufgebrochen sein über die Frage, ob es für die Menschen zumutbar ist, wenn im ersten Stock in 30 Metern Entfernung am Schlafzimmer vorbei der Individualverkehr rollt. Bruck an der Mur mit dieser seinerzeit gepriesenen Lösung kann ja nicht das Maß aller Dinge sein. Sie selbst, wenn Sie dort vorbeifahren im ersten Stock, zunächst an der Kirche und dann an den Wohnhäusern, werden ja bestätigen, daß es erschütternd ist, zu denken, daß da Menschen dahinter leben, die das Tag für Tag erleben müssen, wie die Autos vorbeirauschen, wie der Lärm vorhanden ist, und daß diese Menschen sicherlich Lebens Einschränkungen in Kauf nehmen müssen, die nicht zumutbar sind. Ähnliche Probleme könnten in Wien entstehen, wenn all das verwirklicht wird, was im Bundesstraßengesetz 1971 für Wien enthalten ist.

Herr Bundesminister! Wir haben hier seinerzeit am 14. Juni 1978 als freiheitliche Fraktion einen Entschließungsantrag vorgelegt, der damals leider nicht die Zustimmung der sozialistischen Fraktion gefunden hat, und Sie selbst als Abgeordneter haben daher offensichtlich auch nicht zustimmen können. In diesem damaligen Entschließungsantrag wurde bereits angeregt – es heißt hier wörtlich im Antragsteil –:

„Der Herr Bundesminister für Bauten und Technik wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien eine Überprüfung des im Bundesstraßengesetz 1971 festgelegten übergeordneten Straßennetzes im Raume Wien vorzunehmen und dem Nationalrat sodann einen dementsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.“

Ich höre, daß Sie bei Ihren Anfangspressekonferenzen bereits Überlegungen angestellt haben, die ja in Wahrheit in diese Richtung gehen. Ich glaube nicht, daß es jetzt sinnvoll ist, einen Urheberrechtsstreit anzufangen, wer viel-

leicht früher gesagt hat, daß man doch wieder einmal nachdenken solle, ob dies alles notwendig ist.

Ich freue mich darüber, daß Sie diese Überlegungen haben, darf aber bitten, daß Sie hier nicht auf halbem Weg stehenbleiben, denn ich habe gelesen, daß Sie für kurze Zeit bezüglich der fünften Donaubrücke in Wien Überlegungen gehabt haben, ob sie wirklich in dieser Art und Weise, also in Verlängerung der Innstraße, gebaut werden soll. In der heutigen Fragestunde des Gemeinderates und Landtages von Wien wurde dagegen von Bürgermeister Gratz geantwortet, daß inzwischen ein Gespräch zwischen Ihnen, Stadtrat Nittel und ihm stattgefunden habe und jetzt doch wieder eine Verlegung auf diese ursprüngliche Trasse, auf der eine allfällige Schnellstraßenführung möglich wäre, im Vordergrund stehe.

Herr Bundesminister! Sie haben den Ruf – und ich glaube, es ist ein guter politischer Ruf –, sehr durchschlagskräftig zu sein. Lassen Sie sich hier nicht bremsen. Wenn Sie zusammen mit der Bezirksleitung des 20. Bezirks zunächst gemeint haben, eine Verschiebung solle stattfinden, damit es eben nur eine Bezirksbrücke wird und nicht eine Schnellstraßenbrücke, die wieder dann im ersten Stock an den Wohnhäusern vorbeizieht, dann gehen Sie davon nicht mehr ab! Bleiben Sie dabei!

Wien braucht Donaubrücken, die als Bezirksbrücken gedacht sind. Wien braucht keine Donaubrücken, über die ein Autobahn- oder Schnellstraßenverkehr rollen kann. Eine derartige Planung wäre nicht sinnvoll.

Ich darf hier darauf verweisen, daß die Bezirksvertretung des 20. Bezirks, also jenes Bezirks, in dem Sie Bezirksparteiobmann sind, in der letzten Beschlußfassung wieder abgegangen ist von dieser Verschiebung der Traisenbrücke, also der fünften Donaubrücke, und doch wieder eine Situierung im Zuge der Innstraße wünscht, wobei allerdings eine gewisse Abschwächung im Punkt B dieses Beschlusses, der ja erst kürzlich gefaßt wurde, besteht. Dort heißt es, daß derzeit noch nicht mit dem Bau begonnen werden soll. Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß Ihre ursprüngliche Überlegung, nämlich keine unnotwendigen Schnellstraßenbauten durch dichtverbautes Gebiet, sicherlich richtig war. Sie können dabei auch die Unterstützung der Opposition finden. Es besteht keine Notwendigkeit, von diesen Überlegungen wieder abzugehen.

Wenn im freiheitlichen Programm für Wien seinerzeit bereits ausgeführt wurde, und zwar im Zusammenhang mit der Gemeinderatswahl in Wien, welche derartigen überregionalen Stra-

Dr. Steger

ßen in Wien als entbehrlich erscheinen, so darf ich Ihnen einige davon für Ihre weiteren Überlegungen in Erinnerung rufen. Es war dies einmal die Frage der Donaupark Autobahn, zumindest, wenn sie so geplant wird, daß der ja doch sehr gut gelungene und mittlerweile ausgebaut Donaupark mit dem Internationalen Zentrum erheblich beschnitten werden sollte. Es war dies also zunächst die Frage der A 5. Dann gab es die Frage der A 20: Gürtelautobahn zwischen Traisenbrücke und Landstraßer Knoten. Dann kam das Problem der Traisenbrücke.

Daß es ein ständiges Auf und Ab bezüglich des Baus der Gürtelautobahn gibt, darf ich hier am Rande anmerken. Es wäre im Sinne aller Wiener, wobei es ganz wurscht ist, ob sie ein rotes Parteibüchel, ein schwarzes oder ein gelbes mit lila Tupfen haben. Solche Parteien kann es vielleicht auch noch geben. Es ist also im Sinne aller Wiener, wenn am Gürtel nicht eines Tages der Autobahnverkehr rollt. Das wäre nicht tragbar. Ich bitte Sie, hier rechtzeitig eine Klarstellung für alle Wienerinnen und Wiener durchzuführen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Die Gelben mit Tupfen sind jene mit clerikal-konservativer Einstellung im Sinne Piatys, die sich vielleicht demnächst von Ihnen abspalten wollen. Herr Kollege Dr. Keimel! Ich höre, daß schon einige mit gelben Tupfen vorhanden sind, die eigene Gründungen überlegen. Sie sollten dem rechtzeitig vorbeugen, sodaß diese doch wieder als sechster Bund der Volkspartei miteinbezogen werden, wobei ich aber zugebe, daß es verschiedene Parteien gibt, die da manchmal eigene Tupfen in der jeweiligen steiermärkischen Fraktion haben wollen. Auch bei den Sozialisten soll derzeit so etwas vorkommen.

Es gibt aber noch andere Autobahnen und Schnellstraßen im Wiener Raum, die mir entbehrlich erscheinen. Ich darf da die A 21 erwähnen, Herr Bundesminister. Genauso gibt es diese Überlegung bezüglich der A 3. Ich mache das jetzt alles in Kurzform und nenne daher immer nur die Ziffern ohne lange Erläuterungen, weil Sie ja ganz genau wissen, von welchen Autobahnen ich spreche.

Sicherlich stellen sich auch Fragen im Zusammenhang mit der B 222, die in der jetzigen Trassierung quer durch erstklassiges Siedlungsgebiet Wiens führen müßte und auch dort schwere Beeinträchtigungen eben dieser Wohngebiete Wiens nach sich ziehen würde. Lösen Sie das mit Ihrer Durchschlagskraft und nicht im Sinne einer Sozialbürokratie.

Wir werden gar nicht so laut und deutlich immer wieder darauf verweisen, daß wir das

schon vor Jahren in den verschiedensten Broschüren angebracht haben, worin wir zum Beispiel erklärten, daß wir Wien ganz gern an der Donau haben wollten, aber nicht an der Autobahn. Wir werden auch gar nicht darauf verweisen, daß Sie damit freiheitliche Vorstellungen umgesetzt haben, weil es im Sinne der Sache sicherlich gescheit wäre, wenn sich derartige Meinungen, die ja bereits in allen Fraktionen vorhanden sind, an sich durchsetzen könnten.

Ich kann im übrigen darauf verweisen, daß die Gemeinde Wien beziehungsweise Bürgermeister Gratz – ersichtlich aus den letzten Gesprächen, die mit Ihnen, Herr Bundesminister, geführt wurden – offensichtlich auch gegen das verstoßen wollen, was die Arbeiterkammer in ihren Beschlüssen herausgegeben hat. Ich darf hier an das Schreiben vom 31. 10. 1979 erinnern – das ist noch nicht sehr lange her –, und zwar ist es von der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Herr Bundesminister! Sie werden diese schriftliche Unterlage wahrscheinlich kennen. Darin ist genau enthalten, daß all diese Schnellstraßen und Stadtautobahnen entbehrlich erscheinen, solange im Sinne eines überregionalen Autobahnkonzepts dieser Autobahnring um Wien geschlossen wird und leistungsfähige Stichstraßen nach Wien hineinführen. Das sollen aber keineswegs Durchzugsstraßen sein, die erst den starken Verkehr in die Ballungszentren bringen, den wir dort nicht haben wollen, als zusätzlichen Verkehr jener, die von der Süd Autobahn vielleicht einmal nach Floridsdorf wollen und zumindest bis zum Gürtel oder zum Ring durchfahren müssen, damit sie wieder hinauskommen.

In diesem Zusammenhang ist sicherlich auch das Grundanliegen zu erwähnen, daß es sinnlos erscheint, über den Flötzersteig eine Schnellstraße zu bauen, die eigentlich im Nichts enden muß, nämlich dort, wo direkt im dichtverbauten Gebiet keine Schnellstraße weitergehen kann. Auch das ist keine ideologische Frage, sondern eine Frage der Vernunft, wobei ich sicher bin, wenn wir uns zu so später Stunde in diesem Stil darüber unterhalten, daß wir auch in Ihrer Fraktion da und dort Bereitschaft finden können, noch einmal vom Bundesstraßengesetz 1971 abzugehen und mit uns gemeinsam – vielleicht alle drei Fraktionen gemeinsam – jene sinnvollen Markierungen zu setzen, die bewirken, daß alle Bürger Wiens ein bisserl glücklicher in unserer Bundeshauptstadt leben können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Url.

Abgeordneter Ing. **Url** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bautenminister! Sie haben von Ihrem Vorgänger auch im Bereich des Straßenbaus ein großes Paket von Versäumnissen geerbt. Wir machen Sie für diese Versäumnisse nicht verantwortlich, aber wir weisen sehr deutlich darauf hin.

Leider Gottes liegt ein großer Teil dieser Versäumnisse in der Steiermark, nämlich bei den steirischen Straßen. Die zum Teil unerträglichen Zustände auf den Straßen durch das Mürz- und Murtal sowie vor allem auf der Gastarbeiterroute sind ja hinlänglich bekannt. Das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat den dortigen Verkehr und diese chaotischen Zustände als einen „Terror von Blut und Blech“ bezeichnet und damit den Nagel auf den Kopf getroffen.

Herr Minister! Sie haben mehrmals sehr lautstark verkündet, daß Sie dem Ausbau der S 6 und der S 36, der steirischen Industriestraße, wie wir sie bezeichnen, sowie der Pyhrn Autobahn und der Süd Autobahn höchste Dringlichkeit beimessen. Das ist für uns sehr erfreulich. Allerdings werden Sie, Herr Minister, so lange nicht ganz glaubwürdig sein, bis nicht in den nächsten Jahren ein realisierbares Finanzierungskonzept vorgelegt ist. So jedenfalls kann es in der Steiermark nicht weitergehen. Der Verkehr nimmt zu, und die Mittel für den Straßenbau werden real geringer. Daher unsere Forderung an Sie, Herr Minister, und vor allem an den Herrn Finanzminister: Gebt dem Straßenbau die Mittel, die dem Straßenbau gehören!

Mein spezielles Anliegen als obersteirischer Abgeordneter ist natürlich der zügige Ausbau der Schnellstraße durch das Mürz- und Murtal. Die steirische Industriestraße ist der Lebensnerv für den gesamten obersteirischen Industrieraum.

Der Verkehr in dieser Region wird durch 24 Ortsdurchfahrten, 40 Überholverbote, 50 Geschwindigkeitsbeschränkungen, 60 Ampelkreuzungen und 15 Blinkanlagen behindert. *(Bundesminister Sekanina: 16 Ampelkreuzungen! Laut Auskunft der Fachabteilung 16!)* 60 Ampelkreuzungen! Ich finde im Bereich von Bruck und Kapfenberg schon mehr als 16. Jedenfalls ist die Behinderung durch diese Verbote und Gebote ganz beträchtlich, und letztlich leben 190 000 Menschen an dieser so wichtigen Verkehrsverbindung.

Eine Verkehrsprognose für das Jahr 1985 zeigt, daß es zu diesem Zeitpunkt zwischen Mürzzuschlag und Judenburg keinen Abschnitt mehr geben wird, in dem der durchschnittliche tägliche Verkehr nicht bei über 12 000 Kraftfahrzeugen liegt. Besonders ragt dabei der

Abschnitt Bruck-Kapfenberg mit 30 000 Kraftfahrzeugen heraus.

Von 1970 bis 1978 hat der Verkehr laut Verkehrszählung in Kindberg um 23 Prozent und in Niklasdorf sogar um 75 Prozent zugenommen. Diese Verkehrssituation zeigt wohl am allerdeutlichsten, wie notwendig ein rascher Ausbau der Straße durch die Mürz- und Murregion ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bis zum Jahre 1978 standen für den Ausbau dieser Schnellstraße jährlich nicht mehr als 100 Millionen Schilling zur Verfügung, also eine Ausbaupflichtlosigkeit, über die auch die Firmenvorfinanzierung der Umfahrung Mürzzuschlag nicht hinwegtäuschen kann. Bis einschließlich 1978 hat die Bundesregierung für den Ausbau dieser Mürz- und Murfurche nur 350 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Erst im Jahr 1979 trat mit dem Sonderprogramm eine Beschleunigung ein. Was bringt dieses Sonderprogramm, das durch fünf Jahre, also bis zum Jahre 1983, läuft?

Von den 500 Millionen Schilling jährlich erhält das Land Niederösterreich 100 Millionen Schilling, sodaß für die Steiermark lediglich 400 Millionen Schilling übrigbleiben, und von diesen 400 Millionen Schilling werden höchstens 370 Millionen Schilling bauwirksam. Das heißt also, daß wir 20 Jahre brauchen würden, um den Ausbau in der Mürz- und Murfurche durchführen zu können.

Was wir brauchen, ist mehr Geld, mehr Geld durch ein neues Sonderprogramm. Wenn man mit dem Ausbau nur einer Richtungsfahrbahn, mit dem Halb-Halb-Ausbau also, in zehn Jahren fertig sein will, dann brauchen wir diese zusätzlichen Mittel. Ein von der steiermärkischen Landesbaudirektion erstellter Ausbauplan – er ist Ihnen übermittelt worden, Herr Minister – zeigt, daß von 1980 bis 1983 das derzeitige Sonderprogramm um 150 Millionen Schilling aufgestockt werden muß und daß von 1984 bis 1988 jährlich 550 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden müssen. Nur dann kann man in zehn Jahren fertig sein. Zehn Jahre sind ohnehin schon eine sehr lange Zeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Steiermark braucht einfach diese Schnellstraße. Sie braucht diese Schnellstraße genauso dringend wie die Pyhrn und Süd Autobahn. Nur der rasche Ausbau dieser Verkehrsträger kann uns von der isolierten Randlage gegenüber den europäischen Wirtschaftszentren und vom West-Ost-Gefälle in der österreichischen Verkehrsinfrastruktur befreien.

Was die Finanzierung betrifft, möchte ich sehr deutlich sagen, daß die Leistungen der Straßen-

Ing. Url

benützer mehr als beachtlich sind. Weniger beachtlich beziehungsweise bedauerlich ist, daß vielen Milliarden die Zweckbindung fehlt, daß der Finanzminister diese Milliarden für sich inkameriert. Diese Frage, Herr Bautenminister, muß zuallererst gelöst werden.

Es gibt schließlich auch für die Melkkuh der Nation, den Autofahrer, eine Grenze der steuerlichen Belastung. Was wir brauchen, ist eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik, die sich nicht im Labyrinth der zuständigen Ministerien verirrt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bisher fehlt ein Gesamtkonzept für die zeitliche Baudurchführung und vor allem für die Finanzierung. Es wird noch immer nach dem Gießkannenprinzip gearbeitet. Es soll rasch gebaut werden, denn nur wer rasch baut, baut auch billig, und es soll vor allem dort gebaut werden, wo ein Defizit an verkehrlicher Infrastruktur besteht.

Die teuerste Touristenstraße der Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tauern Autobahn, hat nicht einmal ein Drittel des Verkehrs der Mur- und Mürzfurche. Wir wissen, Herr Minister, daß die finanziellen Mittel immer zu wenig sind und daß die Ausbauverordnungen schon morgen erfüllt werden sollen. Trotzdem muß ich den dringenden Appell an die Bundesregierung richten, daß nur der rasche Ausbau der Mürz- und Murfurche, der Pyhrn Autobahn und der Süd Autobahn die Steiermark von der isolierten Randlage gegenüber den europäischen Wirtschaftszentren und vom West-Ost-Gefälle befreien kann. Die Steiermark braucht eine direkte Verbindung mit diesen Zentren in Europa. Aber auch innerhalb von Österreich brauchen wir eine bessere Verbindung hin zu den Wirtschaftszentren, sowohl im Westen als auch im Norden Österreichs.

Dies ist unser Verlangen, und wir hoffen, daß diesem Verlangen in den nächsten Jahren Rechnung getragen werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Fertl.

Abgeordneter Dr. Fertl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Als vorletzter Redner zu später Stunde kann man sich doch noch ein bißchen mit der heutigen Debatte befassen. Es war sicherlich die ruhigste bisher, gekennzeichnet vom Anbot der Oppositionsparteien, an der neuen Konzeption, die der Herr Bundesminister mit seiner Staatssekretärin ausarbeiten will, teilzunehmen, mitzuarbeiten – allerdings mit der Einschränkung, die Herr Dr. Keimel gemacht hat, daß all das, was hier angeboten wird, doch eine Grenze hat. Er hat sich zu einem Steuerstopp bekannt.

Nun sind ja auch wir nicht unbedingt Steuerfanatiker, aber wenn hier neue Konzeptionen erstellt werden sollen, wenn all das, was an das Budget herangetragen wird, finanziert werden soll, dann müßte man sich doch überlegen, wie all das finanziert werden kann, und es werden sicherlich Überlegungen in Richtung neuer Finanzierungsquellen angestellt werden müssen.

In diesem Kapitel wird auch immer wieder über die vielen Konkurse gesprochen, die anscheinend darauf zurückzuführen sind, daß die Wirtschaftspolitik der Sozialisten falsch ist und die Vorstellungen der Oppositionsparteien viel besser geeignet wären, solche Konkurse zu verhindern.

Nun hat der Kreditschutzverband schon im Vorjahr eine Statistik herausgegeben, der zu entnehmen ist, daß die Konkurse vor allem auf den Mangel an Kapitalausstattung der Betriebe und den Mangel an Management zurückzuführen sind.

Vor wenigen Tagen ist eine neuerliche Aussendung des Kreditschutzverbandes in der Presse erfolgt, in der es heißt, daß in der ersten Hälfte dieses Jahres die Konkurse um drei Prozent zurückgegangen sind. Wir wollen doch mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die Wirtschaftspolitik sicherlich nicht der Grund für diese hohe Anzahl von Konkursen sein kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In Anbetracht der allseits erkennbaren Ermüdungserscheinungen nach dieser langen Diskussion, die ja nun schon über 13 Stunden dauert, möchte ich mich nur mit einem Gebiet befassen, das ist der Wasserwirtschaftsfonds. Er ist nicht 20 Jahre alt, wie Herr Kollege Breiteneder gemeint hat, sondern 21, aber das ist ja nur Nebensache. Als der Fonds 1958 errichtet wurde, wurde ihm die Aufgabe zugeteilt, durch Bereitstellung niedrig verzinsten langfristiger Darlehen für die Errichtung öffentlicher Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie betrieblicher Abwasserreinigungsanlagen technisch optimale Lösungen auf diesem Gebiet zu schaffen.

Es soll erreicht werden, die Versorgung der Bevölkerung mit hygienisch einwandfreien Trinkwasserreserven sicherzustellen, die Reinheit der Gewässer zu erhöhen und damit selbstverständlich auch die Umweltbedingungen zu verbessern.

Das Basisinvestitionsprogramm des Wasserwirtschaftsfonds für die Jahre 1979 bis 1988 hat einen Umfang von 30,7 Milliarden Schilling; im Rahmen des Konjunkturausgleiches stehen weitere 901 Millionen Schilling zur Verfügung. In den letzten Jahren wurde durch große finan-

Dr. Fertl

zielle Anstrengungen erreicht, die durch Versäumnisse der Vergangenheit vom biologischen „Umkippen“ bedrohten Seen zu sanieren.

Im Bereich der Abwassertechnik hat in den letzten Jahrzehnten eine sprunghafte Entwicklung stattgefunden. Als Auswirkung des gestiegenen Lebensstandards und der intensivierten Industrialisierung ist ein erheblich vermehrter kommunaler und betrieblicher Abwasseranfall entstanden, dem ein verstärktes Umweltbewusstsein der Bevölkerung gegenübersteht. Zwangsläufig müssen daher immer strengere Anforderungen an die Wasserbeschaffenheit der Gewässer und des Grundwassers gestellt werden.

War bei der Gründung des Wasserwirtschaftsfonds die mechanische Abwasserreinigung ein erstrebenswertes Ziel, so wird derzeit eine biologische Abwasserreinigung als Standard angesehen. Bei Oberflächengewässern mit geringer Fließgeschwindigkeit oder geringer Wasserführung besteht durch Einführung von mit Phosphat und Stickstoff angereichertem Abwasser die Gefahr, daß es zu einem Absterben des Gewässers wegen Sauerstoffmangels kommt. Um derartigen Entwicklungen vorzubeugen, sind kostenaufwendige Ringkanalisationen zu errichten oder durch geeignete chemische Verfahren die Nährstoffe, insbesondere Phosphor, vor Einbringen in die Gewässer zu entfernen.

Zwischen der Durchführung der Vorhaben zur Verbesserung der Gewässergüte der Seen und einer sichtbaren Verbesserung der Wasserbeschaffenheit besteht zwangsläufig ein Phasenunterschied, der umso größer ist, je mehr ein See bereits nachhaltig verunreinigt ist. Sicherlich spielen aber auch die Seecharakteristika, die Ursache der Verunreinigung und der Anteil der einzelnen Verunreinigung eine Rolle.

Am beachtlichsten sind die Verbesserungen der Gewässergüte auf Grund von Seereinhaltemaßnahmen bei den Kärntner Seen, da bei diesen die Reinhaltetvorhaben relativ frühzeitig begonnen und kompromißlos durch Fernhalten der Abwässer durchgeführt wurden.

Beim Bodensee, bei dem die Sanierung durch Klärung mit Phosphateliminierung angestrebt wird, ist erstmalig 1977 kein weiterer Anstieg von Pflanzennährstoffen festgestellt worden, obwohl eine erhebliche Schmutzfracht auf die Zuflüsse zurückzuführen ist.

Beim Neusiedler See, bei dem eine ähnliche Sanierung gesucht wird, ist die Belastung mit Phosphat dank der Abwasserbeseitigungsvorhaben gegenüber den anderen Ursachen, wie Schilfverrottung, mit Düngemittel angereicherte Niederschlagswässer, relativ klein geworden.

Der Attersee zum Beispiel wird, wie aus einer OECD-Studie hervorgeht, zu mehr als 60 Prozent mit biogenem Material aus der Mondseer Ache belastet. Dem dort bestehenden Eutrophierungstrend kann nur durch Verringerung der Phosphatfracht aus der Mondseer Ache Einhalt geboten werden.

Wie erfolgreich solche Maßnahmen sind, hat sich bei den Kärntner Seen gezeigt, wo heute schon das Wasser eine hohe Qualität erreicht hat und die Sichttiefe zum Teil auf 100 Prozent gestiegen ist. Natürlich wirkt sich das besonders auf den Fremdenverkehr aus. Wir haben ja heuer gehört, daß gerade Kärnten einen überdimensionierten Anstieg des Fremdenverkehrs zu verzeichnen hatte.

Es wurde auch heute behauptet, daß der Wasserwirtschaftsfonds nur mühsam jedes Jahr überlebe. Statistische Unterlagen über den Einsatz der Förderungsbeträge aus dem Wasserwirtschaftsfonds ergeben folgendes Bild:

In der Gesetzgebungsperiode 1959 bis 1962 wurden 530 Millionen Schilling freigegeben, in der Gesetzgebungsperiode 1963 bis 1965 699 Millionen Schilling, 1966 bis 1969 2 744 Millionen Schilling, 1971 bis 1975 11,9 Milliarden Schilling, 1976 bis 1979 14,8 Milliarden Schilling. Natürlich sind diese Beträge sichtlich noch zu wenig. Gerade – das hat auch Herr Abgeordneter Breiteneder als Kommunalpolitiker hier gesagt – die Gemeinden leiden sehr unter Kapitalmangel und sind oft nicht in der Lage, derartige Maßnahmen durchzuführen.

Es wäre sicherlich gut, wenn im Zuge des Finanzausgleichs den Gemeinden mehr Mittel zukommen würden, und ein Weg hiezu wäre die ersatzlose Streichung der Landesumlage.

In den letzten Jahren unter sozialistischer Regierung wurden insgesamt 28 Milliarden Schilling vom Wasserwirtschaftsfonds investiert. 1980 werden aus dem Wasserwirtschaftsfonds rund 7,1 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, die so erfolgreich eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen fortzuführen und auch unsere fließenden Gewässer in zunehmendem Maße vor dem schädlichen Einfluß der Einleitung ungereinigter Abwässer zu bewahren.

Zusammenfassend darf also festgestellt werden, daß 1980 das Bautenbudget ganz wesentlich dazu beitragen wird, das Baugewerbe und die Bauindustrie mit Aufträgen zu versorgen, wodurch auch 1980 die Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gföllner.

Abgeordneter **Gföllner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche, ein sehr kollegialer Typ zu sein, und ehe die Frau Staatssekretär das Wort genommen hatte, habe ich tatsächlich mit dem Gedanken gespielt, auf meine Wortmeldung zu verzichten.

Sehr geehrte Frau Staatssekretär! In Ihren Ausführungen waren aber zwei Punkte, die mich veranlassen, kurz zu sprechen: ein positiver und leider ein sehr negativer. Zunächst zum positiven Punkt.

Sie haben angeführt, daß in der Novelle zum WFG 1968 vorgesehen ist, den AZ zu streichen. Das begrüßen wir außerordentlich. Das ist auch dieselbe Linie, die der Herr Abgeordnete Dr. Keimel in seiner grundsätzlichen Ausführung zur Wohnbauförderung angedeutet hat.

Wir sind der Meinung, daß das Wohnbauförderungsgesetz allmählich wieder abgehen soll von der Objektförderung hin zur Subjektförderung. Die Verpflichtung, die derzeit noch im WFG 1968 vorhanden ist, daß ein AZ gewährt wird nur dann, wenn ein Hypothekendarlehen genommen wird, ist eine objektfördernde Maßnahme, und wir sind der Meinung, daß der Betreffende, der in der Wohnung wohnt, gefördert werden soll und nicht die Wohnung an sich.

Das sind auch die grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Keimel gewesen. Ich glaube, wir sollten uns künftig überlegen, ob das Förderungssystem selber an sich diesbezüglich nicht reformbedürftig ist. Mir scheint es nicht richtig, nicht sinnvoll und auch nicht sozial zu sein, daß jemand, weil er im Zeitpunkt der Mittelzuteilung eine im Sinne des Gesetzes förderungswürdige Person ist, für 50 Jahre ein Darlehen quasi ohne Zinsen bekommt. Auch dann ist er 50 Jahre lang im Genuß dieser Förderung, wenn er angenommen nach fünf Jahren in einer Einkommensgröße ist, die es ihm zu Beginn der Förderung nicht mehr gestatten würde, diese Förderung in Anspruch zu nehmen.

Mir scheint dies deshalb auch nicht sozial zu sein, wenn jemand auf 50 Jahre dieses Förderungsdarlehen bekommt, obwohl er eigentlich nicht mehr förderungswürdige Person im Sinne des Gesetzes ist, andere Personen, zum Beispiel Jungfamilien, deshalb nicht in den Genuß einer Wohnung kommen können, weil die Mittel nicht rechtzeitig zurückfließen.

Das ist also der Punkt, Frau Staatssekretär, wo wir uns durchaus treffen und wo wir auf einer Linie sind.

Vielleicht darf ich auch noch eine persönliche Bemerkung dazu anschließen. Ich habe keiner-

lei parlamentarische Erfahrung, wohl aber, so wie jeder von Ihnen in diesem Alter eine reiche berufliche Erfahrung. Ich bin von Berufs wegen als Geschäftsführer eines gemeinnützigen Wohnungsunternehmens sozusagen, wenn ich das ins Unreine gesprochen sagen darf, einer jener, der die Gesetze, die hier beschlossen werden oder wurden, zu exekutieren hat. Wenn man sieht, daß so viel Geld – und wir müssen ja diese Berechnungen durchführen – aushaftet und andere nicht in den Genuß einer Förderung kommen können, weil zu viel Geld aushaftet, so ist das geradezu schmerzlich. Wir wollen also, daß die soziale Komponente mehr zum Tragen kommt, als es derzeit der Fall ist. Das ist das Positive. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite Punkt, sehr geehrte Frau Staatssekretär: In diesem zweiten Punkt, was das Wohnungseigentum anlangt – ich möchte es nicht gerne so formulieren –, muß ich mich aber mit Ihnen geradezu anlegen. Da wird es keinen Kompromiß geben können. Sie haben außerordentlich deutlich den Vorwurf des Kollegen Vetter zurückgewiesen, daß die Sozialistische Partei im sozialen Wohnbau eigentumsfeindlich ist. Sie haben allerdings nicht der Begründung widersprochen, die Kollege Vetter angeführt hat, Sie haben pauschal gesagt: Diesen Vorwurf muß ich auf das entschiedenste zurückweisen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Frau Staatssekretär! In diesem Punkt, wenn Sie das ernst gemeint haben, müssen Sie diesen Ausführungen auch Taten folgen lassen. Die Begründung des Kollegen Vetter hinsichtlich des Vorwurfs der Eigentumsfeindlichkeit im Zusammenhang mit dem sozialen Wohnbau war nämlich, daß, wenn jemand eine Eigentumswohnung nehmen möchte, der Betreffende das Doppelte an Eigenmitteln aufbringen muß als der, der eine Genossenschafts- oder Mietwohnung haben möchte. Es geht uns darum, sehr geehrte Frau Staatssekretär, diese Diskriminierung des Eigentums genau in bezug auf diesen Punkt zu beseitigen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Solange diese gesetzliche Bestimmung enthalten ist, bleibt Ihr Bekenntnis zum Eigentum Lippenbekenntnis. Ich fürchte, daß ich nicht zum letzten Mal diesen Vorwurf bezüglich des Eigentums an die Adresse der Sozialistischen Partei erheben muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es entspricht halt ganz einfach der Einstellung der Österreichischen Volkspartei zum Eigentum als solchem, daß man gerade beim Wohnen die Möglichkeit schaffen sollte, daß sich jemand Eigentum erwirbt. Es ist unserer Meinung nach ganz einfach falsch, die Förderung so zu konstruieren, daß das Eigentum

1776

Nationalrat XV. GP - 18. Sitzung - 13. Dezember 1979

Gröllner

teurer wird, obwohl das Bauen einer Wohnung an sich ja gleich sein muß. Bei der Förderung sollte man deshalb eher das Eigentum fördern als, wie es jetzt im Gesetz vorgesehen ist, es diskriminieren. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich wollte das in aller Deutlichkeit und in aller Schärfe auch so formulieren, wenngleich ich sagen muß, daß wir im sachlichen Bereich uns durchaus finden werden.

Ich würde Sie also bitten, meine Ausführungen in diesem Sinne zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIII des Bundesvoranschlages 1980. Diese umfaßt das Kapitel 64 „Bauten und Technik“ samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 80 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Abs. 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über die bei der Behandlung der Beratungsgruppe XIII des Bundesfinanzgesetzentwürfe eingebrachten Entschließungsanträge sogleich vorzunehmen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Keimel und Genossen betreffend die Verwendung der Mittel aus den für den Straßenbau durchgeführten Steuererhöhungen, bevor neue Belastungen den Autofahrern auferlegt werden.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu die Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen sodann zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Vetter und Genossen betreffend die Herstellung der Chancengleichheit in der Wohnungspolitik für Eigenheime und Eigentumswohnungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Vertagung der Beratungen über das Bundesfinanzgesetz 1980

Präsident: Es liegt mir der Antrag vor, die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen 80 und Zu 80 der Beilagen gemäß § 53 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu vertagen, um Sitzungen zur Verhandlung anderer Vorlagen einzuschieben.

Ich lasse darüber abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen. Die Verhandlung über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1980 samt Anlagen ist somit vertagt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 31/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 254/J bis 256/J eingelangt.

Die nächste Sitzung berufe ich für Montag, den 17. Dezember, um 13 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 22 Uhr 30 Minuten